

STUDIE ZU CORONABONDS:

# Deutschland zahlt, Italien profitiert – aber viel weniger als vermutet

- VON TOBIAS PILLER, ROM
- -AKTUALISIERT AM 18.04.2020-15:59



Berechnungen zeigen, wie viel Geld mit Coronabonds umverteilt werden würde – und warum Franzosen womöglich draufzahlen. Italien könnte längst nicht so viel profitieren, wie viele Politiker glauben. Dennoch blieben für Rom große Anreize.

Wie konkret **Eurobonds** – oder wie auch immer getaufte gemeinsame europäische Staatsschulden – aussehen könnten und welche finanziellen Folgen sie für die einzelnen Länder hätten, ist bisher noch wenig untersucht. Zwar fordern Politiker in Italien, Frankreich und anderen Länder große Beträge gemeinschaftlicher Schulden fast täglich.

Doch die Details bleiben vage. Somit kann jeder hinter dem Begriff Eurobonds zahlreiche unterschiedliche Wunschvorstellungen verstecken. Im Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstitut **ZEW** hat nun Friedrich Heinemann in einer Studie untersucht, wie die Details, Begünstigten und Zahlmeister solcher Eurobonds aussehen könnten.

Dabei hat er einerseits untersucht, in welchem Umfang finanzielle Umverteilung durch Eurobonds erfolgte. Andererseits wurde geprüft, ob mit der Ausgabe gemeinsamer Schulden nennenswerte Ersparnisse bei den Zinskosten erzielt werden können, wie es etwa von italienischen Politikern behauptet wird. Die Ergebnisse, die der F.A.Z. vorliegen, zeigen dabei unter anderem, dass nicht immer all diejenigen Länder begünstigt würden, die derzeit nach Eurobonds rufen.

Umverteilt würde mit den Eurobonds, weil nicht jedes Land den Betrag zurückzahlen müsste, den es mit der gemeinsamen Schuldenaufnahme erhielt. Zurückgezahlt würde nur nach dem üblichen Schlüssel für die Zahlungen an die **Europäische Union**, nach dem Bruttonationaleinkommen. Dies ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) korrigiert um die ausländischen Pendler, deren Einkommen dem Herkunftsstaat zugerechnet wird; damit ist etwa Luxemburg nicht so reich, wie es nach dem BIP scheint, für Deutschland fällt der Unterschied nicht so ins Gewicht.

## Italien profitierte mit 47,4 Milliarden Euro

Entscheidend ist damit, wie die Gelder aus der gemeinsamen Verschuldung unter den Mitgliedsländern der EU verteilt werden. Der Volkswirt Heinemann hat drei Szenarien für die etwaige Verteilung der Mittel untersucht: Ein erstes Szenario nimmt als Maßstab den vom **Internationalen Währungsfonds** (IWF) prognostizierten Wohlstandsverlust im laufenden Jahr. Dieser Ansatz sähe vor, Länder mit überproportionalen Zuwendungen zu begünstigen, denen der IWF einen besonders tiefen Absturz des BIP in diesem Jahr vorausgesagt.

Unterm Strich bedeutete das: Würden insgesamt 1500 Milliarden Euro an Eurobonds ausgeliehen, dann müsste Deutschland 21,6 Milliarden Euro mehr zurückzahlen als es aus dem Gemeinschaftstopf erhielt. Italien hingegen müsste von dem, was es erhält, nicht alles zurückzahlen, und profitierte mit 47,4 Milliarden Euro. Der Grund liegt in den Unterschieden der IWF-Prognose sieht vor. Die sagt voraus, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 7 Prozent schrumpft in diesem Jahr und somit etwas weniger stark als in Spanien (minus 8 Prozent), Italien (minus 9,1 Prozent) und Griechenland (minus 10 Prozent).

## Ausgerechnet die Niederlande

Ein zweites Szenario würde die Gelder je nachdem verteilen, wie die EU-Länder von der Corona-Epidemie betroffen wären. Heinemanns Studie zieht dabei als Maßstab eine Prognose für den Zeitraum bis August 2020 des amerikanischen Institute of Health Metrics and Evaluation mit Sitz in Seattle heran. Dabei würden etwa die vielen Opfer des [Coronavirus](#) in Italien besonders ins Gewicht fallen, ebenso der bisher günstige Verlauf der Epidemie in Deutschland. Nach diesem Maßstab würde Deutschland sogar mit 283 Milliarden Euro belastet, Italien dagegen 83,7 Milliarden Euro mehr erhalten, als es nachher von den Eurobonds zurückzahlen müsste.

Ein drittes Szenario beleuchtet eine Kombination der beiden ersten Berechnungen. Heinemann hat dabei die Auszahlungen zu einem Drittel nach der Schwere der Corona-Epidemie von Szenario zwei und zu zwei Dritteln nach den Wohlstandsverlusten in der Krise von Szenario eins gewichtet. Dieses kombinierte dritte Szenario brächte für Deutschland einen Umverteilungseffekt zugunsten anderer Länder von 108,7 Milliarden Euro oder 3,17 Prozent des BIP und für Italien eine zusätzliche Zuwendung von 59,5 Milliarden Euro oder 3,35 Prozent des BIP (siehe Grafik).

Doch zahlreiche Überraschungseffekte stecken in den Details des dritten Szenarios. So bringt die Berechnung nach konkreten Kriterien nicht unbedingt denjenigen Ländern Vorteile, die sich nun besonders für Eurobonds einsetzen wie beispielsweise Frankreich. Die Franzosen müssten demnach 17,2 Milliarden Euro oder 0,71 Prozent des BIP als Umverbeitungsbeitrag leisten. Umgekehrt erhielten ausgerechnet die Niederlande – in den vergangenen Wochen vehementer Gegner einer Schuldenvergemeinschaftung – eine besonders hohe Zuwendung von 42,1 Milliarden Euro oder 5,22 Prozent des BIP.

## Die Folgerungen sind ernüchternd

Zu den größten Nettozahlern in Relation zum BIP würden Bulgarien, Ungarn, Malta, Finnland, Rumänien und die Slowakei gehören mit Beiträgen zwischen 6,4 bis 4 Prozent des jeweiligen BIP. Zu den Belasteten gehören also auch besonders arme Länder in der EU, aber darauf würden Kriterien wie Coronavirus-Opfer oder Wohlstandsverluste in der Krise eben keine Rücksicht nehmen.

Grundsätzlich stellt sich immer die Frage, ob besonders von der Epidemie oder Wohlstandsverlusten betroffene Länder für ihre Lage ein Stück weit mitverantwortlich sind. Für den Wirtschaftsprofessor Heinemann ist 2020 aber nicht das Jahr, um derartige Fragen zu stellen: „Niemand wollte freiwillig solche Verluste riskieren“.

Dennoch sind für ihn die Folgerungen aus der Studie ernüchternd: Der Reiz der Bonds könne für Italien nicht in den finanziellen Vorteilen liegen, meint der ZEW-Ökonom, denn die seien trotz des großen Volumens von 1500 Milliarden Euro dennoch begrenzt. Ein Vorteil von 3,3 Prozent des BIP falle für ein Land mit Staatsschulden von 2400 Milliarden Euro kaum ins Gewicht. „Eine vage Hoffnung mancher Südländer könnte darin bestehen, dass man schließlich gar nichts zurückzahlen muss“, sagt Heinemann.

## Weitaus niedriger immer wieder beschworen

Und tatsächlich gibt es in Italien immer wieder Äußerungen, die durchblicken lassen, dass man eventuell erhaltene Gelder aus Eurobonds eigentlich gar nicht zurückzahlen wolle. Nach der EU-Quote des Bruttonationaleinkommens – erstes Szenario – ginge es dabei um 193,7 Milliarden Euro, die Italien von den 1500 Milliarden Euro an gemeinsamen Schulden theoretisch einbehalten könnte.

Andererseits bringen italienische Politiker immer wieder das Argument vor, dass gemeinsame Bonds für Italien eine große Zinersparnis bedeuteten, weil man sich ja mit größerer Bonität und zu niedrigeren Zinsen verschulden könnte. Auf diese Weise wird von Italienern gegenüber anderen europäischen Gesprächspartnern immer wieder die Absicht kundgetan, doch zumindest einen Teil der Bonds zurückzuzahlen.

Doch nach der ZEW-Rechnung bedeuten die gemeinsamen Bonds für Italien und seinen Rückzahlungsanteil von 193,7 Milliarden Euro nur eine Zinersparnis von jährlich 3,1 Milliarden Euro – wohingegen sich für Deutschland die zusätzlichen Lasten auf 1,9 Milliarden Euro belaufen. Die Zinersparnis für Italien fiel Heinemann zufolge also beim Volumen der italienischen Zinskosten von derzeit 65 bis 70 Milliarden Euro im Jahr weitaus niedriger aus, als es immer wieder beschworen wird.

## Die Versuchung werde groß sein

In der Modellrechnung seien die Kriterien so gewählt, dass Italien jedes Mal begünstigt würde, sagt Heinemann, der die Bezeichnung „Recovery“ der Bezeichnung „Wiederaufbau“, wie sie derzeit oft fällt, vorzieht. „Wiederaufbau suggeriert Zerstörung, die es nicht gibt“, sagt er. Die in manchen Ländern gängige Kriegsrhetorik in Kontext mit der Epidemie behindere eine nüchterne Analyse.

Doch sein Fazit für Italien ist ernüchternd: „Europäische Recovery-Bonds können keinen nennenswerten Beitrag zur Verbesserung der Kreditwürdigkeit Italiens leisten.“ Hinzu kommt: Bei einer kurzfristigen Betrachtung einer kurzlebigen italienischen Regierung könne zwar auch ein zusätzlicher Verteilungsspielraum von 60 Milliarden Euro begehrenswert sein. Weil dieser finanzielle Vorteil aber nur einmal entstehe bei der Ausgabe von Eurobonds über 1500 Milliarden Euro, werde schließlich die Versuchung groß sein, nach weiteren Emissionen von Eurobonds zu rufen, so Heinemann. „Da entsteht eine Rutschbahn in eine Coronabonds-Welt, in der dann nach einer Emission von Eurobonds gleich die nächste folgen soll.“

DIE EU IN DER CORONA-KRISE:

## Wünsch Dir was mit Eurobonds

- EIN KOMMENTAR VON [TOBIAS PILLER](#), ROM
- -AKTUALISIERT AM 18.04.2020-18:01

Natürlich ist es einfacher, mit suggestiven Worten und vorgeblichen europäischen Idealen Wunschträume zu verkaufen. Doch diese Vorgehensweise wird am Ende zum Bumerang.

Politiker aus allen Ländern rufen derzeit nach [Eurobonds](#), Corona-Bonds, Wiederaufbau-Bonds, Recovery-Bonds. Doch was genau damit gemeint sein soll, wird nicht so genau gesagt. Dahinter steckt auch Absicht. So kann sich jeder hinter diesen vagen Begriffen vorstellen, was er gerade für wünschenswert hält. Für eine solche Ansammlung von Idealvorstellungen haben gerade die Norditaliener einen schönen Begriff: „Ein Schwein nur aus Schinken“.

Es wäre allzu schön, wenn alle nur positive Seiten von Eurobonds genießen könnten. Doch wenn jemand von Umverteilung träumt, muss ein anderer bezahlen. Wenn italienische Politiker behaupten, die Rechnung könne einfach mit frisch gedrucktem Geld der Zentralbank bezahlt werden, muss ebenso irgendjemand die damit verbundenen Nachteile höherer Inflation bewältigen.

Je mehr die Aufrufe für Eurobonds klingen wie ein Wunschkonzert, desto mehr müssen die Urheber von Aufrufen und die Autoren hehrer Worte festgenagelt werden, ihre Vorschläge genau zu formulieren. Wer soll was zurückzahlen? Oder wollen manche lieber gar nichts zurückzahlen? Soll umverteilt werden und nach welchen Kriterien?

[Wie gerade eine Studie des Mannheimer Instituts ZEW zeigt](#), könnte eine bevorzugte Verteilung von Geldern an diejenigen Länder, die besonders viele Opfer des [Coronavirus](#) beklagen oder einen besonderen Rückgang des Volkseinkommens erleben, am Ende auch dazu führen, dass die ärmsten Mitgliedsländer der Europäischen Union an die Wohlhabenden bezahlen.

Wer ernsthafte Vorschläge machen will, sollte klar benennen, wer etwas bekommen soll und wer dafür zu geben hat. Natürlich ist es einfacher, mit suggestiven Worten und vorgeblichen europäischen Idealen Wunschträume zu verkaufen.

Doch diese Vorgehensweise wird am Ende zum Bumerang. Da werden Erwartungen geweckt, die unerfüllbar sind, schon gar nicht in einem europäischen System und bei europäischen Haushaltsverhandlungen, bei denen 27 Länder ein Vetorecht haben.

# Der totale Staat

Stand: 10:47 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Kai Burkhardt



Bequem, aber unwürdig? Für die Bürger ist das Gebot der Stunde, möglichst viele Staatsleistungen zu bekommen

Leben wir jetzt permanent im Ausnahmezustand, wie der Staatsrechtler und Philosoph Carl Schmitt ihn beschrieben hat? Es ist vielleicht viel schlimmer. Mit Corona beginnt ein neues Zeitalter – und es tritt mit einem verlockenden Versprechen auf.

Jüngst stürmte die Polizei in Weinheim die Wohnung eines 32-jährigen Mannes. Laptop, Smartphone und Festplatten wurden konfisziert, der Besitzer festgenommen. Der Vorwurf: Der Mann habe im Internet anonym zu einem friedlichen Protestmarsch gegen die geltenden Ausgangsbeschränkungen aufgerufen.

Das Demonstrationsrecht ist suspendiert, Landesregierungen greifen tief in die Freiheitsrechte und das Privateigentum ein. In manchen deutschen Gegenden dürfen Menschen nicht mehr auf einer Parkbank sitzen, ohne eine Ordnungsstrafe zu riskieren. Es sind seltsame, surreale Zeiten und selbst skeptische Soziologen wie Armin Nassehi hätten es nicht für möglich gehalten, dass Deutschland sich auf diese Weise regieren lässt.

Doch der Streit um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen ist natürlich nur verschoben und er wird, das kann man schon sagen, unerbittlich politisch. Denn die Datensätze, die man bräuchte, um die Verhältnismäßigkeit realistisch zu beurteilen, entstehen durch die wirksamen Maßnahmen gar nicht erst. Alles Handeln und Urteilen muss im Ungewissen bleiben und das einzige, was man sicher weiß: Für eine gelungene Prophylaxe gibt es keinen Ruhm.

**Für den Extremfall gemacht**

In immanent politischen Momenten wie diesem wandert Hannah Arendt zurück ins Bücherregal und Carl Schmitt wird hervorgeholt – der Theoretiker des Ausnahmezustandes –, und wie eigentlich immer bietet Schmitt keine stringente Theorie, sondern eine Begrifflichkeit, deren andauernde Rezeption man gerade jetzt gut versteht. Sie ist, wie sonst nur die Terminologie von Max Weber, ein treffliches Instrument zum grobkörnigen Denken – gemacht für den Extremfall.



Carl Schmitt

Seine Theorie von der Souveränität und dem Ausnahmezustand wird gegenwärtig besonders häufig zitiert. Viele meinen, durch sie die gesellschaftliche Dynamik erklären und beschreiben zu können, die durch die Pandemie in Gang gesetzt wird. Doch interessanterweise würde Schmitt die gegenwärtige Situation gar nicht als Ausnahme definieren.

Was ihr fehlt, ist eine Person oder zumindest ein politisches Kraftfeld, das auf eine Entscheidung drängt, die über das geltende Recht hinausweist. Schmitt dachte immer konkret, und gerade seine Definition, dass derjenige souverän ist, der über die Ausnahme entscheidet, geht zurück auf Thomas Hobbes, der sich eine politische Entscheidung ohne handelnde Person schlichtweg nicht vorstellen konnte: „*Autoritas, non veritas facit legem*“.

In der politischen Gegenwart ist aber niemand zu erkennen, der sich Souveränität anmaßt, die er von Amts wegen nicht hat. Ganz im Gegenteil: Die politische Reibung ist so gering, dass die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik sich auch im internationalen Vergleich durch kohärente und zügige Entscheidungsfähigkeit auszeichnet. Die riesige Verantwortung, die auf den Regierenden lastet, führt erkennbar zu einem Bemühen, Entscheidungen mit einer breiten Zustimmung abzusichern.

**Im „Staatszeitalter“**

Als Carl Schmitt seinen berühmten Satz 1922 niederschrieb, stand ihm noch das monarchische Prinzip vor Augen, also eine mächtige Einzelperson, die im Ernstfall ein Machtvakuum für eigene Zwecke ausnutzt. Seitdem hat das Grundgesetz politische Souveränität föderal und international so ausdifferenziert, dass zumindest in Deutschland ein Missbrauch durch Machtkonzentration auch in der gegenwärtigen Notstandssituation nur schwer vorstellbar ist.

Doch gerade dadurch, durch die Entkoppelung von Souveränität und Person, wird kenntlich, was die Stunde geschlagen hat: Das, was wir als Zeitalter der Freiheit empfunden haben, ist in Wirklichkeit das Zeitalter des Staates. Thomas Bernhard würde sagen, wir leben im *Staatszeitalter* und das Eingeständnis dieser Realität bedeutet einen ziemlich fundamentalen Wechsel der Perspektive.

Denn seit der französischen Revolution haben Europäer immer gedacht, sie müssten individuelle Freiheiten gegen den Staat durchsetzen. Die Wortführer der 68er sprachen vom „autoritären Staat“ oder vom „Polizeistaat“, gegen den sie kämpften. Jetzt stellen wir fest, dass jeder Zugewinn an individueller Freiheit die Abhängigkeit vom Staat nur vergrößert hat.

Neun Zehntel aller Dinge, über die der moderne Mensch verfügt, hängen vom Staat ab, hatte Ernst Jünger 1932 in „Der Arbeiter“ prophetisch niedergeschrieben. Dabei lag die Staatsquote damals noch unter 30 Prozent. Heute liegt sie um 75 % höher und nach der Pandemie wird sie noch einmal deutlich steigen.

### **„100 Prozent Haftung“**

Die Situation ruft nach Carl Schmitt, aber nicht nach dem Theoretiker des Ausnahmezustandes, sondern nach dem Kritiker der politischen Theologie. Wenn Olaf Scholz „100 Prozent Staatshaftung“ verspricht, tritt der Staat endlich als die „Omnipotenz“ auf, von dem – Carl Schmitt zu Folge – die Gesellschaft seit dem Ersten Weltkrieg geträumt hat.

In der „Politischen Theologie“ mokierte er sich über fortschritts- und wissenschaftsgläubigen Bürger, die meinten, sie hätten das „Wunder aus der Welt verwiesen“. Dabei sei in der säkularisierten, liberalen Gesellschaft nur der Staat an die Stelle Gottes getreten. Er trete „bald wie ein deus ex machina“ auf, bald als „der Gütige und Barmherzige“ oder er beweiße durch Begnadigung „seine Überlegenheit über seine eigenen Gesetze“.

Das liberale Bürgertum führt, wenn man Schmitt hier folgt, sein Leben nicht mehr im Gottvertrauen, sondern im Staatsvertrauen und tatsächlich ist der Staat, seit Schmitt diesen Gedanken fixierte, mit den Freiheiten seiner Bürger auf eine damals kaum vorstellbare Größe gewachsen.

Je riskanter und spezialisierter die Bürger leben wollten, desto bereitwilliger akzeptierten sie staatliche Absicherungen. Und so hängen unsere individuellen Freiheiten (wie wir arbeiten, was wir lernen, wer unsere Kinder betreut, wohin wir reisen oder wie wir unsere Abende und Nächte verbringen) mehr als jemals zuvor davon ab, dass der Staat Vorsorge für uns trifft.

## **Finanzkrise und Pandemie**

Nach den neoliberalen Neunzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts mit einem Höhepunkt an Privatisierungen und Deregulierung sind wir (durch eine unmündige Finanzindustrie und jetzt durch eine Pandemie) in eine Ordnungsidee hineingeschlittert, die in den 1950er und 1960er Jahren unter dem Begriff der „Daseinsvorsorge“ firmierte.

Das Konzept geht auf den Staatsrechtler Ernst Forsthoff zurück und der war bis zu seinem Tod 1974 neben dem Historiker Reinhard Koselleck und dem Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde der wichtigste Taktgeber und Modernisierer Schmittscher Ideen.



Ernst Forsthoff

Die Idee der Daseinsvorsorge hatte Forsthoff aus Schmitts Diktum von der „Wendung zum Wirtschaftsstaat“ gezogen. Es besagte, dass das Ökonomische, das nach liberaler Auffassung staatsfrei bleiben sollte, im 20. Jahrhundert notwendigerweise zum Zentralgebiet des Politischen würde. Denn die intensivsten und entscheidenden politischen Fragen wie Arbeitsverfassung, Wirtschaftslenkung und staatliche Fürsorge kämen eben aus diesem Sektor.



Parteien und Interessenvertretungen würden den Staat deshalb Stück für Stück für eigene Zwecke usurpieren. Wenn die Gesellschaft sich am Ende aber „selbst zum Staat organisiert“, so Schmitt, wenn die Gesellschaft also will, dass Staat und Gesellschaft grundsätzlich identisch sind, dann würden „alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme unmittelbar staatliche Probleme“.

### **App und Abhängigkeit**

Nie war dieser Satz zutreffender als im Frühjahr 2020. Der Notstand zeigt schlaglichtartig, wie tief der Staat in das Privatleben seiner Bürger und vor allem in das Feld der Ökonomie vorgedrungen ist. Es ist die Ausnahmesituation, die uns erkennen lässt, wie abhängig fast jeder Bereich des Lebens vom Funktionieren staatlicher Koordination ist.

Nichts zeigt dieses Dilemma besser als eine App, die unsere Bewegungen in Echtzeit dokumentiert und an den Staat sendet und die sich bald die Mehrheit der Deutschen freiwillig auf ihr Smartphone laden werden. Der Kampf um gesellschaftliche Utopien und Freiheitsrechte, über Jahrhunderte der Motor der gesellschaftlichen Dynamik, wird gegenstandslos. Große Ideen, die als Gegenbild einer bestehenden Ordnung entstanden sind, machen keinen Sinn mehr.

Für die Bürger ist das Gebot der Stunde, den Staat so stark wie möglich zu machen und dann zu versuchen, so viel Teilhabe an den Leistungen des Staates zu bekommen wie zu bekommen ist. Für die kleinen, angenehmen Verbesserungen unseres Alltags kann ja die technische Entwicklung sorgen. Ein komfortables, unwürdiges Leben.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-chinesische-schriftstellerin-fang-fang-ueber-corona-in-wuhan-16730927.html?premium>

AUTORIN ÜBER DIE QUARANTÄNE:

## Die sechzig Tage von Wuhan

- VON FRIEDERIKE BÖGE, PEKING
- -AKTUALISIERT AM 18.04.2020-20:03



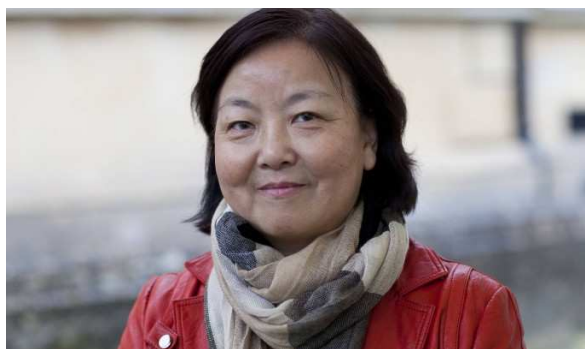
In China wird die Schriftstellerin Fang Fang massiv angefeindet. Ihr Tagebuch über den Beginn der Pandemie ist brisant. In China ist es nicht zu haben, es erscheint nur im Ausland – auch auf Deutsch.

Zehntausendfach wird Fang Fang im chinesischen Internet beschimpft. Wahlweise heißt es, sie habe dem feindlichen Ausland das Metzgermesser, das Schwert oder die Kugel gereicht, um China zu attackieren. Dabei hat die Wuhaner Schriftstellerin lediglich aufgeschrieben, wie sie die Abriegelung ihrer Stadt und den Kampf gegen das neue **Coronavirus** an jenem Ort erlebt hat, an dem die Pandemie ihren Ausgang nahm. Anfangs war es nur ein Blog, ein Internet-Tagebuch, gelesen von Millionen Chinesen. Nun soll das „Wuhan Diary“ in gut einem Dutzend Ländern als Buch erscheinen, in Deutschland beim Verlag Hoffmann und Campe. Der Übersetzer des Buchs, Michael Kahn-Ackermann, der ein Drittel seines Lebens in China verbracht und das Goethe-Institut in Peking aufgebaut hat, wird nun im Netz ebenfalls als „antichinesisches Element“ verunglimpft.

### Wider die Propaganda

Es handele sich um eine „gesteuerte Massenkampagne“, die mit Hilfe von bezahlten Internettrollen und wohl auch von Bots betrieben werde, sagt der Sinologe Kahn-Ackermann im Gespräch mit diesem Magazin. Dass die Kampagne von der Führung in Peking unterstützt werde, sei auch daran zu erkennen, dass die „extrem empfindliche Internetsensur zwar Beiträge löscht, die Fang Fang unterstützen, aber jede Beleidigung, jede Schmähung, jede Unwahrheit zulässt“.

Fang Fang ist unter Beschuss geraten, weil ihr Buch nicht das Narrativ bedient, das die chinesische Führung über den eigenen Kampf gegen das Coronavirus verbreiten möchte. Die Erzählung vom großen Sieg, der angeblich die Überlegenheit des chinesischen Herrschaftssystems belegen soll. Mit Triumphgeschrei will der Propagandaapparat vergessen machen, dass die Corona-Krise in den ersten zwei bis drei Wochen vertuscht worden war, so dass das Virus sich überhaupt erst ausbreiten konnte. Fang Fang, die mit bürgerlichem Namen Wang Fang heißt, war sich früh dessen bewusst, dass ihre Wortmeldungen die Machthaber irritieren könnten. Schon am 31. Januar appellierte sie an andere Autoren: „Ihr werdet wahrscheinlich aufgefordert werden, Essays und Gedichte im Feierton zu schreiben. Bitte überlegt euch gut, (...) auf was für eine niedrige Ebene ihr euch begeben wollt. Ich werde vielleicht alt, aber ich werde niemals aufgeben, meine Meinung zu sagen.“



„Als Zeugen, die wir die tragischen Tage von Wuhan miterlebt haben, sind wir verpflichtet, für diejenigen Gerechtigkeit einzufordern, die gestorben sind,“ sagt die Schriftstellerin Fang Fang. :Bild: Getty

Kahn-Ackermann weist darauf hin, dass Fang Fang nicht zum ersten Mal Ziel von Attacken nationalistischer Kräfte ist. Der dahinterstehende Konflikt schwele seit Jahren entlang der immer gleichen ideologischen Frontlinien. Die 1955 in Nanjing geborene Schriftstellerin gehöre einer Generation von Intellektuellen an, deren Jugendjahre in die Zeit der Kulturrevolution fielen und die die Öffnung des Landes in den achtziger Jahren als Befreiung von ideologischen Fesseln erlebt hätten. Doch seit zehn Jahren müssten diese Intellektuellen mit ansehen, dass extrem nationalistische Kräfte „eine Re-Ideologisierung des Erziehungswesens und des gesamten Meinungsbereichs“ betrieben, „die verhindern soll, dass junge Leute eigene Gedanken haben“, sagt Kahn-Ackermann. Die Wuhaner Schriftstellerin hat diesen Bezug selbst hergestellt. In ihrem Tagebuch reagierte sie auf eine Schmähkritik, die angeblich von einem sechzehn Jahre alten Jungen verfasst wurde, mit den Worten: „Du und deine Kameraden werdet in Zukunft noch Tage erleben, in denen ihr mit euch selbst kämpft, um euch von dem Müll und den Giften zu säubern, die in euren Teenager-Verstand gekippt wurden.“

## Sie ist keine Dissidentin

Es ist keineswegs so, dass Fang Fang den Umgang der chinesischen Regierung mit dem Coronavirus rundweg kritisieren würde. Sie lobt den Bau zusätzlicher Krankenhäuser, den Einsatz von 40000 Ärzten und Pflägern aus allen Teilen des Landes, das Engagement von Parteikadern und die Mobilmachung Hunderttausender Freiwilliger, wie sie wohl nur Chinas Kommunistische Partei vermag. Aber sie fordert eben auch Rechenschaft von den Verantwortlichen, die die Bevölkerung über das wahre Ausmaß der Gefahr belogen und jene mundtot machen ließen, die es besser wussten. In ihrem letzten von sechzig Einträgen schrieb sie: „Als Zeugen, die wir die tragischen Tage von Wuhan miterlebt haben, sind wir verpflichtet, für diejenigen Gerechtigkeit einzufordern, die gestorben sind.“ Andernfalls werde die Stadt mit „der Schande des Vergessens“ befleckt. Fang Fangs subjektiv gefärbte Texte über das Alltagsleben unter Quarantäne verweigern sich der propagandistischen Überhöhung von Ärzten, Helfern und Leidenden, indem sie sie als Menschen von nebenan porträtieren.

Die Schriftstellerin, die 2010 mit dem renommierten Lu-Xun-Literaturpreis ausgezeichnet wurde, hat nach eigenen Angaben Angebote von zehn chinesischen Verlagen erhalten. Doch seit sie am Pranger steht, würden sie sich nicht mehr trauen, ihr Tagebuch zu publizieren, sagte sie in einem Interview. Dass das Buch nun stattdessen zuerst im Ausland veröffentlicht wird, durchkreuzt die Bemühungen der Führung, China international als Führungsmacht zu präsentieren. Die Parteizeitung „Global

Times“ zitierte einen Wissenschaftler mit der Behauptung, das Buch könne vom Westen gar als Beweismittel für eine Entschädigungsklage gegen China genutzt werden. Wahrscheinlich stört die Propagandisten auch, dass das „Wuhan Diary“ daran erinnert, dass die Pandemie in einer Stadt im Zentrum Chinas ihren Anfang nahm. Seit das Virus in allen Teilen der Welt wütet, bemüht sich Peking, genau das vergessen zu machen, indem die Behörden fast nur noch über „importierte Fälle“ aus dem Ausland sprechen.

[Hoffmann und Campe](#) hat es Fang Fang ungewollt schwerer gemacht, sich gegen ihre Kritiker zur Wehr zu setzen. Genüsslich wies die „Global Times“ darauf hin, dass das „Wuhan Diary“ ausgerechnet am 4. Juni

hatte erscheinen sollen, am Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung von 1989. Das wohl aus rein technischen Erwägungen gewählte Datum, das inzwischen geändert wurde, rückte Fang Fang in die Nähe einer Dissidentin, die sie gar nicht ist. Auch bei der Titelgestaltung bewies der Verlag keine glückliche Hand. Im Untertitel war zunächst raunend von einem „verbotenen Tagebuch“ die Rede. Dabei wurde es von Millionen Chinesen gelesen. Das „verbotene“ wurde inzwischen gestrichen. Und das plakative Cover, das eine schwarze Mundschutzmaske auf chinarotem Grund zeigt, steht unter Vorbehalt. Der Verlag teilte mit, sich „über die finale Version“ noch mit der Autorin abzustimmen. Er ringt sichtbar mit dem Dilemma, die ins Schussfeld geratene Autorin nicht noch mehr in Schwierigkeiten zu bringen und zugleich die Erwartungen einer deutschen Leserschaft zu erfüllen, die ihr Urteil über China schon gefällt hat.

<https://www.nytimes.com/2020/04/18/world/europe/with-broad-random-tests-for-antibodies-germany-seeks-path-out-of-lockdown.html?action=click&module=Spotlight&pgtype=Homepage>

# With Broad, Random Tests for Antibodies, Germany Seeks Path Out of Lockdown

It was the first large Western democracy to contain the spread of the coronavirus and is now the first to methodically go about reopening its economy. Others are watching.

**By Katrin Bennhold**

**Photographs by Laetitia Vancon**

- Published April 18, 2020 Updated April 19, 2020, 12:46 a.m. ET



- Taking a blood sample as part of random sampling for antibodies to the coronavirus.

BERLIN — Felix Germann was not expecting anyone when his doorbell rang last week. Outside was a doctor who looked like she had just stepped out of an operating theater, green scrubs, face mask and all — and a policeman.

“I didn’t do it!” Mr. Germann said, throwing up his hands, and everybody laughed.

The unusual visitors had come with an unusual proposal: Would he allow them to test his blood for Covid-19 antibodies? Every month? For a year? Starting next week?

He would be helping to further the science that would ultimately allow for a controlled lifting of social and economic restrictions and save lives.

“Of course I said yes,” said Mr. Germann, a 41-year-old project manager at a media company. “I want to help. This is a collective crisis. The government is doing what it can. Everyone needs to do their bit.”

With that, Mr. Germann and his girlfriend joined 3,000 households chosen at random in Munich for an ambitious study whose central aim is to understand how many people — even those with no symptoms — have already had the virus, a key variable to make decisions about public life in a pandemic.

The study is part of an aggressive approach to combat the virus in a comprehensive way that has made Germany a leader among Western nations figuring out how to control the contagion while returning to something resembling normal life.

Other nations, including the United States, are still struggling to test for infections. But Germany is doing that and more. It is aiming to sample the entire population for antibodies in coming months,

hoping to gain valuable insight into how deeply the virus has penetrated the society at large, how deadly it really is, and whether immunity might be developing.

Felix Germann and his partner, Philomena Maul, receiving a team carrying out random testing for antibodies in Munich.



A tester handed over her protective goggles to be disinfected for use again later.

The government hopes to use the findings to unravel a riddle that will allow Germany to move securely into the next phase of the pandemic: Which of the far-reaching social and economic restrictions that have slowed the virus are most effective and which can be safely lifted?

The same [questions are being asked](#) around the world. Other countries like [Iceland](#) and South Korea have tested broadly for infections, or combined testing with digital tracking to undercut the spread of the virus.

In hard-hit Italy, antibody tests — and the potential of “immunity licenses” — have lingered over a national debate over how and when to reopen the country. Regional presidents have turned to serological tests as a way to better chart infections but also to get a sense of which workers might have the desired antibodies to possibly provide protection and return to work.

But even the best laid plans can go awry; Singapore attempted to reopen only to have the virus re-emerge.

In the United States, President Trump is in a hurry to restart the economy in an election year, but experts warn that [much wider testing is needed](#) to open societies safely.

Both [Britain](#) and the [United States](#), where some of the first [tests were flawed](#), virtually forfeited the notion of widespread testing early in their outbreaks and have since had to ration tests in places as they [scramble to catch up](#). In Italy, one of the worst hit countries in the world, the central government and regional leaders [sparred over how widely to test](#).

Germany, which produces most of its own high-quality test kits, is already testing on a greater scale than most — 120,000 a day and growing in a nation of 83 million.

Chancellor Angela Merkel, a trained scientist, [said this week](#) that the aim was nothing less than tracing “every infection chain.”

That high level of testing has helped her country slow the spread of the virus and keep the number of [deaths relatively low](#). More people in Germany now recover from the virus every day than are infected by it. Every 10 people infected with the virus now pass it to seven others — a sharp decline in the infection rate for a virus that has spread exponentially.

Even so, Ms. Merkel, too, has had her stumbles in dealing with the virus.

Germany has been criticized for failing to offer forceful leadership to the European Union at a moment of profound crisis. The generosity and solidarity on such striking display inside of

At home, however, the chancellor's mixture of calm reassurance and clear-eyed realism — as well as her ability to understand the science and [explain it to citizens](#) — has been widely praised and encouraged Germans to follow social distancing rules. Her approval ratings are now higher than 80 percent.

That broad confidence in government has given Germany a tremendous advantage. It is much of the reason a knock on the door by a police officer and strangers dressed like aliens asking for blood can engender good will rather than alarm, even in a country where past authoritarian governments have left citizens protective of their privacy.

The Munich antibody study, run by the [Division of Infectious Diseases and Tropical Medicine at Munich University Hospital](#), and cofinanced by the government of the state of Bavaria, is the biggest of several regional studies being rolled out in various corners of Germany. Still, scientists caution that there is no proof yet that the detection of antibodies signals effective immunity and even if it does, it is not known how long that immunity might last.

Nationally, the Robert Koch Institute, the government's central scientific institution in the field of biomedicine, is testing 5,000 samples from blood banks across the country every two weeks and 2,000 people in four hot spots who are farther along in the cycle of the disease.

Its most ambitious project, aiming to test a nationwide random sample of 15,000 people across the country, is scheduled to begin next month.

“In the free world, Germany is the first country looking into the future,” said Prof. Michael Hoelscher, who heads up the Munich study, noting that a number of countries had already asked him for the protocol to be able to replicate it. “We are leading the thinking of what to do next.”

Mr. Hoelscher was co-author of what has become a widely influential [research paper](#) about how the virus can be transmitted before someone develops symptoms.

“There's no doubt after reading this paper that asymptomatic transmission is occurring,” Dr. Anthony Fauci, director of the National Institute for Allergy and Infectious Diseases in the United States, [told CNN on Feb. 1, three days after the paper was published](#). “This study lays the question to rest.”

Asymptomatic transmission is what has made containment so difficult because a large number of infections are not detected.

Measuring the number of hidden infections and getting a sense of the true scale of the disease is key to fine-tuning the gradual loosening of restrictions and minimizing income loss and social isolation, scientists say.

“We will have a better idea of the number of undetected infections once we have done these representative studies,” said Lothar Wieler, president of the Robert Koch Institute for infectious diseases, which is conducting a number of the antibody tests. “A lot is being done to measure well.”

Some interim results have already come out.

In Gangelt, a small town of about 12,000 in northwest Germany, tests of a first group of 500 residents found that 14 percent had antibodies to the virus. Another 2 percent tested positive for the coronavirus, raising hopes that about 15 percent of the local population may already have some degree of immunity.

“The process toward reaching herd immunity has begun,” Prof. Hendrik Streeck, director of the Institute of Virology at the University Hospital Bonn, who is leading the study, said in [an interim report](#).

And even if 15 percent of Gangelt has some degree of immunity, levels of immunity are almost certain to be lower elsewhere in the country.

Gangelt was hit early and exceptionally hard by the virus following a carnival event in mid-February that acted as a super spreader. But it may hold valuable insights for places that lag behind as the pandemic runs its course.

The mortality rate in the town, for example, turned out to be 0.37 percent, much lower than the national rate of 3 percent which is calculated based only on detected infections.

The Munich study is expected to be more nuanced in its findings because it follows participants like Mr. Germann for a whole year. In addition to regular blood tests, there will be questions about everything from mental health to income loss.

“We are at a crossroads,” said Mr. Hoelscher, the professor. “Are we going the route of loosening more and increasing immunity in the summer to slow the spread of this in the winter and gain more freedom to live public life? Or are we going to try to minimize transmissions until we have a vaccine?” he asked.

“This is a question for politicians, not for scientists,” he added. “But politicians need the data to make an informed risk assessment.”

Mr. Hoelscher got the idea for the antibody study in the shower. It was March 19, the day before the state of Bavaria announced its lockdown.

“I thought to myself if we’re going into lockdown, we need to start working on an exit strategy now,” he said.

The next day, he said he wrote a short pitch to the Bavarian government. Six hours later, he had the green light. It took another three weeks until the test kits had arrived, a new lab was opened and teams of medics started fanning out across the city.

Six days after they first rang his doorbell, a doctor and two medical students came back to Mr. Germann’s apartment, household number 420 out of 3,000.

They put on disposable protection suits, gloves and goggles and one of them sat down on a plastic stool they had brought along to take a small vial of his blood. Then they removed and bagged their suits, disinfected the stool and any surface they had touched and left. It took all of 10 minutes.

“I was like, wow, it was a perfect choreography,” said Mr. Germann. “It’s impressive to think they have teams doing this all across the city. And we’re only like one month into this.”

An interim result of the study could be released as early as June.

Mr. Germann will get his first results already next week. He is curious. “You kind of wonder, was that last cold I had corona?”



## The euro area faces a new test

# Making Europe's economy work better

Time to integrate further or break-up

[Leaders Apr 11th 2020 edition](#)

Apr 11th 2020

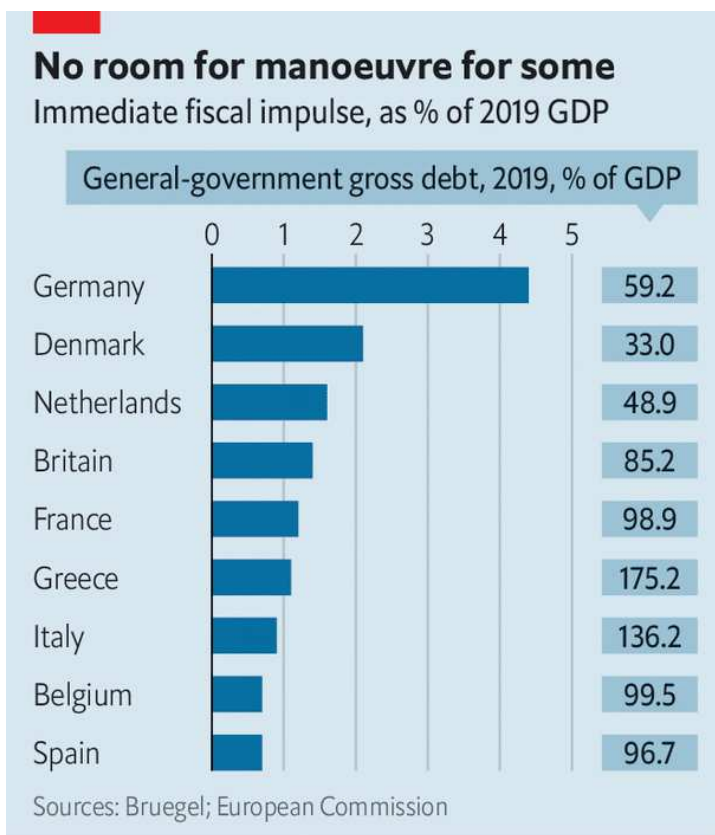


The euro area is set for its deepest downturn and its sternest economic test yet. Some forecasters expect gdp to shrink by nearly a tenth in 2020. But as history is being made, it is also being repeated. Talks between Europe's politicians about the covid-19 crisis have descended into yet another ugly row over which countries gain and lose from a common currency. The acrimony has its roots in Europe's sovereign-debt crisis in 2010-12, when stricken southerners pleaded for solidarity and northerners refused to bail out what they saw as bad behaviour.

Back then the euro area avoided collapse largely thanks to action by the European Central Bank (ecb). The euro zone has since had a chance to pass deep reforms in order to deal with its fragility once and for all, but the time was ill-used. Having given up their monetary independence long ago and failed to cut public debt, some countries cannot deal with the crisis on their own. They need help from stronger economies in the north.

To avoid a deep and enduring slump, the southern countries need government spending that will shore up their economies today and relaunch them when the pandemic has abated. Yet this spending will sharply increase their debts. In Italy public borrowings are already worth 135% of gdp, and that figure could easily rise to well over 150% with even a modest stimulus. If its government spends freely, investors could panic about an eventual default or debt restructuring. Greece, Spain—and even France—face the same hard choices.

The temptation is to dither. Southern borrowing costs are higher than the north's but not near panic levels. Italy's ten-year bonds yield about two percentage points more than Germany's. After fumbling, the ecb has tried to limit the damage by acquiring bonds and relaxing rules about what it buys.



The Economist

Those actions will buy time, but no more than that. There are still limits on how much the ecb can help the south and extra bond purchases are likely to end before southern economies recover. The bank may feel it lacks the mandate to extend its scheme. A legal challenge in Germany is an ever-present threat. And, aware that they are pushing their luck, southern countries may opt for smaller stimulus packages than they really need. That could still mean they face a doom loop as a shrinking economy makes it harder to service existing debts.

Politically the euro faces a dilemma. In the south millions more might conclude that membership of the single currency brings no benefits, fuelling support for Eurosceptic parties such as Italy's Northern League and the National Rally of Marine Le Pen in France (see article). In the north bail-outs would bolster the likes of the hard-right Alternative for Germany.

What to do? As *The Economist* went to press euro-area finance ministers were still struggling to agree on measures, including common funding for unemployment insurance and easier access to credit lines from a common bail-out fund. But the resources available are puny. A proposal, backed by nine member states, for "coronabonds", or jointly issued debt, is likely to founder. This would have let the south take advantage of the north's cheap borrowing costs.

Northerners have long resisted mutualisation for fear of underwriting laxity in the south. But without it Italy and Spain will face either a savage crisis now or a lengthy debt crisis in the future. With lockdowns in place from Saxony to Sicily, debt issued today is a result not of bad behaviour but of the pandemic. Mutualisation should be a compromise, signalling that north and south have to live together in their common interest. Even some past opponents of Eurobonds, such as Klaas Knot, head of the Dutch central bank, now see a case for them. Northern leaders must follow. For two decades they have shied away from the fact that the currency union cannot succeed unless its members share more risk. If they do not face up to that today, the euro, and perhaps the European Union itself, will not survive.

## Keeping the flame alight

# A chronicle of heroism in the Soviet Union

Historians who think the dissident movement was ineffective are mistaken

[Books and arts](#) [Apr 8th 2020 edition](#)

Apr 8th 2020

**The Dissidents.** By Peter Reddaway. *Brookings Institution Press*; 320 pages; \$29.99 and £25.50.



It is fashionable for academics to argue that the doughty band of dissidents who fought for freedom in the Soviet Union, during the decades between the death of Josef Stalin and the collapse of communism under Mikhail Gorbachev, made little difference to the course of history: bigger forces—contradictions, in the old Sov-speak—caused the system to perish from within. Yet the likes of Andrei Sakharov and Alexander Solzhenitsyn surely did help pull down the creaking edifice of the totalitarian state by remorselessly exposing its falsehoods and speaking truth to power. Moreover, whether abroad or in internal exile or jail, the dissidents—and an array of less known heroes documented in Peter Reddaway’s remarkable memoir—did keep alive the notion of Russian decency and the flame of freedom.

As a student of Russian at Cambridge, Mr Reddaway was drawn into the dissidents’ shadowy world, making the first of three visits to the Soviet Union in 1960. He listened assiduously to a wide range of Soviet citizens, from taxi-drivers to academicians, recording their views in meticulous but engrossing detail. A stint at Moscow State University ended in his expulsion in 1964, five months before Nikita Khrushchev’s fall, probably because he helped the wife of a defector for whom he had briefly served as a guide in Cambridge. For the next 24 years he doggedly catalogued, translated and disseminated the campaigns and experiences—often in prisons, labour camps and mental asylums—of a vast range of dissidents.

By dint of their contacts with the likes of Mr Reddaway, they put the abuse of human rights in the Soviet Union under the world’s spotlight. The Kremlin pretended to be impervious to Western claims that, long after Stalin’s death, dissidents still languished behind bars. Yet it plainly minded when taken to task for flouting the human-rights provisions of the Helsinki Accords, which it had reluctantly signed in 1975 as a token of East-West detente, spawning the dissidents’ Helsinki Human Rights Group in Moscow a year later. This gave a fillip to Sakharov and others who argued for a “legalist” approach to opposition, which cited the authorities’ violations of their own rules and obligations.

Soviet leaders also minded when—thanks to papers smuggled out by dissidents dragged off to mental hospitals that were jointly overseen by venal psychiatrists and the kgb—the representative Soviet body was

forced out of the World Psychiatric Association in 1983. Drawing on archives in Moscow that were briefly opened in 1992, Mr Reddaway reveals that Yuri Andropov, the long-serving head of the kgb who briefly became head of state, authorised in his own words “a plan to develop a network of psychiatric institutions to help defend the Soviet system”, and that from 1975 to 1988 some 2,438 dissidents, according to kgb records, were subjected to their malign care. Thanks to extraordinarily brave medics such as Anatoly Koryagin and Alexander Podrabinek (who both served long prison sentences), this abuse was exposed in the 1960s and 1970s. That was also a signal achievement for Mr Reddaway and his own dedicated coterie in Britain, America and the Netherlands.

The most impressive and durable of the dissident networks within the Soviet Union was probably the one that published 64 issues of the courageous *Chronicle of Current Events* in 1968-82, including, early on, a seminal essay by Sakharov. All but two editions were smuggled out and then translated and circulated by Mr Reddaway and others. From the early 1970s Amnesty International also distributed it, giving it a still wider reach. After the Soviet Union fell, one of its editors, Sergei Kovalev, became a prominent mp and leading light in the creation of Memorial, a valiant outfit that still seeks to chronicle all the victims of Soviet and now, under President Vladimir Putin, post-Soviet repression.

The memoir highlights two particularly noteworthy dissidents abetted by Mr Reddaway, Anatoly Marchenko and General Pyotr Grigorenko. Marchenko’s “My Testimony”, published in 1969 in the West (and in 1967 in *samizdat*), showed that the gulag—the web of labour camps across the Soviet Union—had by no means ended with the demise of Stalin. When Marchenko died in 1986, he had spent a total of 20 years in prison for non-violent dissent. Grigorenko was a military hero with a chestful of medals for valour. But when he started to agitate against the system, he was incarcerated in a string of mental asylums.

Mr Reddaway was also active in aiding those punished for promoting the rights of Christians, Jews, Crimean Tatars and other minorities. Many of the nationalist dissidents in far-flung parts of the Soviet empire became prominent when its fake federalism began to buckle during Mr Gorbachev’s reforms. This, too, contradicts the notion that the dissidents had scant effect as agents of change.

## Reds away

After a lifetime entangled with Russia, Mr Reddaway has a wealth of revealing anecdotes beyond the world of dissidents. He once watched Vyacheslav Molotov, Stalin’s erstwhile foreign minister, reading in a library in Moscow. He knew people close to Lazar Kaganovich, the longest-surviving of Stalin’s ministers, as well as a host of literary luminaries, such as Kornei Chukovsky and Bella Akhmadulina. Boris Pasternak’s brother and son confided in him. On his return to Moscow in the heady days of *glasnost*, after being banned for 24 years, he was embraced by an array of writers, from old-school communists to nationalists, Slavophiles to Westernisers.

Above all, like the people he defended, he never lost heart. Whereas most Western experts were sure the Soviet Union would endure, as far back as 1962 Mr Reddaway was writing: “Ultimately, I’m afraid, I see a new revolution as the only outcome—in 30 years’ time?” Most of the dissidents he befriended shared his view that the Soviet Union was unreformable unless the communist system was junked. In 1970 a Dutch publishing house set up with Mr Reddaway’s help issued Andrei Amalrik’s “Will the Soviet Union survive until 1984?”

Yet this book evinces no sense of triumphalism. How could it? Mr Putin has spent most of his life ensuring that dissent against the state be suppressed. Still, Mr Reddaway’s memoir makes clear that the dissidents’ cause will live on.

# Charles-de-Gaulle : le virus probablement embarqué à Brest

Selon le général Lecointre, la contamination s'est probablement produite «à l'escale qui a eu lieu au mois de mars».

Par Le Figaro avec AFP

Publié il y a 10 heures, mis à jour il y a 4 heures

*Le Charles de Gaulle. ERIC GAILLARD / REUTERS*

L'équipage du porte-avions français *Charles-de-Gaulle* a probablement été contaminé par le nouveau coronavirus lors de l'escale du bâtiment à Brest, a déclaré dimanche 19 avril le chef d'état-major des armées. **«On considère, on pense (...) que cette contamination s'est produite à l'escale qui a eu lieu à Brest au mois de mars (du 13 au 16 mars, NDLR)»**, a déclaré le général François Lecointre sur France Inter.

Près des deux tiers de l'équipage du porte-avions, soit 1046 marins sur 1760, ont été testés positifs, mais l'origine de la contamination reste une énigme. L'équipage, en mission depuis fin janvier, n'a pas été en contact avec un élément extérieur après cette escale à Brest, au cours de laquelle une relève d'une cinquantaine de personnes est montée à bord et des centaines de marins sont descendus à terre.

Les premiers cas de maladie Covid-19 n'ont été identifiés qu'au cours de la première semaine d'avril, soit au-delà de la durée d'incubation (quatorzaine) habituellement admise pour le virus. [La ministre des Armées Florence Parly](#) avait relevé vendredi que *«plusieurs hypothèses»* étaient *«à l'étude»*, y compris que le virus ait pu être déjà présent à bord avant l'escale.

Si l'hypothèse de la montée du virus à bord lors de l'escale de Brest est privilégiée, *«nous ne pouvons pas en avoir la certitude à 100%»*, a concédé le chef d'état-major de la Marine, l'amiral Christophe Prazuck, dans le *Journal du Dimanche*.

**Le Figaro (site web)**

dimanche 19 avril 2020 - 19:42 UTC +02:00 2234 mots

Vox ; Vox Société

**Pierre Vermeren:****«La crise sanitaire, révélateur du déclassement de la France»****TRIBUNE - Dans une réflexion d'une grande ampleur, l'universitaire, normalien, agrégé et docteur en histoire, dépeint les causes du déclin français que révèle l'extrême difficulté de l'État à juguler le Covid-19.**

Le sentiment de déclassement de nombreux Français masquait une vérité que peu voulaient connaître: la cinquième ou sixième puissance économique mondiale est un pays déclassé. L'ancienne première puissance politique, économique, militaire et démographique occidentale (selon les domaines entre les XVIIe et XIXe siècles) est devenue une puissance moyenne. Soit. Mais la promesse faite aux Français d'un État protecteur, éducateur, visionnaire et architecte, en un mot stratège, dont les premières dépenses publiques au monde sont acceptées du fait de notre contrat social, est rabaisée au rang de gestionnaire endetté et dépassé. Si la tiers-mondisation parfois dénoncée est excessive, la France est revenue à sa condition de pays méditerranéen aux côtés de ses sœurs latines, l'Espagne et l'Italie, littéralement fauchées par la crise du coronavirus.

De François Ier à Charles de Gaulle, quelques séquences douloureuses mises à part, la France a longtemps échappé à sa condition: en s'appuyant sur le plus riche terroir d'Europe, de grands dirigeants ont sublimé la nation grâce au pouvoir d'attraction universel de Paris et, un temps, de Versailles: écrivains, intelligences, théologiens, artistes, beaux esprits et belles femmes avaient rendez-vous à Paris. Pour soutenir son rang, l'État dirigeait sous la Révolution et l'Empire la première armée d'Europe, puis bénéficiait d'une industrie à la pointe de la technologie mondiale. Si l'Angleterre a inventé l'industrialisation, lorsque éclôt la deuxième révolution industrielle, au tournant du XIXe siècle, la France mène le bal du progrès technique: automobile (Renault), aviation (Ader), électricité (Bergès), cinéma (frères Lumière), armement (pneumatique, turbine à vapeur, camion), chimie (Pasteur), on fera grâce de la bicyclette et du soutien-gorge! Puis, d'une guerre à l'autre, le leadership politique et l'attractivité ont basculé vers l'Angleterre et les États-Unis, qui ont attiré les talents. La translation a été lente, car la France est le grand vainqueur de 14-18. Mais elle en sort si affaiblie dans sa chair que son abaissement est inéluctable, ce qui conduit à 1940. L'Allemagne, à défaut d'imposer son empire militaire, s'est ensuite emparée du leadership industriel dans les années 1970, quand la France a commencé à sacrifier par pans entiers son industrie. Puis l'Allemagne a été rejointe par l'Asie orientale, qui devait se substituer aux rétractions industrielles conjointes de la France, du Royaume-Uni et de l'Amérique.

La crise du coronavirus est l'ordalie (ce «jugement de Dieu», après que le suspect d'un procès médiéval eut été soumis par ses juges à la torture afin que Dieu se prononce) de notre nouvelle condition. Les puissances industrielles d'Asie sont à la pointe de l'équipement et de la réactivité. Ayant décrété que la mort de millions de personnes dans une épidémie n'était plus acceptable au XXIe siècle - même en Chine communiste -, elles ont, au prix d'une exceptionnelle préparation, jugulé la mortelle pandémie. Si

l'opacité des autorités chinoises quant à la virulence du virus et à sa mortalité a favorisé la pandémie, cela n'enlève rien à l'exploit d'avoir cantonné l'épidémie à Wuhan (un Chinois sur trente). Mais Japon, Corée du Sud, Taïwan, Singapour, Vietnam, Asie confucéenne et même Thaïlande ont réagi avec une méthode et des moyens qui en imposent. Tout le monde y est masqué, et la détection, systématique. Hors du foyer originel de Wuhan, le confinement total était dès lors inutile.

Quand l'épidémie a touché l'Europe puis les États-Unis, la crédulité l'a emporté. «*Nos concitoyens à cet égard étaient comme tout le monde, ils pensaient à eux-mêmes, autrement dit, ils étaient humanistes: ils ne croyaient pas aux fléaux. Le fléau n'est pas à la mesure de l'homme, on se dit donc que le fléau est irréal, c'est un mauvais rêve qui va passer. Mais il ne passe pas toujours et, de mauvais rêve en mauvais rêve, ce sont les hommes qui passent, et les humanistes en premier lieu, parce qu'ils n'ont pas pris leurs précautions*», dit le narrateur de *La Peste*. Nous y voilà.

Il y a longtemps que nos dirigeants ne lisent plus *La Peste* ni de romans, sauf goût personnel. Même avant sa suppression officielle à Sciences Po, la culture générale était devenue un vernis mouliné en fiches de lecture afin que brillent de beaux esprits. Parmi les quelques citations incontournables pour préparer l'ENA, retenons la pensée de Rabelais: «*Science sans conscience n'est que ruine de l'âme.*» Fallait-il pour autant écarter la science, les ingénieurs et les connaissances scientifiques de la formation de nos hauts fonctionnaires?

La France du XIXe siècle fit une place de choix aux corps techniques à la direction des affaires publiques, renforcée par la planification industrielle des années de Gaulle. Les X-Mines et les X-Ponts ont codirigé l'armée française, construit nos grandes infrastructures, recomposé notre territoire (pas toujours de manière très heureuse!), lancé les grands programmes d'armement, du nucléaire, de l'aéronautique (Airbus), du spatial et des satellites, du TGV... Aucune décision de politique publique ne s'opérait sans leur accord ou leurs recommandations. Ils étaient au cœur du pouvoir et de la décision publique.

Or dans le choix qui a présidé la création de l'ENA, en 1945, les humanités n'ont pas été la seule victime collatérale. Jusqu'aux années 1960, les énarques sont peu nombreux, et la direction de l'État est aux mains d'élites diversifiées, dont les fameux corps techniques. Mais au fil des décennies, notre «État de droit», considérablement renforcé par la désindustrialisation et la dérégulation financière des années 1980, construction européenne oblige, devient affaire de juristes: généralistes du droit public, spécialistes de la note de synthèse et du commentaire d'arrêt, conseillers d'État et inspecteurs des finances se suffisent.

Les plus brillants ingénieurs des corps d'État sont priés de pantoufler à la tête des entreprises publiques et privatisées et de s'adonner au jeu des chaises musicales à la tête de nos institutions financières. De cogérants de l'État, les corps techniques deviennent auxiliaires, raison pour laquelle les polytechniciens ne font plus carrière dans l'armée, ce qui est singulier pour une école militaire. Il en ira bientôt de même des normaliens, puisque le Saint Graal se nomme droit public et finance!

Au diable ingénieurs, officiers et écrivains: le développement déraisonnable de notre bureaucratie - conforme aux anticipations de Max Weber dans *Économie et société* (1921) - les a marginalisés. Cette rétraction de l'élite dirigeante s'est accompagnée de sa conversion, dans les années 1980, à l'économie financière post-dérégulation, qui a produit une montagne de dettes. Même notre précautionneux État gaullo-pompidozien désendetté en 1970 a atteint 100 % du PIB de dette publique en 2010. Et le malade national n'éprouve aucune amélioration: en atteste l'intensification des crises sociales et politiques récentes.

La France a d'abord cantonné ses ingénieurs aux sphères techniques, avant qu'on ne les déshabilles une à une: planification, régulation, politique bancaire, industrielle et agricole, aménagement du territoire,

prospective (que l'on n'écoute plus), réduction de la fonction publique d'État, notamment de l'armée, privatisations, fermeture des directions départementales de l'équipement (DDE) en 2009, etc. L'État est comme une volaille dont on a coupé les membres. D'où la tragique fuite des meilleurs - ou de trop d'entre eux - vers l'Amérique, et la conversion de nos polytechniciens à la finance.

L'industrie française est l'autre victime collatérale de cette épuration scientifique et technique. Voilà pourquoi, sans conception ni usines, la France ne peut plus produire assez de masques, de tests, de médicaments ni de machines. Après la guerre d'Algérie, la France a aussi écarté les officiers du pouvoir - on aurait tort d'oublier qu'ils étaient au cœur de la machine étatique sous les IIIe et IVe Républiques - et les a envoyés en opex avec des moyens de plus en plus dérisoires. Après Mitterrand, notre dernier président lettré, elle a marginalisé écrivains et professeurs, renvoyés à leur condition superfétatoire soldée à bon compte. Seuls les médecins ont gardé statut et revenus conséquents, car il faut bien se soigner!

L'hôpital, bateau ivre

Mais le délabrement progressif de l'hôpital public et des métiers qui le servent, dont on paye la facture, révèle en quelle estime ils sont tenus. Car si la France a un budget santé équivalent à l'Allemagne, l'hôpital est un bateau ivre: bureaucratie et médecins hospitaliers sont en guerre; cliniques privées et CHU se tirent le tapis; les agences régionales de santé n'écoutent que Bercy; rien n'a été pensé sur les conséquences du *numerus clausus*, l'absence de dossier médical individuel, les 35 heures, la féminisation du corps médical, liée à l'effondrement de la médecine de ville qui noie les urgences, l'héliotropisme du corps médical, la prévention et l'anticipation des crises sanitaires, la dépendance aux médecins étrangers sous-payés - mais ralliés par les élites africaines qu'il faut soigner -, la gabegie des soins pour nombre de pathologies inutiles, la vacuité du Conseil de l'ordre, la constitution d'un état-major médical ministériel déconnecté du soin, les pressions corruptrices de l'industrie médicale, etc. L'addition va se payer en dizaines de milliards d'euroset en milliers de vies humaines.

La France est devenue un énorme pourvoyeur de prébendes, subventions et rentes, grâce à un rendement fiscal exceptionnel assis sur notre économie de services mondialisée et à notre dette publique. L'espoir, comme dans les années 1920, reste de faire payer l'Allemagne - via les eurobonds -, dont on feint de s'étonner que les Allemands les refusent. Mais si la France espère que le Covid-19 contraindra la Banque centrale européenne à mutualiser les dettes européennes, ce pourrait être le signal du départ de l'euro d'une Europe germanique exaspérée.

Notre «État de droit» repose sur trois solides piliers. Les communicants agréés, médias officiels et officieux qui constituent un orchestre polyphonique redoutable pour porter la bonne parole de l'État, quand sa fonction est de guider les citoyens dans un monde qui leur échappe. Le ministère de l'Intérieur et ses corps (préfecturale, CRS, police, douanes, sécurité civile, pompiers), à la manœuvre sur tous les foyers d'incendies qui se succèdent depuis 2005: il leur revient de ramener au réel les citoyens que la communication n'a pas convaincus. Enfin, la bureaucratie «*légale-rationnelle*» (Weber), qui écrit ses ordonnances avant leur suivi juridico-administratif. Ce sera une contribution de plus à notre montagne réglementaire, auxiliaire du Moloch législatif qui régit notre pays. La loi claire, courte et précise a laissé place à un monstre kafkaïen qui détourne citoyens et intelligences.

Appareil déboussolé

Munis de cet attelage baroque, nous voilà confrontés à un ennemi que les Asiatiques ont désigné avant nous et que nos dirigeants ont dû faire leur. Comment transformer nos carences en arme de combat contre



l'invisible virus? C'est à cette quadrature du cercle que nous invite la déclaration de guerre du président: l'urgence sanitaire est implacable, servie par des millions de bonnes volontés de ce peuple réputé frondeur, mais si obéissant - qui accepte tour à tour la dégradation de ses services publics, une pression fiscale record, l'obligation, pendant un ou deux mois, de marcher durant des heures chaque jour pour aller travailler faute de transports publics, l'annulation des examens de ses enfants et, désormais, l'injonction de rester enfermé chez lui...

Mais l'appareil qui nous régit est déboussolé. En quelques années, la France a transféré ses usines pharmaceutiques et une partie de son industrie mécanique en Chine ; l'État a bradé 1,5 milliard de masques sanitaires et fermé 100.000 lits d'hôpital (selon la Drees) ; faute grave et peu connue, il a liquidé les forces vives de la médecine militaire (Santé navale Bordeaux, fermeture d'hôpitaux militaires, dont le Val-de-Grâce, et de la plupart des spécialités, etc.) Quand l'Allemagne aligne 30.000 lits d'urgence, la France en avait 5000, et l'armée ne peut plus en construire que quelques dizaines au lieu des milliers nécessaires.

Nous nous retrouvons confinés avec nos sœurs latines impécunieuses. L'Allemagne semble avoir les moyens d'endiguer la pandémie à coups de tests. L'Amérique de Trump et le Royaume-Uni de Johnson, que l'on savait en crise, dont les dirigeants ont été élus par la part abandonnée de leurs peuples respectifs, sont livrés aux maux qui nous accablent, mais délestés de notre montagne réglementaire.

Médecins et scientifiques, aidés par l'armée des invisibles, font fi des entraves pour sauver les dizaines de milliers de vies menacées. Tout sera fait pour revenir à la routine après la crise sanitaire. Mais le choc économique sera saignant. Et la reconfiguration de l'État ne sera pas une option.

# Die Apokalypse ist nicht der Weltuntergang

Stand: 18:45 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Hannes Stein**



„Siehe, ich mache alles neu“, heißt es in der Offenbarung

Quelle: Getty Images

Globalisierungsgegner glauben, Corona sei das Ende der Globalisierung und der EU. Kommunisten hoffen auf den Sieg des Kommunismus, Liberale auf die Stunde der Freiheit. Die Erfahrung aber weist einen anderen Weg.

Die Apokalypse ist nicht der Weltuntergang. Das griechische Wort „apokalypsis“ bedeutet keineswegs Katastrophe: Es bedeutet Offenbarung. Das Alte vergeht, eine andere Welt tritt ins Licht; der apokalyptische Moment ist jener, wenn alle Hüllen fallen. Die Apokalypse des Johannes berichtet darum nicht nur von den vier apokalyptischen Reitern, die ein „Viertel der Erde“ durch „Schwert, Hunger und Tod und die Tiere der Erde“ umbringen. Sie erzählt auch – nein, vor allem – von der Wiederkunft Jesu, der die Gottlosen richtet und seine Getreuen um sich versammelt.

Wenn die Apokalypse kommt, ist keineswegs alles aus. Stattdessen fährt das „neue Jerusalem“ vom Himmel auf die Erde nieder – am Ende wird alles gut, denn Gott wischt mit gütiger Hand alle Tränen ab: „Siehe, ich mache alles neu.“ Es wäre ein Wunder, wenn die Katastrophe, die uns derzeit alle heimsucht, nicht zu apokalyptischen Deutungen verführen würde – wenn es keine philosophischen Versuche gäbe, der Seuche einen Sinn zu geben.

Also sagen zurzeit viele bedeutende Denker voraus, dass, wenn die apokalyptischen Reiter erst einmal vorbeigaloppiert sind, just das passieren wird, was sie sich ohnehin schon immer gewünscht haben.

## **„Der liberale Kapitalismus ist bankrott“**

Nehmen wir etwa den britischen Philosophen John Gray, der seit Jahrzehnten zu den klügsten Globalisierungskritikern gehört. In einem Essay in der Zeitschrift „New Statesman“ stellt er kategorisch fest: „Der liberale Kapitalismus ist bankrott.“ Die Pandemie und die gewaltige Wirtschaftskrise, die sich daraus ergebe, werde zu einer grundlegenden Neuordnung aller Dinge führen.

„Unser Leben wird physisch eingeschränkter und virtueller sein als zuvor. Eine fragmentierte Welt wird geboren, die in vieler Hinsicht belastbarer sein wird“ als der Status quo ante. Die Europäische Union werde dazu verdammt sein, fürderhin ein Schattendasein zu führen, wie das Heilige Römische Reich in seinen letzten Tagen.

Der Massentourismus werde bald der Vergangenheit angehören. Der gute alte Nationalstaat werde zurückkehren, mit ihm die „harten Grenzen“ von anno dazumal. Ökonomisches Wachstum werde kein Ziel der Gesellschaft mehr sein, die „Anarchie des Weltmarktes“ werde künftig von den Regierungen geregelt, es werde Maßnahmen gegen die Überbevölkerung geben. *Small is beautiful!*

## **„Bücher lesen wurde zum Kult“**

Der sympathische Zukunftsforscher Matthias Horx entwirft in einem Text, der im Internet seine Runden zog, eine vergleichbare Vision. Auch er sieht voraus, dass uns das Virus im guten Sinn verändern wird. Horx stellt sich vor, dass wir im Rückblick sagen werden: „Menschen, die vorher nie zur Ruhe kamen, auch junge Menschen, machten plötzlich ausgiebige Spaziergänge ... Bücher lesen wurde zum Kult ... Zynismus, diese lässige Art, sich die Welt durch Abwertung vom Leibe zu halten, war plötzlich reichlich out ... Nebenbei erreichte auch die unendliche Flut grausamster Krimiserien ihren Tipping Point.“



SLAVOJ ŽIŽEK

Und dann ist da natürlich auch noch Slavoj Žižek, der slowenische Medienstar und Philosophendarsteller. Er erwartet sich vom Coronavirus nicht weniger als das Ende der kapitalistischen Marktwirtschaft und die sofortige Einführung des Kommunismus.

Bei so viel apokalyptischer Siegesgewissheit will naturgemäß auch ich nicht abseits stehen. Ich erhoffe mir also von dieser Seuche, dass sie letztlich zu einer Renaissance – einer Wiedergeburt – der liberalen Demokratie führt. Ich hoffe auf eine schämliche Wahlniederlage für Donald Trump und seine republikanischen Getreuen im November dieses Jahres.

Ich hoffe, dass die „Alternative für Deutschland“, nachdem sie gezeigt hat, dass sie nicht regieren, sondern nur hetzen kann, im Orkus der Geschichte verschwindet. Ich hoffe, dass Wladimir Putin nach der Katastrophe oder mittendrin herausfindet, dass die junge Generation in Russland keine Lust mehr hat, von Zaren beherrscht zu werden.

Ich hoffe, dass die Kommunistische Partei Chinas sich zu Reformen gedrängt fühlt, die am Ende dazu führen, dass ihr die Macht entgleitet, so wie sie einst den kommunistischen Regimes in Osteuropa entglitten ist. Ich hoffe, dass endlich, endlich das Regime im Iran stürzt. Ich hoffe all dies – aber sicher bin ich mir nicht.

Die Pandemie von 1918 hat damals zu keinen großen Veränderungen geführt. Die Vereinigten Staaten waren nachher nicht weniger rassistisch, aber auch nicht rassistischer als vorher. Die Bolschewiki in Russland blieben die russischen Bolschewiki. Die autoritären und nationalistischen Regime in Europa wurden keineswegs geschwächt. Die Weimarer Republik siegte über ihre Gegner – vorerst.

Die große Pandemie wurde unterdessen einfach vergessen. Sie fügte sich in keine der großen Geschichtserzählungen, sie führte zu keiner Bewusstseinsänderung, und sie bewies gar nichts. Wer sagt uns, dass es mit Covid-19 anders sein wird? Vor allem dann, wenn es (was auf das Heftigste zu wünschen ist) bald gelingt, die Seuche durch massives Testen und antivirale Medikamente unter Kontrolle zu bringen?

## **Vergessene Qualen**

Vielleicht werden wir in einem Jahr schon über ganz andere Dinge sprechen – die Wiederwahl von Donald Trump, erneute Massaker von Hindus an Muslimen, ein Erstarren der Lügen im Internet – und das gegenwärtige Schlamassel mit einer entschlossenen Bewegung aus unserem Gedächtnis schieben?

Vielleicht kommt es aber noch ein bisschen anders. Kann sein, dass wir irgendwann mit Nostalgie über die Zeit sprechen, als Covid-19 wütete; ungefähr so, wie die Kriegsgeneration in Großbritannien nostalgische Erinnerungen an die Zeit des „Blitz“ pflegt, als die deutschen Bomben fielen und das ganze Volk – von der Queen Mum bis zum ärmsten Schlucker im Londoner East End – zusammenstand.

Es ist durchaus möglich, dass wir (also jene, die überlebt haben) einander in zehn Jahren Geschichten über die Zeit erzählen, als die Städte so schön still wurden, dass man die Vögel singen hörte, und wir alle zu Hause saßen – getrennt, aber durch das weltweite Netz der Computer miteinander verbunden – und dazu gezwungen wurden, uns auf die wesentlichen Dinge zu besinnen. Unsere Familien. Solidarität. Die Religion. Die Kunst. Und niemand wird mehr an die Angst und die Einsamkeit und die Qual denken, nicht zu wissen, wie diese sinnlose Katastrophe enden wird.

EU-HILFEN FÜR ITALIEN:

# „Ein Symbol der europäischen Unterdrückung“

- VON TOBIAS PILLER, ROM
- -AKTUALISIERT AM 19.04.2020-22:12



In Italien heizen nicht nur Populisten den Streit um europäische Hilfskredite weiter an. Ein einflussreicher Volkstribun fordert die direkte Finanzierung durch die Notenbank. Doch der Direktor des Rettungsfonds ESM versucht zu beruhigen.

Der Generaldirektor des europäischen Staatenrettungsfonds **ESM** versucht, kritische Stimmen in Italien zu besänftigen. Die Eurogruppe der Finanzminister in der Währungsunion hatte vereinbart, dass jedes Land vom ESM einen Kredit in Höhe von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhalten könne, um damit Investitionen im Gesundheitswesen zu finanzieren. Rechten Populisten ist der damit erhältliche Betrag zu wenig, zum anderen sagen sie, dahinter stecke eine Falle der Europäer, die Italien nachher Konditionen stellen wollten wie seinerzeit den Griechen.

Der ESM-Generaldirektor sagte in einem Gespräch mit dem Mailänder „Corriere della Sera“, im ESM gebe es nun neue Grundsätze. Allen Staaten werde nach den gleichen Grundsätzen ein Kredit angeboten. Das sei anders als bei den Krediten für die südeuropäischen Krisenländer vor einigen Jahren, wo von Fall zu Fall spezifische Bedingungen ausgehandelt worden seien. Es sei auch ein „Missverständnis“, wenn fälschlicherweise gesagt würde, die Bedingungen für die Auszahlung von Krediten könnten sich ändern. Einzig für die Verwendung der Gelder gebe es eine Bedingung. Sie müssten ins Gesundheitswesen fließen. Für die Staaten, die ESM-Kredite in Anspruch nähmen, gebe es einen zusätzlichen Vorteil. Denen könne die **Europäische Zentralbank** mit unbegrenzten Mitteln helfen.

Regling verteidigte den Gedanken, vorerst nur etwa die Hälfte der verfügbaren Mittel des ESM für Kredite an die Mitgliedsländer zu nutzen. „Im Moment sind wir in der ersten Phase der Krise, aber wir wissen, dass es eine zweite, sehr wichtige Phase geben wird, die der Erholung, und die wird lange und teuer sein.“ Bisher gebe es von den europäischen Institutionen ein Paket von Hilfen, das den von der Viruskrise betroffenen Ländern helfe. Um neue Instrumente wie Coronabonds zu beschließen und zu organisieren, sei mindestens ein Jahr nötig.

## Unpassend und nicht ausreichend

Zu den ESM-Geldern konstatiert der ehemalige italienische Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident **Romano Prodi**, für einen Teil der öffentlichen Meinung Italiens sei der ESM „ein Symbol der europäischen Unterdrückung gegenüber den nationalen Staaten“ geworden. In keinem anderen europäischen Land gebe es ein solches Gezerre um den ESM. Diese Mittel könnten unter den neuen Bedingungen nützlich sein, wenn sie auch nicht alle Probleme Italiens lösen würden, schreibt Prodi in

seinem sonntäglichen Kommentar für die römische Zeitung „Il Messaggero“. „Unsere Distanz zu Europa vergrößert sich nicht nur wegen des Egoismus des Nordens, sondern auch weil wir die Gelegenheit europäischer Mittel ausschließlich für innenpolitische Taktik genutzt haben, anstatt uns so zu organisieren, die Möglichkeiten der verfügbaren Mittel zu nutzen“, so Prodi.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Giuseppe Conte sagt dagegen der Berlusconi-nahen Zeitung „Il Giornale“ in einem ausführlichen Gespräch, die Verhandlungen in der [EU](#) seien schwierig, er bleibe aber zuversichtlich. „Nur mit einem ambitionierten Fonds für den Aufschwung, mit der Begebung gemeinschaftlicher Schuldtitel, werden wir die gegenwärtige, schwierige Situation meistern“. Der ESM sei konstruiert worden für Hilfe an einzelne Länder. „Daher habe ich ihn als unpassend und nicht ausreichend angesehen, um die gegenwärtige epochale Herausforderung zu meistern“.

„Die Austerität ist wie ein Krieg“

Zugleich heizt beim größten Koalitionspartner, der [Fünf-Sterne-Bewegung](#), deren Volkstribun Alessandro Di Battista die Stimmung gegen die Nutzung der angebotenen Mittel des ESM an. Mit dem ESM sei Griechenland ausgebeutet worden, es müsse noch bis ins Jahr 2057 Raten bezahlen. Effekt dieser nach seiner Meinung erpresserischen Politik sei auch, dass der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport 14 wichtige griechische Flughäfen betreiben dürfe.

Di Battista, der von italienischen Beobachtern als aussichtsreicher Bewerber für die künftige Führung der Fünf-Sterne-Bewegung gehandelt wird, gibt in seinem Gastbeitrag bei „Il Fatto Quotidiano“ den Regeln der Europäischen Währungsunion die Schuld an Mängeln im italienischen Gesundheitswesen und dem ehemaligen Generaldirektor des Schatzministeriums, [Mario Draghi](#), die Schuld an der Privatisierung der Autobahnen und einstürzenden Brücken.



Alessandro Di Battista wird von italienischen Beobachtern als aussichtsreicher Bewerber für die künftige Führung der Fünf-Sterne-Bewegung gehandelt. :Bild: Reuters

Di Battista warnt die Italiener, dass sie mit den derzeit angebotenen Krediten in eine Schuldenfalle gelockt werden könnten. Denn der Stabilitätspakt der Währungsunion, der im Moment vorläufig aufgehoben sei, werde nach der Krise wieder gelten. Dann kämen die Strategien von „Deutschland & Co.“ zu tragen: „Die öffentlichen Schulden aller europäischen Staaten zu erhöhen, um kurze Zeit später die am meisten verschuldeten Länder zur Rückzahlung zu zwingen, beginnend mit Italien“.

Di Battista unterstellt, dass dann für alle weiteren Kredite harte Bedingungen gestellt würden, in seiner Darstellung aus ideologischen Gründen: „Die Austerität ist wie ein Krieg, es gibt diejenigen, die sich bereichern und diejenigen, die in den Trümmern leben, diejenigen, die Geschäfte machen, und diejenigen, die die Toten zählen“.

## „Diese Garantie kann der ESM nicht geben“

Aus Sicht des radikalen Tribuns der Fünf-Sterne-Bewegung würde sich die Europäische Union ohnehin auflösen wie Schnee in der Sonne, wenn Italien nicht mehr dabei wäre. Und Italien könne seine Beziehungen zu China in die Waagschale werfen. Ziel müsse es sein, schreibt Di Battista in seinem einseitigen Beitrag für die der Bewegung nahestehende Zeitung, dass die europäischen Verträge ausgesetzt würden. Die „notwendigen Ausgaben“ müssten direkt von der Zentralbank finanziert werden, meint Di Battista. „Italien muss im richtigen Moment Nein sagen, auch wenn manches Nein zu unvorstellbarem Druck und zu sofortigen Erpressungen mit dem Risikozuschlag des Spread beantwortet werden wird“.

Von der rechten Presse, die nun die Opposition vertritt, wird indessen gefordert, dass die Europäische Zentralbank sofort die bestehenden Staatsschulden ablöse. Gegen diese Stimmen positioniert sich der ehemalige Ministerpräsident und EU-Kommissar Mario Monti in einem Kommentar mit der römischen Zeitung „La Repubblica“: „Mein Eindruck ist, dass manche, die nun Null Bedingungen für Schulden verlangen, eine Garantie dafür suchen, dass sie jegliches Maß an Defizit und Schulden anstreben dürfen. Und diese Garantie kann der ESM nicht geben“, schreibt Monti. „Italien ist eines der Länder, das am meisten daran interessiert sein müsste, dass der ESM existiert, gut mit Mitteln ausgestattet ist und schnell eingreifen kann. Denn wenn unser Land noch lange mit Vorspiegelung falscher Tatsachen und Illusionen regiert wird, wird es den ESM mehr brauchen als andere“.



DIE EZB IM KRISENMODUS:

# Hilft Gelddrucken gegen das Virus?

- VON DENNIS KREMER UND MARCUS THEURER
- -AKTUALISIERT AM 20.04.2020-06:19



Die Europäische Zentralbank soll den Eurostaaten bei der Bewältigung der billionenschweren Corona-Kosten helfen. Wenn das mal gut geht.

Die Corona-Krise hat einem alten Streit in der Europäischen Währungsunion neue Brisanz gegeben: Wenn der Euro überleben soll, müssen dann die Euromitgliedsländer auch gegenseitig für ihre Staatsschulden aufkommen? Müssen zum Beispiel die Deutschen für die Haushaltslöcher der Regierung in Rom einstehen? Eine Reihe von Eurostaaten dringt auf „Corona-Bonds“, also gemeinsame Eurozonen-Anleihen mit gesamtschuldnerischer Haftung, um Geld zur Eindämmung der wirtschaftlichen Schäden zu beschaffen. Andere Eurostaaten, darunter Deutschland, lehnen dies strikt ab.

Tatsächlich aber werden die Corona-Lasten schon jetzt „vergemeinschaftet“. Nur geschehe dies eben „durch die Hintertür“, sagt Carsten Brzeski, Deutschland-Chefvolkswirt der Großbank ING: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im März im Kampf gegen die Corona-Folgen ein neues, 750 Milliarden Euro schweres Programm zum Kauf von Anleihen aufgelegt. Besonders stark kaufen die Notenbanker dabei Papiere aus Italien, das zu den Ländern zählt, die von Corona am härtesten getroffen wurden. Dadurch wachsen die finanziellen Risiken in der Bilanz der EZB, für die in letzter Konsequenz wiederum alle Eurostaaten gemeinschaftlich haften.

Ohne eine massive „Monetarisierung“ staatlicher Schulden durch die Notenbanken werde Europa den Corona-Schock nicht bewältigen, sagt Brzeski, und andere Ökonomen sehen das ähnlich. Schon auf dem Höhepunkt der ersten Euro-Krise vor acht Jahren waren gewaltige Anleihekäufe der EZB der Rettungsring für die angeschlagenen Länder der Eurozone. Jetzt warnt der Internationale Währungsfonds, Corona werde zu einer sehr viel tieferen Rezession der Weltwirtschaft führen als die Weltfinanzkrise 2008 – und schon deren Folgen haben beinahe zum Zusammenbruch der Europäischen Währungsunion geführt.

## Corona kann deutschen Staat 1,9 Billionen Euro kosten

In Deutschland hat die Regierung ein gewaltiges Notprogramm aufgelegt, um die Corona-Schäden für die heimische Wirtschaft einzudämmen: 750 Milliarden Euro und damit mehr als 20 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung lasse sich der deutsche Staat den Rettungseinsatz kosten, schätzten kürzlich die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Frühjahrsgutachten. Die Deutsche Bank taxiert in einer neuen Studie die fiskalischen Gesamtkosten hierzulande sogar auf bis zu 1,9 Billionen Euro. Eine schwindelerregend hohe Summe. Die deutschen Staatsschulden werden rapide steigen.

Das Kalkül: Lieber jetzt die Folgen des Absturzes mit viel Geld dämpfen und damit längerfristig noch teurere Schäden für die deutsche Wirtschaft verhindern. Das Problem ist nur: Keine Regierung in Europa

kann sich ähnlich üppige Hilfen leisten wie die in Berlin. Im hochverschuldeten Italien etwa beliefen sich die finanzpolitischen Maßnahmen gegen die Krise bisher auf lediglich 25 Milliarden Euro, so kalkulieren die Wirtschaftsforscher in ihrem Gemeinschaftsgutachten. Auch die Brüsseler Denkfabrik Bruegel kommt in einer Analyse zum Ergebnis, dass Deutschland deutlich mehr aufwendet als die europäischen Nachbarn. Und dies, obwohl Corona für die italienische Wirtschaft noch bedrohlicher ist als für die deutsche. Es ist also zu befürchten, dass Italien und andere EU-Staaten aus Geldmangel in der Krise zu wenig tun und damit der langfristige Schaden wächst.

Andererseits: Würden alle Eurostaaten in der Pandemie ähnlich klotzen wie Deutschland, dann würde dies insgesamt mehr als 2 Billionen Euro verschlingen. Wie soll eine solch astronomisch hohe Summe finanziert werden?

### „Idealerweise transferiert der Staat die Schulden auf die EZB“

Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Sicher ist nur: Der vermeintlich einfachste Weg, nämlich wieder auf die Hilfe der Zentralbanken zu setzen, ist ebenfalls mit enormen Kosten verbunden, auch wenn diese nicht immer sofort sichtbar sind. Trotzdem plädiert der frühere Wirtschaftsweisen Peter Bofinger dafür: „Idealerweise transferiert der Staat die Schulden auf die EZB. Denn die kann sie am besten tragen“, sagt er. Das könne man zwar als verbotene Staatsfinanzierung durch die EZB geißeln. „Aber in einem solchen Krisen-Tsunami wie jetzt kommen wir daran einfach nicht vorbei. Oder wollen wir lieber um jeden Preis an unseren Grundsätzen festhalten und die Welt untergehen lassen?“

Bofinger räumt ein, dass es Risiken gebe, wenn die EZB die Finanznöte der Regierungen mit der Notenpresse behebe. „Aber die Dosis macht das Gift.“ Solange man nur in historischen Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie zu diesem Mittel greife, bleibe es beherrschbar. „Das soll und darf nicht zum Regelfall werden“, stellt Bofinger klar.

Dem Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe von der Frankfurter Goethe-Universität fehlt der Glaube an so viel Vernunft und Selbstbeschränkung: „In jeder neuen Krise findet sich stets eine vermeintlich gute Begründung, neue Schulden zu machen“, warnt er. Da aber nach den Krisen ältere Schulden faktisch nicht abgebaut würden, werde die Schuldenwirtschaft zum Normalfall. „Im Ergebnis kommt es zu einer dauerhaft steigenden Verschuldung, aus der ein Ausweg kaum mehr möglich ist.“

### Schulden sind nicht folgenlos

Schulden sind nicht folgenlos, das lehrt die Geschichte: Staaten verschuldeten sich zu früheren Zeiten in aller Regel dann, wenn die Steuereinnahmen nicht ausreichten, um sich Kriege leisten zu können. Zu hohe Verbindlichkeiten und die Gefahr eines Staatsbankrotts waren aber auch damals ein Problem: Nach den Napoleonischen Kriegen zu Anfang des 19. Jahrhunderts beispielsweise war Preußen derart verschuldet, dass es Jahrzehnte dauerte, bis Gläubiger wieder bereit waren, dem Staat Geld in Form einer Anleihe zu leihen. Stattdessen reduzierte Preußen die staatlichen Ausgaben deutlich: Man betrieb eine Politik des Nachwächterstaates, der sich auf wenige Kernaufgaben beschränkte. Auch dies trug in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu weitverbreiteter Armut bei.

Einen anderen Weg, sich der Verbindlichkeiten zu entledigen, ging Deutschland nach den beiden Weltkriegen, die mit gewaltigen Staatsschulden endeten. Zweimal kam es zu Inflation, die jeweils in eine Währungsreform und einen Schuldenschnitt mündeten. Das heißt: Die Schulden des Staates wurden gestrichen, wer ihm in den Jahren zuvor Geld geliehen hatte, erlitt massive Verluste. Bei der eigenen Bevölkerung konnte der Staat dies noch vergleichsweise einfach durchsetzen, anders war dies gegenüber ausländischen Gläubigern. Erst nach langwierigen Verhandlungen erreichte Hermann Josef Abs als Leiter der deutschen Delegation im Londoner Schuldenabkommen von 1953, dass die internationalen Gläubiger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichteten. Ein solch moderater Ausgang ist in der Geschichte jedoch eine Seltenheit. Normalerweise führen derartige Auseinandersetzungen zu enormen Spannungen zwischen den beteiligten Staaten. Ein Schuldenschnitt für Italien etwa würde voraussichtlich zu einem politischen und wirtschaftlichen Erdbeben in Europa führen.

## Ein billionenschwerer Corona-Hilfsfonds finanziert von der EZB?

Deshalb schlägt Peter Bofinger vor, die Eurostaaten sollten einen mit einer Billion Euro ausgestatteten Corona-Krisenfonds gründen. Der stellt den hilfsbedürftigen Mitgliedstaaten Geld für die Stützung ihrer Wirtschaft zur Verfügung– und zwar nicht als Kredit, sondern als Transfer, also als Geschenk. Denn zusätzliche Kredite drohten den italienischen Schuldenberg endgültig untragbar zu machen. Die Billionensumme für den Hilfsfonds will Bofinger durch die gemeinsame Begebung von Anleihen mit unbegrenzter Laufzeit beschaffen. „Für die Zinszahlungen auf die Anleihen haften die Eurostaaten gesamtschuldnerisch“, sagt er.

Das Konstrukt ähnelt damit den Corona-Bonds, die Deutschland bisher ablehnt. Der Unterschied: Bofinger plädiert dafür, dass die EZB die Anleihen zeichnet und damit die Corona-Hilfen finanziert. Wichtig ist ihm dabei ein Punkt: Alle Eurostaaten sollen ein Mitspracherecht bei der Gewährung von Transfers durch den Hilfsfonds bekommen. Dadurch erhielten die Zahlungen mehr demokratische Legitimation, als wenn die Notenbank weiter einfach Anleihen der Krisenstaaten zusammenkaufe. „Die Regierungen werden mit in die Verantwortung genommen.“

Die Geschichte kann bei der Einschätzung solcher Vorschläge nur bedingt Hilfestellung bieten. Mit Blick auf das derzeitige Handeln der Notenbank sagt Wirtschaftshistoriker Plumpe: „Dafür gibt es, von Kriegszeiten abgesehen, historisch kein Vorbild, das ist unvergleichbar.“ Er bleibt gegenüber Ideen wie denen von Bofinger skeptisch. Die Rettungshilfen der EZB während der ersten Euro-Krise sieht Plumpe als warnendes Beispiel: Die Notenbank habe so zwar verhindert, dass die Krise weiter eskalierte. Aber die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Länder sei dadurch nicht verbessert worden. Hart gesagt: Wer sich nicht anstrengen muss, steigert seine Leistungsfähigkeit – ökonomisch gesprochen: seine Produktivität – nicht.

Auch hier kann Italien als Beispiel dienen. „Ansonsten hätte die Politik der niedrigen Zinsen ja entsprechende Effekte bereits gehabt“, sagt Plumpe. „Die Strukturprobleme werden aber so nur verdeckt und eines Tages umso stärker hervorbrechen.“ Wie immer der Streit auch ausgeht, eines ist klar: Er wird Europa noch lange beschäftigen.

NÄCHSTE PHASE DER PANDEMIE:

## Drohen uns jetzt immer neue Shutdowns?

• VON SIBYLLE ANDERL

• -AKTUALISIERT AM 19.04.2020-10:08

Je wirksamer die Kontaktverbote, desto weniger Menschen sind immun gegen Covid-19. Müssen wir nun lange mit einer On-Off-Strategie leben? Oder geht es anders? Forscher präsentieren neue Modelle.

Das Robert-Koch-Institut verkündet derzeit gute Nachrichten: Die effektive Reproduktionszahl liegt in Deutschland mittlerweile wohl klar unter dem entscheidenden Grenzwert von 1, die Verbreitung von Covid-19 wird somit eingedämmt. Anders gesagt: Der sogenannte Shutdown hat funktioniert. Doch was heißt das für die nähere Zukunft? Wie kann das Land wieder „aufmachen“, ohne den Erfolg aufs Spiel zu setzen?

Vor dieser Frage steht Deutschland nicht allein. Auf der ganzen Welt versuchen Wissenschaftler mit epidemiologischen Modellen, Szenarien für die Zeit nach der ersten großen Infektionswelle aufzuzeigen, der Politik also Entscheidungshilfen für die kommenden Wochen und Monate an die Hand zu geben. Klar ist: Das endgültige Ziel muss sein, Immunität gegen Covid-19 bei einem großen Teil der Bevölkerung zu erreichen. Im besten Fall wird dies bald durch Impfungen möglich sein. Was aber passiert bis dahin? Und was könnte man tun, wenn selbst im nächsten Jahr noch kein Impfstoff zur Verfügung stünde?

Wissenschaftler der Universität Harvard um den Epidemiologen Marc Lipsitch haben in der vergangenen Woche im Fachjournal „Science“ eine Modellstudie veröffentlicht, in der sie pessimistisch annehmen, dass noch bis 2025 nicht umfassend geimpft werden könne. Nach der ersten Eindämmung durch Kontaktbeschränkungen bestehe die Herausforderung darin, ein Wiederaufflammen der Pandemie zu verhindern. Die Gefahr sei umso größer, je erfolgreicher die Eindämmung war – denn Erfolg bedeutet, dass nur wenige Menschen erkrankt sind, also kaum jemand Immunität erlangt hat.

### Wie lange bleibt ein Genesener immun?

Dies könne man historisch am Verlauf der Spanischen Grippe in den Vereinigten Staaten sehen: Dort, wo die Zahl der Erkrankungen im Herbst 1918 ihren ersten Höhepunkt auf einem vergleichsweise geringen Niveau erreicht hätte, sei der „Peak“ im darauf folgenden Winter nach Lockerung der Gegenmaßnahmen umso höher ausgefallen. In so einem Fall würde die Überlastung der Gesundheitssysteme nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben werden. Dagegen hülfe eine wiederkehrende Einführung von Maßnahmen zur sozialen Distanzierung. Im Modell der Wissenschaftler werden sie immer dann abermals in Kraft gesetzt, sobald die Fallzahlen bestimmte Grenzmarken überschreiten.

Der genaue Verlauf einer solchen On-Off-Strategie hängt nun, dem Modell gemäß, von den Details der Immunisierung ab: Wie lange sind Genesene vor dem Virus gefeit? Inwiefern hängt die Immunisierung Infizierter von der Schwere ihres Krankheitsverlaufs ab? Bringt vielleicht auch die Infektion mit verwandten Beta-Coronaviren eine gewisse Immunität für Sars-CoV-2 mit sich? Zudem betrachteten die Forscher eine mögliche Saisonalität des Virus, also eine begünstigte Übertragung der Infektion in den kalten Wintermonaten, wie sie von verwandten Beta-Coronaviren bekannt ist.

Das Ergebnis der Rechnungen: Unter der Vorgabe, dass die aktuellen Krankenhauskapazitäten in den Vereinigten Staaten nicht überschritten werden dürfen, könne die Epidemie sich noch bis 2022 hinziehen, wobei bis dahin in 25 bis 75 Prozent der Zeit gegenwirkende Maßnahmen zum Einsatz kommen müssen. Nur wenn zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten in den Kliniken geschaffen sowie Therapien entwickelt werden, welche den Anteil der klinischen Fälle reduzieren, könne es immerhin bereits Anfang bis Mitte des kommenden Jahres möglich sein, Kontaktbeschränkungen vollständig aufzuheben. Danach werde sich die Krankheit vermutlich ähnlich verhalten wie diejenigen saisonalen Erkältungskrankheiten, die von den

verwandten Beta-Coronaviren HCoV-OC43 und HCoV-HKU1 verursacht werden. Allerdings könne, es abhängig von der Dauer der erworbenen Immunität, noch bis 2024 zu einem plötzlichen Wiederanstieg der Ansteckungszahlen kommen, so dass bis dahin eine entsprechende Überwachung durch zahlreiche und regelmäßige Tests wichtig bleibe.

## Die Nachteile der On-Off-Strategie

Die Wissenschaftler betonen, dass ihre Studie keine Empfehlung sei. Sie wollten nicht dafür werben, Maßnahmen zur sozialen Distanzierung immer wieder aufs Neue zu aktivieren, sondern lediglich entsprechende Szenarien vorstellen. Ohnehin seien zunächst umfangreiche serologische Studien nötig, um die Details der Immunisierung bei Covid-19 besser zu verstehen. Über die dramatischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen immer neuer „Shutdowns“ hinaus hat die On-Off-Strategie einen großen Nachteil: Sie bringt eine hohe Zahl von Infizierten mit sich. Sofern es therapeutisch keine entscheidenden Durchbrüche gibt, erscheint sie daher ethisch fragwürdig. Denn ein selektiver Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen dürfte kaum zu gewährleisten sein.

Was aber ist die Alternative? Lipsitch und seine Kollegen nennen zumindest einen anderen Ansatz: Sofern es gelänge, dass der erste große Ausbruch massiv eingedämmt wird, wäre die Kontrolle per Kontaktverfolgung Infizierter und anschließender Quarantäne wie in Singapur oder Südkorea möglich. Auch die deutsche Politik orientiert sich an diesem Ansatz. In ihrem Beschluss vom 15. April teilten Bundeskanzlerin Angela [Merkel](#) und die 16 Ministerpräsidenten der Länder zwar mit, sie wollten „in kleinen Schritten“ den Deutschen „wieder mehr Freizügigkeit ermöglichen“. Doch müsse das „durch Schutzmaßnahmen so begleitet werden, dass das Entstehen neuer Infektionsketten bestmöglich vermieden wird“.

Einem solchen Szenario haben sich Ende März Wissenschaftler der Universität Oxford um Christophe Fraser [im Journal „Science“ gewidmet](#). Ausgangspunkt ist dabei ihr Ergebnis, dass 37 Prozent der Infektionen von präsymptomatischen Patienten ausgehen, also denjenigen, die bereits infiziert sind, aber noch keine Symptome zeigen. Diesen Wert ermittelten die Wissenschaftler auf der Grundlage bekannter Ansteckungsketten. Der Größenordnung nach deckt sich das mit den Ergebnissen anderer Studien, [beispielsweise einer chinesischen Arbeit, die vergangene Woche in „Nature Medicine“ erschienen ist und die auf einen Wert von 44 Prozent präsymptomatischer Infektionen kommt](#).

## Manuelle Kontaktverfolgung? Zu langsam!

Wenn die Ansteckung aber zu einem großen Teil durch Infizierte ohne Symptome erfolgt, muss die Kontaktverfolgung von positiv getesteten Infizierten extrem schnell erfolgen, da infizierte Kontakte zu diesem Zeitpunkt bereits ansteckend sind. Eine manuelle Kontaktverfolgung sei daher zu langsam, schließen die Forscher aus ihren Modellrechnungen, die notwendige Schnelligkeit sei nur digital per App erreichbar. Doch auch dieses Szenario führt zu ethischen Problemen. [Die Bereitstellung persönlicher Daten setzt schließlich großes Vertrauen voraus](#). Die Wissenschaftler empfehlen, für die Beaufsichtigung der Datensammlung und -nutzung einen Beirat einzurichten, in dem die Zivilgesellschaft vertreten sei. Er müsse ethische Prinzipien für den Einsatz der App formulieren, den genutzten Algorithmus offenlegen und höchste Maßstäbe an den Schutz der Daten anlegen.

Die Nutzung einer solchen App solle daraufhin freiwillig angeboten werden. „Die Absicht ist nicht, diese Technologie als eine dauerhafte gesellschaftliche Veränderung einzuführen. Vielmehr glauben wir, dass sie unter den Umständen der derzeitigen Pandemie für den Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und gerechtfertigt ist“, schließen die Forscher. Was aus diesen und den amerikanischen Modellrechnungen zumindest deutlich wird: Eine einfache und angenehme Lösung ist vorerst nicht in Sicht. Nichts ersetzt medizinische Fortschritte bei der Behandlung von Covid-19 und insbesondere die Entwicklung und massenhafte Herstellung eines Impfstoffs.

## Le Figaro, no. 23538

Le Figaro Économie, lundi 20 avril 2020 1001 mots, p. 31

chroniques

# La crise actuelle est bien plus violente que ne le serait l'éclatement de l'euro

La fin de la monnaie européenne aurait un coût relativement modeste !

Robin, Jean-Pierre

La réalité dépasse la fiction, et pardon pour cette entrée banale dans une période qui l'est si peu. Soucieux de comprendre une situation hors norme - la pandémie et ses implications effarantes sur la vie économique -, nous sommes tous réduits à chercher des références dans les époques les plus extrêmes. La dépression des années 1930, qui avait provoqué un chômage de masse inhumain, certes bien moindre en France qu'aux États-Unis ? La Seconde Guerre mondiale, quand les efforts d'armement coexistaient avec des pans entiers de l'économie laissés en jachère ? Encore que les cinémas n'avaient jamais été aussi fréquentés que sous l'occupation allemande à Paris, selon les témoins directs...

Aucune comparaison ne saurait à vrai dire donner la substantifique moelle du « grand confinement », ainsi baptisé par le Fonds monétaire international (FMI) en référence à la « grande récession » mondiale de 2008-2009. Après tout, chaque époque est incomparable, et celle que l'on vit hic et nunc plus que toute autre, puisque l'on est dedans comme dans le ventre maternel. « *La vie quelle qu'elle soit, c'est bon* », disent les Allemands ( « *Wie es auch sei, das Leben, es ist gut* » ), et cela doit nous servir de viatique, aujourd'hui plus que jamais.

Au lieu de faire de vaines comparaisons avec le passé, ne devrait-on pas plutôt reprendre les fictions les plus cauchemardesques élaborées il n'y a pas si longtemps ? Dans le registre économique, l'éclatement de l'euro a souvent été présenté comme un cataclysme. En 2010, au début de la crise de la dette dans les pays du sud de la zone euro qui allait durer cinq ans, Mark Cliffe, le chef de la recherche d'ING Bank, avait imaginé un scénario où le retour au franc se solderait par une chute de 4 % du PIB la première année en France et de 10 % en cumulé sur trois ans. Les chiffres étaient semblables pour les autres pays, y compris Allemagne, dont l'industrie aurait à souffrir d'une très forte réévaluation du mark, redevenu sa monnaie nationale.

À l'époque, ce scénario fiction avait semblé annoncer l'apocalypse : on sortait de la récession de 2009 où le PIB français avait reculé de 2,9 %, ce qui avait déjà été ressenti comme une catastrophe. Encore aujourd'hui, le démantèlement de l'euro est synonyme de fracture dévastatrice : outre des changements logistiques innombrables (impression de nouveaux billets dans la précipitation, modification de tous les codes informatiques, etc.), on entre dans une terra incognita repoussoir. Même les populistes ont fini par s'y résigner, au point qu'entre les deux tours de la présidentielle de 2017, Marine Le Pen s'est ralliée à l'euro pour rassurer ses électeurs ! Normal, les historiens aiment à dire que la force d'inertie est le véritable moteur de l'Histoire, « *la tyrannie du statu quo* », disait l'économiste Milton Friedman.

Or les perspectives 2020 dessinées par le FMI sont bien plus noires que le désastre censé accompagner la fin de l'euro. La France s'attend à une chute de 8 % de son PIB. De quoi changer les regards : on s'accoutume à l'extraordinaire.

### Sentiment de sidération

Au lendemain de l'attaque terroriste du World Trade Center, le 11 septembre 2001, le sociologue Jean Baudrillard s'était exclamé : « *Les événements ont cessé de faire grève !* » Façon de dire que l'Histoire sortait de son train-train. En septembre 2008, le sentiment de sidération avait été similaire avec la faillite de la banque Lehman Brothers, suivie d'un krach boursier planétaire et d'un effondrement de 30 % du commerce mondial. S'il n'y avait cette fois pas mort d'homme (l'attaque terroriste de New York avait fait plus de 3 000 victimes), la catastrophe économique de 2008-2009 n'en sortait pas moins de l'écran radar des prévisionnistes.

De tels événements, aussi différents soient-ils, constituent des « cygnes noirs », selon le concept du statisticien libano-américain Nassim Nicholas Taleb. On sait que de telles réalités sont possibles (il existe dans la nature des cygnes noirs), mais leur probabilité est si faible que la mémoire collective les a occultées. Dans les années 1970, alors que la Seconde Guerre mondiale devenait un lointain souvenir, Raymond Aron disait de la classe politique française : « *Ils ont oublié que l'Histoire est tragique* » (la formule s'adressait spécialement au « jeune » président Valéry Giscard d'Estaing).

La succession de « cygnes noirs » depuis vingt ans donne toute sa pertinence à la réflexion d'Aron : soyons à la hauteur des événements. « *Nous tiendrons* », a ainsi conclu Emmanuel Macron dans son allocution du 13 avril, annonçant le début de la fin du confinement. Il faut tenir, en effet, et on pourra alors se dire collectivement comme Nietzsche : « *Ce qui ne me tue pas me rend plus fort.* » Rappelons que le philosophe allemand, contemporain de Pasteur, faisait allusion à la découverte du vaccin contre la rage et au principe de la vaccination stimulant les capacités immunitaires.

Trouvera-t-on un vaccin contre le Covid-19 ? Le plus vite sera le mieux. Mais une autre question se pose en matière économique : le choc récessionniste du « grand confinement » va-t-il donner une nouvelle force aux opinions publiques européennes, qui n'auraient plus peur d'affronter les secousses inhérentes à l'éclatement de l'euro, puisqu'elles auront eu à supporter celles du Covid-19 bien, plus violentes ? **On peut le regretter, et nous le premier, mais l'argument « l'euro ou le chaos » a de facto perdu de sa fraîcheur. Ceux qui souhaitent « mutualiser les emprunts » (les coronabonds) au nom d'une solidarité européenne formaliste les dédouanant de leurs responsabilités dans leur propre pays devraient y réfléchir à deux fois. Ils tombent sous la formule du général de Gaulle : « *Bien entendu on peut sauter sur sa chaise comme un cabri en disant : Europe ! Europe ! Europe !* » -**

# « Proposons aux 16-25 ans de participer à un service civique Covid pour les mois à venir »

## TRIBUNE

**Annabel Desgrées du loû**

directrice de recherche à l'Institut de recherche pour le développement

La directrice de recherche à l'Institut de recherche pour le développement (IRD), Annabel Desgrées du Loû, estime que si la suspension des cours de l'enseignement supérieur est nécessaire, cette mesure doit être expliquée, car la jeune génération forme une population moins à risque. Surtout ne la livrons pas à l'inactivité.

Publié aujourd'hui à 03h54, mis à jour à 07h06 Temps de Lecture 3 min.

**Tribune.** « *Pour les étudiants de l'enseignement supérieur, les cours ne reprendront pas physiquement jusqu'à l'été.* » Au milieu de tant d'autres, cette déclaration du président Macron a été assez peu commentée. Pourtant mesure-t-on ce que cela représente : près de 3 millions de jeunes à l'arrêt pendant six mois, s'il faut attendre septembre pour que leur vie d'étudiant reprenne ?

Dans ce domaine encore, cette décision va aggraver la fracture sociale : l'enseignement académique peut être fait en grande partie en ligne, mais à condition d'avoir un lieu pour se connecter, pour étudier. Comment étudieront ceux qui allaient dans les bibliothèques car ils vivent dans des espaces trop petits ? Comment former à distance aux métiers techniques et artistiques ? Les étudiants les moins aisés, qui vont souffrir le plus de ce semestre sacrifié, vont aussi être touchés de plein fouet par la tardive réouverture des restaurants et des fast-foods, où ils sont très nombreux à travailler pour payer leurs études.

Pour tous, pas de perspective de reprise des cours avant la rentrée de septembre est une mesure dont on peut craindre toute une série de conséquences délétères. Il sera bien difficile de profiter de ce temps d'arrêt forcé pour partir à la découverte d'autres horizons : trouver des stages va être encore plus qu'avant un parcours du combattant, dans un pays sonné, où les entreprises auront bien d'autres priorités que de prendre la responsabilité de stagiaires. Impossible bien évidemment de voyager, sacrifice dur à consentir aussi pour cette génération Erasmus, dont on s'est tant réjoui qu'ils passent de pays en pays.

## « Tuer le temps »

Que va-t-il leur rester ? Etre les inactifs de notre société, confinés chez eux comme leurs grands-parents ? Le gouvernement a-t-il pris la mesure de ce que c'est que décréter six mois d'inactivité pour une bonne partie de la jeunesse d'un pays ? Le bénéfice épidémiologique en matière de lutte contre le Covid-19 vaut-il les risques en matière de santé psychique, d'augmentation de la consommation de drogue, d'alcool et de tabac chez des jeunes qui en seront réduits à « tuer le temps » ?

Tout d'abord, la rationalité de cette décision doit être expliquée : quelles études épidémiologiques justifient cette décision, lourde d'impacts ? Qu'est-ce qui justifie de rouvrir les lycées et pas l'enseignement supérieur ? Connaît-on le niveau d'immunité des 16-25 ans ? Où sont les modèles épidémiologiques qui conduisent à conseiller la fermeture de leurs lieux de formation ?



Si nous fermons à nos étudiants la porte de leurs écoles, alors qu'ils constituent une classe d'âge quasiment pas à risque pour l'épidémie, et suffisamment mûre pour être en mesure d'appliquer les gestes barrières pour protéger leurs proches, il faut pouvoir leur expliquer la raison de ce sacrifice imposé. Pourquoi ne pas rendre accessibles les données sur le niveau d'immunité par classe d'âge et les modèles de transmission, de la même façon que sur le site Data.gouv.fr chacun peut accéder aux statistiques de l'épidémie de Covid-19 ? Pour vivre le déconfinement, la connaissance et la compréhension des chaînes de transmission sont aussi importantes que l'a été le suivi de la mortalité et de la tension exercée sur les services de réanimation pour maintenir les gens confinés.

## **Faire fi de tout l'enseignement manuel, artistique, technique**

Espérons que cette décision de maintenir fermés ces lieux d'enseignement supérieur ne repose pas uniquement sur un principe de précaution qui serait peu étayé par des données épidémiologiques. Car fermer ces lieux juste par précaution, c'est affirmer que la formation de nos jeunes est facultative, et ne sert donc pas à grand-chose. La remplacer uniquement par de l'enseignement à distance, c'est considérer que les lieux d'échange, entre étudiants et avec les professeurs, sont inutiles, et faire fi de tout l'enseignement manuel, artistique, technique, qui ne peut se faire à distance.

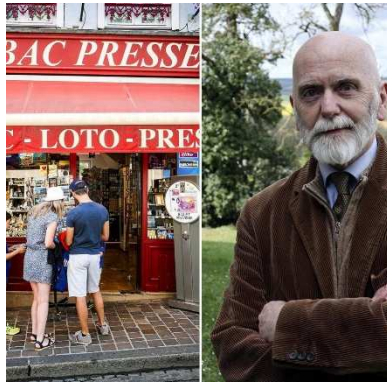
Si vraiment les arguments épidémiologiques montrent que les bénéfices de cette décision sont supérieurs aux risques, alors proposons que ce temps de formation soit remplacé par un temps d'action, au service des plus vulnérables, dans le combat contre cette épidémie : les plus âgés, les migrants, les isolés, les convalescents. Le président a appelé toute la population française à être au front. Proposons aux 16-25 ans de participer à un service civique Covid pour les mois à venir. Ne les reléguons pas dans une « quatrième ligne » inutile et désespérante. Ne laissons pas notre jeunesse au bord du chemin.

**Annabel Desgrées du Loû** est directrice de recherche à l'Institut de recherche pour le développement (IRD), directrice adjointe de l'Institut Convergences Migrations et membre du Centre Population et développement (Ceped) à l'Université de Paris. Elle est membre du think tank Santé mondiale 2030.

# Gespent einer wiedergefundenen Ordnung

Stand: 08:26 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Martina Meister



Auch dabei: Verschwörungstheoretiker Renaud Camus

Frankreich ist traditionell ein debattenfreudiges Land – zur Corona-Krise hat die Stunde der Philosophen geschlagen. Sie überschlagen sich in Deutungen, von denen viele in die Irre führen. Eine Übersicht.

0

Bei seiner ersten Fernsehansprache zur Corona-Krise gab Emmanuel Macron eine Losung aus, die in dieser weltweit grassierenden Pandemie vermutlich nur in Frankreich möglich ist: *Lisez!*, riet Frankreichs Präsident 25 Millionen Fernsehzuschauern, „lesen Sie!“

In Frankreich sorgt man sich zurzeit mehr um Substanzen, die man Kopf und Körper in dieser Stresssituation zuführen kann, als um deren einwandfreie Ausscheidung. Während hierzulande Klopapier unter Polizeischutz in Drogeriemärkte ausgeliefert wird, ist bei den Nachbarn der berühmte „Tabac“ weiter geöffnet, aber auch Wein und Käse werden als „lebensnotwendige Güter“ erachtet.

## Kampf für die Freiheit

Obwohl Buchläden nicht in diese Kategorie fallen, bleibt Frankreich trotz oder wegen dieser klaustrophoben Gemengelage ein Land der Leser, wenn nicht ein großer, kollektiver Debattierclub. Zu den klaren Siegern des präsidentiellen Ratschlags gehört erwartungsgemäß Albert Camus' Roman „Die Pest“.

Wenige stört es, dass der Pest-Bazillus in Camus' Roman für die deutschen Besatzer stand und der Kampf gegen die Epidemie einer für die Freiheit war, während uns jetzt ein Sieg gegen das Virus genau durch die Beschneidung derselben in Aussicht gestellt wird. Jean-Paul Sartre mokierte sich damals darüber, dass der Kollege Camus die Rolle der Nazis durch Mikroben besetzte. Man darf sich im Umkehrschluss fragen, wofür das Coronavirus wohl im Casting unseres realen Katastrophenszenarios steht?

Für den „Initiationsritus einer ökologischen Globalisierung“, behauptet der Soziologe Jean Viard. Auch der Philosoph und Soziologe Bruno Latour sieht in der Epidemie das eindeutige Signal einer nötigen Zeitenwende für einen überfälligen New Green Deal. Der Abschied von alten Wachstumsmodellen sei unausweichlich, so Latour, der seinen Lesern einen Fragenkatalog kredenzt, der sie zum Nachdenken darüber anregen soll, worauf sie in Zukunft verzichten wollen.

Weniger optimistische Naturen sagen eine dunkle Zukunft voraus. Bei ihnen steht Michel Foucault hoch im Kurs. Sie wännen in der Strenge der französischen Ausgangssperre, in der sanitären Kontrollpolitik und drohender Digitalüberwachung das Ende eines Wertes, der in Frankreich traditionell gern mal über den des Lebens gesetzt wird: die Freiheit.



Trotz Corona geöffnet: der traditionelle „tabac“

So hat beispielsweise die Wortmeldung von Giorgio Agamben für große Aufmerksamkeit gesorgt, der in der italienischen Zeitung „Il Manifesto“ die Epidemie anfangs als Erkältungskrankheit abgetan und vehement gegen die Beschneidung der Freiheit argumentiert hatte. Später legte Agamben in einem Interview noch mal nach. „Wie Michel Foucault vor mir gezeigt hat, besteht die Funktionsweise sekuritärer Regierungen nicht zwangsläufig darin, die Ausnahmesituation zu schaffen, sondern sie dann auszunutzen und zu lenken, wenn sie eintritt“, warnt der italienische Philosoph im Interview mit „Le Monde“.

Auch sein deutscher Kollege Peter Sloterdijk ist auf ähnlicher Linie und bemerkt in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Le Point“, dass die Krankheit nicht Chaos sät, sondern das Gespenst einer wiedergefundenen Ordnung wachruft, von der Denker wie Carl Schmitt in den Dreißiger Jahren träumten. Das westliche System werde sich als genauso autoritär wie China erweisen, prophezeit Sloterdijk, der die Epidemie als eines von vielen „Pseudonymen des Mittelwertes menschlicher Sterblichkeit“ sieht. Er selbst übersetzt das so: „Wir wollen nicht sehen, dass sie ihrer Arbeit stets eifrig und außerordentlich ruhig nachgeht, meistens, ohne dass die Medien oder Staatschefs teilnehmen.“ Wer das einfacher haben will, kann es weiter runterbrechen: Die Menschen sterben nun Mal, spätestens dann, wenn sie alt sind.

Das Konzept der Herdenimmunität hatte auch einen Anhänger in Großbritanniens Premierminister, bis auch Boris Johnson gemerkt hat, dass dieses Virus russisches Roulette spielt und die Sterblichkeit ihrem niederen Geschäft ohne Ansehen von Person, Funktion und sozialer Stellung nachgeht, ja dass sie sich mitunter nicht mal um das Alter schert.

Sloterdijk ringt der „historisch verrückten Situation“ ein neues Denkmodell ab, das er als *Labyrinthologie* bezeichnet: „In einem Labyrinth muss man damit rechnen, den Ausgang nicht beim ersten Versuch zu finden.“ Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Ausgangssperre in eine Sackgasse führt.

## **Geld oder Leben**

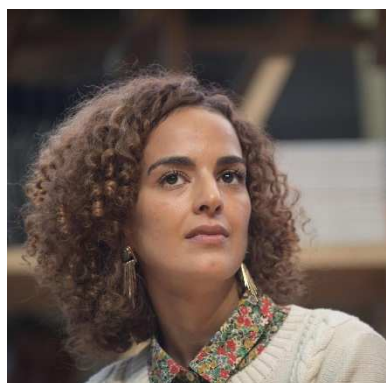
Alain Finkielkraut ärgert diese Analysen aus der Schutzzone des philosophischen Sofas. Er sieht in Sloterdijks Denken „Foucaults Diktatur der Biopolitik“ am Werk und jubiliert, dass sich die Europäer angesichts der Alternative Geld oder Leben für Letzteres entschieden haben: „Der Nihilismus hat noch nicht gesiegt.“

Dass die Epidemie ungerecht ist und nicht alle gleichbehandelt, war mit Beginn der Krise ein Thema, als sich die Städte leerten und jeder, der im Besitz eines Landhauses ist, sich aus Paris in die vorzeitige Sommerfrische begab. Obwohl die Gelbwesten nicht mehr an den Kreisverkehren campen mögen, zeigte sich schnell, dass die Gründe ihres Protests nicht verschwunden sind. Vor allem auf die Pariser Elite entstand große Wut, als diese auf Home-Office schaltete, die Stadt verließ und nicht nur die Supermärkte auf

den Ferieninseln plünderte, sondern den Einheimischen klarmachte: Jeder Gast mit Zweitwohnsitz mehr bedeutet ein Krankenhausbett in der Region weniger.

Die Schriftstellerin Marie Darrieussecq gestand, dass sie ihr Auto mit dem Pariser Nummernschild angesichts der spürbaren Feindseligkeit in der Garage ließ. Ihre Kollegin Leila Slimani, die in ihrem Haus in der Normandie ein „Journal de confinement“, ein Tagesbuch der Ausgangssperre begonnen hatte, erntete böse Kommentare. „Den Horizont kontemplieren zu dürfen ist ein Klassenprivileg“, kommentierte Félix Lemaître und fügte hinzu: „Allein ihre Fotos haben einen obszönen, leicht pornographischen Beigeschmack“.

Jérôme Fourquet wundert es nicht, dass der Hass auf die vermeintliche Elite trotz Macrons Aufrufen zur „nationalen Einheit“ nicht versiegt ist. Die vielen Brüche und Gräben, die sich durch die französische Gesellschaft ziehen, und die der Politologe in seinem Bestseller „L’Archipel français“ beschrieben hat, sind während der „kollektiven Prüfung“ nicht verschwunden, konstatiert er, vielmehr noch sichtbarer geworden. Neben der Spaltung zwischen Stadtgesellschaft und abgehängter Provinz, mittelloser Mittelschicht und gesellschaftlicher Elite, tue sich vor allem ein Bruch in der Arbeitswelt auf: zwischen denen, die auf dem Sofa weitermachen und den „unsichtbaren“ Arbeitern des *back-office*, die die Wirtschaft am Laufen halten auf die Gefahr hin, krank zu werden.



Shitstorm wegen Kontemplation: Leila Slimani

Die Franzosen hatte sich eingebildet, das beste Gesundheitssystem von allen zu haben und erleben jetzt ein böses Erwachen. Als eine „seltsame Niederlage“ bezeichnet das Fourquet und spielt ganz bewusst auf den Titel des Buches des Historikers Marc Bloch an, der darin beschrieb, wie die französischen Armee 1940 von der deutschen überrannt wurde. Frankreich müsse sich angesichts der Bilder einer Luftbrücke aus China, über die Masken eingeflogen werden, als Entwicklungsland fühlen.

Noch ist nicht erwiesen, ob das Coronavirus auch das Gehirn befällt, aber wer gewohnt ist, gegen den Mainstream zu schwimmen, kommt in Zeiten der Epidemie voll auf seine Kosten. In diese Kategorie gehört der Verschwörungstheoretiker Renaud Camus, Vater der Theorie des Bevölkerungsaustausches. Obwohl er abgeschirmt auf seinem Schloss im Südwesten Frankreichs lebt, hat er sich infiziert. In den sozialen Medien führte er Protokoll über seine Körpertemperatur und über seinen mit der Infektion wachsenden Hass gegen Migranten. Wenn sich alte Einwanderer aus Frankreichs ehemaligen Kolonien darum sorgten, nicht in ihrer Heimaterde beerdigt werden zu können, riet Camus dazu, alle lebendig zurückzuschicken.

## **Ungleich härter für Großfamilien**

Das Fieber ist inzwischen weg, der Hass ist geblieben. Camus kündigte ironisch an, sich zur Genesung ins Departement 93 zu begeben, wo die Ausgangssperre, „le Grand Confinement“ wie er das mit Anspielung auf seine Theorie des „Grand Remplacement“ nennt, bekanntlich nicht gelte. Französische Medien hatten berichtet, wie ungleich härter die Ausgangssperre für die Bewohner des Departement Seine-Saint-Denis ist, wo Großfamilien auf engstem Raum leben, und wie ungleich schwerer sie dort auch durchzusetzen ist.

VOR EU-GIPFEL:

# Merkel lehnt Eurobonds ab

• AKTUALISIERT AM 20.04.2020-13:59



Angela Merkel bekräftigt das deutsche „Nein“ zu Eurobonds. Wenige Tage vor einem wichtigen EU-Gipfel erklärt die Kanzlerin: Gemeinsame Schuldtitel sind der falsche Weg.

Wenige Tage vor dem EU-Gipfel zu Hilfen wegen der Corona-Pandemie hat Kanzlerin Angela Merkel Eurobonds abermals abgelehnt. Die gemeinsamen Anleihen seien der falsche Weg, sagte Merkel am Montag im CDU-Präsidium nach Angaben von Teilnehmern. Die Kanzlerin forderte demnach auch, in Deutschland bei allen Hilfen die Rückwirkung auf die EU-Debatte zu berücksichtigen. Deshalb solle sich die Bundesregierung auf zentrale Bereiche der Wirtschaft konzentrieren, statt immer neue Versprechen zu machen. Wenn etwa auch Künstler mit Steuergeld gerettet werden sollten, werde man dies in Spanien und Italien vermerken und darauf verweisen, dass Deutschland offensichtlich über genug Geld verfüge.

Am Donnerstag wollen die 27 EU-Staats- und Regierungschefs über zusätzliche Hilfen für angeschlagene Euro-Länder beraten. Vor allem Italien drängt dabei auf gemeinsame Anleihen der Euro-Staaten. Dies lehnen unter anderem die Niederlande, Finnland und Österreich ab. In der CDU-Telefonkonferenz sei von Teilnehmern darauf verwiesen worden, dass eine gemeinsame Schuldenaufnahme in Deutschland auf viel Widerstand stoßen werde, hieß es.

## Erhebliche juristische Probleme

**Eines der größten Probleme ist auch juristischer Natur. Fachleute gehen davon aus, dass Eurobonds am derzeitigen Europarecht scheitern, das noch immer eine No-Bailout-Regel beinhaltet. Demnach haftet ein Staat wie beispielsweise Deutschland nicht für die Schulden anderer Länder. Diese Regel war eine der wichtigsten Bedingungen der wohlhabenderen Staaten, damit diese sich überhaupt auf den Euro einließen. Ihre Beschneidung würde nach Meinung der meisten Fachleute eine Änderung der Verträge notwendig machen, die wiederum in vielen Staaten Volksabstimmungen nach sich ziehen würden und am Ende deshalb wahrscheinlich scheitern. Darüber hinaus würde es viele Monate brauchen, um Eurobonds einzuführen. In der akuten Krise stünde das Instrument nicht zur Verfügung.**

Darüber hinaus hätte die finanzielle Umverteilung durch Eurobonds für Italien keine weltbewegenden Effekte, selbst wenn gemeinsame Schulden mit einem Volumen von 1500 Milliarden Euro aufgenommen würden. Zu diesem Schluss kommt Friedrich Heinemann vom Mannheimer ZEW. Demnach bedeuten die gemeinsamen Bonds für Italien nur eine Zinsersparnis von jährlich 3,1 Milliarden Euro, für Deutschland zusätzliche Lasten von 1,9 Milliarden Euro.

DEUTSCHE KRANKENHÄUSER:

# Von wegen kaputtgespart

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 20.04.2020-14:58



Gewinne für börsennotierte Krankenhausgesellschaft gehen auf Kosten medizinisch unterversorgter Patienten – so lautet eine weit verbreitete Kritik. Ist sie gerechtfertigt?

Man habe unser Gesundheitssystem „kaputtgespart“, so liest es sich derzeit vielerorts. Schuld daran seien Ökonomisierung und Privatisierung der Medizin: Gewinne für börsennotierte Krankenhausgesellschaften gingen auf Kosten medizinisch unterversorgter Patienten. Besonders viel Häme ergießt sich über die Bertelsmann Stiftung, die voriges Jahr vorgeschlagen hat, jede zweite Klinik in Deutschland zu schließen und die Zahl der Krankenhausbetten drastisch zu reduzieren. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Corona-Lage nimmt sich das auf den ersten Blick seltsam aus. Werden nicht verzweifelt Betten für die schwerkranken Infizierten gesucht? Um wie viel schlimmer stünden wir da, hätten wir den Empfehlungen all dieser Studien nachgegeben! Eine Lehre der Krise, so folgern jetzt viele, müsse es sein, die Gesundheit den privaten Akteuren zu entziehen und dem Staat oder, wie früher, der Barmherzigkeit der Kirche zu überantworten.

Was ist dran an der These des Kaputtsparens? Es empfiehlt sich ein Blick in die Studie „Gesundheit auf einen Blick“ der OECD. Die neueste Ausgabe ist aus dem Jahr 2019 und analysiert die Situation der reichen Länder der Welt. Generell gilt: Überall auf der Welt wird den Menschen ihre Gesundheit immer mehr wert. Die Gesundheitsausgaben steigen – von durchschnittlich 8,8 Prozent der Wirtschaftsleistung auf prognostiziert 10,2 Prozent im Jahr 2030. Deutschland (heute schon knapp 12 Prozent) nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein nach den Vereinigten Staaten und der Schweiz. Während einige wenige Länder (dramatisch Griechenland, aber auch Italien) ihre Ausgaben für Gesundheit zurückgefahren haben (ob es am Austeritätszwang der EU lag, ist fraglich), gibt Deutschland kontinuierlich mehr Geld aus: Je Einwohner stiegen die Ausgaben, gemessen in Preisen von 2010, zwischen 1993 und 2017 von 2400 auf 4000 Euro.

## Wir leisten uns immer mehr Gesundheit

Damit haben wir ein erstes Ergebnis: Keine Rede von Kaputtsparen, noch nicht einmal vom Sparen. Im Gegenteil: Relativ zu anderen Dingen des Lebens leisten wir uns immer mehr Gesundheit. Damit ist – wohlgemerkt – die Frage noch nicht beantwortet, ob wir auch gute Medizin für unser Geld bekommen. In den Vereinigten Staaten, die derzeit schon 18 Prozent des Sozialprodukts auf die Gesundheit verwenden, spricht einiges dafür, dass zwar viele Gesundheitslobbyisten, aber nicht die Kranken und schon gar nicht die Ärmsten der Armen von dem internationalen Gesundheits-Spitzenplatz profitieren. Dazu gleich mehr.

Zunächst zum zweiten Bösewicht, dem Privatisieren. Dazu lohnt die Lektüre des Gesundheitskapitels aus dem Jahresgutachten 2018/2019 des Sachverständigenrats. Hierzulande stiegen die staatlichen Gesundheitsausgaben zwischen 1993 und 2017 um 130 Prozent auf jährlich 230 Milliarden Euro an,



während sich die nominalen Gesamtausgaben des Staates „lediglich“ um 70 Prozent erhöhten. „Das Gesundheitswesen bildet nach der sozialen Sicherung, insbesondere der Alterssicherung, den größten Ausgabeposten des Staates“, schreiben die Fünf Weisen.

## Spezialisierung und Skaleneffekte würden die Qualität verbessern

Das wäre dann das zweite Ergebnis: Von einer Entstaatlichung kann nicht die Rede sein. Dabei werden die Krankenhausleistungen natürlich auch von Privaten angeboten. Grob gesagt, sind es jeweils ein Drittel private, ein Drittel staatliche und ein Drittel kirchliche oder andere gemeinnützige Träger. Ob es besser wäre, alle Leistungen würde der Staat anbieten? Wer das gut findet, soll sich das zu hundert Prozent staatliche, „kostenlose“ National-Health-System Großbritanniens anschauen, eine Ikone des britischen Wohlfahrtsstaats, dessen Performance in der Corona-Krise viel schlechter ausfällt als das deutsche System.

Nun zur zentralen Frage: Wie effizient sind unsere Krankenhäuser? „Sie könnten viel effizienter sein“, sagt nicht nur die Bertelsmann Stiftung, sondern auch der Sachverständigenrat und die Gesundheitsberater der [Bundesregierung](#). Im internationalen Vergleich leistet sich Deutschland mit 800 Krankenhausbetten auf 100.000 Einwohner besonders hohe Kapazitäten. Aber darunter gibt es viele kleine und mittelgroße Häuser, die wenig spezialisiert sind und gleichwohl den Anspruch haben, alles anzubieten. Viele Kreise und Gemeinden halten daran aus Prestige Gründen fest. Zahlen aus dem Jahr 2016 zeigen: Ein Fünftel der Krankenhäuser hat keine Intensivbetten; ein gutes Drittel verfügt noch nicht einmal über eine eigene Computertomographie. Spezialisierung und Skaleneffekte – für viele klingt das ökonomistisch – würden die Qualität verbessern. Ein Chefarzt einer mittleren Klinik, der vom Herzen bis zur Blase alles, aber selten, operiert, ist gesundheitsgefährdend.

## Die deutschen Kliniken haben nicht versagt

Nachfrage bei [Lars Feld](#), dem Vorsitzenden des Sachverständigenrats, der das Gesundheitskapitel des Jahresberichts 2018/19 mitverantwortet, ob er sich heute für den damaligen Vorschlag schäme, „Überkapazitäten“ der Krankenhäuser drastisch zurückzufahren. „Nein“, sagt Feld. Die Pandemie zeige doch einerseits, wie gut es gelinge umzusteuern und mehr Intensivbetten zu bekommen. Es zeige sich aber auch, dass gerade kleinere Kliniken unzureichend für die Intensivversorgung ausgestattet seien. Das gehe wesentlich darauf zurück, dass die das bislang nicht brauchten. Felds Hauptargument für eine notwendige Konzentration im Krankenhausesektor: Größere Klinikzentren haben mehr Erfahrung mit einer Vielzahl von Behandlungen, weil sie mehr Fälle verarzten. Kleinere Häuser können dies nicht leisten und sind damit ein Risiko für die Patienten. Felds Vorbild heißt Dänemark, wo man diesen Weg der Konzentration und Modernisierung konsequent geht. „Ich kann nicht erkennen, dass in Dänemark eine schlechtere Versorgung als in Deutschland in dieser Pandemie geleistet wird.“

Die deutschen Kliniken haben nicht versagt. Derzeit gibt es ausreichend Beatmungsgeräte und 11.000 freie Intensivbetten. Natürlich kann man sich alarmistische Szenarien einer steigenden Reproduktionsrate „R“ durch Corona-Infektionen ausdenken, was einen Kollaps des Systems zur Folge hätte. Aber R geht zurück (aktuell stecken zehn Infizierte „nur noch“ sieben weitere an). Hätte Deutschland sich gleichwohl besser vorbereiten müssen? Auch das behaupten jetzt viele und verweisen auf einen Risikobericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2013, in dem ziemlich genau eine gefährliche Pandemie simuliert wird, wie wir sie derzeit erleiden. Darin stand auch, dass so etwas alle hundert Jahre passieren könne – also genau jetzt, hundert Jahre nach der Spanischen Grippe. „Und nichts Präventives geschah“, schimpfen die Kritiker.

Doch abgesehen davon, dass man hinterher immer klüger ist: Hätte man für einen Zeitpunkt, den keiner kennt, in ganz Deutschland 40.000 leere Intensivbetten vorhalten sollen? Es kommt doch viel eher darauf an, im Fall der Pandemie rasch umzusteuern. Das scheint das deutsche System zwar nicht perfekt, aber offenbar besser als andere zu schaffen. Es wäre womöglich noch besser gerüstet gewesen, hätte man den Prozess der Konzentration, Spezialisierung und Modernisierung der Krankenhäuser früher in Angriff genommen.

VERSCHENKTE GEWINNMITNAHMEN:

# Jetzt Ihre Immobilie verkaufen

- VON VOLKER LOOMAN
- -AKTUALISIERT AM 21.04.2020-06:28



Sie haben vor Jahren eine Immobilie erworben, die jetzt deutlich mehr wert ist, als Sie sich je hätten erträumen lassen? Unser Finanzanalytiker rät – ja, ausgerechnet jetzt – sich von ihr zu trennen.

Ich habe vor einem Jahr die Besitzer vermieteter **Immobilien** in guten Lagen gefragt, was sie von der Idee halten, sich über die hohen Gewinne der letzten Jahre zu freuen, endlich Kasse zu machen und das Leben zu genießen. Ich habe auf die Frage nur wenige Antworten bekommen, so dass ich davon ausgehe, dass die meisten Realitätenbesitzer die Frage kopfschüttelnd „überhört“ haben. Nun haben Sie ja im Moment besonders viel Zeit zum Nachdenken, so dass ich Ihnen diese Frage noch einmal stellen möchte, und zwar will ich sie vor allem jenen Grundbesitzern stellen, die Mitte 60 sind und sich den Kopf über die finanzielle Gestaltung ihres Unruhestandes zerbrechen.

Ich habe da einen Anleger vor Augen, der sich vor 15 Jahren für einen Immobilien-Sparplan entschieden hat. Er hat sich für 500.000 Euro eine Wohnung gekauft. Davon entfielen 100.000 Euro auf das Grundstück, und das Gebäude hat 400.000 Euro gekostet. Hinzu kamen die Nebenkosten von 50.000 Euro, die zu einem Gesamtpreis von 550.000 Euro führten. Die anfängliche Miete pro Monat betrug 1750 Euro, so dass der Gesamtpreis der Wohnung rund 26 Jahresmieten umfasste. Bezahlt wurde das Objekt mit Hilfe von 150.000 Euro, die der Anleger auf dem Sparkonto angesammelt hatte, und eines Kredites in Höhe von 400.000 Euro. Der Anleger hatte die Erwartung, dass die Mieten und der Wert der Immobilie jedes Jahr um 2 Prozent steigen, und er hatte den Plan, die Wohnung am Ende des Arbeitslebens zu verkaufen und den Erlös im Ruhestand zu verzehren.

## Rendite von fast 11 Prozent pro Jahr

Die Hoffnungen mündeten in einem Immobilien-Sparplan, der mit 150.000 Euro begann. Anschließend flossen 180 Raten von jeweils 1200 Euro in die Immobilie, und hinter diesen Werten verbargen sich die Salden der Mieteinnahmen, Kreditraten und Steuern. Der Mann hat mit einem Endwert von 673.000 Euro gerechnet, und wenn die Zahlen gestimmt hätten, wäre unter dem Strich eine Rendite von 5,75 Prozent herausgekommen. Das wäre doch schön gewesen, oder sehen Sie das anders?

Nun ist freilich alles, aber auch wirklich alles, anders gekommen als erwartet. Die Mieten sind im Schnitt um 4 Prozent pro Jahr gestiegen, und der Preis der Immobilie hat sich während der Vermietung verdoppelt. Folglich ist die Wohnung zurzeit eine Million wert. Das führt vor Steuern zu einer Rendite von fast 11 Prozent pro Jahr, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Besitzer das Objekt in den nächsten Wochen verkaufen wird. Das sind nach Steuern rund 9,7 Prozent, so dass ich mir erlaube, Sie weiterhin vor

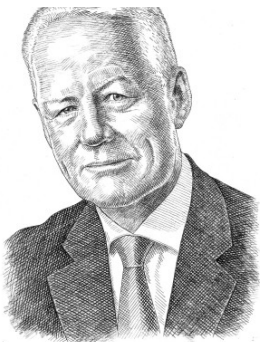
den Kopf zu stoßen: Warum verkaufen Sie die Perle nicht, wann wollen Sie endlich die Ernte einfahren, wenn nicht jetzt?

Ich gehe davon aus, dass Sie die Hoffnung haben, das Ergebnis halten zu können, doch ich bin skeptisch, ob Ihnen das gelingen wird, weil die Zahlen in Zukunft weiter steigen müssten. Das ist Ihnen doch bewusst, oder nicht? Sollten die Mieten und der Verkaufspreis auf dem heutigen Niveau stagnieren, würden die Renditen im Verlauf des nächsten Jahrzehnts auf 8 Prozent vor Steuern und 6,8 Prozent nach Steuern sinken, und wenn die Wohnung in zehn Jahren keine 26, sondern nur noch 20 Jahresmieten wert sein wird, dann werden die Verzinsungen auf 7,1 und 5,7 Prozent pro Jahr sinken.

## Was ist Ihnen lieber, liebe Pensionärin, werter Rentner?

Sie haben so viel Dusel gehabt, wie sich die Immobilie entwickelt hat, dass Sie es in meinen Augen nicht übertreiben sollten. Daher wiederhole ich die Frage: Warum nehmen Sie den Gewinn nicht mit und verrenten die Million mit Hilfe von Renten und Aktien, wie Sie das vor 15 Jahren geplant haben?

Ich unterstelle drei Gründe, warum Sie eine Immobilie, die sich in den letzten Jahren so prächtig entwickelt hat, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht verkaufen werden. Erstens haben Sie die Hoffnung, dass der Wert der Wohnung nicht sinken wird, zweitens ärgern Sie sich darüber, dass es für „sichere“ Anleihen keine Zinsen gibt, und drittens haben Sie nicht den Mut, einen Teil des Geldes in Aktien anzulegen. Ich habe für alle Argumente durchaus Verständnis, doch ich möchte Sie an den Rentenplan erinnern, den Sie vor 15 Jahren verabschiedet haben.



Volker Looman ist Finanzanalytiker in Berlin und Dresden. : Bild: Oliver Sebel

Sie hatten die Idee, eine Immobilie zu erwerben, das Objekt zu vermieten, den Kredit zu tilgen und die Wohnung zu verkaufen, um zu Beginn des Ruhestandes rund 672.000 Euro auf dem Konto zu haben. Diesen Betrag wollten Sie vor Steuern zu 3 bis 4 Prozent in eine Mischung aus Anleihen und Aktien anlegen, um das Kapital im Alter zu verrenten. Das sollte Ihnen nach Steuern eine Monatsrente von rund 3600 Euro einbringen. Das ist doch richtig, oder haben Sie das vergessen? Nun besitzen Sie eine Wohnung im Wert von einer Million Euro, deren Vermietung monatliche Erträge von 3152 Euro abwirft. Davon sind die Steuern von 1000 Euro abzuziehen, und wenn Sie noch die Kosten von 500 bis 600 Euro subtrahieren, die in den nächsten Jahren für die Instandhaltung der Immobilie anfallen werden, dann werden Sie im Monat mit Mühe und Not auf eine Rente von 1600 Euro kommen.

Das war freilich nicht der Plan, wenn ich mich nicht irre, und aus diesem Grund erlaube ich mir, den Finger weiter in die Wunde zu legen, auch wenn es weh tut. Was ist Ihnen lieber, liebe Pensionärin, werter Rentner? Ist das eine Wohnung, die ihren aktuellen Wert von einer Million (vielleicht) behalten und Ihnen eine Rente von 1600 Euro pro Monat beschere wird? Oder ist das ein Girokonto, auf dem in Kürze eine Million Euro liegen wird, die Sie im Laufe der nächsten 20 Jahre ohne Zinsen und in Teilbeträgen von 4200 Euro ausgeben?

Seuchen ist kommen, Seuche verschwinden

Ich plädiere für das Girokonto, und das mache ich nicht, weil ich Immobilien ablehne, wie mir immer wieder vorgeworfen wird. Das ist üble Nachrede, aber ich „muss“ Ihnen zu dem Girokonto raten, weil Sie weder Ziegelsteine noch Gips verzehren können. Das leuchtet doch ein, oder nicht? Nun kann ich mir aber nicht vorstellen, dass Sie mit einer Million auf dem Konto ein fröhlicher und gelassener Rentier sein werden. Daher möchte ich Sie ermutigen, sich Gedanken über eine Mischung aus Bargeld, Anleihen und Aktien zu machen. Ich rate Ihnen, mindestens 100.000 Euro in Bargeld anzulegen, und ich möchte Sie aus gegebenem Anlass ermutigen, das Geld in Form von 2000 Scheinen à 50 Euro zu Hause zu bunkern. Sie mögen mich für bekloppt und meschugge halten, Ihnen diesen Rat zu geben, doch wenn ich zurzeit in Berlin und Dresden in die blassen Gesichter von Gastwirten und Künstlern schaue, die keinen Speck auf den Rippen haben, dann wird mir wieder einmal bewusst, wie „beruhigend und wärmend“ Geldscheine in der Not sein können.

Dann würde ich 600.000 Euro in Anleihen investieren. Die eine Hälfte fließt in Staatsanleihen, und die andere Hälfte geht in Unternehmensanleihen. In beiden Fällen würde ich Indexfonds wählen, die Anleihen mit kurzen Restlaufzeiten enthalten. Das sind zum Beispiel die Lyxor Euro Highest Rated Government Bonds (ISIN: LU1829219556) mit Restlaufzeiten von zwölf Monaten bis drei Jahren und die iShares Euro Ultrashort Corporate Bonds (ISIN: IE00BCRY6557) mit Restlaufzeiten von zehn Monaten. Mit dieser Strategie sollen drei Fliegen auf einen Streich erlegt werden. Die Anleihen sind im Falle des Konkurses von Banken geschützt, die Kosten der Anlage sind niedrig, und die Kursverluste halten sich in Grenzen, falls die Zinsen in naher Zukunft steigen.

Das restliche Kapital würde ich allen Unkenrufen zum Trotz in Aktien investieren. Die 300.000 Euro sind der Zuwachs des Zuwachses, wenn ich das so ausdrücken darf. Der Anleger hat mit einem Endwert von knapp 700.000 Euro gerechnet, so dass die zusätzlichen 300.000 Euro ein Geschenk des Himmels sind und für 15 Jahre an der Börse angelegt werden können. Ich empfehle den iShares S&P 500 (ISIN: IE00B5BMR087) und den Lyxor Stoxx Europe 600 (ISIN: LU0908 500753). In dieser Zeit kann der Anleger in aller Seelenruhe monatlich 4000 Euro ausgeben, und wenn sich die Aktien mit jährlich 3 bis 4 Prozent rentieren, werden in 15 Jahren noch 500.000 Euro für das Restleben zur Verfügung stehen. Diese Aussichten sollten Anlass sein, um die nächsten Monate mit „gewisser Gelassenheit“ ertragen zu können. Ich verstehe die Ängste und Sorgen der Menschen, doch versuchen Sie es zur Abwechslung mal mit ein bisschen Fatalismus. Die Seuche ist gekommen, und die Seuche wird auch wieder verschwinden!

## Débats

# « Méfions-nous du doux despote qui veut nous protéger de la mort à tout prix »

Mitchell, Joshua, Mandeville, Laure

**LE FIGARO. - Vous soupesez les risques, dans un récent article, de la distanciation sociale, et vous vous demandez si la démocratie survivra à une pratique qui touche désormais plus de 3 milliards d'individus. Que craignez-vous ?**

**Joshua MITCHELL.-** Nous avons aujourd'hui une notion très parcellaire de ce qu'est la démocratie. Nous disons qu'une nation est démocratique si le vote est conduit de manière équitable et juste, et si les gens sont représentés. Mais le vote et la représentation, aussi importants soient-ils, ne sont pas suffisants pour assurer la bonne santé de la démocratie. Il doit y avoir un esprit de la démocratie, qui ne peut être développé et maintenu que si les citoyens, dans leurs vies quotidiennes, travaillent chaque jour à construire un monde avec leurs compatriotes. La « distanciation sociale » est de ce point de vue le grand ennemi de l'esprit de la démocratie. Je comprends le besoin immédiat de « distanciation sociale », pour empêcher le coronavirus de se propager, mais n'oublions pas que la « distanciation sociale » est un virus politique qui tue l'esprit de la démocratie.

**La perspective de la mort, écrivez-vous, pourrait nous mener à nous retirer en notre propre monde, et à nous appuyer, par le télétravail, les réseaux sociaux et l'isolement, sur le « despotisme doux » de l'État, que Tocqueville redoutait. Devons-nous relire Tocqueville pour comprendre les défis du Coronavirus ?**

J'ai étudié et écrit sur l'oeuvre d'Alexis de Tocqueville toute ma vie professionnelle - c'est-à-dire à peu près quarante ans. C'est l'un des esprits les plus clairvoyants du XIXe siècle. Pour comprendre la sorte de tyrannie que nous devons craindre pour le futur, lisez ce qu'il a écrit en 1840, dans *De la démocratie en Amérique*. Sa prédiction était incroyablement prophétique. Il avait compris qu'avec l'effondrement de l'âge aristocratique, les rôles sociaux qui nous étaient assignés et nos obligations par rapport aux autres, allaient disparaître, et qu'il y aurait de moins en moins de liens susceptibles de nous relier les uns aux autres. Il avait deviné que nous serions hantés par la solitude et que nous rechercherions le soutien du seul pouvoir visible, l'État, pour nos besoins. En Europe, les citoyens tournent notamment leurs regards vers l'Union européenne, qui leur promet la sécurité économique et aussi l'autosatisfaction de « la fin de l'Histoire ». C'est « le despotisme sous un autre nom » (pour paraphraser Tocqueville), il ne soumet pas et ne démoralise pas en portant atteinte à notre corps ; il s'en prend directement à notre âme - en promettant la sécurité physique et en encourageant le divertissement incessant pour nous distraire de l'ennui et de l'anxiété. Mais cet État, ou ce super-État, fait autre chose, que Tocqueville n'avait pas anticipé : il nous soulage de la dette irremboursable que tant d'Occidentaux ressentent à cause de leur histoire nationale. Il leur dit, venez à moi, renoncez à vos nations, et en échange, je vous donnerai la paix de l'esprit. En achetant cette paix que le christianisme aurait pu offrir à travers la notion de pardon, mais qu'il ne peut fournir aujourd'hui (parce qu'il n'est plus en vogue), les citoyens renoncent à leur chance de construire un monde national ensemble et regardent vers le haut, au lieu de regarder vers leur voisin.

**Vous craignez la disparition des interactions directes, mais les réseaux sociaux ne nous fournissent-ils pas temporairement des possibilités d'interactions salutaires en ce temps d'isolement forcé ?**

Les amis des réseaux sociaux sont des suppléments à l'amitié authentique, pas des substituts. Pour comprendre ce qu'ils peuvent faire ou ne pas faire, pensez à la relation entre un repas et des vitamines. Les vitamines peuvent compléter un repas, mais elles ne peuvent s'y substituer. Aujourd'hui, alors que nous vivons toujours dans le souvenir des interactions de la vraie vie dans nos esprits et nos coeurs, les réseaux sociaux apparaissent comme une vraie chance. Mais si nous continuons sur ce chemin de la distanciation trop longtemps, nous tomberons malades. L'homme se renforce avec des compléments, mais meurt s'il

en fait des substituts. Les réseaux sociaux - c'est-à-dire la vie vécue de manière digitale, ne peut se substituer à la vie qui se vit sur le sol, dans le monde humain que nous construisons ensemble en temps réel.

**L'un des aspects menaçants du gentil despote dont vous parlez est sa propension à utiliser l'intelligence artificielle pour surveiller ses citoyens au nom du combat contre la pandémie. En Asie, les gens semblent prêts à accepter l'abandon de leur vie privée à cette fin. La puissance montante de l'État de surveillance pourrait-elle être une conséquence durable de la crise ?**

C'est une question difficile, non pas parce que la réponse est difficile à trouver, mais parce que la réponse que je vais y donner est difficile à accepter. Je ne peux parler de manière informée de ce qui se passe en Asie. Mes observations ont plutôt trait à l'Europe et au monde anglo-saxon. Ce qui est remarquable est la rapidité avec laquelle notre attention a été reportée sur la pandémie du coronavirus et à quel point nous avons volontairement abandonné toutes nos libertés, afin d'empêcher la mort d'entrer dans nos maisons. On nous dit que le virus met plusieurs semaines à incuber, qu'il est mortel, et que pour cette raison nous devons transformer notre monde, et user de toutes les ressources technologiques, y compris la surveillance de l'intelligence artificielle, pour nous protéger. Mais imaginez le scénario suivant : nous découvrons qu'il existe un virus qui prend 70 ans à incuber, et qui est 100 % mortel. Transformerions-nous complètement notre monde pour tenir la mort à distance ? Vous avez peut-être anticipé où je veux en venir. Chaque être humain qui a vécu a contracté ce virus. C'est notre « destin de mortel » . Nous acceptons cette mortalité. Nous ne devons pas la braver inutilement, nous devons chérir la vie qui est un don, mais ce n'est pas la valeur suprême. Si c'était le cas, nous ferions ce que nous sommes en train de faire face au Covid-19, et plus, pour garder la mort hors de nos maisons. Or il y a d'autres choses, auxquelles nous avons la chance de contribuer, parfois de belle manière, même si nous avons tous contracté « le virus de 70 ans » . Nous venons au monde et nous périssons, mais nous passons quelque chose à nos enfants, en sus de la malédiction du virus de 70 ans. Sinon, il n'y aurait ni civilisation, ni enfants. C'est ce qui me préoccupe. Nous sommes si effrayés par la mort aujourd'hui, que nous sommes prêts à tout, oui à tout, pour l'écarter. Même à renoncer à la civilisation que des centaines de générations qui sont venues avant nous - et qui avaient toutes contracté le virus de 70 ans, avaient construite, alors même qu'elles savaient qu'elles allaient mourir. Peut-être la meilleure réflexion du XXe siècle sur ce thème peut-elle être trouvée dans les dernières pages du *Meilleur des mondes* , le roman d'Aldous Huxley écrit en 1931. La conversation se déroule entre le contrôleur du monde, Mustapha Mond, et John Savage, un outsider qui rejette la société globale administrée que Mustapha Mond contrôle. Mond lui explique en termes clairs que s'il veut la liberté, l'amitié, l'amour et des enfants, il devra aussi vivre avec la douleur et la mort. Laissez-moi répéter ce que je vous ai dit, car je ne veux pas être mal compris. Je ne propose pas que nous acceptions la mort par le coronavirus et que nous agissions imprudemment face à ce danger. Je propose plutôt que dans tout ce que nous ferons, demain, et dans le futur plus lointain, nous agissions sans oublier que nous avons déjà contracté le virus de 70 ans. Je suppose, sans pouvoir le prouver, que cela nous permettra de penser plus clairement à la mort que nous ne pourrions éviter en nous mettant en quarantaine, et de mieux vivre dans l'intérim.

**N'est-il pas trop tôt pour s'inquiéter de l'émergence d'un État trop envahissant ? En Europe, nous en sommes plutôt à critiquer la faiblesse et le manque de vision des gouvernements qui avaient sacrifié les responsabilités stratégiques qui relèvent des États au nom du commerce. Les États ne devraient-ils pas récupérer les pouvoirs et responsabilités qu'ils avaient abandonnés à un marché devenu fou ?**

Quand Tocqueville écrivait en 1840, la plus grande entité qu'il puisse envisager était l'État-nation. Mais aujourd'hui, beaucoup de personnes, sur la gauche du spectre politique rêvent d'un État supranational, qu'il s'agisse de l'Union européenne ou de quelque chose de plus large encore, peu discernable à l'horizon, qui pourrait gérer et coordonner les vies de tous les habitants de la planète. Je pense que si Tocqueville était de retour, il dirait sans se contredire, que l'homme a besoin d'une maison, et que la plus grande maison que nous puissions avoir est l'État-nation. Il ajouterait immédiatement que l'État doit développer des arrangements fédéraux, afin que les citoyens puissent construire leur monde au plan local. Si les citoyens reçoivent une part de la gestion de la « cité » , même modeste, ils aimeront leur nation de manière saine. Depuis 1989, nous avons trop renoncé à l'État-nation, dans l'espoir qu'un super-État nous sauverait. Cela signifie que les muscles des États-nations sont terriblement atrophiés. Or la catastrophe actuelle nous montre que nos États, pas l'Union européenne, sont en première ligne pour tenter désespérément de faire face. Le problème, comme vous le notez, est bien plus large que la pandémie actuelle. Les grandes corporations aiment le globalisme, qui affaiblit le seul mécanisme capable de contenir leur pouvoir, c'est-à-dire l'État. Adam Smith, dont le grand classique, *La Richesse des nations*, est souvent présenté comme la justification du capitalisme global, avait écrit sur ce sujet, même si peu de gens connaissent ce passage de son ouvrage. Sans État, pas de capitalisme, expliquait-il. L'État doit accomplir un certain nombre de missions, pour que le capitalisme fonctionne correctement. Il est temps que nous nous souvenions de cette leçon.

**Dans un article récent, qui devrait provoquer la polémique, le penseur catholique américain Rusty Reno critique le « sentimentalisme » qui place la vie au centre de tout. Il estime qu'il y a des choses plus précieuses que la vie physique, comme l'honneur ou la justice, et se dit horrifié que les prêtres ne puissent visiter les malades et consoler ceux qui pleurent leurs morts pendant le coronavirus. Pour lui, il y a un aspect diabolique dans cette attitude qui, en voulant sauver des vies à n'importe quel prix, finit par nous priver de notre courage. Si on peut comprendre son point de vue, n'y a-t-il pas aussi de la noblesse à vouloir faire des anciens et des personnes fragiles une priorité ?**

Je connais Rusty Reno et j'ai un immense respect pour lui. Ce qu'il a écrit devait être dit, et personne ne l'a fait avant lui. La vie n'est pas la valeur suprême. Si elle ne l'est pas, cela signifie qu'il n'y a pas de choix moraux faciles. Nos parents ont besoin de nous. Allons-nous les laisser mourir seuls, surtout s'ils veulent recevoir les derniers sacrements ? Les prêtres prononcent des vœux. Leurs vœux présupposent que la mort éternelle doit être crainte beaucoup plus que la mort humaine. Ont-ils reculé face à la mort, pendant les guerres et les épidémies, pendant les 1 800 ans qui ont suivi l'installation du christianisme comme religion de l'Empire romain par Constantin ? Je ne suggère pas que cette considération soit la seule que l'Église doit prendre en compte. Mais je pense qu'elle doit l'avoir en tête. Sinon, elle cesse d'être l'Église.

**L'approche de Reno, bien que ses motivations soient morales et non économiques, fait écho au dilemme que Donald Trump met sur la table, quand il suggère que nous devrions retourner au travail, même si cela signifie un grand nombre de morts. Le fil commun est que la vie n'est pas la valeur ultime. Mais cela est difficile à avaler, surtout dans des sociétés qui sont habituées à l'idée de la jeunesse éternelle, voire de la quasi-immortalité (avec le rêve technologique de l'homme agrandi).**

Rusty Reno pense en termes moraux. Le débat économique croise l'argument moral, mais ce n'est pas la même chose. L'argumentation économique du président est influencée par un chercheur nommé Richard Epstein, qui a été l'un des pionniers du mouvement « Droit et économie ». Il a étudié à l'université de Chicago, enseigne aujourd'hui à la faculté de droit de l'université de New York, et a écrit récemment un article publié par la Hoover Institution. La Maison-Blanche a été très influencée par ce texte. L'argument central en est que les gens meurent tout le temps de tas de causes, et que pour peser de manière appropriée les décisions d'une quarantaine globale pour cause de coronavirus, vous devez prendre en compte le nombre de vies additionnelles que vous allez perdre par suicide, réallocation des ressources hospitalières, ou en raison de la pauvreté que l'effondrement de l'économie mondiale pourrait générer... Quand vous faites ce calcul, vous réalisez que « sauver des vies » ne peut simplement signifier que nous ne prêtons attention qu'au coronavirus.

**À quoi ressemblera le monde quand nous nous réveillerons de ce cauchemar ?**

Les crises semblent toujours révéler un futur qui pourrait aller bien si nous changeons nos manières de faire, ou au contraire, qui pourrait tourner très mal, si nous persistons dans les pathologies dont nous souffrons déjà. Le fait d'être un philosophe politique fait que j'ai passé ma vie à lire les grands auteurs qui nous ont alertés sur la séduction douce de la tyrannie et la difficulté de défendre la liberté. Quand le monde déclare que cette crise est médicale et ignore les implications de la « distanciation sociale », j'ai peur que cette crise ne devienne le prétexte à l'érosion toujours plus grande du monde humain dont nous avons tant besoin - celui des voisins, des amis, des amours, des associations informelles, et de nos nations - au prétexte de repousser la mort. Mon espoir toutefois est que nous émergions de cette crise, avides d'un monde pleinement humain, avec la conscience que pour y vivre et le transmettre à nos enfants, nous nous résignerons à vivre avec la vérité, qui est que nous avons déjà contracté le virus de 70 ans, dont aucune quarantaine ne nous sauvera.-

\* A notamment publié : « *Tocqueville in Arabia* », *Chicago University Press*, 2013

# Gestion de crise: pourquoi les Français sont-ils plus défiants à l'égard de leur gouvernement que leurs voisins?

FIGAROVOX/ENTRETIEN - Les Français expriment une large défiance à l'encontre de la politique de gestion de crise qui est conduite, explique le chercheur Bruno Cautrès. Les erreurs initiales ont provoqué une fracture, à ce jour insurmontée, dans l'opinion.

Par **Joachim Imad**

Publié hier à 20:16, mis à jour hier à 20:16

Conférence de presse du Premier ministre Édouard Philippe et du ministre de la Santé Olivier Véran. Paris, 19 avril 2020 *THIBAUT CAMUS/AFP*

*Bruno Cautrès est chercheur CNRS et au CEVIPOF. Ses recherches portent essentiellement sur l'analyse des comportements et des attitudes politiques.*

**FIGAROVOX.- Le dernier baromètre réalisé par OpinionWay pour le CEVIPOF et le département d'économie de Sciences Po révèle une forte défiance des Français à l'égard du gouvernement et de sa gestion de crise. Comment l'interprétez-vous?**

**Bruno CAUTRÈS.-** On ne peut, bien entendu, résumer cette situation à une seule dimension. À la veille de la crise épidémique et du confinement, la popularité de l'exécutif n'était pas très haute quand même. L'exécutif a donc abordé cette crise dans une position déjà difficile. Par ailleurs, il y a eu beaucoup d'hésitations et quelques erreurs de communication, jusqu'à la reprise en main de la communication par le Premier ministre lors de sa première conférence de presse avec des experts. L'amorçage de cette séquence n'a donc pas été bon au départ.

La confiance dans les élus et le monde de la politique est assez faible en France.

La question des masques, notamment la manière dont l'opinion a vécu la communication gouvernementale, en est l'exemple le plus parlant: au fond, les Français ont largement débordé les hésitations et injonctions paradoxales de l'exécutif sur cette question. Chacun d'entre nous peut en faire l'expérience: en faisant nos courses, nous voyons bien que les Français mettent des masques et sont passés par eux-mêmes au port du masque. Enfin, il est vrai que la confiance dans les élus et le monde de la politique est assez faible en France. La défiance politique est toujours là, trois ans après l'élection d'Emmanuel Macron, mais il ne faut pas oublier qu'elle existait avant lui également.

**On remarque que les Allemands et les Britanniques ont cependant une confiance beaucoup plus forte dans leur chef d'État. Pourquoi? Y a-t-il eu des erreurs dans la gestion de crise particulièrement critiquées en France?**

Le sentiment dominant dans l'opinion publique en France est que des fautes ont été commises dans la gestion de la crise. Il y a un doute sur les informations données sur les masques en particulier. Cela ne veut pas dire que les Français ne



reconnaissent pas les efforts faits: ils plébiscitent les mesures d'accompagnement économique de la crise. Mais ils sont dans le doute et la défiance sur la gestion sanitaire du gouvernement. C'est un sentiment diffus, qui s'est sans doute nourri des injonctions contradictoires du début (par exemple, l'appel à aller travailler auprès des agriculteurs tout en appelant fermement à rester chez soi), des hésitations que perçoit le public sur la question des masques. On avait vu, lors du Grand débat national qu'une remarque revenait beaucoup: pourquoi un certain nombre de problèmes (écoles, hôpitaux, pauvreté par exemple) ne sont jamais réglés alors que nous payons beaucoup d'impôts? Le paradoxe, c'est qu'Emmanuel Macron entendait être celui qui allait répondre à cette question et la régler. Et pour le moment, trois ans après son élection, il a du mal à convaincre que tel est le cas.

### **L'étude montre que les Français demandent un État plus fort, plus efficace et plus protectionniste. L'opinion publique serait-elle en train de devenir de plus en plus eurosceptique?**

Le mot «eurosceptique» est un mot fourre-tout, pas très bien défini si on ne l'accompagne pas de davantage de contenu. Les spécialistes de l'analyse des opinions publiques vis-à-vis de l'Europe distinguent habituellement «l'euroscepticisme soft» et «l'euroscepticisme hard». Il s'agit de différencier la remise en cause des modalités et des choix de politiques publiques de l'UE (version soft) de la remise en cause du principe même de l'intégration européenne (version hard). On a vu que le Brexit marquait une remise en cause de l'appartenance à l'UE sur le principe, une question de souveraineté nationale non-négociable pour une partie des Britanniques.

La question du consentement populaire à plus d'intégration européenne se pose toujours.

En France, majoritairement l'opinion publique n'est pas dans un rejet de l'Europe sur le principe ; pour les Français, dans leur majorité, nous sommes dans l'Union européenne et il n'y aura pas de retour en arrière ; par contre, pour beaucoup de Français le comment et le pourquoi de cette intégration de la France dans l'UE sont devenus beaucoup plus difficiles à voir. L'Europe pour quoi faire, avec qui, dans quelles limites? Des formes de contestation, sur le fond, des choix européens avaient vu le jour, notamment en 2005 et cette politisation des enjeux européens était une bonne nouvelle pour la construction démocratique de l'Europe car les opinions ont besoin de balises idéologiques pour mieux s'approprier l'Europe. Nos données montrent qu'aujourd'hui la question des frontières et de la protection de l'espace national revient sur le devant. La crise sanitaire va nous léguer un monde où la question du contrôle sanitaire de l'espace va occuper un rôle central. L'articulation entre souveraineté nationale et niveau européen jouera ici un rôle majeur. En toile de fond, la question du consentement populaire à plus d'intégration européenne se pose toujours.

### **Faut-il s'attendre à une crise politique une fois la crise sanitaire «endiguée»? Emmanuel Macron peut-il s'en sortir par le biais d'un «gouvernement de concorde»?**

Nul ne peut savoir ce qui va politiquement sortir de cette crise. Le «gouvernement de concorde» a déjà été expérimenté au sortir des guerres. Nous ne sommes pas dans une guerre classique, avec des villes détruites, des millions de morts mais nous sommes quand même dans une très grave crise qui fait des victimes. Cette crise va laisser des traces traumatisantes pour de nombreux Français. Le politique doit être au rendez-vous!

Le modèle du gouvernement de «concorde » pose de vrais problèmes qu'il serait vraiment grave de ne pas gérer.

Mais dans le même temps, le modèle du gouvernement de «concorde» pose de vrais problèmes qu'il serait vraiment grave de ne pas gérer: le premier, non des moindres, est celui de la légitimité populaire sur laquelle reposerait ce gouvernement de «concorde». Quand et comment le peuple souverain pourra-t-il se prononcer sur cette formule et ses contours?» On ne peut,

en démocratie, réorienter fondamentalement les choix de politiques publiques et les décisions les plus essentielles sans que les urnes ne s'expriment. Par ailleurs, dans un pays où les partis politiques sont investis d'une très faible confiance et où l'image des hommes et femmes politiques est calamiteuse, le gouvernement de «concorde» pourrait vite passer pour un gouvernement hors-sol. Cette question ne peut être réglée par référendum bien qu'il existe la possibilité du «référendum législatif» (portant sur des réformes affectant la politique économique, sociale ou environnementale et les services publics qui y concourent). En fait, seules des élections législatives peuvent fonder la légitimité populaire et indiquer quelle majorité parlementaire et quelle coalition peut mettre en œuvre les choses. Par ailleurs, un tel projet, en rupture assez nette avec le résultat des élections de 2017, impliquerait un exécutif très, très soutenu par l'opinion, ce qui n'est pas le cas pour le moment en tout cas.

**Qu'avez-vous pensé de la conférence de presse d'Édouard Philippe et d'Olivier Véran hier? Va-t-elle dans le sens d'une communication à même de répondre à l'angoisse croissante de la population?**

Le modèle de cette communication commence à être progressivement posé. Bien sûr certains peuvent trouver l'exercice trop long. On peut aussi critiquer le choix d'avoir mis si longtemps à venir sur le sujet du «déconfinement», des masques et des tests. Tout le monde attendait des choses plus précises. Je trouve néanmoins trois points forts à cette conférence de presse: le sérieux avec la présentation de chiffres et de graphiques, la présence d'un expert épidémiologiste ; l'effort de pédagogie même si l'exercice a pu apparaître un peu aride ; l'absence d'emphase et la sobriété du style oratoire adopté.

Nous avons davantage besoin de la parole de l'État que d'une parole surplombante sur « le monde d'après ».

Il me semble que nous avons davantage besoin aujourd'hui de la parole de l'État, au sens presque gaullien que nous donnons à ce terme en France, que d'une parole surplombante sur «le monde d'après», un concept qui ne veut à peu près rien dire. Si la transparence dans les données, la reconnaissance des difficultés et de ce que l'on ne sait pas sont des points fondamentaux à maintenir, l'efficacité dans la mise en œuvre sera encore plus importante. Car beaucoup d'entre nous peuvent, légitimement, se demander comment notre pays a pu être pris de court ainsi sur plusieurs points de cette crise où la réactivité et le dévouement des personnels soignants ont été plus qu'admirables.

# Coronavirus : tirer les leçons de l'exemple allemand

## ÉDITORIAL

### **Le Monde**

Entre la France et l'Allemagne, la gestion de la crise et ses répercussions sur les populations révèlent un abîme.

Publié le 21/4 à 11h12, mis à jour hier à 17h44

**Editorial du « Monde ».** C'est une habitude facilement explicable par la proximité et l'histoire : les Français ont coutume d'apprécier les performances de leur pays à l'aune de celles de l'Allemagne. La gestion comparée de la pandémie de Covid-19 et les répercussions de la crise sur les deux populations n'échappent pas à cette propension. Or le rapprochement des données enregistrées des deux côtés du Rhin révèle un abîme. Sanitaire d'abord : le coronavirus a causé la mort de près de 20 000 personnes en France contre 4 500 en Allemagne, pays pourtant plus peuplé (83 millions d'habitants contre 65). Fossé politique ensuite : 60 % des Allemands font confiance à leur exécutif, contre 34 % des Français, selon le baromètre OpinionWay-Cevipof.

La brutalité des chiffres masque des réalités complexes, tant du point de vue des institutions que du moment politique. Tandis que la chancelière Angela Merkel a abordé la crise sanitaire en position de force (majorité d'opinions favorables confortée par quinze années au pouvoir), le président Macron, lui, la subit, affaibli par le mouvement des « gilets jaunes » et la contestation de sa réforme des retraites. Mais le mode de gestion des deux dirigeants peut aussi expliquer le différentiel de confiance. A la rhétorique martiale et au confinement autoritaire choisis par Emmanuel Macron répond le style plus pragmatique et moins grandiloquent d'une Angela Merkel qui sait jouer de ses intonations maternelles comme de l'autorité que lui donne sa formation scientifique.

### **L'Allemagne partait pourtant avec des handicaps**

Annonce présidentielle à 20 heures dont les ministres apprennent en partie la teneur en même temps que les Français d'un côté, conférence de presse tenue après quatre heures de concertation avec les dirigeants des Länder allemands de l'autre. La différence réside peu dans la nature des mesures annoncées, finalement assez proches, et elle ne se limite pas au style personnel. La pratique des institutions suppose le consensus en Allemagne ; elle incite plutôt à la confrontation en France.

Le bilan plus lourd du Covid-19 en France pèse aussi probablement dans la défiance persistante à l'égard d'Emmanuel Macron. L'Allemagne partait pourtant avec des handicaps quand le virus a commencé à frapper l'Europe : une population âgée et des contacts intenses avec la Chine. A l'inverse, le fait d'être frappée plus tard que ses voisins, la jeunesse et la bonne santé des premières personnes contaminées, skieurs de retour d'Italie ou fêtards de carnaval, pesaient favorablement. Mais le pays a surtout su déployer très rapidement des tests qui ont permis de détecter et d'isoler les personnes contagieuses y compris asymptomatiques. Avec des dépenses de santé comparables à la France, mais deux fois plus de lits de réanimation et une souplesse liée aux structures fédérales, l'exemple allemand pose aussi des questions sur la bureaucratie et la centralisation du système français.

Moins touchée que ses voisins, l'Allemagne se trouve en position de redémarrer son économie plus rapidement. Alors que Paris prévoit une récession de 8 % en 2020, le repli anticipé par Berlin se limite à 4,2 %. Par la force de son service public, l'exemple allemand contredit les discours ultralibéraux. Par la puissance de son excédent budgétaire, l'Allemagne fait une leçon de rigueur. A l'évidence, les responsables politiques français ont maintes leçons à tirer de la résistance allemande au Covid-19. Mais leurs homologues allemands feraient fausse route s'ils abusaient de leur bonne performance pour mégoter sur leur solidarité à leurs partenaires de l'UE, en imaginant pouvoir se sortir de cette crise sanitaire planétaire au milieu d'une Europe à bout de souffle.

# Sollen Rentner höhere Steuern für Corona zahlen?

21. April 2020 von [fazitblog](#) | [0 Lesermeinungen](#)

Unter Ökonomen tobt die Debatte über Wege aus der Krise. Frankreich diskutiert besonders heftig. Nobelpreisträger Jean Tirole glaubt vor allem an die EZB, weil ihre Hilfen „weniger transparent für die Öffentlichkeit“ sind. *Von Christian Schubert, Paris*

Frankreich blockiert seine Wirtschaft länger als andere europäische Länder. Weil die Covid19-Krise noch nicht unter Kontrolle ist, soll die Ausgangssperre erst vom 11. Mai an schrittweise aufgehoben werden. Mit jedem Tag wächst der wirtschaftliche Schaden. Auf 120 Milliarden Euro schätzt das Pariser Beratungsinstitut OFCE den Rückgang der wirtschaftlichen Leistung in den acht Wochen bis zum 10. Mai. Damit rückt auch stärker ins Bewusstsein, dass die Corona-Krise nicht nur eine Angebots-, sondern auch eine Nachfragekrise ist. Auf 55 Milliarden Euro schätzt das OFCE die „erzwungenen Ersparnisse“ der Franzosen während der zweimonatigen Ausgangssperre. Das Brutale an der Corona-Krise ist, dass sie gleichzeitig eine Angebotskrise oder eine Krise der Unternehmen ist sowie eine Krise der Nachfrage, also ein Konsumeinbruch. Während viele Betriebe geschlossen sind, sitzen viele Verbraucher zuhause; die Online-Bestellungen reichen nicht annähernd an die sonstigen Konsumausgaben heran.

Die französische Regierung blickt daher nicht nur voller Unruhe auf die Zahl der Infizierten, sondern auch auf die Sparquote ihrer Bürger. Die Franzosen sparen traditionell vergleichsweise viel, zwischen 2010 und dem dritten Quartal 2019 sank der Anteil der Ersparnisse an den verfügbaren Einkommen nur von 15,8 auf 14,9 Prozent. Die Corona-Krise lässt die Ersparnisse nun nach oben schießen. Alleine auf die steuerbegünstigten Sparbücher namens Livret A haben die Franzosen in diesem März 50 Prozent mehr zurückgelegt als ein Jahr früher und erreichen damit den Rekordstand von mehr als 306 Milliarden Euro. Das Geld fließt vor allem in den sozialen Wohnungsbau und zum Teil in Staatsanleihen. Die französische Regierung sorgt sich, dass die Mittel nicht den Unternehmen zugutekommen.

Eric Chaney, Chefökonom beim Institut Moutaigne in Paris, hält eine Steigerung der Sparquote von knapp 15 auf 25 Prozent für möglich. „Das ist eine automatische Entwicklung. Man hat die Gehälter durch das Kurzarbeitergeld quasi verstaatlicht, und gleichzeitig kann man nicht einkaufen“, sagt er. Verheerend wäre es jedoch, wenn die hohe Sparquote ein dauerhaftes Phänomen bliebe, weil es den Menschen aus Furcht vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder gesundheitlichen Gefahren an Vertrauen fehlt. Das Angstsparen könnte eine der größten Herausforderung der wirtschaftlichen Erholung werden.

Nach den jüngsten Zahlen erhalten derzeit 9,6 Millionen Franzosen Kurzarbeitergeld – fast einer von zwei Beschäftigten im Privatsektor. Die Regierung beschreibt die französische Kurzarbeit als das großzügigste Versorgungssystem dieser Art in Europa, weil sie 84 Prozent der Nettoeinkommen erstattet. Mit dem 11. Mai sollen die Zuwendungen schrittweise sinken. Ansonsten herrscht aber noch viel Unklarheit über den Neustart der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU. Die Rezepte gegen die Krise sind in der ökonomischen Debatte heftig umstritten.

Volkswirte lassen sich häufig in Freunde einer Angebots- oder einer Nachfragepolitik unterteilen. Erstere wollen die Bedingungen für die Unternehmen verbessern, um für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen, letztere achten stärker auf die Kaufkraft von Arbeitnehmern und anderen

Verbrauchern, womit sie auch die soziale Gleichheit höher gewichten. Was aber passiert in der Corona-Krise, die gleichzeitig eine Angebots- und eine Nachfragekrise ist?

In Frankreich neigte die Waage unter den Ökonomen immer schon mehr zur Nachfrageseite in der Denktradition des Ökonomen John Maynard Keynes. Doch andere Stimmen verschaffen sich seit geraumer Zeit Gehör. So fordert Ökonom Chaney nun, Maßnahmen zugunsten der Unternehmen zu verstärken. „Wir müssen offensiv Investitionen fördern“, sagt er. Das heißt nicht nur, Unternehmen vor dem Bankrott zu retten, sondern sie „radikal“ zum Investieren zu ermutigen, indem der Staat etwa 10 Prozent aller Investitionen direkt finanziere. „Es geht jetzt darum, die Unsicherheit abzubauen“, sagt Chaney.

Jean-Marc Daniel, Ökonomie-Professor an der Pariser Hochschule ESCP, tritt ebenfalls dafür ein, „den Produktionsapparat“ zu stützen. Er gehört nicht zum Mainstream der französischen Volkswirte, doch er ist so etwas wie das wirtschaftsliberale Gewissen Frankreich, der jeden Morgen im Wirtschaftsradio- und Fernsehsender „BFM Business“ an die Vorzüge der Marktwirtschaft erinnern darf. „Wir haben kein Nachfrageproblem in Frankreich. Besser als Leuten Geld zu schenken, die es nicht brauchen, wäre es allen, die ein eigenes Unternehmen haben, 2000 oder 3000 Euro zu überweisen“, meint er.

Daniel hat zudem eine andere Idee, die freilich höchst unpopulär ist: Frankreich sollte künftig nicht nur mehr Schulden machen, sondern auch die Rentner höher besteuern. Schließlich sei die Bekämpfung der Corona-Krise vor allem eine große intergenerationelle Anstrengung zugunsten der älteren Bevölkerung. Der Ökonom erhebt seine Forderung vor dem Hintergrund, dass es den französischen Rentnern im Vergleich mit der aktiven Bevölkerung im Durchschnitt vergleichsweise gut geht.

So wie es Präsident Emmanuel Macron schon zu Beginn seiner Amtszeit tat, sollte Frankreich die Sozialsteuer CSG für alle Franzosen erhöhen, aber für den arbeitenden Teil der Bevölkerung die Sozialabgaben senken. So entstünde ein neuer Anreiz zur Mehrarbeit, die Frankreich nötig habe, sagt Daniel, der angesichts seines Alters von 66 Jahren nicht in Verdacht gerät, für seine Generation Vorteile zu suchen.

Der immer scharf formulierende Leitartikler Eric Le Boucher springt ihm zur Seite. Angesichts der „französischen Präferenz für die Nicht-Arbeit“ warnte er in der Wirtschaftszeitung „Les Echos“ vor dem Risiko, „dass Frankreich in der ganzen Welt am längsten im wirtschaftlichen Stillstand verharrt“.

Wenn es um Steuererhöhungen geht, sind die die Freunde der Umverteilung nicht weit. Daher ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer in die Debatte zurückgekehrt, gefordert unter anderem von der Fraktionsvorsitzenden der Sozialisten in der Nationalversammlung, Valérie Rabault. Macron hatte die Vermögenssteuer durch eine Begrenzung auf das Immobilienvermögen teilweise abgeschafft. Doch die alte Steuer brachte nur rund 3 Milliarden Euro im Jahr an Einnahmen, alleine schon aus diesem Grund fand die Idee bisher wenig Widerhall. Der Erfolgsautor Thomas Piketty („Das Kapital“) – Befürworter einer weltweiten Vermögenssteuer – empfiehlt den Nationen indes einen Weg, wie ihn Deutschland in den fünfziger Jahren einschlug: Einen Teil der Schulden nicht zu tilgen und einen Lastenausgleich durch die Heranziehung der Vermögenden vorzunehmen. Auch in Japan habe das funktioniert. „Es war ein riesiger Erfolg, es erlaubte den Schuldenabbau und die Investitionen in den Wiederaufbau“, sagte Piketty in einem Interview.

Anders als in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist der Produktionsapparat heute freilich unbeschädigt. Doch weil dieser künftig angeblich nicht mehr genügend Leute ernähren könne, bringt das linke Lager eine weitere Forderung zurück auf den Tisch: Das bedingungslose Grundeinkommen, das durch Ausbildungsmaßnahmen ergänzt werden solle. „Damit könnte unser Produktionsapparat alle Arbeitskräfte bekommen, die er für den Neustart braucht“, schreiben 19 Präsidenten von sozialistisch beherrschten Departements in einem Zeitungsbeitrag.

Eine Schlüsselfrage bleibt in der französischen Ökonomen-Debatte offen: Wird die rasant steigende Staatsverschuldung zu Inflation führen? Nach der Finanz- und Staatsschuldenkrise der vergangenen Jahre war das nicht der Fall. Der Wirtschaftsberater Alain Minc fordert, einen Teil der immensen Staatsschulden in ewig laufende Schuldtitel umzuwandeln, die nie getilgt werden müssen. So könnten die Schuldner solvent bleiben. Inflationsängste rückt er in die Nähe von „Wahnvorstellungen“, denn Rohstoffe wie Öl blieben lange billig und in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit schossen keine Gehälter in die Höhe.

Auch der Ökonom Daniel, der sonst eigentlich vor Schulden abrät, verweist auf preisdrückende Faktoren wie den technischen Fortschritt und die Konkurrenz, zudem auf die Alterung der Bevölkerung, die wegen deren Konsumzurückhaltung den Geldumlauf bremst. „Das könnte bedeuten, dass die Wette auf eine Staatsverschuldung ohne Inflation aufgeht“, sagt Daniel.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 2014, Jean Tirole, meint, dass niemand das Inflationsniveau voraussagen könne. Die „Monetisierung“ von Schulden sei nur dann gangbar, wenn die sozial Schwachen vor den steigenden Preisen geschützt werden und wenn eine Einigung im Euroraum hergestellt werden könne. Doch durch die Gefahr, dass einzelne Länder unbegrenzt Geld ausgeben und die Lasten dafür vergemeinschaften könnten, müsste der Stabilitätspakt neu erfunden werden. Das hält er für nicht sehr wahrscheinlich.

„Die Beispiele von Monetisierung öffentlicher Schulden durch Inflation betraf in der Vergangenheit nicht mehrere Länder mit einer Einheitswährung, mit einer gemeinsamen Zentralbank sowie mit unterschiedlichen Schuldenständen und einer sehr unterschiedlichen Toleranz von Inflation“, schrieb Tirole in „Les Echos“. Eine massive Stützung der Euroländer durch die Europäische Zentralbank erscheint ihm daher realistischer: „Diese kann schneller erfolgen, sie erfordert keine Einstimmigkeit, und vor allem ist sie weniger transparent für die Öffentlichkeit in den nordeuropäischen Ländern, die wie Deutschland weniger verschuldet sind und sich sorgen, dass sie Südeuropa finanzieren müssen“, meint der Nobelpreisträger.

In wie weit diese Debatte Frankreichs wichtigsten Entscheidungsträger – Emmanuel Macron – beeinflussen wird, ist derzeit offen. „Lassen Sie uns die ausgetretenen Wege verlassen, uns neu erfinden – ich als Erster“, hatte er bei seiner letzten Fernsehansprache am 13. April gesagt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/app-gegen-corona-das-gefasel-von-der-totalen-ueberwachung-16733681.html>

APP GEGEN CORONA:

# Das Gefasel von der Totalüberwachung

- EIN KOMMENTAR VON MORTEN FREIDEL
- -AKTUALISIERT AM 21.04.2020-13:33



Eine Corona-App könnte Tausende Leben retten. Doch die Wissenschaftler verzetteln sich mit kleinlichen Streitigkeiten – und im Netz ergießt sich die Häme über das Projekt.

Es folgen drei Horrormeldungen aus dem Reich der Datenschnüffelei: Südkoreaner spekulieren im Moment über Affären von Covid-19-Erkrankten, weil die Regierung jede ihrer Bewegungen ins Netz stellt; in den Vereinigten Staaten spähen die Saudis die Mobiltelefone ihrer Bürger aus, indem sie eine uralte Schwachstelle ausnutzen; in China werden Parteikader seit Monaten mit Hilfe einer App gezwungen, sich die Reden von Staatschef Xi Jinping anzuhören. Wer so etwas verhindern will, braucht Datenschutz.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht. Genauso wie die Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Leben. Leider muss man noch einmal daran erinnern, dass das Leben gerade in Gefahr ist. Deswegen tut die Bundesregierung alles, um es zu schützen. Zum Beispiel schränkt sie die Möglichkeit ein, sich mit anderen Personen in der Öffentlichkeit zu versammeln. Wer sich mit Bekannten zum Picknick im Park trifft, der kann es mit der Polizei zu tun bekommen.

## Ein Peilsender in der Handtasche?

Die Pflicht, die Verbreitung des Coronavirus zu unterbinden, hat momentan Vorrang vor dem Recht, sich unter freiem Himmel in den Armen zu liegen und Kuchen zu essen. Ein Großteil der Deutschen scheint mit dieser Abwägung einverstanden zu sein, anders lässt sich der Höhenflug der Regierungsparteien in den Umfragewerten trotz der harten Einschränkungen kaum erklären.

Wenn aber auch nur die Möglichkeit ins Spiel gebracht wird, dass die Privatsphäre mit einer Handy-App eingeschränkt werden könnte, und sei es minimal, dann reagieren manche so, als hätten sich die schlimmsten Befürchtungen schon bewahrheitet. Bald, so heißt es raunend, könnte eine Regierungsbehörde wissen, wie lange Lieschen Müller aus Berlin am Samstagvormittag spazieren war, trüge sie doch einen staatlichen Peilsender in der Handtasche.

Dass für das Robert-Koch-Institut (RKI) eine Tracking-App entwickelt würde, war lange Zeit eine der wenigen positiven Nachrichten in der Pandemie. Dass sich dazu Wissenschaftler und Unternehmer aus ganz Europa zusammaten und die Nächte durchprogrammierten, ist keine Kleinigkeit, sondern eine einmalige Chance. Zum ersten Mal in der Geschichte, so die Hoffnung, kann mit Hilfe moderner Technik ermittelt werden, wer einem Infizierten nahe gekommen ist. Diese Personen können gewarnt werden, noch bevor sie ein Kratzen im Hals bemerken.



Statt sich dieses Ziel aber vor Augen zu führen, ist unter Wissenschaftlern ein Streit darüber ausgebrochen, ob die Daten einer Corona-App nun zentral oder dezentral gespeichert werden sollen. Auf Twitter bewerfen sich gestandene Wissenschaftler mit Schmutz. Einiges, was Verfechter einer dezentralen Speicherung dort von sich geben, klingt, als wolle Europa die Romane von [George Orwell](#) Wirklichkeit werden lassen.

Dabei haben die Befürworter einer zentralen Speicherung stets hervorgehoben, dass sie nicht vorhaben, die Privatsphäre in irgendeiner Weise einzuschränken. Sogar die Sprecherin des Chaos Computer Clubs kann mit einer zentralen Speicherung der Daten leben, solange sie anonym erhoben werden.

Was die Einlassungen fast aller Kritiker gemeinsam haben, ist das Wort „könnte“. Es könnten noch weitere Datensätze erhoben werden als nur eine anonyme Identität der Teilnehmer, die Daten könnten miteinander verknüpft werden, und wenn all das so kommt, ja, dann könnten die Seuchenbehörden Kontaktpersonen von Infizierten dazu zwingen, zu Hause zu bleiben. Sie könnten sogar ein Interesse daran haben, die Datensätze zu analysieren, um die Warnergebnisse zu verbessern!

Gesetzt den Fall, das Robert-Koch-Institut mutierte zu einem dunklen Imperium und wollte mit den gewonnenen Daten eine Gesundheitsdiktatur errichten. Was würde passieren? Das Bundesverfassungsgericht würde die App für verfassungswidrig erklären, das Ansehen des RKI läge danieder, und die Regierungsparteien würden bei nächster Gelegenheit auf die Bretter geschickt werden.

## Irritierende Häme

Noch irritierender als das Gebaren einiger Wissenschaftler ist nur die Häme, die den Designern einer App in den sozialen Medien entgegenschlägt. Es ist erschütternd, dass Menschen angesichts des drohenden Scheiterns dieser Technik vor allem Freude empfinden statt Bedauern. Allerdings ist es hilfreich, sich klarzumachen, aus welcher Ecke die Häme kommt.

Seit Tagen faselt eine Partei von „Totalüberwachung“, die bei jeder anderen Gelegenheit die volle Härte des Staates einfordert – es ist, wen wundert's, die AfD. In Berlin hingegen haben sich Linksradikale dazu bekannt, ein Internetkabel in der Nähe des Heinrich-Hertz-Instituts in Brand gesetzt zu haben, um die App und „eine Aufweichung von Grundrechten“ zu verhindern.

Als würde es darum gehen. Es geht darum, einer Wirtschaft aufzuhelfen, die durch die Verödung des gesellschaftlichen Lebens in die Knie gezwungen wurde, die Schlagbäume an Europas Grenzen wieder überflüssig zu machen, Zehntausende Tote und großes Leid zu verhindern. Die ganze Auseinandersetzung wirkt wie ein Streit unter Soldaten darüber, ob ihr Panzer noch TÜV hat oder nicht. So etwas ist nur in Deutschland möglich.

[https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/chloroquin-nicht-erfolgreich-als-mittel-gegen-corona-16735508.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_3](https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/chloroquin-nicht-erfolgreich-als-mittel-gegen-corona-16735508.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3)

CHLOROQUIN NICHT ERFOLGREICH:

## Präsidentiale Wunder müssen warten



Donald Trump in Amerika und Emmanuel Macron in Frankreich haben früh auf Chloroquin als Wundermittel gegen Covid-19 gesetzt. Doch das Anti-Malaria-Medikament enttäuscht in vielen klinischen Tests.

- VON JOACHIM MÜLLER-JUNG
- -AKTUALISIERT AM 22.04.2020-06:33

Arzneipolitik im Panikmodus – die Urteile über das Verhalten der beiden höchsten Repräsentanten der Vereinigten Staaten und Frankreichs in der Coronakrise waren nicht immer schmeichelhaft. Manche Kritik an Donald Trump und Emmanuel Macron ging noch weiter: Nicht Evidenz, sondern Egoismus und Interessen würden sie leiten. Worum ging es? Um zwei Wirkstoffkandidaten für die Bekämpfung von Covid-19: Chloroquin und dessen etwas später entwickeltes Derivat Hydroxychloroquin.

Beide Mittel sind seit Jahrzehnten auf dem Markt, also längst zugelassen, wenn auch nicht als Substanzen, die Viren abtöten, sondern als Mittel gegen Malaria und Autoimmunerkrankungen wie rheumatoide Arthritis. Während der Sars- und Mers-Epidemien vor siebzehn und acht Jahren war dann entdeckt worden, dass die beiden Arzneien zumindest in Zellkulturen effektiv die Vermehrung vieler Viren – eben auch der Coronaviren – hemmen können. Die Mittel verhindern offenbar den Eintritt der Viren in die Zellen, und sie sollen, so leitete man aus früheren Erfahren ab, das Immunsystem günstig beeinflussen. Gleichzeitig sind ihre Nebenwirkungen in höheren Dosen berüchtigt – von Herzproblemen bis zu psychiatrischen Effekten und Netzhautablösungen.

### Auffallende Korrelationen, mehr nicht

Von Anfang an waren sie deshalb, neben Dutzenden anderen Kandidaten, potentielle Medikamente im Kampf gegen die Sars-CoV-2-Pandemie. Chinesische Ärzte in Wuhan hatten schon in den ersten Wochen mit experimentellen Studien an schwerstkranken Corona-Patienten begonnen. Das, vor allem aber der günstige Umstand, dass die Mittel in kurzer Zeit in sehr viel größeren Mengen als andere antivirale Wirkstoffe – und vor allem auch von heimischen Medikamentenherstellern – zur Verfügung stehen könnten, hatten viele Politiker wie die Weltgesundheitsorganisation bewogen, regelrecht Partei zu ergreifen.

Chloroquin und Hydroxychloroquin wurden von Donald Trump zu potentiellen „Wundermitteln“ gekürt. Als schließlich vor wenigen Wochen in Südfrankreich eine vom Studiendesign und ihrer Aussagekraft zwar zweifelhafte Beobachtungsstudie mit einigen Patienten publiziert wurde, die zumindest etwas Hoffnung für Covid-19-Patienten keimen ließ, war es auch für Frankreichs Präsident Emanuel Macron Ehrensache, sich für die Malaria-Mittel verbal ins Zeug zu legen.

Dazu kamen zur Verwirrung der Massen in den sozialen Medien immer wieder Berichte von auffallenden Korrelationen: Konnte es Zufall sein, dass Südkorea oder Thailand so grandios niedrige Covid-19-Statistiken vorzuweisen haben, in Ländern, wo die Malaria-Mittel oft im Hausgebrauch sind? Dass unter den

schwerstkranken Covid-19-Opfern kaum Patienten mit arthritischem Rheuma gefunden werden? Das fragten sich Ärzte.

Solche Zusammenhänge waren freilich nie Maßstab für den Nachweis von Nutzen und Sicherheit von Medikamenten. Jedenfalls nicht für solche, bei denen schwere Nebenwirkungen drohen und zudem von anderen Schwerkranken, denen die Mittel nachweislich helfen und für die sie eigentlich zugelassen sind, gebraucht werden. Die amerikanische Zulassungsbehörde reagierte, und sie reagierte unerwartet. Obwohl ohne überzeugende Evidenz und ohne größere kontrollierte Studien, die objektiv verlässlich Aussagen zu Wirksamkeit und Sicherheit bei Corona-Patienten zulassen, gewährte sie eine Eilzulassung für die Behandlung von Covid-9.

## Vorläufiger Tiefpunkt Dutzender Arzneistudien

Trumps Behörde folgte damit den chinesischen Behörden. Doch das machte die altbewährten Präparate, auch in der Kombination mit dem Antibiotikum Azithromycin, wie sie inzwischen in zahlreichen Covid-19-Studien eingesetzt wird, im Kampf gegen die neue Lungenkrankheit weder sicherer noch wirksamer. Im Gegenteil: Mit jeder Woche, die vergeht, fallen die präsidialen Favoriten unter den mittlerweile an die 160 Medikamentenkandidaten, die Institute und Firmen ins Rennen gegen das aggressive neue Coronavirus schicken, immer unangenehmer auf.

An Wundersubstanzen glaubt unter Fachleuten schon längst keiner mehr. Vielmehr bremsen sie, wann immer Politiker und Ärzte die Heilkraft der Malaria-Präparate anpreisen. Auch, weil sich in Arzneistudien wie in Brasilien bereits ungeklärte Todesfälle nach der Arzneigabe ereignet haben.

Die Gründe für die Skepsis der Experten lassen sich in der zunehmenden Zahl an Behandlungsberichten nachlesen. Den vorläufigen Tiefpunkt der Dutzenden begonnenen Arzneistudien liefert eine amerikanische Untersuchung der University of Virginia School of Medicine, die das Behandlungsergebnis von landesweit 368 Kriegsveteranen rückwirkend analysiert. Mehr als die Hälfte der alten Menschen, die sich bis Mitte April in den Veteranenheimen angesteckt hatten und krank wurden, hat man mit Hydroxychloroquin – dem etwas weniger toxischen Mittel – oder kombiniert mit Azithromycin behandelt.

## Auf Wunderheilungen muss man weiter warten

Fazit der wissenschaftlich noch nicht endgültig begutachteten Studie: „Weder Hydroxychloroquin allein noch in Kombination mit dem Azithromycin hat das Risiko, auf einer Intensivstation künstlich beatmet zu werden, verringern können“. Darauf folgt der Hinweis: Dieser Befund zeige wieder einmal, wie wichtig es sei, die Ergebnisse der kontrollierten klinischen Tests abzuwarten. Französische Ärzte legten mit einer Untersuchung in vier großen Kliniken und fast 200 Covid-19-Patienten nach: „Keine Wirksamkeit“, so ihr Urteil. Stattdessen mussten einige Behandlungen wegen Nebenwirkungen abgebrochen werden. Nur geringe Hoffnung macht auch eine auf MedRxiv veröffentlichte Studie von Wissenschaftler der Tong University School of Medicine in Shanghai.

Sie erfüllt zwar die Anforderungen für aussagekräftige kontrollierte Arzneytests an Patienten, doch bei den gut 150 Covid-Patienten, die dafür im Februar in sechzehn chinesischen Covid-Zentren mit Hydroxychloroquin behandelt wurden, blieb man weit entfernt von einem Durchbruch. Wenigstens keine schweren Nebenwirkungen und eine zwar messbare, aber alles in allem sehr moderate Abschwächung der Entzündungsprozesse im Körper der Patienten wurde festgestellt. Ohne überzeugendere Resultate in den anderen laufenden Studien wird man auf die politisch erwünschten Wunderheilungen weiter warten müssen.

PLÄNE DER FÜNF-STERNE-BEWEGUNG:

# Italien auf dem Weg zurück in die Staatswirtschaft

- VON TOBIAS PILLER, ROM
- -AKTUALISIERT AM 21.04.2020-17:17



Italien hat verheerende Erfahrung mit seinen Staatsholdings gemacht. Doch das scheint nun vergessen – der Staat will das Sagen in den Unternehmen zurück.

Was die in Italien regierende **Fünf-Sterne-Bewegung** mit staatlichen Geldern in der Wirtschaft vorhat, zeichnet sich immer klarer ab. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Stefano Patuanelli, sagte in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera“: Der nächste Schritt sei die Einrichtung einer neuen Staatsholding nach Vorbild der historischen „Iri“. Die solle in der Lage sein, Garantien und Kredite zu verteilen „und eventuell direkt in sensiblen Unternehmen oder Produktionsketten zu intervenieren“. Man brauche neue Feuerkraft, um neue Technologien zu entwickeln, die das strategische Kapital der Zukunft sein werden. „Der Markt schafft das nicht, wir brauchen eine stille Regie des Staates, der den Markt begleitet“, sagte der Minister. Auch die Staatssekretärin im Schatzministerium, Laura Castelli, will zurück zur Staatsholding – das sei die Voraussetzung für eine „wirkliche Erholung des italienischen Wirtschaftssystems“.

Solche Absichtserklärungen haben nun liberale Ökonomen und Unternehmer dazu gebracht, mit ganzseitigen Anzeigen Aufrufe gegen die Regierungspolitik zu starten. „Ein wegen seiner Schulden aus der Vergangenheit todkranker Staat ist dabei, seine Schuldenposition noch zu verschlechtern und die Voraussetzung für eine noch schlimmere Situation zu schaffen“, heißt es da. Denn die grundlegende Philosophie der Regierungsinterventionen sei klar: „Man hat vor, den Aktionsradius der staatlichen Macht zu erweitern, in der Überzeugung, dass dies der Wirtschaft helfen würde.“ Die ganze Aktion werde präsentiert als „Manna vom Himmel“, doch in Wahrheit vergrößere sie die Verantwortungslosigkeit in der Unternehmenswelt, analog zu den Effekten der Einführung des Bürgergeldes für die einzelnen Italiener.

Es sei unerlässlich, dass die öffentliche Hand nun die Opfer vollbringe, die nötig seien, die privaten Unternehmen überleben zu lassen. Dazu seien aber Ausgabenkürzungen nötig und der Verzicht auf Verstaatlichungen wie etwa bei **Alitalia** – „einem jahrzehntelang andauernden Skandal“. Der Staat müsse sich zurückziehen und die für die Unternehmen in der Krise bestimmten Gelder möglichst direkt weitergeben, weil der bürokratische Apparat die verfügbaren Mittel reduziere und Brutstätte von Klientelwirtschaft und Korruption sei. Solche Apparate und solche Bürokratie habe es in den nunmehr vielbeschworenen Jahren des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Nun könne die Virus-Krise bestimmt nicht mit mehr Staatswirtschaft überwunden werden.

## Korruption und enorme Verluste

Ähnlich äußert sich der linksliberale italienische Top-Ökonom Tito Boeri von der Eliteuniversität Bocconi, der zuletzt Präsident der italienischen Rentenkasse Inps war, die jetzt auch für die Auszahlung des Kurzarbeitergeldes zuständig ist. Es sei zwar wichtig, mit einer „Bazooka“ den Unternehmen und Beschäftigten zu helfen. „Aber es ist wichtig, diese Bazooka nicht zu benutzen, um mit der italienischen Wirtschaft ins Jahr 1933 zurückzukehren“, schreibt Boeri in der Zeitung „La Repubblica“. Gemeint ist das Jahr der Gründung der Staatsholding Iri durch den Diktator [Benito Mussolini](#). Viele Politiker, die derzeit die Idee der Staatsholding zitierten, sähen dahinter eine weiter gehende Idee: „Endlich eine enorme Staatsbank, die entscheidet, wem Kredit gegeben wird, oder aber einfach jedem Kredit gibt, um ein für alle Mal die Probleme der italienischen Wirtschaft zu lösen.“ Gegenüber solchen Schreckensgemälden meint Boeri, die Politik müsse versichern, dass sich der Staat sofort nach dem Ende der Pandemie wieder aus der Wirtschaft zurückziehe.

Doch in Italien wird die Geschichte der Staatsholdings, die in der Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre als „Institut für industriellen Wiederaufbau“ begonnen hat, verklärt. Damals befanden sich große Banken in Schieflage, nachdem sie seit 1929 immer mehr Kredite an ihre Unternehmenskunden gegeben hatten, sie die Kredite dann in Beteiligung umwandelten und schließlich feststellen mussten, dass die Aktienbeteiligungen wertlos geworden waren. Mit der Gründung von Iri wurden schließlich sowohl die Krisenbanken als auch die Unternehmen verstaatlicht. In der Nachkriegszeit entwickelte sich Iri zu einem Staat im Staate, mit Beteiligungen, die die gesamte Wirtschaft umspannten und in Subholdings organisiert werden mussten, um das Konglomerat überhaupt führen zu können. Zu Iri gehörten drei Kreditinstitute, die italienischen Autobahnen, Baukonzerne, Telekommunikationsunternehmen, Alitalia und die Flughäfen von Rom, der Rüstungs- und Flugkonzern Finmeccanica, der Stahlkonzern Ilva, der Schiffsbauer Fincantieri und der Mischkonzern Sme mit Unternehmen für Eiskrem, Tomatenkonserven, Panettone, Autogrill-Autobahnraststätten sowie eine Supermarktkette.

Während noch heute in Italien Aufbauleistungen und Ingenieurkultur der Nachkriegsjahrzehnte gepriesen werden, war spätestens in den achtziger Jahren klar, dass Iri, mit mehr als 500.000 Beschäftigten, zu einem Teil der politischen Klientelwirtschaft von Christdemokraten und Sozialisten verkommen war, daneben zu einem Ort unkontrollierter Verschuldung. Die Parteien schleusten ihre Gefolgsleute in die Führungspositionen, damit diese wiederum mit Geld der Staatswirtschaft die Parteien unterstützten.

Der Hunger der Politiker nach allumfassender staatlicher Kontrolle der Wirtschaft war mit Iri noch lange nicht gestillt. Staatspost und Staatsbahn waren berüchtigt dafür, dass dort Tausende mit Empfehlung von Politikern eingestellt wurden. Eine weitere Bank, BNL, war ebenfalls eine politische Pfründe, wie das Strommonopol Enel. Die einzige Staatsholding, die heute noch als Firmenname weitergeführt wird, ist [Eni](#), der Öl- und Gaskonzern mit der Benzinmarke Agip. Eni hat wegen des angeblichen Reichtums durch Öl auch noch andere Aktivitäten übernommen, etwa einen Turbinenhersteller oder einen Textilmaschinenbauer. Besonders unrühmlich endete die Geschichte der dritten Staatsholding Efim, die mit fehlgeleiteten Investitionen in verlustbringende Aktivitäten wie Aluminiumproduktion oder Eisenbahnwaggonen, Kanonen und Glas so tief ins Minus rutschte, dass im Krisenjahr 1992 die Politik nicht mehr für die Weiterführung bezahlen konnte und die Holding zusammenbrechen ließ.

In allen Staatsholdings standen ab 1992 Ermittlungen wegen [Korruption](#) und Veruntreuungen auf der Tagesordnung, es ging um dreistellige Millionenbeträge. Der Präsident von Iri wurde verhaftet, der von Eni brachte sich in der Untersuchungshaft um. Die Zeiten der Misswirtschaft und Korruption, die Berichte über politische Günstlinge und ihre Millionenverluste schafften bei Medien und einem Großteil der Wähler genügend Konsens für Privatisierungen. Mario Draghi, für zehn Jahre mächtiger Generaldirektor des Schatzministeriums, wurde zum Architekten einer tiefgreifenden Privatisierungsstrategie, die 60 Milliarden Euro einbrachte. In Italien fehlten jedoch starke einheimische Fonds als Investoren, ebenso Verständnis für Ordnungspolitik gegenüber natürlichen Monopolen wie Autobahnen. Die Sympathien gegenüber Privatisierungen sind inzwischen deutlich geschrumpft.

## Das Instrument ist schon geschaffen

Auch deshalb kann nun in Italien die Fünf-Sterne-Bewegung die Rückkehr zur Staatswirtschaft propagieren. Der Weg dorthin scheint nicht mehr weit. Der Präsident des liberalen „Istituto Bruno Leoni“, Franco

Debenedetti, beklagt schon tiefgreifende Eingriffe in die Eigentumsrechte an Unternehmen, die gerade in der Virus-Krise per Regierungsdekret beschlossen worden sind. Angeblich zum Schutz vor feindlichen Übernahmen aus dem Ausland seien die Eingriffsrechte der Regierung auf alle Unternehmen ausgedehnt worden, die im geringsten Maße als strategisch definiert werden könnten, und nach Auffassung von Ministerpräsident Giuseppe Conte seien damit so gut wie alle Unternehmen in Privatbesitz strategisch.

Das Vehikel für die neue Staatsholding gibt es längst, und die Fünf-Sterne-Bewegung hat dort schon einen Gefolgsmann als Geschäftsführer installiert. Die Institution heißt Cassa Depositi e Prestiti (CDP). Einst war das die Kasse für die Verwaltung supersicherer Einlagen der Postspargbücher, aus denen dann Hypothekenkredite für Kommunen wurden. Über die Jahre wurde aus der CDP ein Vehikel der Regierungspolitik. CDP besitzt inzwischen unter anderem 26,4 Prozent des Öl- und Gaskonzerns Eni und 29,8 Prozent des Strom-Überlandnetzes Terna, 31 Prozent des börsennotierten Gasnetzbetreibers Snam und 35 Prozent der Post. Dazu kommt nicht nur die Hülle der Überreste der alten Iri unter dem Namen Fintecna, sondern nun auch ein Geflecht von Vehikeln für Beteiligungskäufe, an als strategisch eingeschätzten mittelständischen Unternehmen, Immobilien oder Start-ups, in Form von 22 Investmentfonds.

Die von Italien geforderten Eurobonds sollen helfen, ein weiteres Wahlversprechen der Fünf-Sterne-Bewegung von 2018 zu realisieren – „Investitionen von 50 Milliarden Euro in strategischen Branchen“. Für ökonomische Grundsatzdiskussionen über Staatsbesitz sind Fünf-Sterne-Politiker dabei nicht empfänglich. Sie wollen einfach alles anders machen.

Quelle: F.A.Z.

## Le Figaro, no. 23540

Le Figaro, mercredi 22 avril 2020 766 mots, p. 24

### Débats

# « Le contrôle du respect du confinement est de plus en plus difficile dans les banlieues »

Sugy, Paul

Deux nuits consécutives, les affrontements entre des émeutiers et les forces de l'ordre se sont multipliés dans de nombreuses banlieues. L'avocat\* analyse les causes de cette flambée de violence.

## LE FIGARO. - De violents affrontements avec les forces de l'ordre ont eu lieu lundi soir dans plusieurs villes de banlieue. Que s'est-il passé ?

**Thibault DE MONTBRIAL.** - L'élément déclencheur est un incident survenu dans la nuit de samedi à dimanche à Villeneuve-la-Garenne (Hauts-de-Seine) : un délinquant multirécidiviste a percuté une voiture de police, qu'il dépassait par la droite alors qu'elle était arrêtée à un feu rouge. L'homme conduisait sans casque. Il est intéressant de disséquer la manière dont les faits ont été immédiatement relayés et déformés sur les réseaux sociaux : dans les minutes qui ont suivi, des vidéos circulaient déjà, accompagnées de fausses informations et de commentaires agressifs. Dans l'esprit de beaucoup, les policiers avaient sectionné volontairement la jambe de ce jeune homme. On sait au contraire que, par les premiers secours aussitôt prodigués, les policiers lui ont sans doute évité des complications graves. Mais les rumeurs, même les plus aberrantes, sont hélas inflammatoires. Les réseaux sociaux, répétons-le, ont joué un rôle important : dès samedi soir, le mot-dièse « #MortAuxPorcs » est apparu, pour relayer des appels à la violence contre les forces de l'ordre. C'était l'étincelle que les pouvoirs publics craignaient depuis plusieurs semaines.

### Cette violence couvait donc déjà ?

Oui, la tension était forte entre les bandes de délinquants et la police : on a observé depuis le début du confinement une montée des violences urbaines, dans les Yvelines ou l'Essonne notamment. Le contrôle du respect des mesures sanitaires devenait de plus en plus difficile, et un bouillonnement se faisait sentir, qui progressait de façon régulière, tout en restant hors du champ médiatique et politique. Parfois même, les quelques relais d'opinion qui évoquaient sur les réseaux sociaux la récurrence de ces troubles et leur lente intensification étaient taxés d'extrémistes, voire accusés de propager des mensonges.

Or ce phénomène, régulier mais néanmoins circonscrit, s'est cette fois propagé, malheureusement. Et le réel a rattrapé ceux qui refusaient cette réalité. Les fausses rumeurs ont mis le feu aux poudres. Deux nuits durant, incidents et violences se sont multipliées, dans plus de trente quartiers de la région parisienne et plusieurs cités sensibles ailleurs en France. Les policiers y ont été attaqués avec des jets de cocktails Molotov, et parfois des tirs de mortier d'artifice. Des véhicules et des bâtiments ont été dégradés. Sans doute faut-il s'attendre à de nouvelles violences dans les jours qui viennent : sur les réseaux sociaux lundi soir, le mot de ralliement était « #emeutes2emejour ». Dans ces quartiers, le confinement qui n'était déjà pas respecté par tous, est de plus en plus mal vécu : certains ne se sentent pas concernés en raison de leur défiance habituelle envers l'État, d'autres se croient à l'abri pour des raisons religieuses. La convergence de l'arrivée des beaux jours, du début du ramadan, de la perspective du déconfinement et de l'impact de l'état d'urgence sanitaire sur les trafics, en particulier de stupéfiants, aggrave les motifs d'exaspération et donc de tension dans ces territoires.

### Face à ces difficultés, certains parmi les forces de l'ordre se sentent « lâchés » par leur hiérarchie...

Dans une crise telle que celle que nous traversons actuellement, la véritable catastrophe serait de subir une « sur-crise ». L'État a donc opté pour une logique d'apaisement voire d'évitement, conscient aussi de la limite de ses moyens matériels et humains. Ce choix, qui était légitime et compréhensible, est bousculé depuis deux jours par la flambée de violences.

D'autant que d'autres fronts peuvent s'ouvrir : des appels à manifester fleurissent au sein des groupes extrémistes ; dès la levée du confinement, et en tout cas le samedi 16 mai, l'extrême- gauche radicale entend agir. Sur Internet, des appels à la violence, au sabotage et même à l'insurrection fleurissent. Le pire scénario serait celui d'une convergence entre cette violence politique et la tension dans les quartiers. Celle-ci n'a pour l'instant jamais eu lieu en France, même au moment de l'affaire Théo, malgré les appels répétés de la part de groupes anarchistes. Mais compte tenu de la forte attrition actuelle de nos effectifs de police disponibles, un tel embrasement aurait des conséquences imprévisibles. Il est donc crucial de l'éviter.

*\*Avocat au Barreau de Paris.*

*Président du Centre de réflexion sur*

*la sécurité intérieure. Dernier livre paru :*

*« Le Sursaut ou le chaos » (Plon, 2015).*



**Le Figaro (site web)**

mardi 21 avril 2020 - 22:31 UTC +02:00 1405 mots

Économie

# Endettement public ou faillites privées : est-ce vraiment la seule alternative ?

## Entre les deux, le gouvernement a choisi, a encore répété ce mardi le ministre Gérard Darmanin. Mais la dette publique est-elle vraiment un puits sans fond ?

LA QUESTION. Le sauvetage de l'économie française, de ses emplois et de ses entreprises, relève de la solidarité nationale et il implique le secours de l'État. Tout le monde en convient, quelle que soit sa couleur politique. « *La stratégie du gouvernement est de s'adapter aux demandes économiques* » des Français et des entreprises, a réaffirmé ce mardi Gérard Darmanin, le ministre des Comptes publics, invité de France Inter. Tout en soulignant que le gouvernement « *a préféré l'endettement (public) à la faillite (des entreprises)* », le ministre a prévenu que la récession et les déficits pourraient être encore plus « *impressionnants* » que prévu.

Autrement dit, la chute du PIB pourrait dépasser 8% en 2020 et le déficit public enfoncer la ligne de 9% du PIB que le gouvernement s'est fixée à ce jour. Dont acte. Mais un ministre peut-il se croire autorisé à jouer les Cassandre ? Est-il réellement supportable de laisser filer les déficits et de penser que l'endettement n'a pas de limite ? N'existe-t-il pas d'autre solution pour sauvegarder l'économie ?

VÉRIFICATIONS. La stratégie mise en place par le gouvernement est totalement justifiée dans son principe, et d'ailleurs elle ne souffre aucune exception dans le monde. Même les pays les plus libéraux mobilisent leur puissance publique. Les États-Unis ont accepté que le déficit fédéral atteigne 15% de leur PIB cette année. C'est tout dire. Suite au coup d'arrêt de l'activité liée au confinement pour lutter contre l'épidémie, il s'agit de préserver les emplois et l'outil de production du pays.

Il faut empêcher à tout prix les entreprises de faire faillite car elles tomberaient alors comme des dominos. Le week-end dernier, l'État s'est ainsi porté garant à hauteur de 500 millions de crédits bancaires en faveur de FNAC Darty par exemple. Il n'est pas exclu qu'il nationalise Air France pour permettre à notre compagnie aérienne nationale de survivre au trou d'air sans précédent qu'elle traverse.

### Situations hétérogènes dans la zone euro

Par ailleurs, Bercy et le ministère du Travail ont défini un dispositif exceptionnel d'indemnisation du chômage partiel, « *le plus généreux de l'Union européenne* », ne cesse de se vanter le premier ministre Edouard Philippe. Pas moins de 9,6 millions de personnes en bénéficient à ce jour, soit pratiquement un salarié sur deux du secteur privé. Un niveau de chômage aussi massif - car même « *partiel* », c'est bien du chômage ! - est actuellement unique au monde.

Il est avéré que la France est l'un des pays qui déploient le plus d'efforts et qui dépensent le plus d'argent public pour lutter contre la crise économique, aidant à la fois les entreprises, les salariés et les professions indépendantes. Le Fonds monétaire international estimait à la mi-avril que le déficit de nos comptes représenterait 9,2% du PIB en 2020, soit le chiffre le plus élevé au sein de la zone euro, à l'exception de l'Espagne (9,5%). L'Italie, pourtant le pays le plus touché par le Covid-19, aura un déficit moindre (8,3%). L'Allemagne d'habitude très vigilante sur ses comptes publics, au point d'enregistrer des excédents depuis cinq ans (1,4% de son PIB en 2019), a accepté elle aussi de revenir dans le rouge cette année, à hauteur de -5,5% du PIB. Notons également que la dette publique accumulée au cours des années s'accroîtra à proportion du déficit 2020 pour atteindre 115,4% du PIB en France et 68,7% en Allemagne selon les chiffres du FMI ; la différence est considérable.

Les pays de la zone euro sont à l'évidence partis de situations très hétérogènes, et il faut rappeler qu'en 2019, avant la crise sanitaire, la France enregistrait le déficit annuel (-3%) le plus élevé des 19 États qui ont l'euro pour monnaie. Mais tous ont

accepté la même logique : sauver leur secteur productif avec l'argent du contribuable, car c'est l'intérêt de tous, salariés, chefs d'entreprise et actionnaires. Certes, il est possible qu'une partie importante de la dette supplémentaire liée au Covid-19 n'aura pas à être véritablement payée, car elle sera financée par la Banque centrale européenne qui n'en demandera jamais le remboursement. Une sorte d'emprunt perpétuel.

Reste pourtant une question fondamentale et de taille : l'alternative de bon sens dont se targue Gérard Darmanin au nom de l'intérêt national n'a-t-elle aucune limite ? À l'évidence on ne saurait admettre comme le sapeur Camember que « *lorsque les bornes sont franchies, il n'y a plus de limites* ». Celles-ci existent d'autant qu'il est possible d'emprunter une autre voie pour sauver les entreprises et les emplois, tout simplement reprendre le chemin des usines et des bureaux.

### **Déconfinement : c'est là que le bât blesse**

Cette solution a toujours été possible en prenant les précautions sanitaires essentielles au temps du confinement, mais elle va devenir de plus en plus nécessaire dans la phase d'après, avec le déconfinement fixé au 11 mai en France. Or c'est là que le bât blesse car il semblerait que les pays de la zone euro ne sont pas tous logés à la même enseigne à cet égard.

Nos pouvoirs publics sont d'ailleurs parfaitement conscients du problème, même s'ils rechignent à l'évoquer. Agnès Pannier-Runacher, la secrétaire d'État chargée de l'Industrie à Bercy, est l'une des rares à avoir osé s'en plaindre ouvertement, le 15 avril, dans un entretien au *Figaro* : selon elle, les secteurs industriels français fonctionneraient aujourd'hui en moyenne à 50% de leur niveau habituel alors que « *l'industrie resterait solide en Italie et tourne à plein en Allemagne et en Europe du Nord* ».

Il est certes difficile de disposer de données précises et complètes, mais des indices ponctuels représentatifs de l'activité des pays permettent d'avoir d'en avoir une idée. Ainsi l'Insee a constaté que la production d'électricité avait enregistré, à la mi-avril, une baisse de 7,2% par rapport à son niveau normal en Allemagne et de 12,3% en France ; de même le recul du transport routier est de 62% dans l'Hexagone et de 31% outre-Rhin.

Ces écarts déjà significatifs sont amenés à se prolonger, voire à s'accroître, au fur et à mesure que les États vont sortir tour à tour du confinement. Le déconfinement s'est déjà enclenché en Autriche, en Allemagne, et même en Espagne, et il va l'être très bientôt en Italie. Outre le lien quasi automatique entre les performances sanitaires et la situation économique, d'autres facteurs vont jouer pour rendre les déconfinements très hétérogènes d'un pays à l'autre. Pour sa part, la France souffre de ses lourdeurs bureaucratiques et d'une certaine désorganisation au sein de l'exécutif qui est à la peine pour élaborer une stratégie claire. À quoi s'ajoute un climat social déjà dégradé avant la crise du Covid-19 et qui s'est même envenimé pendant le confinement. Au point que la CGT a cru bon de lancer un mouvement de grève en avril dans le secteur public, phénomène unique en Europe qui est amené à rester dans les annales.

### **Et après la crise ?**

Le choix présenté comme une évidence par Gérard Darmanin – n'hésitons pas à creuser la dette publique pour sauver notre outil de production – est certes beau comme l'Antique, mais il a ses limites, économiques et politiques. La France ne saurait en effet se comporter sans vergogne vis-à-vis de ses partenaires comme le champion d'Europe du non travail et des déficits. Ces limites, sans doute difficiles à établir précisément, vont nous être imposées *de facto* par nos voisins et partenaires de la zone euro.

Quand bien même un accord a été trouvé en mars à Bruxelles pour mettre entre parenthèses le pacte de stabilité budgétaire et les fameux critères de Maastricht, personne ne peut considérer la dette publique comme un puits sans fond. Au-delà des comptes de l'État, il en va aussi de la compétitivité de notre économie au sein de l'Union européenne. Elle risque d'être déplorable au moment de la reprise générale si on n'y prend garde. Et très vite ce sera l'existence même de l'euro qui sera alors sur la sellette.

# Conseil européen: les dirigeants de la zone euro face à un dilemme existentiel

FIGAROVOX/TRIBUNE - Les problèmes structurels de la zone euro ont largement aggravé les divergences entre États membres de l'UE, argumente l'ancien banquier Jean-Michel Naulot. Ces inégalités risquent de devenir insoutenables si les dirigeants européens ne parviennent pas à s'accorder ce jeudi sur une importante aide financière en réponse à la crise.

Par Jean-Michel Naulot

Publié hier à 19:35, mis à jour hier à 19:35

YVES HERMAN/AFP

*Ancien banquier et ancien membre du Collège de l'Autorité des marchés financiers, Jean-Michel Naulot est l'auteur d'[Éviter l'effondrement](#) (Seuil, 2017).*

---

Le Conseil européen du jeudi 23 avril sera capital au moment où se dessine une nouvelle crise grave de l'euro. Comme en 2008-2010, le choc économique et financier mondial fragilise en effet la zone euro. La divergence actuelle des taux d'intérêt au sein de la zone monétaire est de mauvais augure.

L'euro n'a jamais cessé d'être en crise.

En réalité, depuis l'origine, l'euro n'a pas cessé d'être en crise. Mais cette crise prend des formes diverses selon les périodes. La crise est parfois souterraine, lorsque les taux d'intérêt sont sages et que les bulles financières se constituent. Ce fut le cas dans les années 2000 et dans la période récente. La crise éclate au contraire au grand jour, lorsque les taux d'intérêt s'envolent et que les États sont menacés d'une crise de solvabilité. Ce fut le cas en 2010-2012. Le remède à la crise a été trouvé dans les politiques d'austérité et dans l'action spectaculaire de la BCE. La BCE a d'abord distribué de l'argent aux banques pour leur permettre d'acheter de la dette publique et de faire baisser les taux d'intérêt. Elle est ensuite passée elle-même à l'action avec la politique de *quantitative easing* (achat de dettes souveraines).

Fin 2019, la BCE, les banques centrales nationales et les banques commerciales de la zone euro détenaient ainsi environ 40% de la dette de certains États, un montant considérable qui est trois fois plus important qu'aux États-Unis. C'est une situation qui est doublement paradoxale. D'abord, parce que le lien entre les banques et les États n'a jamais été aussi fort alors même que les dirigeants européens prétendaient couper ce lien avec l'Union bancaire. Ensuite, parce que la détention de dettes publiques par les banques, pour des montants aussi importants, interdit de fait une restructuration de dettes. Ce serait conduire les banques à la faillite.

La politique d'achat de dettes publiques par la BCE va se heurter très vite à un obstacle juridique.

La politique d'achat de dettes publiques par la BCE va elle-même se heurter très vite à un obstacle juridique. En décidant de supprimer la règle limitant à 33% la part qu'elle détient dans la dette d'un pays, la BCE va provoquer de nouvelles actions judiciaires. La Cour de Justice européenne avait en effet validé la présence de cette règle pour autoriser la politique de *quantitative easing*. La Cour de Karlsruhe doit en principe se prononcer à son tour le 5 mai prochain. Le recours au bazooka des achats de dettes souveraines, par la BCE et par les banques, risque de devenir plus délicat. Il a permis de gagner du temps. Mais les problèmes de fond demeurent. Aucune des conditions indispensables au bon fonctionnement d'une zone monétaire n'est actuellement en place.

La flexibilité des salaires, jugée indispensable par les fondateurs de l'euro, a pu exister dans un pays comme l'Allemagne très attaché à l'ordolibéralisme (réformes Hartz-Schröder en 2003-2004), mais en aucune façon dans les pays du Sud très attachés à leur modèle social. La mobilité de la main-d'œuvre, également jugée indispensable, est restée un mythe, ne serait-ce que pour des raisons culturelles et de langues. Et surtout, l'Union de transferts financiers n'existe pas, même à titre symbolique. Les Allemands considèrent que les États ne doivent compter que sur eux-mêmes. Un État qui a fauté doit payer le prix de ses erreurs.

La zone monétaire est vide de contenu, sans budget et sans vision commune.

Le seul budget témoignant d'une solidarité financière, en dehors des plans de sauvetage, est extérieur à la zone euro. C'est le budget de l'Union européenne qui est très modeste puisqu'il représente moins de 1% du PIB. Il donne pourtant lieu à d'interminables discussions. Peut-être est-ce ce budget qui sera utilisé pour élaborer le plan de relance européen, comme vient de le suggérer le Président du MES, Klaus Regling? Mais, cette décision ne modifierait en rien les problèmes de la zone euro. Au contraire, cela soulignerait un peu plus à quel point la zone monétaire est vide de contenu, sans budget et sans vision commune. Les économistes considèrent qu'un budget de la zone euro permettant de faire face aux chocs asymétriques, aux spécificités historiques et aux divergences des politiques économiques devrait représenter environ 20% du PIB et, au strict minimum, 5% (Michel Aglietta).

Même face à un choc aussi exceptionnel qu'une crise pandémique, la solidarité n'est que très timidement au rendez-vous. La dernière réunion de l'Eurogroupe a certes permis d'arrêter un programme de 500 milliards d'euros. Cependant, au-delà des traditionnels communiqués de victoire, on observe dans le détail que ce programme ne comporte pas de transfert de fonds des États mais seulement la délivrance de garanties (deux fois 25 milliards d'euros) et une autorisation de tirage sur des lignes de crédit déjà existantes (recours au fonds de secours européen). L'Espagne, l'Italie, le Portugal et la Grèce, vont pouvoir tirer environ 70 milliards d'euros... sous réserve naturellement que les conditions leur conviennent.

L'absence de solidarité financière crée des inégalités croissantes au sein de la zone monétaire.

Le résultat de cette absence de solidarité financière, ce sont des inégalités croissantes au sein de la zone monétaire, ce qui a pour effet d'attiser les divisions. Selon le FMI, l'euro est fortement sous-évalué pour l'Allemagne. Il agit donc comme un produit dopant. L'euro est en revanche surévalué pour des pays comme la France et l'Italie. Il agit comme des semelles de plomb. L'écart de parités serait considérable, dit le FMI, de l'ordre de 30 à 40%. Dans un rapport publié en 2017, l'institution faisait un bilan très sévère de l'euro: «*Les pays appartenant à la zone euro ont connu une convergence régulière de leurs PIB réels par habitant dans les décades précédant l'introduction de l'euro mais elle s'est arrêtée net ensuite.*»

Quelques chiffres parlent d'eux-mêmes sur l'ampleur des inégalités au sein de la zone monétaire. L'excédent de la balance courante allemande est à un niveau inédit depuis dix ans (entre 6 et 9% du PIB). La production industrielle a progressé de 31% en Allemagne depuis vingt ans alors qu'elle a baissé de 3% en France et de 15% en Italie. La dette publique représente 61% du PIB en Allemagne au lieu de 100% en France (au lieu de 60% du PIB pour les deux pays en 2000). L'Allemagne domine la zone monétaire et cette domination ne cesse de s'accroître.

L'Allemagne domine la zone monétaire et cette domination ne cesse de s'accroître.

Pour un pays comme l'Italie, confrontée à une dette qui va bondir de 137% à 170% du PIB, c'est-à-dire à un niveau proche de celui de la Grèce, les «*chemins semblent fermés de toute part*»: ni aide financière, ni possibilité de restructuration de dette, ni mise en place d'un plan de sauvetage accompagné d'une Troïka. L'humiliation serait inacceptable. Si l'Italie n'était pas dans l'euro, elle pourrait vivre avec un niveau de dette élevé car les parités monétaires s'ajusteraient. De plus, facteur très favorable, les Italiens détiennent une grande partie de leur dette. Mais, au sein d'une zone monétaire, cela est impossible car les taux d'intérêt s'envolent aussitôt. Seule la solidarité financière permet de stabiliser la situation. Le 23 avril, les dirigeants de la zone euro seront ainsi une nouvelle fois face à la question existentielle.

**Le Figaro (site web)**

mardi 21 avril 2020 - 20:07 UTC +02:00 840 mots

Économie ; Social

# Coronavirus: les arrières-pensées idéologiques et politiques de la CGT

Landré, Marc

## **La centrale de Philippe Martinez, pour qui la santé est la priorité face à l'économie, ne cesse de vouloir arrêter l'activité depuis un mois.**

Depuis le début de la crise sanitaire et le coup d'arrêt de l'économie, la CGT se distingue des autres confédérations par son jusqu'au-boutisme. Que ce soit par le dépôt de préavis de grève reconductible, la recommandation à exercer systématiquement un droit de retrait ou l'appel à ne maintenir ouverts que les secteurs strictement essentiels au travail des soignants qui luttent contre le virus, la centrale de la porte de Montreuil ne cesse depuis un mois de vouloir arrêter l'activité.

*«J'ai l'impression que l'économie prime sur la santé»*, a jugé fin mars Philippe Martinez, son secrétaire général, déplorant le manque de protection des salariés et la non-fermeture d'un pan de l'économie qui devrait, selon lui, être à l'arrêt. *«Il n'y a pas besoin de fabriquer des bateaux, des avions, des voitures, nous ne voyons pas l'utilité de ce genre de produits en ce moment»*, s'est ému le patron de la deuxième centrale de France, très loin des accents industrialistes et productivistes de ses prédécesseurs.

*«C'est révélateur d'une méconnaissance du fonctionnement de l'économie»*, jure Bernard Vivier, le directeur de l'Institut du travail et spécialiste reconnu des relations sociales. *La CGT reste imperméable à ceux qui créent de la richesse et montre son inclination pour un État centralisateur et protecteur qui contrôle tout.»*

Les appels à la grève ou à stopper l'activité se retrouvent dans quasiment tous les secteurs, du public (services publics, collectivités, État, intérieur, action sociale, équipement...) mais aussi du privé (commerce, service, métallurgie, intérim, enseignement...). Nombreuses sont les sections CGT, comme chez Airbus, Renault Trucks, Jacquet Brossard ou Michelin, à exiger que le travail ne reprenne pas. Rares sont les entreprises où les élus cégétistes signent des accords de reprise d'activité ou se félicitent, comme chez Saverglass, des protections mises en œuvre après la fermeture...

### **«Comme en 1940»**

*«Il y a à la base une vraie motivation à défendre l'intérêt des travailleurs et des véritables interrogations sur leur sécurité dans l'emploi face au virus»*, fait valoir un ancien dirigeant fédéral de la CGT. *Mais certains idéologues, qui se croient comme en 1940 en résistance face à l'ennemi, en profitent pour mener un combat politique contre le président Macron»*. Sans d'ailleurs que cela prenne, puisque la plupart des appels à la grève lancés depuis la mi-mars n'ont pas, ou alors très peu, été suivis.

À commencer par celui, reconductible et très critiqué, de la fédération des services publics pour tout le mois d'avril. *«Nos collègues tombent les uns après les autres»*, justifiaient avec outrance leurs représentants, qui n'ont depuis pas abandonné leurs critiques. Ou alors celui de la fédération du commerce et service qui appelait, à compter du 8 avril, les travailleurs des magasins ouverts à cesser le travail. *«Cela montre le décalage entre le discours politique de la centrale et ce que vivent les salariés sur le terrain»*, pointe l'ex-dirigeant cégétiste. La section CGT de Zara est même allée jusqu'à critiquer les salariés en chômage partiel qui étaient allés travailler chez Monoprix qui manquait alors de personnel...

*«La CGT est plus que jamais perturbée par ses courants trotskistes qui nient l'autorité du pouvoir exécutif et veulent renverser le gouvernement»*, justifie pour sa part Bernard Vivier, qui s'inquiète ainsi de l'entrisme grandissant du NPA (Nouveau Parti anticapitaliste) et de LO (Lutte ouvrière) dans les rangs militants du syndicat. *Il est fini le temps où les consignes tombant d'en haut étaient appliquées et où la parole du secrétaire général était respectée»* ...

C'est peu dire. Nombre de «camarades» ne s'embarrassent plus en effet aujourd'hui de ce que dit «*le moustachu*», comme l'appellent ses opposants. Sans compter que les fédérations ont pris goût à l'autonomie qu'elles ont acquise après la rupture des liens, dans les années 1990, avec le Parti communiste.

Réveil des «gilets jaunes»

La fronde actuelle de la CGT n'est pas sans arrière-pensée politique. «*La CGT se concentre sur les problèmes sanitaires et les questions de sécurité au travail qui correspondent à une préoccupation grandissante des Français*», assure Raymond Soubie, président des cabinets Alixio et Taddeo. Et ce, précise l'ex-conseiller de Nicolas Sarkozy à l'Elysée, par «*pure stratégie opportuniste*», misant sur le réveil des «gilets jaunes» à l'automne après le déconfinement et le retour en force d'une contestation sociale qui aura besoin de s'exprimer après avoir été contenue pendant la crise.

# Der Hygienismus kann in eine Gesundheitsdiktatur umschlagen

Stand: 07:32 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Markus Gabriel



Nicht jede Maßnahme zur Eindämmung des Coronavirus ist ethisch vertretbar, meint der Philosoph Markus Gabriel

Der virologische Imperativ und seine Opfer: Auf der Flucht vor dem Virus liefern wir uns in nie gekannter Form unkontrollierbaren amerikanischen Digitalfirmen aus. Die Corona-App ist zu misstrauen. Eine Warnung.

Die Corona-Krise ist vielschichtig. Ihr Auslöser ist eine virale Pandemie. Die derzeitige Pandemie wird inzwischen seit Wochen als Grund für massive Maßnahmen der Einschränkung des öffentlichen Lebens angeführt. Die Bürgerinnen und Bürger tolerieren, ja mehr noch, begrüßen diese. So untertänig waren die Deutschen lange nicht mehr, und sie werden dafür mit Häppchen der Lockerung des Lockdowns belohnt.

Die Rechtfertigung der gegenwärtigen, höchst instabilen Lage hängt am seidenen Faden dessen, was ich den „virologischen Imperativ“ nenne, der dazu auffordert, die vom neuartigen Coronavirus besonders gefährdeten Menschen sowie unser Gesundheitssystem um beinahe jeden Preis zu schützen.

Zwar wird dazu, zum Glück in Deutschland anders als in Frankreich, Spanien oder den USA, dem Virus und damit der Natur nicht unsinnigerweise der Krieg erklärt. Dennoch setzen unser Finanz- und Wirtschaftsminister in martialischer Sprache eine „Bazooka“ von mit Steuergeldern finanzierten Rettungsmaßnahmen ein. Doch das Ziel kann nicht sein, dass die deutsche Wirtschaft nach diesem Zusammenbruch zur vorigen Normalität zurückkehren wird. Denn diese gibt es nicht mehr.

**Die post-coroniale Gesellschaft**



Das sind teilweise gute Nachrichten. Denn für einen Moment, der noch ziemlich lange dauern wird, arbeiten wir endlich einmal nicht mit allen Kräften daran, im Burn-out zu enden und den Planeten endgültig mit Massentourismus, fossilen Brennstoffen und absurden globalen Produktionsketten nutzloser Konsumgüter zu verseuchen. Für einen Moment sind nicht mehr wir Menschen die Seuche für andere Lebewesen.

Die Seuche hält uns den Spiegel vor und erinnert uns daran, dass wir vor einer viel größeren, selbst gemachten Katastrophe stehen: Dem irreversiblen Klimawandel, der Hunderte Millionen von Menschenleben kosten wird, wenn wir unsere post-coroniale Wirtschaft nicht endlich nach anderen Prinzipien als der maßlosen Vermehrung von Profit und Konsum strukturieren.

In der massiven, in ihren wirtschaftlichen Ausmaßen noch unvorstellbaren Corona-Krise stecken auf diese Weise Chancen für eine bessere, post-coroniale Gesellschaft. Allerdings werden diese teilweise bereits verspielt. Denn hinter dem Deckmantel des virologischen Imperativs finden heftige geo- und nationalpolitische Kämpfe statt.

Es ist Aufgabe des kritischen, philosophischen Denkens, auf diese hinzuweisen. Die Philosophie deckt Widersprüche auf und hilft, über diese hinauszugehen. Deswegen ist es zu begrüßen, dass Denker wie Giorgio Agamben, Yuval Noah Harari und in dieser Zeitung Byung-Chul Han wiederholt darauf aufmerksam gemacht haben, dass der europäische Umgang mit der Pandemie zur Einrichtung einer soften Cyberdiktatur führen kann.

Allerdings übersieht Han dabei, dass nicht nur die „Sinisierung des Abendlands“, sondern vielmehr die weitgehende Kontrolle unseres Wirtschaftens und Denkens durch US-amerikanische Digitalgiganten droht.

### **Systemwettbewerb im Ausnahmezustand**

Richtig an den düsteren Prognosen der Theoretiker des Ausnahmezustands ist, dass der Systemwettbewerb, der vor allem zwischen den USA, der EU und China stattfindet, derzeit keineswegs gebremst ist, sondern sich mit neuer Wucht in die Digitalisierung verlagert hat. Die Menschen haben sich im „Lockdown“ nicht zurückgezogen, um sich endlich einmal wieder auf ihre Subjektivität, ihr komplexes Innenleben, zu besinnen. Die Corona-Romantik verfehlt die sozioökonomischen Tatsachen.

Was im Moment stattfindet, möchte ich deswegen in Anlehnung an eine hellsichtige Diagnose Jürgen Habermas' als die „Coronialisierung der Lebenswelt“ bezeichnen. Diese besteht darin, dass wir Europäer mehr denn je zum digitalen Proletariat US-amerikanischer Digitalunternehmen werden. Wir haben noch

niemals so viele Daten für Google, Facebook und neuerdings Zoom, Skype und Co. produziert wie in den letzten Wochen. Daran bereichern diese sich ebenso wie Amazon, dem wir wochenlang eine an Alleinherrschaft grenzende Markthoheit eingeräumt haben.

Das öffentliche Leben hat keineswegs aufgehört, sondern hat sich vollständig in die Privatsphäre verlagert, die sich in ein System der Selbstüberwachung und -disziplinierung verwandelt hat, die euphemistisch auf Corona-Deutsch als „Homeoffice“ bekannt ist.

Wir haben im Moment nicht mehr, sondern weniger Privatleben, weil wir im Minutentakt nach Nachrichten gieren, die wir als Bestätigung unserer Corona-Ängste oder als Hoffnungsschimmer für ein baldiges Ende des Albtraums werten können. Dabei steuern intransparente Algorithmen der Suchmaschinen und sozialen Medien unsere Aufmerksamkeit, damit wir den Bildschirmen nicht entrinnen.

## **Big Data**

Vor Corona dämmerte es in Europa langsam, man ahnte, dass wir angesichts der Durchbrüche in der Künstlichen Intelligenz und der Monopolstellung US-amerikanischer und chinesischer Unternehmen im Big-Data-Sektor dringend Formate einer wünschenswerten, und das heißt immer auch ethisch durchdachten, Digitalisierung benötigen. Das steht erfreulicherweise im Strategiepapier der Bundesregierung für den K.I.-Standort Deutschland.

Es ist bekannt, dass die sozialen Medien durch Verbreitung von Fake News, Deepfakes sowie unbegrenzte Möglichkeiten des Cybermobbings und der intransparenten Überwachung von Nutzern massiv zur Krise der liberalen Demokratie beigetragen haben. Es ist kein zufälliger Kollateralschaden von Facebook oder Twitter, dass sie antidemokratisch wirken, sondern gehört zur Architektur der Plattformen selbst.

Denn diese sind wesentlich transnational und nicht hinreichend an die Prinzipien demokratischer Rechtsstaaten gebunden. Die sozialen Räume, die sie eröffnen, befinden sich nicht im Einzugsbereich von Rechtsstaaten, was es unter anderem erschwert, sie angemessen zu besteuern.

## **Ein fataler Vorgang**

Indem wir wegen des Lockdowns unser öffentliches Leben – einschließlich geschäftlicher Termine, Universitätsseminare, Schulunterricht und Videokonferenzen hochrangiger Politiker – in den digitalen Raum verlegen, haben wir uns nicht in die Privatsphäre des Eigenheims zurückgezogen, sondern unser öffentliches

Leben beinahe vollständig dem Überwachungskapitalismus US-amerikanischer Provenienz ausgeliefert, wie dies die in Harvard lehrende Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff genannt hat.



Autor Markus Gabriel

Unser derzeitiges digitales Problem rührt auf dieser Ebene nicht daher, wie Han meint, dass wir China imitieren, sondern dass wir unsere Privatsphäre und große Teile unserer noch aktiven Wirtschaft von US-amerikanischer Infrastruktur abhängig gemacht haben. Aus Gesichtspunkten der Cybersicherheit und Ethik ist dies ein fataler Vorgang.

Und genau an dieser Stelle sollte die Diskussion um die Corona-App beginnen, deren Designprozess bisher trotz anderslautender Bekundungen alles andere als transparent und europäisch ist. Auf der Homepage des „Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing (PEPP-PT)“, dessen Titel schon nicht von einem unbedingten Willen zur Transparenz zeugt, fällt das Wort Ethik nicht.

Datensicherheit ist nicht dasselbe wie Ethik. Denn die entscheidende Frage ist, ob und unter welchen Bedingungen die Einführung einer digitalen Gesundheitsüberwachung in Deutschland und Europa ethisch gerechtfertigt werden kann.

## **Technologie und Ethik**

Nicht jede Maßnahme, die zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus führt, ist ethisch vertretbar. Wir würden ja auch nicht alle an COVID-19 erkrankten Menschen umbringen, was auch eine Lösung, aber eben nicht ethisch vertretbar wäre. Die naturwissenschaftlich-technologische Forschung kann alleine keine ethischen Probleme lösen. Zu wissen, wie sich ein Virus verbreitet und auswirkt, impliziert nicht einmal, dass wir es aufhalten sollten.

Wir haben uns gegen Herdenimmunität um jeden Preis entschieden, weil wir lieber Menschenleben retten und uns an der Menschenwürde orientieren wollten. Doch das ist kein Ergebnis der Virologie, sondern Ausdruck gelingender ethischer Selbstbestimmung, Aussicht auf moralischen Fortschritt in dunklen Zeiten.

Die Einführung einer Corona-App muss hohen ethischen Standards genügen, wovon in der bisherigen Diskussion keine Rede sein kann.

Denn der schiere Umstand, dass die App auf US-amerikanischen Betriebssystemen laufen wird, beweist, dass die Daten nicht privat sind und mit anderen Daten vernetzt werden, ob uns dies nun gefällt oder nicht. Denn wir wissen aus der Vergangenheit und Gegenwart, dass die Nationalstaaten der EU keinen hinreichenden Einfluss auf US-amerikanische Digitalmonopole haben, um unsere Ideale von Freiheit, Gleichheit und Privatsphäre sicherzustellen. Warum sollte dies auf einmal anders sein? Und wohin soll dies alles führen?

## **Hygienismus**

Zur Colonialisierung der Lebenswelt gehört ein neues Symptom, das ich als Hygienismus bezeichnen möchte. Es besteht darin, dass wir Menschen als Virusträger betrachten, als potenziell Infizierte, deren Verhalten wir durch strikte Hygienemaßnahme steuern und überwachen müssen, um die Infektionsketten zu unterbrechen.

Der Hygienismus kann in eine Gesundheitsdiktatur umschlagen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es niemals das Ziel einer Gesellschaft sein kann, alle Krankheiten abzuschaffen, weil dies unmöglich ist. Die totale Gesundheit ist kein wünschenswertes Ziel, weil viele unserer besten Kulturpraktiken (wozu das stundenlange Lesen im Sitzen, die süße Nachspeise und volle Konzerthallen gehören) ansonsten dauerhaft verboten werden müssten.

Eine europäische Lösung bestünde darin, angesichts der realen Bedrohung durch die derzeitige Pandemie unser Bewusstsein für die Verletzlichkeit unserer selbst und der Anderen weiterhin zu schärfen, und fürs Erste auf mehr Abstand im öffentlichen Raum zu setzen. Eine Sicherheitslücke wie die geplante Corona-App ist eine unnötige Übertreibung und wird auch nicht zum erwünschten Ziel einer Gesellschaft führen, die das Coronavirus weitgehend im Griff hat und dennoch grundlegend freiheitlich organisiert ist.

*Markus Gabriel, geboren 1980, ist Professor für Philosophie an der Universität Bonn. Sein Buch „Warum es die Welt nicht gibt“ wurde zum Bestseller. 2018 erschien „Der Sinn des Denkens“.*

# Europe Needs to Come Together. But Not Like This.

**It's neither necessary nor prudent to distribute debt across the continent.**



**By Jochen Bittner**

Contributing Opinion Writer

• April 22, 2020



HAMBURG, Germany — Spider-Man, that force for good, taught us that with great power comes great responsibility. That's especially true in times of strife. So in the midst of arguably Europe's worst crisis since 1945, is Germany — the continent's powerhouse — living up to its great responsibility?

This week may tell us. On Thursday, the heads of the European Union's governments are meeting to discuss the introduction of so-called [corona bonds](#), which would distribute countries' debt across the continent. Several southern European states insist such bonds are essential to help fund the reconstruction of their economies, after the ravages of the coronavirus. But Germany, the Netherlands and other northern countries are strictly against the policy. It is bound to be a historic showdown.

The introduction of corona bonds might be a strong symbol of cohesion — but the joy will be short lived. They will in time cause damage from which Europe might not be able to recover. In the interests of the long-term well-being of Europe, it's Germany's great responsibility to resist them.

It's entirely understandable that Prime Minister Giuseppe Conte of Italy has called for a rescue package of at least 1.5 trillion euros, around \$1.63 trillion — and that he sees no other ways of creating the cash flow than by issuing collective bonds. But Mr. Conte should consider two things. First, this is not the [euro crisis](#), with its starkly uneven effects: The coronavirus has hit the economies of Germany and other European countries in much the same way as it has Italy's. Second, Germany and others are absolutely willing to help. But this

readiness does not stretch to scrapping a fundamental principle of the eurozone — that the union shall not be liable for the commitments of single governments.

To cross this red line would do more harm than good. Corona bonds would breach a founding principle of the eurozone, a core promise that helped convince the Germans of the idea of the euro in the first place: Every country is responsible for its own budget and no one will be allowed to live at the expense of others. Even if intended to be temporary, corona bonds would be viewed as an opening of the floodgates. They would not only reawaken anti-European populist parties like the Alternative for Germany, whose support has been [falling](#). By showing how malleable the rules can be, they would also spread euroscepticism far into the political center.

Sure, not granting the bonds is feeding populists in the south — like Italy's opposition leader Matteo Salvini. The rescue package of [500 billion euros](#), around \$540 billion, agreed to by E.U. governments this month, inflamed him: He is furious that Italy should have to “beg” for money. What's more, this rescue money could come from the [European Stability Mechanism](#), an emergency cash box created during the euro crisis, its funds carrying harsh conditions. For many Italians, accepting assistance from it feels humiliating; hence the call for corona bonds instead. Yet the Italian populists merely wield a sentiment, while the Germans have an argument. Corona bonds are simply not necessary to master the crisis.

First, rescue funds would come without tough conditions for Rome this time around. The German finance minister made it clear that it would be “[inappropriate](#)” in the current situation to make aid dependent “on fundamental debates about the pension system, the tax system, and the labor market.” So it's baseless to reject the European Stability Mechanism as a mean, disciplinary tool.

In addition, the European Central Bank has already decided to buy extra state bonds this year to the tune of [750 billion euros](#), nearly \$814 billion. This act of solidarity enables Italy and other southern European states to keep their sovereign bonds low, meaning they can borrow much more cheaply than they would otherwise be able to. In other words, Europe is printing money to help Italy. A third fund, possibly worth around 1.5 trillion euros, has been suggested by the European Commission and will be up for debate on Thursday, too.

The truth is that the challenge for the European Union is far bigger than the usual quarrel between north and south. Europe needs to generate money for continentwide reconstruction — for a new Marshall Plan. But the coronavirus has been weakening Europe's economic immune system, leaving it unable to defend itself. The European Commission has warned, for example, that China could go on [a shopping spree](#), buying out hundreds of cash-strapped European companies.

So the real question for Europe should be how to strengthen its defenses. Possible steps would be to make the continent a more friendly place for start-ups, cutting red tape wherever possible, especially in sectors like climate-friendly technology. It's time for vision. How about Europe strives to bring the first hydrogen-powered airplanes to the world market, for a start? While the ruinous effects of the coronavirus have given rise to extraordinary solidarity, it is of a compressed, jealous kind. That attitude needs to change, north and south.

And yes, there is need for strong symbolic action, too. Here's an idea that would help immediately: Germany currently has 10,000 free intensive-care beds, while Italians and other Europeans are dying because their health care systems are overstretched. More critically ill patients should be airlifted to the country to receive treatment — not just a few dozen, but a few hundred. That should be a moral imperative.

Europe's past has been difficult, often antagonistic. But the union is strongest when it builds a common future where countries can thrive together. Spider-Man, after all, was a networker.

Jochen Bittner ([@JochenBittner](#)) is a co-head of the debate section for the weekly newspaper Die Zeit and a contributing Opinion writer.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziale-spaltung-die-linksliberalen-schotten-sich-ab-15905941.html?premium>

NEUE SERIE: VOR CORONA:

## Die Linksliberalen schotten sich ab

- VON PHILIPP KROHN
- -AKTUALISIERT AM 24.11.2018-12:02



Auf dem Straßenfest oder im ICE – die Linksliberalen treffen nur noch auf ihresgleichen. Was sie für Vielfalt halten, ist bunte Eintönigkeit. Die politischen Folgen sind verheerend. Ein Essay aus dem Jahr 2018.

Dem Linksliberalismus hat Deutschland viele Errungenschaften zu verdanken. Die Bildungsexpansion der siebziger Jahre ist zu einer Voraussetzung des heutigen Wohlstands geworden. Mit der Anerkennung homosexueller Paare als gleichwertige Lebenspartnerschaften wurde das Recht sinnvoll modernisiert.

Und der behutsame Umbau vom fürsorglichen zum vorsorgenden Sozialstaat zu Beginn dieses Jahrtausends und seine Anpassung an den demographischen Wandel waren ein schmerzhafter Kraftakt und eine große politische Leistung. Irgendwo im Dreieck von Hans-Jochen Vogel, Gerhart Baum und [Klaus von Dohnanyi](#) haben sich viele Menschen wiedergefunden.

Doch leider hat sich der Linksliberalismus unter dem Eindruck des Populismus gewandelt. Er flüchtet sich in rigorose und moralische Positionen, mildert den überschäumenden Diskurs nicht mehr durch Vernunft ab, sondern schürt ihn: auf [Twitter](#), im Bundestag und im Alltag. So nah man dieser Geisteshaltung auch selbst stehen mag – nach längerem, eher misstrauischen Grübeln muss man zu dem Befund kommen, dass Linksliberalismus zur Attitüde geworden ist.

### Wo Parolen zu Phrasen verkommen

Einer von vielen Schlüsselmomenten, der zu diesem Schluss führt, waren zwei Konzerte der Rockband [Kettcar](#) in diesem Sommer. Das ist eine tolle Formation mit Haltung. Ihre Wurzeln liegen im linken Hamburger Punk. Sänger Marcus Wiebusch ist einer der reflektierten Vertreter deutscher Popmusik.

Für seine jüngste Platte hat er den Song „1989“ geschrieben, der Parallelen zwischen der Flüchtlingssituation 1989 und 2015 beschreibt. Nachdem der letzte Akkord verklungen war, jubelten die Fans lang. Dann sagte Wiebusch, der früher minderjährige Flüchtlinge betreut hat, diesen Satz: „Humanismus ist nicht verhandelbar.“

Künstlern sind Zuspitzungen erlaubt. Doch im linksliberalen Milieu, das in solchen Konzerten oft stark vertreten ist, löst ein solcher Satz kein Nachdenken aus. „Nicht verhandelbar“ ist zu einer Formel verkommen, die für die Abschottung eines Milieus steht. Würde man den Satz wörtlich nehmen, dürfte man nicht darüber verhandeln, ob Marokko und Algerien sichere Drittstaaten sind.



„Gegen Inklusion kann man ja nichts haben“, postulierte neulich eine Kindergartenmutter. Wahrscheinlich unbedacht, aber das ist die Haltung vieler in den Altbauvierteln deutscher Großstädte. Kann man wirklich nicht? Höchstens die zwei entscheidenden Einwände: dass Inklusion in der Praxis oft zu Frust der Beteiligten führt. Und dass Förderschulen erfolgreich darin waren, Behinderte zu stärken.

## Ein vernunftloser Diskurs

Im Freundeskreis stellte kürzlich jemand die These auf: „Wer den Kampfbegriff ‚Political Correctness‘ verwendet, mit dem sollte man sofort die Diskussion abbrechen!“ Wie aber soll man die Haltung nennen, die über Jahre verhindert hat, dass der bei vielen muslimischen Jugendlichen verbreitete Antisemitismus angeprangert wird? Warum kann man einem Akademiker, der trotz besserer Qualifikation wegen einer Frauenquote keine Stelle bekommt, nicht zugestehen, dass er sich über Political Correctness und Gender Mainstreaming aufregt?

Weil das AfD-Positionen sind, werden die Vertreter des Milieus gehalten. Aber haben sie sich schon mal Gedanken darüber gemacht, dass es vielleicht genau deshalb AfD-Positionen geworden sind, weil sie von einem bornierten, scheinbar liberalen Großbürgertum als inakzeptabel und nicht verhandelbar diffamiert wurden?

Um dem Applaus der falschen Seite gleich vorzubeugen: Es ist ein Trauerspiel, dass es für solche Positionen eine Partei braucht, die mit Rechtsextremen und Identitären kokettiert und kooperiert, einen Systembruch anstrebt, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk säubern will und die Spaltung auf die Spitze treibt, um davon zu profitieren.

## Neue Eliten

Dennoch lohnt es sich, genauer zu lesen, wenn Alexander Gauland in seinem Gastbeitrag für diese Zeitung den Zustand des Landes beschreibt – ähnlich wie die beschreibenden Textpassagen des einstigen Trump-Spin-Doctors [Steve Bannon](#).

Ersetzte man in Gaulands Text das Wort „Elite“ durch „soziale Spaltung“, hätte ihn in seinem Analyseteil jeder Linke unterschreiben können, Linkliberale wären zu einer positiveren Realitätsbeschreibung gekommen. Aber diejenigen, die sich wie der frühere Caritas-Generalsekretär Georg Cremer mit seinem neuen Buch „Deutschland ist gerechter als wir meinen“ in die Debatte werfen, sind rar geworden.

Was manchen heutigen Linkliberalen schlecht schmeckt, ist die Tatsache, dass mit Spaltung und Elite nicht mehr nur die bösen Boni-Banker gemeint sind, sondern sie selbst in ihren sanierten Altbauwohnungen. Wenn sie auf ein Straßenfest in ihrem Viertel gehen, erleben sie eine Welt gut verdienender Akademiker.

Es gibt äthiopisches und indonesisches Essen. Sie unterhalten sich mit Gleichgesinnten über Lebenssituationen und erfreuen sich an der Buntheit, die sie als Toleranz verkaufen, aber eigentlich eine farbige Homogenität ist. Haben sie bemerkt, dass Flüchtlingsunterkünfte nicht in ihren Vierteln standen, als anderswo über Belastungen geklagt wurde? Wann haben sie das letzte Mal eine Kirmes besucht und sind mit Andersgesinnten zusammengekommen?

## Soziale Enklaven

Die Darmstädter Soziologin Cornelia Koppetsch beschrieb diese soziale Segregation jüngst in einem eindrucksvollen Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. In begehrten Stadtteilen ließen sich untere Schichten nicht mehr antreffen.

Noch in den siebziger Jahren hätten Arbeiterkinder selbstverständlich mit Lehrerkindern gespielt. „Die Paradoxie besteht ja darin, dass viele von ihnen glauben, sie seien kosmopolitisch, weil sie hochmobil sind und viel gesehen haben“, sagte sie. Kosmopoliten machten sich nicht klar, dass sie in sozialen Enklaven lebten und dass, wenn sie mit Migranten zu tun hätten, diese auch meist aus dem eigenen Milieu stammten. Oder wer war schon mal bei der Familie des deutsch-türkischen Schulkameraden zu Hause?

Ist diese Homogenisierung auch der Grund, warum sie nicht verstehen, dass Diesel-Fahrverbote die Gesellschaft spalten? Wenn die (fiktive) vierköpfige Geringverdienerfamilie mit Euro-4-Diesel aus der Wetterau nach Frankfurt will, wird es teuer.

## Natürliche Grenze in der Bahn

Fährt der Vater mit seinen Teenagertöchtern in die Stadt, um zwei Jeans zu kaufen, muss er im öffentlichen Nahverkehr 36 Euro hin und 36 Euro zurück bezahlen. Solange es keine Alternative gibt, ist das eine soziale Frage. Und wer sich dafür nicht interessiert, trägt zur Verschärfung bei. In der aktuellen Debatte um Fahrverbote kommen solche Argumente trotzdem nur am Rande oder als Lippenbekenntnis vor. Gerade die Sozialdemokratie muss sich fragen lassen: Warum eigentlich?

Den meisten werden solche Dinge sicherlich auch beim Bahnfahren nicht aufgefallen sein, denn zwischen Langstreckenfahrern und den Nutzern von Regionalzügen ist eine natürliche Grenze entstanden. Lauscht man Gesprächen im ICE, geht es um Business, Wissenschaftsprobleme und Fernreisen. Aber welches Elternpaar aus den Altbaubezirken, das seine Elternzeit für eine Australien-Reise mit Baby genutzt hat, hat eigentlich an die Friseurin in Teilzeit gedacht, deren Elterngeld gerade für zwei Wochen auf Usedom reichen?

Oder wer hätte die Reise in einem unbezahlten Elternzeitmonat gemacht? Ist es ein Zufall, dass die einzige Sendung im deutschen Fernsehen, bei der „kleine Leute“ gegenüber Weltstars zum Glänzen gebracht wurden („Wetten dass...?“), ausgerechnet vom fließend ein halbes Dutzend Sprachen sprechenden, Klavier spielenden Moderator beerdigt wurde, der von der sozial verbindenden Funktion seiner Show wenig verstanden hat?

## Die linksliberale Hybris

Zurück aus der Lebenswelt in die Politik: Ein Satz hilft Linksliberalen immer, wenn Widersprüche unangenehm werden: „Wir müssen das besser erklären.“ Zuletzt gehört aus dem Mund eines hohen Beamten. Die Krise der Europäischen Union glaubte er durch besseres Erklären gegenüber den angeblich ungebildeten Kritikern lösen zu können.

Die sind aber oft gar nicht so dumm und wissen vielleicht sogar besser, dass das Demokratiedefizit der EU nicht so einfach weggeht. Auch nicht durch die bewundernswerte Leidenschaft für die europäische Idee der Linksliberalen Jürgen Habermas und Emmanuel Macron.

Befriedigende Antworten auf die Sorge vor einer Transferunion haben diese beiden bislang auch nicht angeboten. Gleichwohl berichtet der Chef einer anderen Behörde, in EU-Verhandlungen sei der Druck inzwischen so groß, dass als Anti-Europäer gelte, wer sich einem Reformvorschlag entgegenstelle. Abschottung statt Diskurs.

## Nicht (mehr) verhandelbar

Auch in der akademischen Welt ist die Dominanz des linksliberalen Milieus zu spüren. Die Folge ist, dass kritische Geister, die den Nachteilen der Euro-Rettung oder der Flüchtlingspolitik außerhalb der ökonomischen Fächer nachspüren, nicht gern gesehen sind. Trotzdem kommt eine der besten Erklärungen für den hier bedauerten Umstand von einer Politologin.

Die Münchenerin Astrid Séville hat gerade ihr Buch „Der Sound der Macht – Eine Kritik der dissonanten Herrschaft“ veröffentlicht. Ausgehend von der Rhetorik der Alternativlosigkeit („There is no alternative“) von Thatcher über Schröder bis Merkel, zeigt sie auf, wie sich die Politik von Debatten über Zukunftsentwürfe abschottet. Es fällt nicht schwer zu beobachten, dass das in die Diskurskultur der Bevölkerung überschwappt. Dinge werden „nicht verhandelbar“.

Die Folgen sind gravierend. Als eine Autorin der Wochenzeitung „Die Zeit“ einen „Shitstorm“ erntete, weil sie beschrieb, wie Flüchtlingshelfer im Mittelmeer zum Teil des ökonomischen Kalküls von Schleppern geworden sind, entschuldigte sich die Redaktion später beim erzürnten linksliberalen Publikum.

## Die Leerstelle

In der SPD träumen viele von einer Sammlungsbewegung à la Jeremy Corbyn. Doch die naheliegenden Argumente, dass er antiisraelische Positionen vertritt, ein Antikapitalist ist und keine überzeugende Antwort an Brexit-Befürworter gefunden hat, verfangen nicht. Wie auch? Linksliberale Marktbefürworter wie Oswald Metzger bei den Grünen oder Wolfgang Clement in der SPD wurden verdrängt.

Kaum einer hat diese gesellschaftlichen Spannungen so gespürt wie Sigmar Gabriel, der ehemalige SPD-Vorsitzende. Mit seinem Temperament hat er viele verprellt. Doch wie wenig linksliberale Abwägung es in seiner Partei gibt, zeigte sich, als er sich ein Bild der Pegida-Demonstrationen machen und mit Teilnehmern sprechen wollte.

In der Partei rumorte es deswegen. Wie wichtig ist die eigene Tradition diesem Milieu? „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und bemänteln dessen, was ist“, sagte einst der SPD-Gründervater Ferdinand Lassalle. Um aber zu wissen, was ist, darf man sich nicht abschotten.

Immerhin melden sich die alten Linksliberalen ab und an zu Wort. Interviews mit dem 90 Jahre alten Klaus von Dohnanyi, einem der Architekten der Bildungsexpansion und Befrieder der Hamburger Hafenstraße, erinnern daran, was im Diskurs fehlt. Sie markieren eine Leerstelle.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.leclubdesjuristes.com/blog-du-coronavirus/libres-propos/letre-lavoir-et-le-pouvoir-dans-la-crise/>

## L'être, l'avoir et le pouvoir dans la crise, par Dominique Strauss-Kahn

Par Dominique Strauss-Kahn, ancien ministre de l'Économie et des Finances, ancien directeur-général du Fonds Monétaire International



*Cet important article a été rédigé par Dominique Strauss-Kahn, ancien patron du FMI, pour l'influente revue Politique Internationale qui le publiera dans son prochain numéro (numéro de printemps). Nous remercions particulièrement Patrick Wajzman qui autorise sa diffusion et Dominique Strauss-Kahn qui l'accepte au profit des lecteurs du blog du Club des juristes.*

La crise sanitaire que nous vivons est différente de toutes celles que les générations précédentes ont pu connaître. Les convocations de la grande peste noire de 1348 ou de la grippe espagnole de 1918-1919 sont intéressantes en ce qu'elles nous permettent de repenser les conséquences des pandémies. Mais elles ne disent rien, pour autant, de la capacité de résilience d'une société dont l'économie est mondialement intégrée, et qui avait perdu presque toute mémoire du risque infectieux.

Si la crise actuelle est de prime abord différente, ce serait par la vitesse de propagation de cette maladie. Trois mois après le début de la crise sanitaire, près de la moitié de la population de la planète est appelée au confinement. Même si la contagiosité du virus a vraisemblablement joué un rôle dans ce basculement, du stade épidémique à celui de pandémie, la mondialisation marquée par l'accélération de la circulation des personnes est au cœur du processus de propagation (1). Le délai de réaction des pays développés, dont les systèmes de santé ont été rapidement submergés, doit sans doute être également incriminé. Il atteste d'un défaut de prévoyance et d'une confiance – infondée – dans la capacité des systèmes sanitaires à protéger massivement leur population tout en s'approvisionnant en matériel de protection et en tests de dépistage au fil de l'eau, auprès de fournisseurs étrangers, majoritairement chinois. Sans doute ceci n'était-il pas fatal. Taïwan, forte de ses expériences lors d'épidémies antérieures, disposait d'équipements de protection en quantité (2), de capacités de production de ceux-ci et d'un département dédié à la gestion des maladies infectieuses capable, notamment, de déployer rapidement des applicatifs de gestion et de partage de données sur les patients infectés. Il est, sans doute, normal qu'un système de soins ne soit pas fait pour traiter une demande brutale et temporaire. Mais, dans ce cas, il importe qu'il soit réactif, c'est-à-dire capable de réorienter son offre et de mobiliser des réserves prédéfinies et recensées. Cette agilité, il semblerait bien qu'elle nous ait fait défaut.

L'autre différence structurelle entre cette crise sanitaire et les crises antérieures tient à son ampleur. Nombreux sont ceux qui ont, dans un premier temps, tenté de relativiser la gravité de la situation en rappelant le nombre de morts dû à la grippe saisonnière, aux épidémies de VIH et d'Ebola, voire aux conséquences sanitaires des pratiques addictives telles que l'alcool ou le tabac. Outre que l'on ne connaîtra les conséquences létales du Covid-19 que lorsqu'on aura jugulé sa transmission, avancer ce type d'argument revient à faire fi du caractère global et absolu de cette pandémie. Global dans la mesure où aucune aire géographique n'est plus épargnée et parce que la pandémie vient croiser une démographie mondiale qui est sans comparaison avec celle de 1919 : le simple nombre d'individus appelés à rester à domicile est aujourd'hui deux fois plus important que la population mondiale totale lors de l'épisode de grippe espagnole. Absolu, car il est évident qu'aucun individu ne peut se considérer comme étant à l'abri du risque de contamination.

Et c'est cette dernière spécificité de la crise sanitaire qui la distingue de tous les épisodes antérieurs : son caractère hautement symbolique heurte et choque une population mondiale qui avait presque oublié le risque infectieux. En cela, elle porte atteinte au confort douillet dans lequel les pays économiquement développés se sont progressivement lovés. La mort n'était pas seulement devenue lointaine en raison de l'augmentation de l'espérance de vie, elle était aussi devenue intolérable comme en témoignent les réticences à engager des troupes au sol dans la plupart des conflits récents. La « valeur » de la vie humaine a considérablement augmenté dans l'inconscient collectif des pays les plus riches. Or aujourd'hui, nous reprenons conscience de la précarité de l'être. Cette crise de l'être aura certainement des conséquences considérables qu'il est peut-être trop tôt pour aborder ici, mais elle est aussi révélatrice d'une crise de l'avoir et d'une crise du pouvoir dont l'analyse est nécessaire pour guider les décisions à prendre.

## Une crise de l'avoir

Des crises économiques, nous en avons connues. Mais celle-ci est différente. Cette récession ne ressemble que très partiellement à celles que nous avons connues parce qu'elle mêle un choc sur l'offre et un autre sur la demande.

Un choc sur l'offre et un choc sur la demande

Nous pouvons difficilement éviter les conséquences en termes d'emplois du choc sur l'offre. Celui-ci résulte des consignes de confinement qui, par défaut, se sont révélées indispensables du point de vue sanitaire. Avec une partie de la force de travail confinée pour une durée indéfinie, il est inévitable que la production chute. Des entreprises vont réduire leur effectif d'autres vont fermer. Ces emplois-là sont perdus, sans doute pour assez longtemps. C'est ce qui se passe en cas de catastrophe naturelle, mais elles ne touchent généralement qu'une partie de l'économie.

Certaines de ces entreprises seront peut-être sauvées par l'État. Et le recours à des « nationalisations temporaires », que je ne concevais que pour des raisons peu fréquentes d'indépendance nationale (3), peut en sauver certaines mais pas toutes.

Le choc sur la demande a évidemment plusieurs causes qui se cumulent. Les revenus d'une partie de la population qui s'évanouissent, les consommations jugées non indispensables qui sont reportées, celles qui sont rendues impossibles par le confinement, et, comme « mes dépenses sont vos revenus » la demande faiblit encore. C'est le cycle bien connu de la récession.

A cela s'ajoute la fonte des actifs financiers. Dans une récession classique, la gestion la plus sage des actifs financiers consiste à attendre le retour à la normale si on n'est pas obligé de vendre pour une raison ou une autre. Ici, le retour à la normale ne se fera pas comme avant. Certains actifs financiers vont tomber à zéro parce que les entreprises qu'ils représentent vont fermer dans des proportions plus grandes que dans les crises précédentes. Cette fonte des actifs financiers renvoie à des comportements de précaution qui dépriment encore plus la demande globale. Ce « risque de ruine » de certains épargnants avait largement disparu depuis la Grande Crise, le voilà de retour.

C'est cette simultanéité des chocs d'offre et de demande qui rend la situation présente si exceptionnelle et si dangereuse.

### À court terme, les pertes sont inévitables

Aux États-Unis, il n'aura fallu que quinze jours pour que près de 10 millions d'Américains se retrouvent au chômage. En Europe, 900 000 Espagnols ont déjà perdu leur emploi. En France, l'INSEE estime qu'un mois de confinement devrait nous coûter 3 points de PIB. Nul n'est épargné. Et à en croire le FMI, : « Nous n'avons jamais vu l'économie mondiale s'arrêter net. C'est bien pire que la crise de 2008 ». Ces chiffres terribles conduisent certains à adopter une grille de lecture martiale de notre crise. Les gouvernements, les Nations Unies, le FMI, tous parlent d'une « guerre » contre le Covid-19. Pour autant, un conflit armé ne semble pas nécessairement refléter la nature de la paralysie économique qui nous frappe. Plus qu'une destruction de capital, c'est une évaporation des savoirs, notamment ceux nichés dans les entreprises qui feront nécessairement faillite, qui est à redouter. Plus qu'une redirection de la production vers une économie de guerre, on assiste à un coma organisé et à un délitement subi mais sans doute durable des chaînes d'approvisionnement.

Pour les pays les plus fragiles, la pandémie s'annonce catastrophique. Un certain nombre d'exportateurs de matières premières, et au premier plan les producteurs de pétrole, entrent dans la crise avec un niveau insuffisant de réserves en devises. Le prix du baril est passé sous les 20 dollars, et celui du cuivre, du cacao et de l'huile de palme s'est effondré depuis le début de l'année. Pour les pays bénéficiant largement d'envois de fonds depuis l'étranger (4), 2020 pourrait voir la consommation et l'investissement se contracter violemment. Quant aux destinations touristiques, celles-ci devront survivre à un arrêt quasi-total de l'activité économique en première partie d'année (5).

Ce revers économique risque de replonger des millions de personnes de la « classe moyenne émergente » vers l'extrême pauvreté. Or, plus de pauvreté, c'est aussi plus de morts. Les pays africains sont plus jeunes, mais aussi plus fragiles, avec des taux de malnutrition, ou encore d'infection HIV, ou de tuberculose les plus élevés au monde, ce qui pourrait rendre le coronavirus encore plus létal. De plus, là où les pays développés peuvent adopter des mesures de confinement drastiques, cela est souvent impossible dans des contextes de bidonvilles urbains surpeuplés, où l'eau courante est difficilement accessible et où s'arrêter de travailler ou d'aller au marché pour acheter des denrées n'est pas une option. L'expérience d'Ebola a montré que la fermeture des écoles – adoptée par 180 pays dans le monde – se traduit souvent par un abandon définitif de la scolarité, des grossesses non voulues, et une éducation sacrifiée pour une génération d'élèves

Pourrait-on éviter ces conséquences dramatiques ? Sans doute pas totalement, mais certainement en partie si nous sommes capables d'éviter les effets cumulatifs de la récession en combattant l'affaîsissement de la courbe de demande globale.

### Les limites de l'action monétaire

La riposte a commencé et les banques centrales jouent leur rôle en inondant le marché de liquidités. Contrairement à la crise de 2008, ces dernières se sont montrées particulièrement rapides et coordonnées. Dès le 3 mars, la FED a baissé ses taux de 50 points de base, suivie par la banque d'Angleterre les 11 et 19 mars. Le 15 mars, les taux de la FED tombent à zéro. Dans le même temps, les interventions non-conventionnelles se déploient en reprenant les instruments développés depuis 2008. Le 18 mars, la BCE annonce un programme d'acquisition de titres pour une enveloppe totale de 750 milliards d'euros. La coordination des banques

centrales, sous le leadership de la FED, tranche avec la réponse décousue de la Maison Blanche. Le 15 mars, la Fed a étendu ses « swaps » à neuf nouveaux pays confrontés à une évaporation du dollar avant d'ouvrir une facilité « repo » aux banques centrales souhaitant troquer leurs obligations du Trésor américain contre des dollars (6).

Mais ceci n'atteindra que par ricochet les économies émergentes qui ne disposent pas d'une banque centrale susceptible de remplir ce rôle. En revanche, il est possible d'utiliser un mécanisme qui a déjà fait preuve de son efficacité dans la crise financière mondiale : les Droits de Tirage Spéciaux (7) du FMI. Rien n'empêche de les réactiver ; rien, sauf l'allergie américaine à tout ce qui ressemble à une action multilatérale, allergie que la tiédeur des Européens n'aide pas à contrebalancer (8). Allègement des dettes des pays à bas revenus et émission massive de DTS sont aujourd'hui un passage obligé pour contribuer à éviter une catastrophe économique dont les conséquences rejailliront au-delà des rives de la Méditerranée.

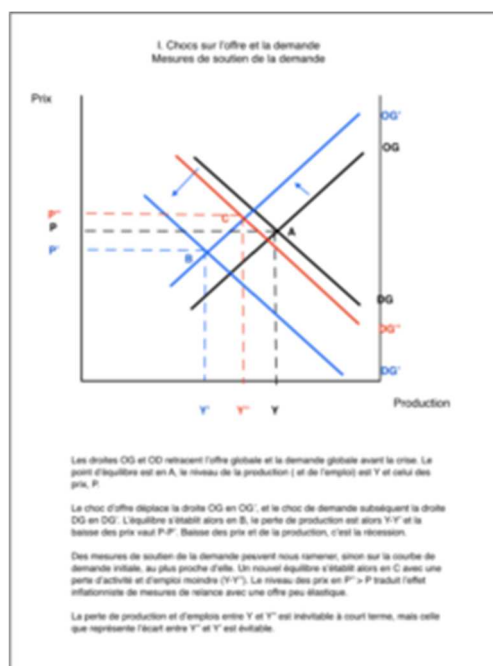
Avant la crise actuelle, l'Europe avait déjà le plus grand mal à gérer l'afflux de quelques centaines de milliers de migrants se pressant à ses portes. Qu'en sera-t-il lorsque, poussés par l'effondrement de leurs économies nationales, ils seront des millions à tenter de forcer le passage. Même si cela peut sembler éloigné de l'urgence présente, même si les opinions publiques ont d'autres soucis à faire valoir, il est du devoir des gouvernants de prévoir les crises après la crise. Pour les Européens, faire bloc pour étendre l'efficacité des mesures monétaires qu'ils prennent pour eux-mêmes aux pays émergents à commencer par l'Afrique est une nécessité absolue.

Toutefois, l'action monétaire a ses limites et, comme c'est le cas pour toute catastrophe naturelle, les soutiens budgétaires doivent être mobilisés. Ils le sont en partie et les mécanismes de soutien comme l'extension du chômage partiel en France vont dans le bon sens. Mais ils sont insuffisants face à l'ampleur du choc. On ne peut soutenir l'offre en ne finançant que l'offre et c'est sans doute la plus grande faiblesse du plan de soutien initial proposé par Trump (9). Par ailleurs, si en 2009 la Chine avait engagé un plan de relance titanesque pour soutenir son économie et tirer la croissance mondiale, le pays semble pour l'instant plus frileux. Il est vrai que la marge de manœuvre chinoise est aujourd'hui plus faible : la croissance a fléchi et la dette totale du pays, publique et privée, dépasse 300% du PIB, contre 170% avant la crise des « subprimes ». Si bien que les mesures annoncées par Pékin ne dépassent pas pour le moment 1,2% du PIB.

Bien entendu, une partie de ce soutien finira en hausse des prix. Quand l'offre est contrainte par le confinement, la capacité de production est obligatoirement limitée. Mais cette pression à la hausse des prix, outre qu'elle ne sera pas malvenue par ailleurs, constituera un soutien à l'appareil productif aussi efficace que les mesures financières qui lui seront proposées.

C'est ce que montre le graphique I. Dans cette présentation classique des courbes d'offre et de demande globale avec un choc sur la demande sans doute plus fort que celui sur l'offre, on voit comment une partie des pertes de production est impossible à éviter à court terme mais aussi comment les dégâts peuvent être limités par une politique appropriée sur la demande. En outre, le risque de ne rien faire peut considérablement aggraver la situation. La baisse de la demande, non compensée par des mesures de soutien, va créer un deuxième choc sur l'offre et ainsi de suite. La spirale déflationniste est alors en marche avec ses conséquences funestes.

Forcément, ces mesures de soutien de la demande ne joueront à plein que lorsque le confinement sera progressivement levé, permettant à la production de repartir. Mais il faut qu'elles soient à l'œuvre tout de suite, d'une part pour être en place le moment venu, d'autre part pour combattre l'angoisse des consommateurs qui ne peut que les pousser à thésauriser ce qui est l'inverse de ce qui est souhaitable.



**A moyen et long terme, les cartes sont rebattues**

a/ La mondialisation des échanges s'est évidemment accompagnée d'une nouvelle division internationale de la production. La faiblesse relative du coût du travail dans les économies émergentes combinée au développement des moyens de communication a été à l'origine d'une croissance sans précédent du commerce international. Ceci concerne à peu près tous les secteurs à commencer par l'automobile et l'électronique.

C'est cette division internationale du travail qui est en cause aujourd'hui. La critique n'est pas nouvelle et la crise sanitaire agit surtout comme un révélateur. Les détracteurs ont été nombreux.

Pour les uns, considérés comme des idéalistes, c'était l'absurdité écologique de faire transiter vingt fois des marchandises d'un bout à l'autre de la planète qui était en cause, en particulier pour les chaînes de valeur alimentaires. Pour les autres, considérés comme des doctrinaires, c'était la dénonciation d'un système permettant aux habitants des pays riches de continuer à profiter de la rente coloniale. La mondialisation « stade suprême du capitalisme » en quelque sorte. Pour d'autres enfin, considérés comme pessimistes, c'est la sécurité des approvisionnements qui était visée. On pense ici évidemment à la sécurité sanitaire ; 90% de la pénicilline consommée dans le monde est produite en Chine. C'est aussi le cas avec les terres rares dont la Chine détient de facto un monopole de production alors même qu'il s'agit de composants essentiels à l'ensemble de l'industrie électronique et de communication.

Tous avaient partiellement raison et il est fort probable que la crise conduise à des formes de relocalisation de la production, régionales sinon nationales.

La mondialisation qui est en cause n'est pas l'ouverture sur le monde ni la conscience d'une humanité planétaire, celle-ci progresse lentement depuis longtemps, c'est ce que qu'Hubert Védrine appelle l'américano-globalisation de ces dernières décennies : « Celle qui a débuté dans l'après-guerre, qui s'est accélérée avec la réorientation de la Chine vers le marché par Deng en 1979, puis avec le duo Thatcher-Reagan au début des années 1980 et la dérèglementation financière sous l'influence de l'École de Chicago, et qui s'est enfin généralisée dans les années qui ont suivi la disparition de l'URSS fin 1991, disparition que les Occidentaux ont interprétée – à tort ! – comme la fin de l'histoire. (10) »

Cette mondialisation n'a pas fait que des perdants. Les salariés des pays émergents travaillant dans des secteurs exportateurs (et par ricochet les autres) ont évidemment bénéficié d'une élévation de leur niveau de vie liée à des salaires plus élevés. Quant au consommateur des pays développés, il n'a pas longtemps hésité à se tourner vers ces produits importés pour bénéficier de la rente qu'ils portaient en eux. Et ce dernier ne renoncera pas aisément à une part significative de son pouvoir d'achat.

La relocalisation d'une partie de la production aura un coût mais la crise que nous vivons peut suffire à en faire la pédagogie.

b/ Au-delà des formes que prendra la mondialisation, la crise peut permettre aux économies développées de sortir de l'impasse dans laquelle la croissance économique s'est perdue.

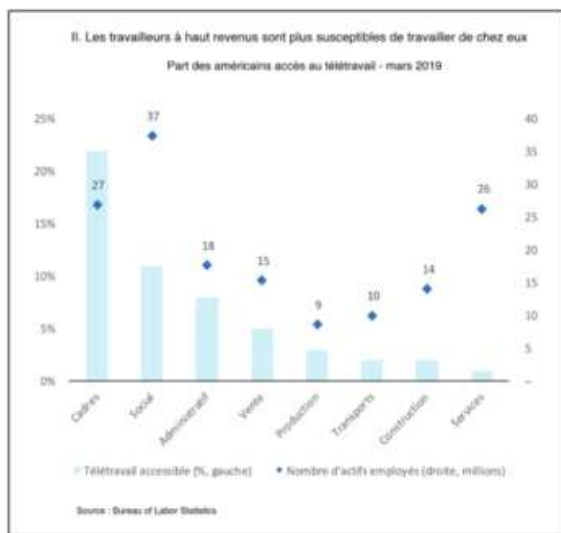
Le débat est bien connu qui a été relancé par Larry Summers en 2014 (11). Reprenant le terme introduit par Hansen en 1939, il décrit un retour à la stagnation séculaire qui avait nourri tant de débats après la crise de 1929 : il s'agit d'un équilibre de sous-emploi dont les économies n'arrivent pas à sortir à cause d'un taux d'intérêt faible associé à une inflation quasi inexistante sur les marchés de biens et services quand le prix des actifs financiers est au contraire en hausse sensible. Le progrès technique dégage peu de nouveaux produits, les innovations entraînent surtout des économies de capital, l'investissement fléchit et il est impossible de le relancer parce que les taux d'intérêt sont déjà à zéro. L'épargne est alors surabondante. Elle ralentit la croissance économique faute d'un investissement public significatif limité par un endettement jugé déjà excessif au regard de ratios dette/PIB considérés comme insoutenables. Au cours des dernières décennies, l'ingénierie financière a soldé l'équation tout en provoquant des crises financières récurrentes qui masquent la réalité de l'économie réelle.

Face à cette situation de stagnation que connaissaient peu ou prou les économies développées, la crise économique, détruisant du capital, peut fournir une voie de sortie. Les opportunités d'investissement créées par l'effondrement d'une partie de l'appareil de production, comme l'effet sur les prix de mesures de soutien, peuvent relancer le processus de destruction créatrice décrit par Schumpeter. Son entrepreneur gagnerait alors sur le terrain la bataille théorique qu'il avait engagée, il y a longtemps, aussi bien contre les stagnationnistes optimistes comme Keynes que pessimistes comme Marx.

C'est ce renouveau de l'offre rendu possible par un choc aussi violent qui justifie les mesures prises par les gouvernements en faveur du secteur productif. Elles seront dérisoires sans mesures de court terme sur la demande, mais indispensables à la reconstruction de l'appareil de production.

c/ Un autre élément doit retenir l'attention : celui des inégalités.

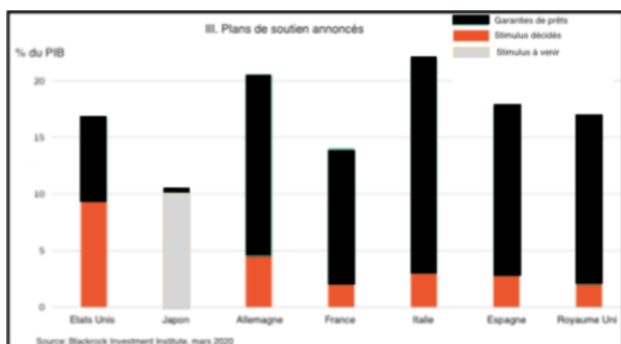
Au niveau national, certaines professions peuvent travailler – au moins en partie – à domicile, pour d'autres c'est beaucoup plus difficile voire impossible. Mais ceci ne touche pas de la même façon les différentes parties de la population. Le graphique II (12) qui concerne les États-Unis, illustre cette situation qui justifie un soutien accentué des salariés les moins qualifiés.



Au niveau international, l'accent a beaucoup été mis ces dernières années sur le fait que si la crise des « subprimes » avait eu pour conséquence une considérable augmentation des inégalités entre individus, en revanche les inégalités entre pays, elles, diminuaient régulièrement. La crise actuelle risque de remettre totalement en cause ce constat. À court terme, en raison des conséquences possibles, et même malheureusement probables, de la crise sur les économies de nombreux pays à bas revenus. À moyen terme, parce que la relocalisation de certaines activités, qui a une grande probabilité de se réaliser, se fera à leurs dépens. C'est ce qui rend encore plus indispensable le soutien de ces économies qui a déjà été évoqué.

d/ L'avenir économique, difficile dans tous les cas, est largement entre nos mains.

Les gouvernements ont déjà commencé à agir comme le montre le graphique II (13). Mais ce graphique fait apparaître plusieurs faiblesses.



D'abord, l'ampleur très différente des stimuli déjà décidés (en rouge). Ensuite, la part prépondérante prise par les garanties d'emprunt, ce qui est certes utile, mais ne concerne que très indirectement le soutien à la demande des plus démunis. Enfin, l'absence de coordination dans la réponse alors que ce qui avait fait le succès de la relance de 2009 c'est qu'elle avait été largement coordonnée entre les principaux acteurs (14).

L'Union européenne a la possibilité, et pour moi le devoir, de fournir des éléments de réponse mais la mollesse du Conseil européen du 26 mars dernier et la pantomime de l'Eurogroupe ne poussent pas à l'optimisme. Le point principal est celui de la mutualisation budgétaire entre les États membres pour pouvoir mener une action significative (15).

Trois instruments sont en cours de discussion au sein de l'Eurogroupe :

- un soutien de l'ordre de 100 milliards d'euros aux mécanismes de chômage partiel ;
- un mandat plus vigoureux donné à la BEI qui peut prêter ou garantir des prêts ;
- une adaptation à la situation présente du Mécanisme Européen de Stabilité (16).

Mais, chacune de ces options passe à côté du sujet central qui est celui d'une réponse budgétaire mutualisée afin de ne pas mettre en péril la soutenabilité de la dette des pays les plus fragiles. Évidemment, tout ceci renvoie au débat sur la création des coronabonds et, plus généralement, sur la capacité d'emprunt de l'Union dont l'absence se fait aujourd'hui cruellement sentir. C'est également un enjeu politique : la BCE ne pourra pas longtemps mutualiser les dettes par le truchement des opérations de marché sans qu'un soutien politique explicite se manifeste.

Deux voies sont envisageables. La première serait une demande explicite des États de monétiser le surplus de dettes ; mais c'est une remise en cause de l'indépendance de la banque centrale. La seconde est d'avancer avec ceux qui le veulent pour émettre



conjointement de la dette nouvelle afin de financer à la fois les coûts de la réponse sanitaire immédiate, de la solidarité internationale qui sera nécessaire notamment envers l'Afrique et enfin un plan de relance massif une fois l'urgence sanitaire passée. Le choix s'énonce donc simplement, il faut rompre l'un ou l'autre de ces deux tabous : l'indépendance de la banque centrale ou l'unanimité des États membres.

Car ce qu'il nous faut dès maintenant, ce sont :

- des plans de soutien de la demande de l'ordre de grandeur de la perte de production (plusieurs points de PIB pour 2020 seulement). Ceux-ci doivent reposer, pour les ménages comme pour les entreprises, sur de véritables soutiens à leur liquidité par des mesures fiscales et budgétaires ;
- une coordination de ces politiques avec les actions menées par les banques centrales en matière monétaire ;
- un instrument de mobilisation de ressources budgétaires et d'endettement commun en Europe. Sans mutualisation, la réponse budgétaire sera insuffisante ;
- une action concertée au niveau international incluant l'extension de cette liquidité au-delà des pays développés.

### **Une crise du pouvoir**

C'est peut-être celle qui est la plus inquiétante. Crise de la souveraineté, elle tient à l'autonomie des États dans un monde où les institutions multilatérales peinent à organiser les prises de décisions nécessaires à l'échelle globale. Crise de la représentation, elle touche aussi à l'exercice du pouvoir, à la garantie des libertés publiques et à la légitimité des autorités, en particulier dans les démocraties. Mais ce n'est pas la crise sanitaire et l'épidémie du Covid-19 qui créent ces crises. Elles ne font que révéler des faiblesses déjà largement existantes.

La crise jette une lumière crue sur la relativité de notre souveraineté.

Elle met en évidence une dépendance technologique que, par ignorance ou par fierté nationale, nous avons tendance à sous-estimer.

Ceci vaut évidemment dans le domaine sanitaire. Nous constatons, éberlués, qu'une bonne part de nos approvisionnements en médicaments dépend de la Chine. En laissant ce pays devenir « l'usine du monde » n'avons-nous pas renoncé dans des domaines essentiels à garantir notre sécurité ?

Les signes alarmants existent au sein même d'un ensemble très intégré comme l'Union européenne. La pénurie de curare nécessaire à l'intubation des personnes en état grave semble en partie due à l'origine italienne et espagnole des ingrédients. On voit bien, dans l'Union, que cette situation peut trouver des solutions à l'avenir. C'est moins simple lorsqu'il s'agit de matériels incluant des technologies avancées où la dépendance vis-à-vis des États-Unis apparaît manifeste.

Mais cette dépendance sanitaire renvoie à une dépendance technologique plus vaste. L'opinion est avertie, mais peut-être négligente, de la faible sécurité des communications et en particulier des smartphones. Que sait-elle des contrats passés entre nos services de renseignements et Palantir, l'entreprise fondée par Peter Thiel ? L'intelligence artificielle fait peur, à tort ou à raison, mais sans doute les citoyens préféreraient-ils que les garanties données par les responsables qu'ils ont élus ne soient pas à ce point dépendantes de puissance étrangères et, à tout le moins, il est probable qu'ils souhaiteraient en être informés. Que dire de l'utilisation de Windows au ministère de la Défense ? À défaut de retrouver une souveraineté numérique perdue, nous pourrions diriger nos investissements vers le logiciel libre qui offre une garantie d'indépendance. L'Europe, et même la France seule si elle n'est pas suivie, pourrait rapidement contribuer de façon significative à ce bien commun numérique. Ce point va bien au-delà des seules questions de sécurité. Daniel Cohen (17) met justement l'accent sur une évolution vers le capitalisme numérique que cette crise peut accélérer. L'indépendance nationale, ou européenne, ne peut se mesurer seulement à l'aune de l'existence d'une capacité nucléaire.

La crise sanitaire nourrit les vieilles pulsions nationalistes. Pour y échapper, nous ne pouvons nous contenter des traditionnelles envolées lyriques sur les horreurs du fascisme, dans un sens, et l'universalité de la condition humaine, de l'autre. Si nous sommes, à l'échelle de nos nations, trop faibles pour concourir, alors l'Union européenne retrouve tout son sens. Loin d'en acter le décès comme certains s'évertuent à le clamer, l'intérêt nouveau porté par les peuples européens à la notion de souveraineté peut donner sa seconde chance à l'Europe.

La fragmentation de la mondialisation que la crise a toutes les chances de provoquer constitue une occasion inespérée de reprendre les rênes. Il y faut une volonté populaire et celle-ci était devenue si faible que plus rien ne semblait possible dans cette Union alourdie par l'élargissement, entravée par la bureaucratie et délégitimée par son caractère prétendu peu démocratique. Le retour progressif des égoïsmes nationaux était en train de tuer à petit feu le rêve des fondateurs. Les souverainistes de tout poil en ont fait leurs choux gras omettant de dire aux peuples qu'il n'y a de retour vers une souveraineté qu'en la partageant avec les autres Européens comme l'a montré la création de l'euro. Mais l'impossible comptabilité des avantages tirés de la construction européenne a failli à convaincre des citoyens de plus en plus dubitatifs sur son intérêt. Si bien que dans cette crise, l'inefficacité de l'action européenne vient conforter tous ses détracteurs. Dans le secteur sanitaire comme dans le domaine économique, l'absence de vision politique a empêché toute action préventive et la puissance des égoïsmes nationaux retarde les mesures nécessaires.

Il fallait un choc pour que la véritable nature de l'Union ressurgisse ; celle d'un refus d'abandonner des valeurs collectives et un modèle de société qui définissent une identité. C'est cette identité qui s'est fondue dans la mondialisation, c'est elle qui peut renaître de sa fragmentation. Ce choc, nous l'avons. Une renaissance est possible sous deux conditions : que la solidarité européenne

s'affirme dans le règlement de la crise sanitaire, que des hommes et des femmes portent et incarnent un renouveau de l'Europe politique. Les jours, les semaines et les mois qui viennent nous diront si ces conditions ont été réunies. Le défi est grand, tant l'Europe a perdu de sa crédibilité. Il faudra convaincre en proposant une méthode Monnet de l'après-guerre sanitaire, capable de réalisations visibles par tous qui justifieront des transferts de souveraineté calibrés.

La crise pose aussi en des termes nouveaux la question démocratique.

Notre modèle démocratique, issu de la révolution industrielle, a déjà subi bien des avanies. C'est fondamentalement un modèle de démocratie représentative : il repose sur le consentement à déléguer le pouvoir que donne le droit de vote à des hommes et des femmes qui l'exerceront en notre nom. On élit des représentants dont on pense qu'ils sauront mettre en œuvre la politique à laquelle on aspire et on leur fait confiance. Mais ce consentement, comme cette confiance, sont de plus en plus battus en brèche, l'air du temps étant moins à l'intérêt général qu'à l'accumulation des intérêts particuliers (18).

Il a fallu la combinaison de plusieurs facteurs pour en arriver là. D'abord, et surtout, la déception liée à des résultats moins heureux qu'espérés ; mais aussi le développement des réseaux sociaux qui donnent à chacun le sentiment fallacieux qu'il sait mieux que quiconque ce qu'il faut faire ; le lent glissement d'un mandat de représentation vers un mandat impératif par la pression directe et parfois physique que ces mêmes réseaux sociaux autorisent ; enfin la lente disparition des corps intermédiaires comme les syndicats ou les partis politiques. Tout a concouru à la lente décrépitude de la démocratie représentative.

C'est cette démocratie parlementaire cacochyme, née il y a deux siècles, que la crise sanitaire vient frapper de front.

La gestion de la crise sanitaire fait alors émerger une crise de la représentation. Si, comme le dit Max Weber, « un État est une communauté humaine qui revendique le monopole de l'usage légitime de la force physique sur un territoire donné » (19), ce monopole trouve sa légitimité dans celle de la représentation. Celle-ci était déjà en cause avant la crise. Elle est mise à l'épreuve par la crise.

Le principe peut être facilement admis que, en temps de crise, les démocraties peuvent avoir recours « de façon exceptionnelle » à des mesures coercitives, mais la question des limites ne manque pas d'être posée par une partie de l'opinion. Partout, la question qui est au cœur de la pensée de Giorgio Agamben : « Peut-on suspendre la vie pour la protéger ? » a trouvé une réponse temporaire : à savoir, la vie (et même l'économie) avant les libertés publiques. Mais en sera-t-il de même à l'avenir si les mesures autoritaires, à commencer par le confinement, devaient durer ou se renouveler ?

La démocratie découle du mode d'accession au pouvoir plus que de son exercice (20). Toutefois, ces mesures d'exception ont deux conséquences. La première est que la frontière se brouille entre démocraties et régimes autoritaires. La seconde est que des gouvernements élus démocratiquement peuvent être tentés d'utiliser la crise à des fins variées : tentative de transition vers un régime moins démocratique (Hongrie) ou gestion d'autres problèmes intérieurs (Inde, Algérie). Dans de nombreux pays, la vie démocratique est mise entre parenthèses par le report des élections comme en Pologne ou en Bolivie, avec le cas particulier de la France.

Les temps de crise ont souvent fait émerger une forme d'unité nationale. Dans une certaine mesure, le sens de l'urgence et la nécessité de survivre ont provoqué un sursaut de loyauté chez les citoyens. Le plus souvent, les populations se sont rangées derrière les décisions fortes prises par leur gouvernement avec consentement/acceptation si ce n'est avec enthousiasme (21), (22). Toutefois, dans la plupart des régimes démocratiques, les décisions sont questionnées, les consignes contrevenues et de manière générale, la pertinence des mesures recommandées par des experts qui, en d'autres temps, auraient fait foi est largement remise en cause.

À tel point que l'on peut légitimement se demander si la notion de programme politique a encore un sens. Comme les élus se révèlent incapables de faire ce qu'ils ont promis, les citoyens ne leur font plus confiance et entendent intervenir à tout moment dans la prise de décision ; on s'éloigne alors beaucoup de la démocratie représentative pour tendre vers des formes plus ou moins organisées de démocratie directe. Le risque est alors celui de tout populisme ; la vérité, la raison importent moins que l'action même lorsque celle-ci n'est fondée que sur la passion. Benda nous a enseigné à quels drames cela conduisait inexorablement (23).

À l'inverse, dans la plupart des régimes non-démocratiques, la légitimité du pouvoir est conférée par la capacité des dirigeants à protéger leur population et à maintenir l'ordre social plus qu'à garantir leurs libertés. Dans la plupart de ces pays, les autorités ont imposé une réponse forte et rapide à la crise et on voit en retour un certain sentiment de soutien et d'unité nationale au sein de la population (Chine, Vietnam, Jordanie, etc). En d'autres termes, non seulement la sortie de crise pourrait marquer un affaiblissement de la légitimité des autorités publiques dans les démocraties, mais en même temps un raffermissement du pouvoir dans les autocraties.

Par la fulgurance de sa survenue et l'impétuosité de la propagation du virus, la crise sanitaire a imposé des mesures législatives et réglementaires d'une magnitude assez inédite dans nos démocraties. Dans de nombreux pays, l'exécutif s'est senti autorisé à prendre des mesures liberticides ou de surveillance de masse déployant pour ce faire des technologies jusqu'alors réservées au renseignement militaire ou anti-terroriste ! D'une manière générale, ces mesures dérogeant aux libertés publiques sont plutôt bien accueillies, voire plébiscitées par des citoyens qui y voient un arsenal protecteur de leur sécurité.

Que les gouvernements privilégient l'efficacité n'est pas une spécificité de la crise sanitaire. Que les citoyens soient moins attentifs à la sauvegarde de leurs droits fondamentaux reflète sans doute d'une angoisse face au fléau nouveau après des décennies d'absence d'adversités collectives. Ces mesures prises à titre exceptionnel et temporaire doivent impérativement le rester. Or, depuis quelques années, force est de constater que d'autres mesures prises au nom de la lutte contre le terrorisme sont passées dans une indifférence quasi générale du statut de mesures exceptionnelles et temporaires à celui du droit commun.

Nous devons veiller à ne pas affaiblir durablement l'État de droit au nom de l'urgence à combattre le virus. A l'automne dernier (mais cela semble si loin déjà), François Sureau rappelait que « l'État de droit, dans ses principes et dans ses organes, a été conçu pour que ni les désirs du gouvernement ni les craintes du peuple n'emportent sur leur passage les fondements de l'ordre public, et d'abord la liberté » (24).

Au lendemain de la crise, les questions politiques seront donc nombreuses. Quels régimes seront perçus comme ayant bien géré la crise ? Quelle transition mettre en œuvre pour revenir des mesures d'exception à la vie normale ? S'ils n'ont pas réussi à agir à l'unisson pendant la crise sanitaire, quelle crédibilité auront les régimes démocratiques pour gérer d'autres crises comme le défi climatique ou la question migratoire ?

Et, si les égoïsmes nationaux dominent pendant la gestion de la crise sanitaire, comment empêcher ensuite la vague des populismes nationaux de tout emporter sur son passage ? Aussi, la coopération internationale n'est-elle pas seulement un élément d'une gestion efficace de la crise, elle est une condition de la survie démocratique au sortir de celle-ci.

## **Sans doute entrons nous dans un autre monde**

Une autre économie : le retour des régulations ?

La période actuelle est celle du désordre et la question se pose évidemment de savoir dans quelle direction nous nous orienterons lorsque la crise sanitaire sera jugulée. Au cours des trente dernières années, la cause était entendue. Nous assistions à la victoire sans partage du libéralisme économique dans la ligne de la fin de l'histoire de Francis Fukuyama (25). Mais ceux qui portent sur l'histoire le regard de la longue durée trouvent aujourd'hui matière à revenir sur l'idée que le libéralisme l'a définitivement emporté. La leçon donnée, il y a trois quarts de siècle, par Karl Polanyi (26) est que le libéralisme économique est une phase de désorganisation entre deux périodes plus régulées. Celui-ci s'affirme périodiquement, comme une parenthèse, jusqu'à ce que, chaque fois la nécessité de nouvelles régulations s'impose parce que les phénomènes économiques ne sont pas indépendants du reste de l'évolution de la société.

En 150 ans, nous avons connu trois grands cycles de régulation du capitalisme. Celle qui, issue du XIX<sup>ème</sup> siècle, s'achève avec la Première Guerre mondiale. Elle cède la place à une autre régulation fondée sur la production de masse dans un monde taraudé par la renaissance des nationalismes et habité par la construction de la démocratie. Et puis, une troisième phase est venue car, contrairement à ce qu'envisageait Polanyi, le marché ne s'est pas effondré avec la crise de 29 ni au sortir de la Seconde Guerre mondiale. C'est qu'après 1945, la généralisation de l'État providence, l'émergence de la domination américaine et l'effacement du fascisme ont façonné les nouvelles régulations des décennies suivantes. Vers la fin des années 70, une nouvelle rupture s'est amorcée. Elle touche aussi bien le monde de la production, les idées politiques que la scène internationale. L'émergence des technologies de l'information, la vague libérale du refus de l'impôt, puis l'effondrement du communisme annoncent la fin de la période sociale-démocrate.

Ainsi, nous connaissons depuis près de deux siècles une succession de phases organiques au cours desquelles un mode d'organisation de l'économie et de la société domine et des phases critiques pendant lesquelles ces régulations s'essoufflent puis s'évanouissent, pour céder la place à d'autres. La dernière grande régulation collective a été celle de l'État providence. Qu'elle se soit épuisée ne fait plus de doute. Et malgré un léger balbutiement au lendemain de la crise des « subprimes », rien n'est venu la remplacer.

Entre ces phases de régulation, les anciens schémas se délitent, l'organisation collective recule, les individualismes retrouvent droit de cité. Jusqu'à ce qu'un choc massif permette à l'histoire de reprendre ses droits et que les hommes sculptent les charpentes de la société nouvelle. Ce sont de telles charpentes qu'il nous faut rebâtir aujourd'hui.

Ces régulations n'épargnent aucune des activités humaines, mais au-delà de l'espace classique de la coopération économique, il y a plusieurs domaines où la nécessité de la régulation s'impose.

D'abord, évidemment, dans le champ de l'organisation sanitaire. Paradoxalement, c'est dans ce domaine que la coopération internationale a commencé à se mettre en place dès 1851 avec le premier Règlement Sanitaire International. La réforme de 2005 a renforcé l'indépendance du directeur général de l'OMS mais il faut aller beaucoup plus loin notamment dans sa coordination avec l'OMC.

Le rôle de l'OMS peut notamment être important dans la mise en œuvre de politiques de prévention plus actives. Dès lors que les pandémies n'apparaissent plus comme des risques négligeables, des « Black Swans » pour reprendre l'expression utilisée dans le domaine des risques financiers, alors la nécessité de prendre en compte ces politiques dans les choix publics s'affirme avec force. Le démantèlement, par Donald Trump, de la cellule chargée de la sécurité sanitaire à la Maison Blanche montre que nous n'en sommes pas là.

La crise sanitaire crée peut-être aussi l'opportunité d'une mobilisation nouvelle pour lutter contre le changement climatique. Au-delà des liens entre le climat et la santé publique, les mesures prises dans le cadre de la lutte contre la pandémie transforment le débat sur les contraintes budgétaires que nous nous imposons comme sur l'encadrement des comportements individuels. Mais il existe aussi un lien avec d'autres domaines de la préservation de l'environnement et en particulier la préservation de la biodiversité. La destruction des écosystèmes par la pollution, la restriction progressive des lieux d'habitat ou les commerces prohibés favorisent les zoonoses comme de nombreux exemples récents l'ont montré.

Mais même si l'on accepte l'hypothèse plausible d'une fragmentation de la mondialisation, ces différentes politiques ne peuvent qu'être globales. Revient alors la question lancinante qui traverse tout questionnement sur les conséquences de la crise sanitaire : y a-t-il une place pour le multilatéralisme ? Et au-delà, peut-on concevoir une action multilatérale qui ne relève pas uniquement des États mais qui se développerait entre les régions voire les grandes métropoles ?

Un autre paradigme

a/ Un changement de la relation entre les États : quel nouvel équilibre géopolitique ?

Si l'espoir doit demeurer que la crise soit à l'origine d'un renouveau de la coopération au niveau mondial et européen, il est important de scruter ses conséquences plus immédiates sur les relations internationales.

La première découle du vide de puissance que la focalisation sur la crise sanitaire des principaux gouvernements va rendre chaque jour plus visible. Tant qu'ils sont, comme tous, submergés par la pandémie, les groupes armés semblent avoir choisi le repli. Mais dès que les conditions le permettront, nul doute que les conflits repartiront alors même que les grands acteurs de la vie seront surtout concernés par leur situation domestique. On peut craindre que ce soit le cas, en Syrie comme en Libye au Sahel comme au Yémen. D'autant que de nombreux États ébranlés par la crise auront encore plus de difficulté que par le passé à exercer leurs responsabilités régaliennes.

Dans ce contexte, il est probable que la tentation soit forte pour certains États d'accroître leur influence internationale. La Chine, la Russie dans une moindre mesure, ont déjà saisi cette occasion en distribuant des aides médicales principalement aux pays européens. À l'issue de la crise sanitaire, la compétition idéologique reprendra avec force dans une situation où les populations auront été friandes d'intervention étatique et de pouvoir fort. Coincés entre leur réticence à toute action multilatérale et leur confrontation avec Pékin, les États-Unis vont peiner à éviter une redistribution des cartes, mais bien entendu beaucoup dépendra des élections de novembre. La Chine n'est pas en situation d'exercer un leadership mondial mais il n'est pas certain que les États-Unis en soient encore capables.

C'est donc bien une fragmentation de la mondialisation qu'il est raisonnable d'attendre et ce peut être la chance de l'Europe si elle sait se ressaisir.

b/ La crise de l'être conduira-t-elle à un changement de la relation entre les hommes ?

Pour que les cartes puissent être rebattues, il faut que le risque pandémique imprègne profondément, mais surtout durablement la sensibilité collective mondiale. La métaphore guerrière, qui a été très largement utilisée ne trouve à s'appliquer que dans le temps de la mobilisation : la majorité des études (27) laisse entendre qu'il ne saurait y avoir d'armistice, encore moins de libération. Il s'agit donc non seulement d'un effort de guerre de long terme, mais également, d'une réintégration dans les consciences collectives, de la permanence d'un risque pandémique infectieux. Face à une menace aussi structurante et aussi universelle, il est probable que nous assistions à un changement profond des préférences collectives.

Première évolution probable de nos préférences collectives : le rapport à la temporalité. Entrer dans un monde marqué par l'aléa infectieux suppose de corriger nos carences et de constater notre incapacité, notamment en Europe, à donner une réalité au principe de précaution et à cultiver l'approche préventive. L'embolisation des systèmes de santé des pays développés n'est que le symptôme d'une vision politique de court terme qui se sent prémunie de tout imprévu matériel du seul fait de l'existence de marchés de biens et de services interconnectés et réactifs. Les décisions futures ne pourront s'exonérer d'une inscription, notamment budgétaire, dans le temps long ni d'une approche stratégique systématisée des différents pans prioritaires de la vie des populations.

Au-delà de ce premier aspect, le risque infectieux nous rappelle avec la force de l'évidence l'interdépendance entre les individus. C'est tout le paradoxe du confinement actuel : isolés chez eux, les individus n'ont jamais autant œuvré pour la restauration du collectif. La santé de chacun n'est plus, comme dans le cas des maladies cardio-vasculaires et dégénératives, la conséquence de comportements individuels : elle dépend de la responsabilité de chacun vis-à-vis du collectif, et, inversement, de la capacité du collectif à prendre en charge la santé du moindre de ses membres. Le propre des virus que cette pandémie vient nous rappeler, c'est de ne reconnaître aucune frontière, ni sociale, ni politique : aucune barrière, aucun mur ne prémunira durablement les sociétés d'un risque de contagion, d'un « cluster » prêt à essaimer.

En sus du nécessaire renforcement du rôle de l'OMS dans la mise en œuvre de politiques de prévention actives, cette réapparition du sentiment d'interdépendance doit être accompagnée pour ne pas qu'émerge une société de défiance généralisée. Un récent sondage (28) sur l'acceptabilité d'une application téléphone pour tracer les contacts des porteurs du Covid-19 montre que près de

75% des répondants installeraient probablement ce type d'application si elle existait. Quelle appréciation sociale serait faite d'un individu refusant d'installer une telle application ? Ce refus doit-il simplement être autorisé lorsqu'il est susceptible de mettre en danger le collectif ? Il est probable que cette crise sanitaire et sa pénétration dans l'imaginaire collectif incitent à l'émergence d'une société de la transparence médicale : ainsi, est-il possible que la circulation des personnes soit à l'avenir soumise à la production de tests d'immunité, comme le carnet de vaccination international est actuellement demandé à la frontière de nombreux États. Mais il y a un monde entre un simple carnet de carton et les données de son téléphone portable. Pour que le régime de transparence individuelle que l'on pressent ne se transforme pas en société de défiance, les pouvoirs publics se doivent de jouer un rôle actif afin de garantir non seulement l'anonymat des utilisateurs mais également l'effacement des jeux de données (29). Ce positionnement public ferme doit constituer le socle d'un nouveau « système providentiel » sur lequel asseoir une confiance et un pacte citoyen renouvelé.

[1] Jin Wu, Weiyi Cai, Derek Watkins and James Glanz, « How the Virus Got Out », The New York Times, 22 mars 2020

[1] La France a également disposé d'un stock stratégique important. Créé en 2007, l'Établissement de préparation et de réponses aux urgences sanitaires disposait en 2009, dans le contexte de l'épidémie de H1N1, d'un milliard de masques anti-projections, destinés aux malades, et de 900 millions de masques de protection, dits « FFP2 ». En 2013, la doctrine de gestion des stocks stratégiques est modifiée, avec transfert de la protection des travailleurs aux employeurs. En 2016, les missions de l'EPRUS sont intégrées au sein d'un nouvel établissement Santé publique France.

(3) Cf. Fondation Jean Jaurès ...

(4) Comme Haïti, par exemple, dont 32% du PIB en 2018 vient de ces transferts

(5) Aux Maldives, cas extrême, 75% du PIB dépend directement, et indirectement, du tourisme et les réserves en devises ne dépassent pas 2 mois d'importations.

(6) Ce dont la Chine, qui n'a pas accès aux swaps, pourrait bénéficier.

(7) Ceux-ci viennent augmenter les réserves des banques centrales et permettent aux pays en développement de procurer des « hard currencies ».

(8) La France vient de faire enfin une proposition en ce sens

(9) Depuis, le chèque de 1500 dollars pour tous les ménages a amélioré la situation.

(10) Terra Nova, mars 2020

(11) Larry Summers « U.S. economic prospects: secular stagnation, hysteresis, and the zero lower bound », Business Economics, 49, p.65-73, 2014

(12) Paolo Surico et Andrea Galeotti, « The economics of a pandemic : the case of Covid-19 », London School of Economics, 2020

(13) Paolo Surico et Andrea Galeotti, *ibid.*

(14) Dès janvier 2008, le FMI avait à Davos annoncé la nécessité à venir d'une relance budgétaire mondiale. Elle prendra forme au G20 de 2009 à Londres et a permis d'éviter les millions de chômeurs prévisibles.

(15) Sur ces points, cf. Shahin Vallée « macro note : Options for the Eurogroup and a possible staged path to coronabonds », 2 avril 2020

(16) Ce mécanisme, créé en 2012, peut mobiliser jusqu'à 700 milliards d'euros. Il est parfois à tort, qualifié de FMI européen. La principale différence avec le FMI vient de ce que les ressources du MES sont des ressources d'emprunt et non des ressources monétaires. Ce n'est pas un Fonds Monétaire Européen mais un Fonds Budgétaire Européen.

(17) Daniel Cohen, « La crise du coronavirus signale l'accélération d'un nouveau capitalisme, le capitalisme numérique », Le Monde, 2 avril 2020

(18) Max Weber, dans *Économie et société*, insiste sur le fait que la soumission volontaire propre à toute forme de socialisation dépend des qualités que le dominé prête à celui qui le commande.

(19) Max Weber, « Politik als Beruf », 1919

(20) Si ce qui caractérise la démocratie c'est le mode d'acquisition du pouvoir et non son exercice (Adam Przeworski et al., « Democracy and Development : Political Institutions and Well-being in the World, 1950-1990 », vol. 3, Cambridge Univ. Press, 2001) alors le caractère démocratique de nos sociétés n'est pas en cause.

(21) « In democracies, the relationship between citizens and government relies on the triumvirate of compliance, consent, and legitimacy. » Hardin, « Compliance, Consent and Legitimacy », in Boix & Stokes, *Comparatives Politics*

(22) Qui aurait pu imaginer cela quand, il y a 18 mois, la révolte des gilets jaunes en France est née entre autres de l'indignation contre la limitation de vitesse à 80 km/h, jugée liberticide.

(23) Julien Benda, « La trahison des clercs », 1927, réédition Les cahiers rouges, Grasset, 2003

(24) François Sureau « Sans la liberté », Tract, Gallimard, 2019

(25) Francis Fukuyama, « The End of History and the Last Man », The Free Press, 1992

(26) Karl Polanyi, « La grande transformation. Aux origines politiques et économiques de notre temps », Gallimard, 1944

(27) Gideon Lichfield, « We're not going back to normal », MIT, 2020

(28) <https://045.medsci.ox.ac.uk/user-acceptance>, Université d'Oxford, 31 mars 2020

(29) Ce que l'Europe a su mettre en place avec l'adoption précurseur du RGPD

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/sanofi-manager-wer-als-erster-impfstoff-hat-kommt-als-erster-aus-wirtschaftskrise-16736843.html?premium>

SANOFI-MANAGER IM GESPRÄCH:

## „Wer als erster den Impfstoff hat, kommt als erster aus der Wirtschaftskrise“

- VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 22.04.2020-17:03



David Loew erklärt, wie Sanofi-Pasteur im nächsten Jahr bis zu 600 Millionen Dosen des Impfstoffes gegen Covid-19 produzieren will, warum Europa Garantien geben muss und die Grippe-Impfung so wichtig ist.

Auf Herdenimmunität zu setzen, gilt als zu gefährlich. Die Alternative ist, sich weltweit einzuschränken, bis ein Impfstoff da ist. Sie leiten die Impfstoffe-Tochtergesellschaft von [Sanofi](#), einem der vier größten Hersteller der Welt. Wann dürfen wir mit dem Impfstoff gegen Covid-19 rechnen?

Die Frage ist, wie Sie das meinen. Wenn es heißt, dass ein [Impfstoff](#) in ganz kleinen Dosen für Notsituationen irgendjemandem in den Vereinigten Staaten geliefert wird, dann ist das nicht, wovon wir reden. Wir haben eine Weltbevölkerung von 7 bis 8 Milliarden Menschen. Wenn Sie annehmen, dass Sie zwei Dosen brauchen, hätten wir also einen Bedarf von 16 Milliarden Dosen. Sagen wir mal, dass die Hälfte der Bevölkerung geimpft wird, sind wir also bei 8 Milliarden Dosen. Das sind gigantische Volumen, die man sich kaum vorstellen kann. Zum Vergleich: Sanofi Pasteur produziert heute über alle Impfstoffe hinweg mit seinen 12.000 Mitarbeitern 1 Milliarde Dosen im Jahr. Wir stehen vor einer Herausforderungen, wie wir sie noch nie gesehen haben.

### Was plant Sanofi für Covid-19?

Nach ersten Schätzungen können wir uns vorstellen, dass wir in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres 100 bis 600 Millionen Dosen herstellen, doch es herrscht noch viel Unsicherheit, wir wissen zum Beispiel noch gar nicht, wie groß die einzelnen Dosen sein müssen. Wir werden aber versuchen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln. Wir gehen davon aus, dass wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit den klinischen Tests der Phase 1 beginnen. Wir treiben zwei Impfstoffkandidaten voran: einen so genannten rekombinanten Wirkstoff, der ein Adjuvans braucht, weshalb wir mit dem Pharmakonzern [GlaxoSmithKline](#) (GSK) eine Allianz geschmiedet haben. Zwei Impfstoff-Giganten kommen hier zusammen.

Zum anderen arbeiten wir mit der amerikanischen Biotechgesellschaft Translate Bio an einem Impfstoff auf Basis der Technologie namens „Messenger RNA“. Sie ist wissenschaftlich sehr vielversprechend; das amerikanische Unternehmen Moderna setzt auch darauf. Es gibt aber mehrere große Fragezeichen. Die Versuche in der Phase 1 sehen sehr gut aus, doch es gibt bisher keinen lizenzierten Impfstoff auf Basis von „Messenger RNA“, wir haben keine Ahnung, was in Phase 3 passiert. Es ist nicht gegessen, bis man es im

großen Stil getestet hat. Die zweite Herausforderung ist die Frage der Produktion im großen Stil. Kleinere Unternehmen wie Biontech und [CureVac](#) aus Deutschland arbeiten auch an der „Messenger RNA“, das sind vielversprechende Ansätze; BionTech kooperiert ja zudem mit Pfizer, da sind wir quasi im gleichen Boot. Aber dennoch gilt: Auch wenn einige an der Börse mehrere Milliarden Euro wert sind, haben sie noch nie hunderte von Millionen von Dosen produziert.

Was braucht man für die Großproduktion?

Wir verbringen 70 Prozent der Zeit mit Qualitätskontrolle, Sie injizieren die Impfstoffe ja in gesunde Leute. Die Auflagen sind extrem streng. Es gibt heute schon genug Impfstoffgegner. Wenn man zu viele Kompromisse machen würde, könnte es gefährlich für alle Impfstoffe werden. Covid-19 ist schlimm, aber andere Viren oder Bakterien darf man nicht vergessen. Denken Sie daran, dass etwa Tollwut zu 100 Prozent tödlich ist, wenn Sie gebissen werden, sterben Sie sicher. Kinderlähmung ist dank der Impfungen fast überall ausgerottet. Typhus oder Diphterie hat früher Millionen von Menschen umgebracht. Und auch die [Grippe](#) tötet jährlich im Durchschnitt 650.000 Menschen auf der Welt. Wir stehen heute vor der Herausforderung, dieses Bereiche nicht zu kannibalisieren.

Bauen sie jetzt die Kapazitäten für einen Impfstoff gegen Covid-19 aus?

Wir sind dabei, riesige Investitionen von mehreren 100 Millionen Euro vorzunehmen. Da müssen alle durch. Es braucht insgesamt mehrere Milliarden, um die Kapazitäten hochzufahren, und zwar so schnell wie möglich. Die ganze Industrie sucht derzeit etwa Abfüll- und Verpackungsanlagen. Da können Sie nicht nur ein Gebäude mit 200 Mitarbeitern haben, wir müssen gigantische Volumen durchschleusen. Es fehlt auch an Spritzen, deshalb setzen wir auf Verabreichungen in multiplen Dosen. Die Frage ist zudem, ob es genügend Rohstoffe gibt, darunter zum Beispiel die Lipidnanopartikel, die man für die Technologie der „Messenger RNA“ braucht.

Wie finanzieren Sie das?

Das ist der springende Punkt. Wir müssen jetzt die Produktion aufbauen, obwohl wir den Impfstoff noch nicht haben. Würden wir warten, bis die klinischen Studien fertig sind, dann haben wir erst 2023 oder 2024 einen Impfstoff. Also muss die Industrie jetzt mit den Regierungen zusammenarbeiten. Die [Europäische Union](#) muss die Entscheidung treffen, wie sie die Beschleunigung der Prozesse unterstützen kann. Die Industrie kann nicht das ganze Risiko tragen. Wir brauchen das Versprechen, dass gewisse Volumen zu einem gewissen Preis abgenommen werden. Es muss einen Risikopakt geben. Wir haben ja auch Aktionäre, die sagen könnten, konzentriert Euch besser auf etwas Sichereres. Wir sollen jetzt nicht alle steinreich werden. Das wäre natürlich falsch, doch man muss einen Mechanismus finden, wo ein gewisser Return of Investment da ist. Sonst sagen alle, der andere soll es machen.

Beim Kampf gegen Ebola hat sich mancher Hersteller die Finger verbrannt, weil er sich 24 Stunden am Tag nur darauf konzentrierte, am Schluss aber nicht genügend Abnehmer fand. Dabei müssen die Regierungen auch das Risiko eingehen, auf etwas zu setzen, das vielleicht scheitert. Das ist wie beim Modell der Hausratsversicherung. Sie schützen sich vor Brand oder Einbruch, doch wenn es nicht dazu kommt, erhalten Sie die Versicherungsprämie auch nicht zurück. Dabei muss die EU sagen, wie viele Produzenten sie unterstützt. Derzeit gibt es 79 Impfstoff-Kandidaten in der Forschung. Alle möglichen Universitäten behaupten, bald einen Impfstoff zu haben, dabei haben sie noch nie einen Impfstoff produziert. Es ist toll, dass alle versuchen, wissenschaftlich neue Daten zu generieren, aber es braucht jetzt eine Koordination in der Frage, auf welche fünf oder acht Pferde setzen wir?

Wie verfahren die Vereinigten Staaten in dieser Frage?

Dort funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Industrie und dem Staat sehr gut. Die Behörde Biomedical Advanced Research and Development Authority (Barda) könnte ein Modell für Europa sein. Bei der Schweinegrippe H1N1 2009/2010 hatten die Amerikaner festgestellt, dass ihnen Impfstoffe fehlten. Der Einkauf im Ausland war auch nicht möglich, weil die anderen Länder nichts rausließen. So gründeten sie die mit vielen Spezialisten ausgestattete Barda, die mit der Industrie Verträge über die Unterstützung für

Entwicklungskosten und Produktionsstätten abschließt. Die Industrie darf die Patente behalten, muss aber auf amerikanischem Boden produzieren. Das läuft extrem gut, deshalb konnten sich die Vereinigten Staaten jetzt auch so schnell mobilisieren. Auch wir arbeiten mit Barda zusammen und produzieren in den Vereinigten Staaten. In Europa dagegen befinden wir uns noch in Gesprächen; wir haben erste Kontakte mit der Europäischen Kommission gehabt.

Sind internationale Spannungen zu erwarten, wenn ein Impfstoff gegen das Coronavirus da ist?

Die Vereinigten Staaten werden sagen, wir haben das finanziert, wir brauchen das jetzt für uns. Bei den Chinesen wird es ähnlich sein. So kann man sich als Szenario vorstellen, dass die geopolitischen Blöcke, die als erste einen Impfstoff haben, als erste auch aus der Wirtschaftskrise herauskommen. Wenn Europa nicht in die Gänge kommt, wird es extrem geschwächt dastehen. Europa sollte so schnell wie möglich, eine Behörde wie Barda aufbauen. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, doch zumindest sollte man rasch Strukturen schaffen, die nach den gleichen Prinzipien arbeiten.

Und was ist mit den Entwicklungs- und Schwellenländern?

Das ist ein weiteres Spannungsfeld. Wir wissen auf jeden Fall, dass es zunächst nicht genügend Impfstoffe geben wird und nicht genügend schnell. Alles braucht seine Zeit. Wir arbeiten in einer Allianz mit, die sich um die Entwicklungsländer kümmert.

Kann man davon ausgehen, dass erst mal die Industrieländer sich bei den Impfstoffen bedienen werden?

Das ist eine politische Frage. Wir sind dafür da, die Dosen zu produzieren. Doch Sie sehen, was in den Vereinigten Staaten passiert, wo es heißt: „America first“. Das kann auch in Europa passieren, wo rechte Parteien ähnliches fordern.

Sind die Behörden genügend flexibel, so dass die Entwicklung beschleunigt werden kann?

Ja, die FDA in den Vereinigten Staaten und EMA in Europa arbeiten sehr gut und pragmatisch. Die verschiedenen Etappen werden eingehalten, aber sehr beschleunigt und zum Teil parallel. Normalerweise dauert eine Impfstoffentwicklung bis zur Registrierung 10 bis 15 Jahre. Die Behörden achten aber darauf, dass keine unvermeidbaren Risiken entstehen. Der Grund, warum es sonst 10 oder mehr Jahre dauert, sind die Ansprüche an die Effektivität. Da könnte man Kompromisse machen.

Mit welcher Effektivität kann man beim Corona-Impfstoff rechnen? Könnte man bei 50 Prozent dennoch impfen?

70 Prozent beispielsweise wären schon hoch. Bei 50 Prozent könnte man durchaus schon sagen, „dann nehmen wir schon mal das“. Bei der Grippe liegt die Effektivität im Durchschnitt bei 40 Prozent. Aber diese 40 Prozent retten Millionen von Menschenleben. Wir wollen ja erreichen, dass die Leute nicht daran sterben und die Wirtschaft nicht paralytisch ist. Bei der Grippe hat man das ganz klar geschafft. Und was bei der Grippe übrigens sehr wichtig ist: Wenn, wie vielfach vorhergesagt, eine zweite Covid-19-Welle kommt, müssen wir das durch breite Grippeimpfungen abfedern. Wir hatten Glück im Unglück, dass uns Covid-19 nach der Grippesaison traf. Eine Überlagerung wäre schlimm gewesen. Wir brauchen also für den Herbst und Winter hohe Grippe-Impfraten. Die meisten Staaten in Europa haben schon begonnen, mehr Grippeimpfstoffe zu bestellen.

Sind Sie optimistisch, dass die Welt die Herausforderung durch Covid-19 in den Griff bekommt?

Die Menschheit hat gezeigt, dass sie es schaffen kann, wenn die Mobilisierung groß genug ist. Wir haben aber eine neue Lage; die Regierungen sind es nicht gewohnt, einen Virus als Angriff zu erleben. Der französische Präsident Emmanuel Macron sprach von „Krieg“, um aufzurütteln. Es braucht jetzt ein Umdenken und eine Umschichtung der Ressourcen.



Und wie erlebt man den Druck als Manager eines Pharmaunternehmens?

Ich arbeite seit zwei Monaten täglich quasi von 7 bis 23 Uhr. Doch die ganze Firma ist hoch motiviert und mobilisiert. In der Produktion leisten sie Heroisches. Journalisten sind ja oft ein bisschen kritisch mit der Pharmaindustrie. Doch alle, die an Impfstoffen arbeiten, sind jetzt mit Herzblut bei der Sache, sie denken jetzt nicht an die Aktionäre, sondern daran, was sie für die Menschen leisten können.

## **Zur Person**

Der 53 Jahre alte Schweizer David Loew hat mehr als zwei Jahrzehnte beim Pharmakonzern Roche gearbeitet, bevor er 2013 zu Sanofi wechselte. Drei Jahre später übertrug man dem Manager, der eine Ausbildung in Finanz-, Betriebswirtschaft und Marketing erhielt, die Leitung der Tochtergesellschaft Sanofi Pasteur mit Hauptsitz in Lyon, die mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Euro einer der fünf großen Geschäftsbereiche des französischen Konzerns ist. Mit einer operativen Umsatzrendite von gut 38 Prozent waren die Impfstoffe 2019 der profitabelste Geschäftsbereich von Sanofi. Das Unternehmen stellt in Frankreich, den Vereinigten Staaten, China, Kanada und Mexiko Impfstoffe her. Es gehört zu den „big four“ unter den Impfstoff-Herstellern - neben Pfizer, MSD (in den Vereinigten Staaten bekannt als Merck & Co) sowie GlaxoSmithKline.

Quelle: FAZ.NET

## Le Figaro (site web)

mercredi 22 avril 2020 - 18:44 UTC +02:00 986 mots

Vox ; Vox Société

# « Le confinement est-il vraiment légitime? Voilà qui n'a rien d'évident »

Tandonnet, Maxime

**TRIBUNE - Toute restriction des libertés doit satisfaire aux critères de nécessité et de proportionnalité. Est-ce le cas en l'espèce, s'interroge l'essayiste et historien Maxime Tandonnet.**

*Chargé de cours à l'université Paris-XII, Maxime Tandonnet est l'auteur de nombreux ouvrages remarquables. Il a notamment publié « Les Parias de la République » (Perrin, 2017) et, plus récemment, « André Tardieu, l'incompris » (Perrin, 2019), salué par la critique .*

*«La liberté d'aller et venir est le signe extérieur des régimes libéraux, selon le professeur de droit Georges Burdeau. Manifestation essentielle du principe général de liberté inscrit dans la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789, elle fait partie des attributs élémentaires qui font de l'homme un être libre. Elle correspond en effet à la première image que l'on peut se faire de l'homme libre, sans chaîne», lit-on dans le manuel Droit des libertés fondamentales (Dalloz, 2012).*

Le confinement obligatoire à domicile de l'ensemble de la population d'un État, assorti d'une stricte réglementation des sorties autorisées et de sanctions sous le contrôle des forces de l'ordre, est une situation profondément atypique dans l'histoire des démocraties libérales. Il n'existe pas d'équivalent historique, même dans les périodes les plus sombres. Le confinement autoritaire de la population n'est ni plus ni moins qu'une suspension de la liberté, en tant que principe fondateur du monde contemporain, pour lequel des millions de personnes ont donné leur vie par le passé. Que plusieurs autres pays aient adopté la même mesure n'y change rien. L'assignation à résidence collective n'a strictement rien à voir, dans l'ordre de la gravité, avec des mesures de bon sens comme les fermetures d'école ou de lieux publics, qui, elles, ne touchent pas une liberté aussi vitale que celle d'aller et venir.

Certes, la tradition libérale ou démocratique s'accommode de la suspension d'une liberté fondamentale, sous réserve qu'elle soit justifiée par des «circonstances exceptionnelles». La jurisprudence constitutionnelle s'en est jadis bien souvent inspirée: «*Les mesures de police administrative susceptibles d'affecter l'exercice des libertés constitutionnellement garanties, au nombre desquelles figure la liberté d'aller et venir, doivent être justifiées par la nécessité (...) et proportionnelles au but recherché.*» (Question prioritaire de constitutionnalité QPC n° 2010-13).

Dans quelle mesure le confinement général de la population au minimum pour deux mois, jusqu'au 11 mai, est-il compatible avec les principes de nécessité et de proportionnalité qui peuvent seuls autoriser un gouvernement démocratique à mettre entre parenthèses la liberté d'aller et venir, c'est-à-dire une liberté qui est la mère de toutes les libertés?

Tout d'abord, la nécessité du confinement est mise en avant par le discours officiel des dirigeants politiques et de la communauté scientifique. Elle semble, au premier abord, évidente et indiscutable: l'objectif est de sauver des vies en évitant la saturation du système hospitalier. Cependant, compte tenu de la gravité d'une telle mesure de suspension de la liberté, il n'est pas interdit de s'interroger sur les solutions alternatives qui étaient envisageables et qui ont prévalu à des degrés divers dans d'autres démocraties libérales (Suède, Pays-Bas, Suisse, Allemagne): tests de dépistage massifs et port de masques. En l'occurrence, nous savons aujourd'hui que la France est, depuis janvier, dépourvue des moyens suffisants.

La question de la liberté débouche donc sur celle de la responsabilité. La tentation sera grande d'accuser les fonctionnaires. Si ces derniers ont commis des fautes en n'appliquant pas les règles ou les consignes, leur responsabilité est engagée. Mais si la

catastrophe est venue d'un manque d'anticipation ou de réactivité, la responsabilité incombe alors aux dirigeants politiques concernés, dont la mission intrinsèque est de prévoir et d'effectuer les bons choix.

Ensuite, la mesure de suspension d'une liberté, pour rester compatible avec les exigences de la démocratie, doit être proportionnelle à l'objectif recherché. Ainsi, les circonstances exceptionnelles, par définition, se conçoivent sur une durée limitée. Le 11 mai a été annoncé comme date possible - mais non certaine - de sortie du confinement obligatoire. Quelles garanties contre le risque d'un prolongement au-delà, ou d'une banalisation de cette pratique en cas d'épidémie? De même, quelles raisons justifient une application jacobine, uniforme sur tout le territoire alors que des secteurs géographiques sont infiniment moins touchés que d'autres? Et comment expliquer certaines interdictions telles que le jogging ou les marches solitaires dans des lieux isolés (plages, forêts) qui de toute évidence ne comportent guère de risque de contagion? Au titre de l'exemplarité? Mais alors, elles dérogent au principe de mesures strictement indispensables pour combattre l'épidémie.

Les sondages montrent aujourd'hui un vaste consentement populaire au sacrifice temporaire de la liberté. D'aucuns sont tentés d'y voir l'illustration du *Discours de la servitude volontaire* de La Boétie (1576). Cependant, ce sacrifice n'a pas le même prix pour tout le monde. Il se double souvent de l'enfer de la solitude, d'un confinement en appartement réduit avec des enfants, ou de la détresse de l'emploi perdu ou de la ruine, pour des millions de personnes, ou de la perte d'un parent dans des conditions qui, dans les Ehpad, prêtent au désespoir. L'opinion est un grand fauve dont la docilité et la résignation apparentes peuvent basculer, sous l'effet de la douleur ou de la colère, le temps d'un éclair, en foucade imprévisible.

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/jean-michel-quatrepoint-ce-qui-nous-attend-au-sortir-du-confinement-est-colossal-20200422>

Jean-Michel Quatrepoint:

## « Ce qui nous attend au sortir du confinement est colossal »

FIGAROVOX/TRIBUNE - En quelques semaines, un virus a mis notre pays à l'arrêt, révélant ainsi l'ampleur du déclin économique français, juge Jean-Michel Quatrepoint. Du redressement industriel à la protection de notre classe moyenne, en passant par l'investissement dans la recherche, les défis seront nombreux.

Par Jean-Michel Quatrepoint

Publié il y a 1 heure, mis à jour il y a 1 heure

*Jean-Michel Quatrepoint est journaliste économiste. Il a notamment travaillé au Monde, à La Tribune et au Nouvel Économiste. Son dernier livre, co-écrit avec Natacha Polony, s'intitule Délivrez-nous du bien (Éditions de l'Observatoire, 2018).*

Ce virus aura révélé la mauvaise santé de la France. En profondeur. Sur le plan économique, social, sociétal, sanitaire, on pourrait même ajouter militaire avec la contamination du porte-avions Charles de Gaulle. Mais le plus grave, sans doute, est que la France souffre, depuis de longues années, de troubles psychologiques profonds.

Les Français n'ont plus confiance en eux, collectivement et individuellement. Ils n'ont plus confiance dans leurs élites. Ils n'ont plus confiance dans l'avenir. Il y a dans l'espèce d'effondrement de notre armée sanitaire, bien des similitudes avec mai 40. En quelques jours, quelques semaines, l'armée française, supérieure en nombre et en matériels sur le papier à l'armée allemande, s'était littéralement décomposée. Certes, comparaison n'est pas raison. Mais on pourrait énumérer d'autres similitudes. L'exode des citoyens français. L'accueil souvent très désagréable que les ruraux ont réservé à ces exilés. Ajoutons la délation, ce mal bien français, qui fleurit durant ces périodes. Jusqu'aux attestations de déplacement qui ressemblent fort aux *ausweis* de l'occupation.

Nos concitoyens se demandent comment un simple virus venu de Chine a pu en quelques jours nous mettre à genoux.

C'est cette «étrange défaite» que Marc Bloch avait décrite: comment un pays alors troisième puissance mondiale avait-il pu s'effondrer ainsi, tel un château de cartes. Aujourd'hui, nos concitoyens se demandent comment un simple virus venu de Chine a pu en quelques jours nous mettre à genoux.

C'est en effet bien une étrange défaite que nous vivons. Nous sommes encore la 6<sup>e</sup> puissance mondiale. Nous avons la force nucléaire, mais nous sommes obligés de mettre en résidence surveillée la quasi-totalité de la population pour éviter un désastre sanitaire. Et là, le citoyen se pose des questions. Comment se fait-il que le pays qui consacre la part la plus

importante de son PIB à la protection sociale soit incapable d'anticiper, de prévenir, et d'accueillir quelques milliers de malades en situation critique?

La réponse est, semble-t-il, la même qu'en mai 40. L'argent a été mal dépensé. La bureaucratie, hier militaire, aujourd'hui sanitaire, omniprésente, bloque les initiatives et étouffe dans l'œuf tous ceux qui veulent mener une guerre de mouvement. Bureaucratie que l'on retrouve dans bien des secteurs, à l'image de l'Éducation nationale notamment.

La bureaucratie sanitaire omniprésente bloque les initiatives et étouffe ceux qui veulent mener une guerre de mouvement.

Aujourd'hui, fort heureusement, grâce au personnel médical sur le terrain, le front sanitaire n'a pas été enfoncé. Il s'en est fallu de peu, et ce n'est pas encore totalement gagné. Comme en mai 40, nous n'avions pas la bonne stratégie. Nous n'avions pas les bonnes armes. Pourquoi? Pour des raisons de choix politique et économique. Et c'est là où l'on retrouve une différence de taille avec notre voisin, l'Allemagne.

Nous avons choisi dans les années 90 le modèle anglo-saxon. En privilégiant les services, le tourisme et surtout la finance. Nous avons choisi de désindustrialiser, dans le cadre de la mondialisation, et détruit une bonne partie de notre tissu industriel. Nous avons laissé à l'Allemagne le leadership dans ce domaine. Une sorte de répartition tacite des tâches. Dans le même temps, nous avons fait l'euro aux conditions allemandes, sans en tirer pour nous-mêmes les conséquences. Nous avons fait les trente-cinq heures, qui ont notamment totalement désorganisé l'hôpital, au moment où les Allemands travaillaient plus. Nous avons maintenu et accru un système de protection sociale fort généreux, notamment pour ceux qui cotisent très peu ou pas du tout.

Les pays qui s'en sortent ont conservé un tissu industriel, un savoir-faire et un minimum de contrôle des chaînes de valeur.

Depuis 2003, nous accumulons les déficits commerciaux et des comptes courants. C'est-à-dire que nous avons perdu, chaque année, collectivement de la richesse, alors que l'Allemagne, pays mercantiliste s'il en est, comme la Corée du Sud, Taïwan et même le Japon, eux, accumulaient les excédents. Ce n'est pas un hasard si ces quatre pays - même si le Japon a commis quelques erreurs parce que son Premier ministre ne voulait pas annuler les Jeux olympiques - sont ceux qui ont le mieux géré la crise du Covid-19 avec un minimum de morts et un confinement beaucoup moins sévère que la France, l'Italie, l'Espagne....

Ce qui caractérise ces pays est d'avoir conservé un tissu industriel, un savoir-faire et un minimum de contrôle des chaînes de valeur. Ajoutons que ces pays ont une population vieillissante et qu'ils respectent, eux, leurs aînés. Le nombre de lits d'hôpital par habitant a diminué, en France, de 10 % en dix ans. L'Allemagne et la Corée du Sud en ont plus du double que nous par habitant. Pour la réanimation, c'est encore plus spectaculaire: 28 000 lits outre-Rhin, contre 5 000 en France en temps normal. (dont 4500 sont occupés en permanence) Quelques 24 % du budget des hôpitaux allemands sont consacrés à l'administratif ; 35 % en France. Les Allemands estiment que le rôle de l'hôpital est d'assurer les soins de haute technologie. L'hôpital français, lui, est submergé par les soins courants pour une population qui ne trouve plus de généralistes et qui a fait des urgences son dispensaire.

L'Allemagne dépense 90 milliards d'euros par an pour la recherche contre 50 milliards seulement pour la France.

L'Allemagne s'est préparée au vieillissement de sa population. En France, on a choisi de se débarrasser des plus anciens, quand ils en ont les moyens, sur les EHPAD, et pour les plus démunis vers les foyers et les résidences pour personnes âgées des communes. Dans une optique purement comptable, on a cherché à réduire le nombre de lits d'hôpitaux et de services, sans mettre en place une offre alternative.

La pénurie de masques, comme celle des tests et des respirateurs, a illustré, jusqu'à la caricature, cette politique privilégiant les flux par rapport aux stocks. Pour les médicaments, comme on vient de le découvrir, mais pour bien d'autres secteurs aussi. Dans l'économie de l'avant Covid, le stock était l'ennemi et le bas prix le juge suprême. On voit où cela nous a menés. Nous avons été contraints d'appliquer la tactique la plus primaire: le confinement draconien, faute d'avoir les armes pour lutter contre le virus (masques, test, services de réanimation, etc.). Coréens, Taïwanais, Allemands, eux, ont pu mettre en place un confinement plus souple, parce qu'ils avaient les armes pour le faire. Nous arrivons à peine à tester 150 000 personnes par semaine. Les Allemands eux en testent 500 000. Parce qu'ils produisent en masse des tests et que c'est un allemand, Olfert Landt qui a mis au point le premier test mondial. Idem pour les respirateurs dont deux des principaux producteurs mondiaux sont allemands. L'Allemagne dépense 90 milliards d'euros par an pour la recherche (public et privé confondus) contre 50 milliards seulement pour la France.

Ce qui nous attend au sortir du confinement est colossal.

Nous risquons maintenant d'avoir une double peine. Non seulement nous aurons eu plus de décès, mais notre économie repartira plus tard ce qui va donner un avantage compétitif, un de plus, à notre voisin d'Outre-Rhin. Or, ce qui nous attend au sortir du confinement est colossal. Il faut d'abord sauver l'économie puis ensuite la reconstruire sur de nouvelles bases. C'est peu dire que le pays aura besoin de tous. Jeunes et vieux, citoyens des territoires et des métropoles. Il y aura besoin d'un nouveau pacte entre le capital et le travail. La guerre des générations que l'on a vu poindre avec la volonté de certains de confiner plus longtemps les seniors serait particulièrement malvenue. Il est vrai que l'on a assisté, depuis quelques années, sous l'influence des Anglo-Saxons et de la théorie du genre, à une guerre des sexes. On a vu arriver chez nous la guerre des races, avec une particulière agressivité de la part des minorités visibles. On voyait monter une guerre des générations, au nom d'un jeunisme ambiant. Haro sur les «baby boomers» coupables de ne pas avoir connu le chômage, de laisser un pays endetté, une planète polluée. Coupables d'avoir eu de belles années, de profiter de leur retraite et d'avoir plus de patrimoine que les plus jeunes. Dans l'inconscient de certains, une sortie du confinement mettant à l'écart les seniors, était quelque part, l'idée de les exclure et de se venger d'eux. Or, on a besoin de tous et l'union nationale doit se faire aussi autour des générations. Nous ne pouvons pas nous permettre des guerres picrocholines entre genres, origine ethnique, classes d'âge. Ni entre les territoires et les grandes métropoles. Ce virus marque une petite revanche des oubliés, de «ceux qui ne sont rien», dont on découvre qu'ils sont bien utiles.

Le défi aujourd'hui est de sauver une vaste classe sociale menacée de paupérisation absolue, voire de disparition.

Le défi aujourd'hui est de sauver une vaste classe sociale menacée de paupérisation absolue, voire de disparition. Des millions de commerçants, artisans, auto-entrepreneurs, professions libérales, n'ont plus de revenus, et pour une partie d'entre eux (restaurants, tourisme, etc.), c'est l'avenir même de leur activité qui est en jeu. La mondialisation et la crise de 2008 avaient déjà fortement laminé les classes moyennes constituées au cours des Trente Glorieuses. Elles s'étaient peu à peu reconverties dans les services aux entreprises et aux particuliers, dans le tourisme. Les commerçants survivaient mais leurs fonds de commerce s'étaient évaporés. Les professions libérales - en dehors de quelques ténors - voyaient leur niveau de vie décroître lentement. Si la collectivité ne fait pas un effort considérable, leur paupérisation va s'accélérer. Avec tous les risques sociaux et politiques que cela peut générer. C'est vers eux que l'effort de l'État doit de concentrer dans l'immédiat. Il lui appartient de tordre le bras aux banques, aux assureurs, aux foncières, à l'ensemble du système financier pour qu'ils renvoient l'ascenseur. Un système financier qui a la mémoire courte et oublie que ce sont les contribuables qui l'ont sauvé après 2008 et lors de la crise de l'euro en 2011.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-krise-debatte-ueber-italiens-staatsverschuldung-16737117.html?premium>

STAATSVerschuldung:

## Das italienische Dilemma

- VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 23.04.2020-08:18



Die Corona-Krise verschärft die Debatte um die Nachhaltigkeit der italienischen Staatsverschuldung. Auf lange Sicht gibt es nur eine gute Lösung.

Die ökonomischen Verheerungen der Corona-Krise werden viele Länder hart treffen, vor allem aber Italien. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds könnte die italienische Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um rund 10 Prozent einbrechen und selbst unter der Annahme einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung im kommenden Jahr bliebe das Land wirtschaftlich schwer getroffen. Die hohe Staatsverschuldung weckt nicht nur an den internationalen Kapitalmärkten die Sorge, Italien könne mit der Finanzierung der wirtschaftlichen Kosten der laufenden Krise überfordert sein.

Das Mitte März von der Europäischen Zentralbank beschlossene neue Anleihekaufprogramm gestattet zwar den Ankauf großer Bestände italienischer Staatsanleihen; es trägt aber nur unvollkommen zur Beruhigung der Kapitalmärkte bei. In den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel geht es um die Frage, wie wirtschaftlich fragilen Ländern und hier nicht zuletzt Italien am besten geholfen werden kann.

### Zwischen Fakten und Fiktion

Eine wichtige Zahl ist das Verhältnis der italienischen Staatsverschuldung zur Wirtschaftsleistung (BIP), das mit gut 130 Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch liegt und nach Schätzungen im Laufe der Krise auf 150 Prozent und mehr steigen könnte. Die heute rund 2,4 Billionen Euro umfassende Staatsverschuldung besteht zu gut 2 Billionen Euro aus Wertpapieren (überwiegend Anleihen); der Rest sind Kredite. Die unmittelbare Gefahr stellen angesichts niedriger Zinssätze nicht die laufenden Zinszahlungen dar. Daran änderte auch ein Zinsanstieg so schnell nichts, da er nur neue Anleihen beträfe, aber nichts an der Verzinsung laufender Anleihen mit festem Zinskupon änderte.

Die Nervosität, die ein Anstieg der italienischen Anleiherenditen erzeugt, erklärt sich vielmehr aus der Furcht, dass dieser Anstieg ein sinkendes Vertrauen von Kapitalanlegern in die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen ausdrückt und das Land den Zugang zu privaten Finanzierungsquellen verlieren könnte. Da aber die EZB schon aus rechtlichen Gründen nicht alle Anleihen kaufen kann, existiert ein fundamentales Dilemma: Italiens Staatsverschuldung ist zu hoch, um sie allein mit externen Programmen dauerhaft zu stabilisieren.

Italiens Staatsverschuldung ist aber auch so hoch, dass eine ungeordnet verlaufende Staatsschuldenkrise die internationalen Kapitalmärkte und vermutlich dann auch andere Volkswirtschaften in schwere Turbulenzen stürzen würde. Der aus einer jahrzehntelangen Praxis mit anderen Ländern mögliche Ausweg eines geordneten, international verhandelten Schuldenschnitts gilt aber (noch) als politisches Tabu.

Die Anfälligkeit der italienischen Staatsverschuldung für Debatten über ihre Nachhaltigkeit erklärt sich auch mit ihren Haltern. Eine detaillierte Analyse wurde im Sommer 2019 von dem Ökonomen Daniel Gros vorgelegt, und an den groben Größenordnungen dürfte sich bis zum Beginn der Corona-Krise wenig geändert haben. Auf der Basis der damaligen Daten schätzte Gros den Bestand der von heimischen Privatanlegern gehaltenen Staatspapiere auf rund 100 Milliarden Euro.

Das erscheint wenig, aber auch in zahlreichen anderen Ländern sind Privatanleger mit Käufen von Staatsanleihen zurückhaltend. Anleihen für etwa 400 Milliarden Euro wurden von italienischen Banken gehalten, die zudem Kredite an den Staat über knapp 300 Milliarden Euro in ihren Büchern hielten. Mit Forderungen von rund 700 Milliarden Euro wären die italienischen Banken höchst anfällig, wenn Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Staates entstünde.

Heimische Versicherer hielten Anleihen für 310 Milliarden Euro, und Investmentfonds, die überwiegend für italienische Anleger Vermögen verwalten, kamen auf 300 Milliarden Euro. Der größte einzelne Besitzer war im vergangenen Sommer die Banca d'Italia mit 400 Milliarden Euro. Durch die Ankaufprogramme sind ihre Bestände seitdem noch gewachsen. Ausländische Anleger, zumeist Fonds, besaßen Papiere für rund 450 Milliarden Euro. Schnelle Verkäufer in einer Krise wären in erster Linie unter den italienischen Fonds und den ausländischen Anlegern zu suchen, die im Sommer 2019 mit zusammen etwa 750 Milliarden Euro investiert waren. Das ist nicht wenig.

In der Diskussion der Staatsverschuldung mischen sich Fakten und Fiktion. Ein auch in Deutschland gebräuchliches Narrativ lautet, die Staatsverschuldung sei Ausdruck einer generellen übertriebenen Schuldenneigung des Landes wie überhaupt ganz Südeuropas. Wenig schmeichelhaft heißt es dann: Der Süden finanziere mit exzessiven Schulden ein *dolce vita*.

Wie trügerisch simple Bilder sind, verdeutlicht der Blick auf das Verhältnis der gesamten Schulden, die neben Staatsschulden auch Schulden von Unternehmen und Privathaushalten umfassen, im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Dann wirkt die italienische Gesamtverschuldung nicht mehr so exzessiv – gerade im Vergleich zu Ländern im Norden wie den Niederlanden, die gerne als Musterknaben genannt werden. Auch wird häufig übersehen, dass Italien seit mehreren Jahren einen Überschuss in seiner Leistungsbilanz aufweist. Da die Kapitalbilanz eines Landes die Leistungsbilanz spiegelt, heißt dies: Wie auch Deutschland exportiert Italien seit Jahren mehr Kapital, als es importiert.

## Öffentliche Armut und privater Reichtum

Diese Kapitalexporte bestärken einen bekannten, aber nicht oft thematisierten Befund: In Italien steht öffentlicher Armut ein erheblicher privater Reichtum entgegen. Das Pro-Kopf-Vermögen liegt in Italien deutlich über dem deutschen Vergleichswert. Das ist zum Teil das Ergebnis einer höheren Wohneigentumsquote; aber ganz generell sind die Italiener privat ein sparsames Volk.

Die Sparquote der privaten Haushalte lag in den letzten Jahren mit rund 10 Prozent in etwa auf dem deutschen Niveau. Ein weiterer Grund für die Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum in Italien besteht in der seit vielen Jahren bekannten Neigung des Staates, erhobene Steuern nur sehr unvollständig einzutreiben. Stattdoch darf man auch die italienischen Goldreserven mit 2452 Tonnen nennen. Über Goldverkäufe dachte schon einmal der damalige Innenminister [Matteo Salvini](#) öffentlich nach, aber da die Reserven in der unabhängigen Banca d'Italia und nicht bei der Regierung liegen, wäre ihre Mobilisierung wohl nicht ganz einfach.

An Ideen, die privaten Vermögen in Italien zur Sanierung der Staatsfinanzen heranzuziehen, fehlt es nicht, wohl aber am politischen Willen. Speziell Ideen aus dem Ausland werden von der Politik in Rom gewöhnlich mit Hohn und Entrüstung kommentiert. So hatte im Herbst 2018, also lange vor der Corona-



Krise, der Leiter der Abteilung Öffentliche Finanzen der Deutschen Bundesbank, [Karsten Wendorff](#), in der [F.A.Z.](#) „Solidaritätsanleihen“ vorgeschlagen, mit denen vermögende Italiener für Schulden ihres Staates haften.

Nach diesen Berechnungen hätte bei einem „Solidaritätssatz“ von 20 Prozent und einem Freibetrag von 50.000 Euro nahezu die Hälfte der damaligen Staatsverschuldung in „Solidaritätsanleihen“ umgewandelt werden können. Nach diesem Modell würde „ein nationales Problem durch nationale Solidarität“ gelöst. In der aktuellen Diskussion fällt auf, dass sogar Ökonomen, die für Deutschland Vermögensabgaben oder eine Art neuen Lastenausgleich nach Corona für sinnvoll halten, in ihren Vorschlägen für Italien von einem Eigenbeitrag der Italiener nichts wissen wollen.

## Staatsschuld

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Eurostat; IWF; Banca d'Italia /F.A.Z.-Grafik Brocker

## Primärsaldo

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Bild: F.A.Z.-Grafik Brocker

Die gelegentlich verbreitete These, der hohe Stand von Staatsschulden stamme von längst verblichenen Regierungen und sei als eine Erblast zu betrachten, zu der die aktuelle Politikergeneration nichts könne, stimmt nur insofern, als die seit September 2019 amtierende Regierungskoalition in der Tat keine Zeit besaß, die Staatsverschuldung deutlich zurückzuführen. Aber darüber hinaus ist die „Erblast“-These fragwürdig.

Das Brüsseler Bruegel-Institut hat im Herbst 2018 eine interessante Studie zur Schuldenentwicklung in Italien und in Belgien in den vergangenen Jahrzehnten veröffentlicht. Belgien hatte es zwischen 1992 und 2007 verstanden, das Verhältnis seiner Staatsschulden zum BIP von 138 auf 87 Prozent zu senken – und zwar ohne Abwertung seiner Währung und bei einer im Trend rückläufigen Inflationsrate. Man kann Schuldenquoten reduzieren, ohne in Austerität und Elend zu versinken. Auch Italien führte damals sein Verhältnis von Staatsverschuldung zu BIP zurück, aber nicht so stark wie Belgien.

Die Quittung kam in der Euro-Krise, als ein steiler Anstieg der Renditen italienischer Anleihen Zweifel des Marktes an der Nachhaltigkeit der Staatsschuld erzeugte, die Nachhaltigkeit der belgischen Schulden aber nicht in Frage stand. André Sapir, der Verfasser der Bruegel-Studie, schrieb, in der belgischen Politik habe ein Konsens über die Notwendigkeit der Konsolidierung der Staatsfinanzen die Politik geprägt, während ein solcher Konsens in Italien gefehlt habe. In der Corona-Krise wird wieder die Nachhaltigkeit der italienischen Staatsverschuldung hinterfragt, die der belgischen nicht.

## Die Bewertung der italienischen Finanzpolitik geht auseinander

Auch in Deutschland geht die Bewertung der italienischen Finanzpolitik auseinander. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, [Lars Feld](#), twitterte dieser Tage: „Wenn die hohen Zinsersparnisse sowohl nach

Eintritt in die Währungsunion wie nach Draghis Rede unzureichend in den Schuldenabbau fließen, ist dies jedes Mal ein Problem der dann laufenden Regierungen.“ Anstatt Schuldenabbau zu betreiben, forderten italienische Regierungen mehr Flexibilität im Umgang mit ihrer Verschuldung. Andere Ökonomen sind der Auffassung, Italien sei seit der Euro-Krise zu einer unangemessenen Austeritätspolitik gezwungen gewesen.

Als Beleg wird gerne auf den sogenannten Primärsaldo verwiesen, der seit vielen Jahren einen Überschuss zeigt. Der Primärsaldo bemisst den Saldo des Staatshaushalts ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben für die Staatsschulden. Der positive Primärsaldo Italiens seit vielen Jahren soll belegen, dass die italienische Finanzpolitik eigentlich viel zu restriktiv war, weil das Land so viel Geld für die Zinszahlungen auf seine Staatsschulden zahlen muss.

Wieder ist der Verweis auf Belgien interessant, das vor der Finanzkrise mit noch höheren Primärüberschüssen seine Staatsverschuldung konsolidierte, während dies Italien nicht gelungen ist. Die dahinter stehende Arithmetik wird von Ökonomen als „Schneeballeffekt“ bezeichnet: Liegt die Verzinsung der Staatsanleihen über der Wachstumsrate der Wirtschaft, braucht ein Land einen Überschuss in seiner Primärbilanz, um seine Schuldenquote auch nur zu stabilisieren. Das war die Lage in den vergangenen Jahren in Italien trotz einer sehr niedrigen Verzinsung seiner Anleihen.

Und damit liegt das wichtigste ökonomische Problem Italiens klar zutage: Das Wirtschaftswachstum, das in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg sehr ansehnlich war, ist in Verbindung mit einem in vielerlei Hinsicht ineffizienten Staat notorisch schwach geworden. Zwischen 1992 und 2008 sind die deutsche und die italienische Wirtschaft annähernd mit gleichen Raten gewachsen. Beide Länder haben in dieser Zeit im internationalen Vergleich keine Erfolgsgeschichten geschrieben.

Deutschland hatte Anfang der neunziger Jahre den Boom der Wiedervereinigung, war dann aber gegen Ende der neunziger Jahre zum „kranken Mann“ Europas geworden. Andererseits profitierte Deutschland stärker vom Eintritt Chinas in die Weltwirtschaft, der wiederum Teilen der Industrie Italiens schwer zusetzt. Interessant ist auch die Beobachtung, dass die Einführung des Euros am annähernden Gleichlauf der Wachstumsraten in Deutschland und Italien bis zur Finanzkrise wenig änderte.

Beide Länder durchlebten im Jahre 2009 eine tiefe, aber kurze Rezession. Allerdings erlitt Deutschland anders als Italien nicht unmittelbar danach eine Rezession in der Euro-Krise, und seitdem läuft es in Deutschland deutlich besser. Nach einem anämischen Aufschwung, der die Arbeitslosenquote immerhin von 13 Prozent im Jahre 2014 auf knapp 10 Prozent im Januar 2020 senken half, stürzt Italien nun in die dritte Rezession innerhalb von zwölf Jahren. Dies wäre für jedes Land eine sehr große Herausforderung.

## Eine schwere Rezession ist unausweichlich

Manche Ökonomen erklären die enttäuschende Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre mit einem Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage durch eine zu strenge Finanzpolitik seit der Euro-Krise. Das Argument ist nicht völlig abwegig, aber das fundamentale Problem des Landes befindet sich auf der Angebotsseite. Das belegt der dramatische Rückgang des sogenannten Potentialwachstums. Es gibt an, mit welcher Rate eine mit ihren aktuellen Kapazitäten voll ausgelastete Wirtschaft dank eines zusätzlichen Arbeitskräftepotentials, zusätzlichen Sachkapitals und technischen Fortschritts inflationsfrei wachsen kann.

Betrug das Potentialwachstum für Italien im Jahre 1990 noch rund 2 Prozent, so wurde es für 2019 auf nur noch 0 bis 0,5 Prozent geschätzt. Das ist dramatisch wenig, aber wiederum sollte man in Deutschland nicht zu hochnäsiger sein. Schätzungen kurz vor der Corona-Krise lassen einen Rückgang des deutschen Potentialwachstums in den kommenden Jahren von rund 1,5 auf 0,8 Prozent erwarten. Nördlich wie südlich der Alpen spielt die Demographie eine Rolle, aber sie ist es nicht allein.

Untersuchungen zeigen zunehmende wirtschaftliche Schwächen gerade dort, wo Italien über Jahrzehnte stark war: im industrialisierten Norden, auch wenn Italien im langfristigen Trend immer noch einen nur durch die Finanzkrise unterbrochenen Zuwachs seiner Exporte verbuchen kann. Doch im Norden tun sich Teile der Wirtschaft schwer, Anschluss an den mit der Digitalisierung und Informationstechnologie verbundenen technischen Fortschritt zu finden.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass sich technischer Fortschritt am schnellsten in Unternehmen ausbreitet, wenn dort die fähigsten Mitarbeiter gefördert werden. Ein alteingesessenes Klientensystem erweist sich stattdessen als eine Bürde, und in der laufenden Krise lässt die Politik in Rom, wie in anderen Ländern auch, eine verhängnisvolle Neigung für einen Staatskapitalismus erkennen, der schon früher nicht funktioniert hat.

Das italienische Dilemma wird so schnell kein Ende finden. Eine schwere Rezession ist unausweichlich, und die anschließende Erholung bleibt ungewiss. Italien benötigt aber ein höheres und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, um seine Staatsverschuldung allmählich zu reduzieren, ohne gleichzeitig jeglichen finanz-politischen Handlungsspielraum einzu-büßen. Bis dahin wird sich das Tauziehen fortsetzen zwischen der italienischen Regierung und den Kapitalmärkten auf der einen Seite, die mehr internationale Hilfen fordern, einer EZB, die im Interesse Italiens tut, was sie kann, weil sie keine Verantwortung für einen Kollaps des Anleihemarktes übernehmen will, und jenen Kräften, die Italien in der Pflicht sehen, selbst mehr für sein eigenes wirtschaftliches Schicksal zu unternehmen.

Dieses Tauziehen kann ein gutes Ende finden, indem Italien die Krise als eine Gelegenheit versteht, auch über sein Wirtschaftsmodell nachzudenken und seine Schwächen nicht nur als Ergebnis ausländischer Missgunst wahrzunehmen. Das Tauziehen kann aber auch damit enden, dass sich alle Beteiligten zerschlagen auf dem Boden wiederfinden.

[https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-zweite-welle-regierung-hat-mit-den-lockerungen-ein-falsches-signal-gesendet-a-af615c73-d36f-4081-88d8-74c2e6cdefc5?sara\\_ecid=soci\\_upd\\_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph](https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-zweite-welle-regierung-hat-mit-den-lockerungen-ein-falsches-signal-gesendet-a-af615c73-d36f-4081-88d8-74c2e6cdefc5?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph)

## Zweite Covid-19-Welle

# "Regierung hat mit Lockerungen ein falsches Signal gesendet"

Wann wird das Leben wie vor der Coronakrise? Noch sehr lange nicht, meint die Virologin Melanie Brinkmann vom Helmholtz-Zentrum. Sie befürchtet, dass wir bald wieder da stehen, wo wir am Anfang waren.



Park in Berlin-Schöneberg am 18. April: "Aus virologischer Sicht gibt es keine Grundlage, den Lockdown jetzt schon zu lockern"

Odd Andersen/ AFP

Alles macht den Eindruck, als wäre das Schlimmste vorüber: Seit Anfang der Woche dürfen kleinere Geschäfte wieder öffnen, ab Mai soll der Schulbetrieb schrittweise wiederaufgenommen werden. Die Kontaktbeschränkungen gelten zwar noch, aber die Lockerungen der Corona-Maßnahmen vermitteln das Gefühl, dass wir bald endlich wieder unseren Alltag aufnehmen können. Weit gefehlt.

Nicht nur die Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte vor "Öffnungsdiskussionsorgien" und zerschlug Hoffnungen, schon bald wieder zum normalen Leben zurückkehren zu können. Auch Virologen raten besorgt dazu, die Füße still zu halten. Christian Drosten, der den Corona-Ausbruch so lange beobachtet wie kaum ein anderer deutscher Virologe, warnte im NDR-Podcast vor einer zweiten Infektionswelle, die Deutschland mit noch größerer Wucht treffen könnte als die erste. Das Virus verbreite sich unter der Decke der Maßnahmen weiter, twitterte er am Sonntag. "Auch jetzt schon."

Die Virologin Melanie Brinkmann vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig stimmt dieser Einschätzung zu. Im Interview erklärt sie, warum die Lockerungen ein falsches Signal an die Bevölkerung sind und was es bräuchte, damit Deutschland wirklich wieder zur Normalität zurückkehren kann.

**SPIEGEL:** Frau Brinkmann, wie sehr hat Sie die Entscheidung überrascht, das Oktoberfest abzusagen?

**Brinkmann:** Gar nicht. Die Absage des Oktoberfests war für mich total klar - und absolut notwendig. Doch selbst in meinem Bekanntenkreis gab es teilweise erstaunte Reaktionen, weil es ja erst in fünf Monaten stattgefunden hätte. Offenbar dachten sie, bis dahin ist alles wieder vorbei. Das hat mir gezeigt, dass ein großer Teil der Bevölkerung das Ausmaß der Situation noch nicht realisiert hat. Jetzt sehen die Menschen, dass einige Maßnahmen gelockert werden, und das vermittelt ihnen den Eindruck, dass der Lockdown jetzt nach und nach aufgehoben wird und sie schon bald zum Alltag zurückkehren können.



Zur Person

Markus Hertrich/ ZDF

**Melanie Brinkmann**, 46, ist Virologin und forscht am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig eigentlich an Herpesviren. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sie ihren Forschungsschwerpunkt jedoch auf Sars-CoV-2 verlegt. Die Helmholtz-Initiative hatte vor dem Treffen der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin vergangene Woche auch Szenarien berechnet, wie sich die Ausbreitung des Virus verändern könnte - je nachdem, ob und wie man die Maßnahmen lockert.

**SPIEGEL:** Unser bekannter Alltag ist noch weit entfernt?

**Brinkmann:** Leider ja - und zwar noch sehr weit. Es ist eine Illusion, dass wir von einer Besserung sprechen können. Wir stehen immer noch am Anfang der Pandemie, das vergessen viele. Die Regierung hat mit den Lockerungen nun ein falsches Signal gesendet, und ich befürchte, dass viele das Virus jetzt nicht mehr so ernst nehmen und wieder mehr Kontakte treffen. Wenn das passiert, stehen wir bald wieder da, wo wir am Anfang standen.

**SPIEGEL:** Christian Drosten prophezeit sogar, dass es uns bei der zweiten Welle noch viel schlimmer treffen wird. Glauben Sie das auch?

**Brinkmann:** Wenn wir das jetzt auf die leichte Schulter nehmen, wird es genau zu diesem Szenario kommen, ja: Wir werden eine zweite Infektionswelle bekommen, die noch schwerer verläuft als die bisherige, weil sie im ganzen Land stattfinden wird und weniger lokal begrenzt, wie es bei der ersten Welle der Fall war. Durch die Lockerungen wird die Ansteckungsrate vermutlich wieder über eins steigen - dann haben wir wieder ein exponentielles Wachstum, das man nur sehr schwer unter Kontrolle bekommt.

**SPIEGEL:** Derzeit liegt die Ansteckungsrate - also die Zahl der Menschen, die ein Infizierter durchschnittlich ansteckt - unter eins. Das Virus geht also zurück, daher haben Bund und Länder ja auch die Lockerungen beschlossen. Könnte man die Maßnahmen nicht einfach wieder verschärfen, falls die Epidemie wieder an Fahrt aufnimmt?

**Brinkmann:** Das Risiko liegt darin, dass die tagesaktuellen Zahlen ja den Stand von vor zehn Tagen abbilden. Durch den Meldeverzug, die lange Inkubationszeit und die Zeit, bis ein Infizierter einen Arzt aufsucht und ein Testergebnis vorliegt, kommen die Zahlen erst zeitverzögert. Wir bemerken also viel zu spät, wenn die Neuinfektionen wieder steigen. Dann könnte ein exponentielles Wachstum schon wieder in Gang sein. Und das wird dann auch zunehmend in die ältere Bevölkerung eingeschleppt werden, was zu einer höheren Todesrate führen wird. Die Folgen für das Gesundheitssystem und die Wirtschaft wären dann noch viel schlimmer als jetzt, weil wieder nur drastische Maßnahmen im ganzen Land als Lösung bleiben würden. Auch die Schulen und Kitas müssten sehr viel länger geschlossen bleiben, als wenn wir jetzt noch ein wenig durchhalten.

**SPIEGEL:** "Noch ein wenig durchhalten" ist sehr optimistisch: Derzeit kann niemand genau sagen, wie lange der Ausnahmezustand anhält. Für die Politik ist es verständlicherweise schwierig, die Balance zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Interessen zu finden. Vermutlich hat sich die Regierung dabei noch nie so sehr auf das Urteil von Virologen verlassen.

**Brinkmann:** Aus virologischer Sicht gibt es jedenfalls keine Grundlage, den Lockdown jetzt schon zu lockern. Ein intelligentes Anpassen ja, aber in Summe können wir uns kein Wiederaufflammen der Infektionszahlen leisten. Wir haben ja noch immer keine Tools an der Hand, mit denen wir dem Virus begegnen können, sollte es wieder Fahrt aufnehmen.

**SPIEGEL:** Mit "Tools" meinen Sie einen Impfstoff?

**Brinkmann:** Zum Beispiel. Oder wirksame Medikamente. Wir kennen die Krankheit ja noch nicht einmal gut, Ärzte wissen noch viel zu wenig über Therapiemöglichkeiten. Wenn wir die Krankheit und ihre Auswirkungen erst einmal besser verstehen, können wir sie früher und besser behandeln. Erst dann könnte man auch über Lockerungen sprechen. Gerade haben wir aber nur eine einzige Möglichkeit, die Ausbreitung einzudämmen: die Kontaktverfolgung, um Infizierte aus dem Verkehr zu ziehen. Und die ist aufwendig und bei den hohen Fallzahlen kaum zu bewältigen. Jetzt stellen sich auch noch Datenschützer entsprechenden Apps, die die Nachverfolgung viel schneller machen könnten, in den Weg.

**SPIEGEL:** Sie meinen also, in diesem Fall geht die Eindämmung der Pandemie über den Datenschutz?

**Brinkmann:** Ich finde es unglaublich, dass diese Debatte überhaupt geführt wird. Wir leben in Deutschland, einem der entwickeltsten Länder der Welt, unser Gesundheitssystem ist fantastisch und gut vorbereitet. Wir haben die besten

Voraussetzungen - nutzen sie aber nicht richtig. Und jetzt hängen wir bei der digitalen Unterstützung hinterher. Dabei ist die Kontaktverfolgung immer noch die beste und quasi einzige Maßnahme, die wir aktuell haben. Ich denke, wir müssen für Pandemiefälle Datenschutzregeln zeitlich befristet lockern. Letztlich steht der Datenschutz in Konkurrenz zu Grundrechten, die uns im Moment genommen sind. Alles können wir nicht haben, bis die Pandemie vorüber ist.

**SPIEGEL:** Könnte man mit der Anti-Corona-App, in die auch die Regierung große Hoffnungen setzt, also auch eine zweite Welle verhindern?

**Brinkmann:** Für mich sind die App und das konsequente Verhalten der Bevölkerung derzeit die einzige Möglichkeit, die Pandemie unter Kontrolle zu halten. Wir sollten uns also weiterhin alle so verhalten wie die letzten Wochen. Man kann sich dabei als Faustregel merken, dass man sich nur mit einem kleinen Kreis von Leuten regelmäßig treffen sollte. Und dieser Kreis sollte möglichst gleich, also stabil, bleiben. Solange man die Kontakte nachvollziehen kann, hilft das sehr, Infektionsketten wieder zu stoppen.

**SPIEGEL:** Und ab wann dürfen wir wieder darüber nachdenken, mit einer Gruppe von Freunden gemeinsam in den Party-Urlaub zu fahren?

**Brinkmann:** Wenn es einen Impfstoff gibt.

**Le Figaro, no. 23541**

Le Figaro, jeudi 23 avril 2020 1080 mots, p. 25

# Berlin l'hédoniste ne peut s'arrêter de vivre

La capitale allemande a librement adapté les règles du confinement, ses habitants multipliant les sorties sous un ciel bleu, au point de se faire rappeler à l'ordre dernièrement par la chancelière Angela Merkel.

Avril, Pierre

**EUROPE** À ses quatre coins, le papier a été collé au scotch noir sur la porte blanche du club La Trompette, à l'époque où l'on croyait encore que le coronavirus constituerait un désagrément passager. « *La santé passe avant la fête. En raison de la situation actuelle, La Trompette reste fermée jusqu'au 19 avril. Nous vous souhaitons à tous de douces prochaines semaines. Entraidez-vous* », écrivaient les propriétaires de la boîte de nuit, sans jamais mentionner le nom du virus. Quelques jours auparavant, les autorités sanitaires y avaient signalé la contamination, courant février, de dix-sept clients, dans la foulée de neuf autres personnes qui, elles, avaient fréquenté The Reed, un autre lieu de la vie nocturne berlinoise. Un cluster de l'épidémie, le premier et le plus significatif de la capitale à ce jour, émergeait alors.

Lundi 20 avril, l'avertissement écrit figure toujours, bien que devenu obsolète. L'application Google Maps indique que la discothèque est définitivement fermée. La Trompette, à Berlin, ce fut autrefois comme le Palace ou les Bains à Paris, un club mythique de la capitale allemande, fondé dans les années 2000 par le comédien vedette Ben Becker, avant que le lieu ne se normalise en même temps que la fête à la berlinoise prenait un tour industriel. De cet exemple malheureux, certains disciples de l'apocalypse pourraient conclure que la ville a péri par où elle a péché, de ses excès libertaires et de son goût frénétique du plaisir.

À la faveur du coronavirus, Berlin ne fait que recycler ses éternels atours. Des images traditionnelles prennent une couleur pastel, d'autres attrapent la lumière. La porte de Brandebourg et l'avenue Unter den Linden sont désertées par les touristes, l'Alexander Platz avec son immense tour de télévision est quasi silencieuse, mais le Tiergarten, paisible poumon vert de la capitale, revit et change de rythme. La ville est confinée, les magasins sont fermés : « Profitons-en pour sortir ! », semblent se dire les Berlinoises hédonistes. La tentation est d'autant plus forte que, depuis un mois, le ciel est désespérément bleu.

D'ordinaire, au printemps, ces derniers adorent flâner aux tables en bois des restaurants disséminées le long des trottoirs, profitant des rayons de soleil jusqu'à l'épuisement. Pendant l'épidémie, ce sont les propriétaires qui s'attablent à leur terrasse tandis que la cuisine est fermée. Et pendant ce temps leurs clients traînent dans les parcs. Ils jouent au ping-pong, s'affalent sur les bancs. Dans le quartier bobo de Prenzlauer Berg, l'accès à un terrain de basket est cadenassé, mais une seconde porte juste à côté est restée ouverte. Un joueur solitaire s'y est engouffré.

Les salles de fitness sont closes ? Qu'importe. On muscle son corps à la vue de tous. Civisme et prudence oblige, les promeneurs slaloment entre les culturistes. Les vélos ont toujours fait partie du paysage berlinois, mais alors que le flot d'automobiles s'est légèrement tari, et que les promeneurs se raréfient, les deux-roues semblent, par une illusion d'optique, avoir envahi l'espace. On pédale mais surtout on court. À l'allure hésitante de certains, on devine qu'ils découvrent le jogging en même temps que le confinement. Quand l'affluence est moindre, on en profite pour se dénuder entièrement.

Qui dit que les Allemands sont disciplinés ? En période épidémique, les Italiens pourraient leur enseigner la rigueur. Ulcérée de voir le comportement de ses compatriotes se relâcher, Angela Merkel a dû les rappeler à l'ordre, lundi 20 avril, en soulignant que le pays est loin d'avoir surmonté l'épreuve. Ces deux derniers jours, alors que les premiers magasins rouvrent, le nombre de nouvelles infections est reparti à la hausse. À la faveur du coronavirus, la facette anti-autoritaire et libertaire des Berlinoises, héritée du traumatisme de la dictature nazie, semble reprendre le dessus.

Depuis le 23 mars, la police berlinoise qui sillonne la ville, parfois aidée de mégaphones, a dressé plus 2 000 procès-verbaux. Mais « *notre priorité est la communication* », précise sa porte-parole, Heidi Voigt. Les patrouilles sont essentiellement visibles dans



le quartier turc de Neukölln. Sur la Sonnenallee, épicerie de cette communauté, l'une d'elles vient de stopper une voiture avec trois hommes à bord, alors que les rassemblements publics sont théoriquement limités à deux personnes. Sans masque, une jeune fonctionnaire parlementaire longuement à travers la fenêtre ouverte. Les passagers, dont une armoire à glace entièrement tatouée, l'écoutent d'une oreille distraite. Le long de cette artère, les épiceries et les restaurants kebab, restés ouverts, attirent les clients comme des aimants. Ces derniers ignorent les distances minimales, bien que les règles soient parfois rappelées à l'entrée. En infraction à la loi, les boutiques de téléphonie sont ouvertes, de même qu'un magasin de luminaires, de narguilés, et quelques bijouteries populaires.

Ces scènes sont susceptibles de se généraliser dans la capitale, depuis que les magasins d'une surface inférieure à 800 mètres carrés ont rouvert leurs portes mercredi. La veille, sur le chic Kurfürstendamm, les Champs-Élysées de Berlin, qui font office de baromètre consumériste, des boutiques de textiles astiquaient leurs devantures. Déjà, les Starbucks et les cafés Einstein - typiquement berlinois - se sont reconvertis en établissements « *take away* ». Les clients patientent civilement sur le trottoir, en attendant de commander leur cappuccino. Moyennant l'installation d'une vitre plastifiée, de nombreuses pizzerias ont depuis longtemps fait de même.

Berlin a toujours adoré les marges. Et c'est dans ces marges, celles des listes administratives à la Prévert réglementant l'activité physique et économique, que la vie se poursuit au temps du coronavirus. Il y a aussi ces habitudes plus conservatrices qui n'ont pas disparu ; ainsi des Berlinois téléphonent à la police pour lui signaler, notamment, la tenue d'une partie de poker « *clandestine* ». Le magazine *Focus* les surnomme les « *Corona shérifs* ». « *Leurs signalements nous sont parfois utiles mais il ne s'agit pas d'encourager les gens à devenir des dénonciateurs* », met en garde la porte-parole de la police, Heidi Vogt, qui ne communique aucun chiffre sur le sujet. Le fantôme de la Stasi reste vivace. Berlin est civique, hédoniste, libertaire, et conservatrice. Pendant l'épidémie, ses éternels paradoxes la gardent vivante.

167,122

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/confinement-l-egalite-absolue-vieille-passion-francaise-20200424>

## Le Figaro (site web)

vendredi 24 avril 2020 - 06:00 UTC +02:00 690 mots

Confinement:

# «L'égalité absolue, vieille passion française»

Jaigu, Charles

## **CHRONIQUE - La nouvelle orthodoxie du confinement interdit de flâner sur une plage ou de se promener dans les parcs et forêts, même seul ou en respectant les distances de sécurité. Les abus d'une minorité doivent-ils pénaliser la majorité des promeneurs?**

Les mesures de confinement sont-elles trop dures ou pas assez? Les médecins urgentistes et les réanimateurs se désolent d'un relâchement de la discipline, mais les journalistes accumulent les anecdotes de verbalisations tatillonnes. Il y a les exemples extrêmes qui ont ému les médias, tel celui de cette femme de 79 ans verbalisée alors qu'elle marchait seule jusqu'à l'Ehpad où se trouvait son mari de 93 ans pour lui écrire à l'aide d'une ardoise.

Mais il y a tous les autres solitaires, verbalisés au coin d'un bois. Faut-il que les promenades dans les forêts soient proscrites? Que les vedettes de la gendarmerie des Bouches-du-Rhône chassent les baigneurs isolés dans les calanques? Que toutes les plages de France restent vierges? Dans un tweet, le philosophe Olivier Babeau s'en est étonné: « *Quel officiel a eu le courage de dire que l'interdiction de la montagne, de la forêt et des plages (en cette saison) n'ont aucune raison sanitaire, mais sont justifiées par l'égalité avec les plus confinés? On a eu peur des images du bonheur au grand air. C'est LE grand tabou qu'aucun média ne s'est cru autorisé à révéler. L'inutilité sanitaire d'une partie des mesures qu'un minimum de discipline aurait pu rendre inutiles. Mais, en France, on adore les grands principes appliqués sans discernement.* »

Il y a dix jours, le préfet de Gironde a interdit « *le déplacement de toute personne sur les plages, plans d'eau, chemins, sentiers, espaces lunaires, forêts et parcs situés sur le littoral* ». Quant à la préfecture de Corse du Sud, elle précise que « *l'attestation dérogatoire est à utiliser en cas de grande nécessité* » pour aller sur les plages. Cela ne laisse pas de surprendre, surtout quand on voit les promeneurs anglais flâner dans Hyde Park à bonne distance les uns des autres. Ou les Autrichiens, les Suédois, les Néerlandais circuler paisiblement dans les espaces publics. Personne ne les soupçonne de manquer de sérieux pour respecter les gestes barrières.

En règle générale, ce sont les préfets, représentants de l'État, qui choisissent ou non d'autoriser quelques exceptions au cordon sanitaire. Souvent à la demande des maires, qui multiplient de leur côté les arrêtés municipaux maximalistes. Tant et si bien qu'on ne sait plus qui, du pouvoir local ou du pouvoir central, mène cette surenchère du confinement le plus confiné possible. Comme si les Français étaient d'éternels enfants indisciplinés, incapables de respecter les gestes barrières. C'était peut-être vrai avant le 15 mars. Mais, cinq semaines plus tard, les 67 millions de citoyens reclus n'ont-ils pas compris qu'il fallait respecter les distances de sécurité? On ne voit partout, depuis des semaines, que rues et routes désertes.

### Frustration et jalousie sociale

Les Français, ont appliqué avec sérieux ce confinement - laissons de côté les habituelles zones de non-droit qui posaient déjà un problème d'application des lois de la République en temps normal. Pourquoi une telle rigueur? « *Nous avons dû interdire les forêts car elles ne sont pas faciles à contrôler et il y avait des rassemblements de dizaines de personnes, sans respecter les intervalles de sécurité* », se défend un préfet de la région parisienne. « *La question de la frustration est cruciale dans les quartiers les plus défavorisés* », nous avoue un autre préfet. Sous-entendu: on ne peut pas confiner strictement les urbains et laisser se doré la pilule les habitants des littoraux et des forêts. La jalousie sociale et l'excès de zèle bureaucratiques sont deux passions françaises. Elles se retrouvent aussi mêlées à la crise du Covid-19.

[https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2020/04/23/coronavirus-d-ou-viennent-tous-ces-milliards-des-plans-de-relance\\_6037543\\_4355770.html](https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2020/04/23/coronavirus-d-ou-viennent-tous-ces-milliards-des-plans-de-relance_6037543_4355770.html)

# Coronavirus : d'où viennent tous ces milliards des plans de relance ?

Par [Mathilde Damgé](#) et [Maxime Vaudano](#)

Publié hier à 14h33, mis à jour hier à 16h40

**DÉCRYPTAGES** Il y a quelques mois, le gouvernement jugeait déraisonnable d'augmenter la dépense publique. Aujourd'hui, il débloque 110 milliards d'euros. Comment est-ce possible ?

Aurait-on trouvé de l'« argent magique » ? Depuis quelques semaines, une avalanche de milliards est annoncée par les dirigeants du monde pour faire face aux conséquences économiques du Covid-19. Le gouvernement français a déjà annoncé plus de 110 milliards d'euros d'ici à la fin de l'année, et la facture pourrait encore gonfler.

« Tout sera mis en œuvre pour protéger nos salariés et nos entreprises, quoi qu'il en coûte », [a justifié le président Emmanuel Macron](#). Cette formule, qui peut laisser croire à une manne infinie d'argent public, a de quoi étonner : comment le gouvernement peut-il desserrer les cordons de la bourse dans l'urgence, alors que des sommes bien moindres sont réclamées de longue date pour soutenir l'hôpital, investir dans l'école ou renforcer le pouvoir d'achat des Français ? Décryptage d'un miracle... pas si magique.

## 1. D'où vient cet argent ?

D'une manière générale, l'Etat dispose de trois leviers pour se financer :

- faire des coupes budgétaires (pour baisser ses dépenses) ;
- augmenter les impôts (pour accroître ses recettes) ;
- s'endetter auprès de créanciers disposés à lui prêter de l'argent.

Depuis son élection en 2017, Emmanuel Macron tentait de réduire la dette en taillant dans certaines dépenses publiques, tout en n'augmentant pas les impôts. La crise du coronavirus l'a forcé à changer de cap : pour aider les entreprises, financer le chômage partiel de millions de salariés et renforcer le système de santé dans l'urgence, il n'y avait guère d'autre choix que de creuser la dette.

Le ministre des finances, Bruno Le Maire, d'habitude plutôt partisan de la rigueur budgétaire, [assume](#) : « L'addition, ce n'est pas le sujet. A un moment donné, il sera bien temps de faire les comptes, mais aujourd'hui, la mobilisation est totale pour sauver notre appareil de production, et garantir qu'il y ait le moins de faillites possible dans notre pays. » Laisser l'économie s'effondrer aurait *in fine* coûté beaucoup plus cher au pays.

Pour financer son plan d'urgence, l'Etat va devoir emprunter au moins 90 milliards d'euros de plus que ce qui était initialement prévu dans le budget, soit [323 milliards d'euros](#).

Cette tâche incombe à l'Agence France Trésor, qui emprunte chaque semaine de l'argent à des banques pour le compte de l'Etat français. En échange, celles-ci obtiennent des « bons du Trésor », des contrats qui engagent la France à rembourser cet argent à plus ou moins long terme.

Les banques revendent généralement à leur tour ces bons à des investisseurs disposés à prêter de l'argent à la France, en échange d'intérêts rémunérateurs ou, du moins, d'un placement sûr. Il peut s'agir d'Etats étrangers, de fonds d'investissement, de banques ou encore de compagnies d'assurance – cet ensemble d'acteurs est regroupé sous l'expression « les marchés ».

## 2. Est-il risqué de s'endetter autant ?

En regardant froidement les chiffres, on pourrait avoir des motifs d'inquiétude : la dette française cumulée va s'envoler à [115 % du produit intérieur brut \(PIB\)](#) en 2020. Il faudrait rassembler plus que la richesse produite en une année pour la rembourser. Attention, il ne faut pas le confondre avec le déficit public qui, lui, mesure le trou dans le budget sur une seule année, quand les recettes sont inférieures aux dépenses. Celui-ci devrait s'élever à plus de 9 % du PIB cette année.

Si dette et déficit ne sont pas forcément mauvais en soi, il faut noter que jamais la France n'avait atteint ces seuils [depuis la seconde guerre mondiale](#) – même pendant la crise bancaire et financière de 2008.

Certes, en raison de l'urgence, l'Union européenne (UE) [a provisoirement abandonné](#) la règle qui interdisait théoriquement aux Etats européens de dépasser 3 % de déficit et 60 % de dette. Mais le problème posé à la France est celui de sa crédibilité face aux marchés. Comment peuvent-ils avoir confiance dans un pays qui s'endette autant ? Si les créanciers commencent à douter de la solidité financière d'un Etat, ils peuvent être tentés de fuir, par crainte de n'être jamais remboursés, ou réclamer des intérêts plus importants, en échange du risque qu'ils prennent – exigeant par exemple 110 euros de remboursement pour un prêt de 100 euros.

Or, plus les taux d'intérêt montent, plus l'Etat doit déboursier d'argent pour financer ses propres emprunts... ce qui creuse encore plus sa dette. C'est le genre de mécanique infernale qui menace les Etats surendettés, [comme la Grèce dans les années 2010](#).

### Les intérêts des emprunts alourdissent la dette

Heureusement, la France est loin du gouffre : notre pays reste considéré comme « sûr » par les investisseurs. Les taux d'intérêt qu'ils nous réclament actuellement sont très bas – voire même négatifs dans certains cas, ce qui signifie qu'[on nous paie pour nous prêter de l'argent](#) ! « *Nous n'avons pas de difficulté à lever de la dette* », [a garanti](#) le ministre de l'économie, Bruno Le Maire, il y a quelques jours.

Même ton rassurant du côté des agences de notation, ces cabinets d'analyse privés très suivis par les marchés, qui notent Etats ou entreprises en fonction de leur risque de faire faillite : elles estiment que les perspectives de la France sont stables. « *C'est une reconnaissance de la signature française, du fait que nos finances publiques sont solides* », [s'est félicité](#) le ministre du budget, Gérald Darmanin.

### La France n'a jamais payé aussi peu cher pour s'endetter

Le taux de l'emprunt phare de la France a régulièrement chuté au cours des dernières années. Cette baisse reflète à la fois le contexte général de taux faibles dans les pays développés, dû à des perspectives de croissance en berne, et de la confiance accordée à la France par les investisseurs.

Comment la France conserve-t-elle la confiance des marchés alors qu'elle s'endette massivement ? Pour le comprendre, on peut citer Talleyrand, ministre de Louis XVIII : « *Quand je me regarde, je me désole. Quand je me compare, je me console.* » La crise étant mondiale, beaucoup d'Etats ont choisi d'emprunter pour soutenir leur économie.

Aux Etats-Unis, le plan de 2 000 milliards de dollars de Donald Trump va porter la dette publique à [107 % du PIB](#). Même la rigoureuse Allemagne, en excédent budgétaire depuis huit ans, [a décidé de relancer la dette](#) pour financer un plan de 750 milliards d'euros. Dans ce contexte, le « dérapage » budgétaire français ne semble donc pas effrayer les investisseurs, qui doivent de toute façon bien placer leur argent quelque part.

## 3. Qui paiera la facture ?

Mais cette dette, qui va la rembourser ? Ces milliards « *viennent du futur* », a résumé la Prix Nobel d'économie française Esther Duflo, le 7 avril, [dans l'émission de TMC « Quotidien »](#) : « *Les gouvernements peuvent emprunter aux générations futures sans difficulté ; ils sont là pour ça. Les gouvernements vivent très longtemps, ils auront le temps de rembourser.* »

Un argumentaire qu'Emmanuel Macron utilisait à l'envers il y a deux ans pour [répondre à une infirmière du CHU de Rouen](#) qui demandait davantage de moyens pour les hôpitaux : « *A la fin, les moyens, c'est vous qui les payez aussi, vous savez ? Il n'y a pas d'argent magique. (...) C'est vos enfants qui payent quand ce n'est pas vous !* »

La bonne nouvelle, c'est que cet emprunt n'est pas forcément remboursable immédiatement : le gouverneur de la Banque de France, François Villeroy de Galhau, [a ainsi évoqué l'idée](#) de suspendre une partie du remboursement des sommes : « *Les précédents dans l'histoire peuvent aussi conduire à cantonner la dette liée au coronavirus, pour ne la rembourser que dans plus longtemps.* »

Certains craignent toutefois qu'une fois l'urgence passée, la potion du désendettement soit amère. Faudra-t-il augmenter les impôts pour rembourser ? L'hypothèse est formellement exclue par le gouvernement actuel, qui préfère compter sur la reprise économique : si la croissance reprend, les entreprises et les particuliers paieront davantage d'impôts et renfloueront les caisses de l'Etat. Sans compter qu'avec une croissance solide et des taux d'intérêt faibles, la dette baisse mécaniquement.

Mais si la croissance n'est pas au rendez-vous, ou si ce n'est pas suffisant, faudra-t-il réduire également les dépenses de l'Etat ? Le gouvernement ne s'est pas avancé sur ce terrain, mais le gouverneur de la Banque de France le suggère : « *Nous devons également (...) traiter ce qui était déjà notre problème avant la crise : pour le même modèle social que nos voisins, nous dépensons beaucoup plus. Donc il faudra viser une gestion plus efficace.* » Quelle que soit leur position, la plupart des spécialistes et des décideurs s'accordent sur une chose : prendre trop vite des mesures d'austérité pourrait freiner la reprise économique et s'avérer contreproductif.

#### **4. Pourquoi ne pas « créer de l'argent » ?**

Si les Etats n'ont pas de réserves cachées d'« argent magique », une institution sise à Francfort dispose de ce pouvoir fantastique : la Banque centrale européenne (BCE). Depuis la création de la zone euro, c'est elle qui gère le stock d'euros en circulation. Dès lors, pourquoi ne pas lui demander d'imprimer de nouveaux billets pour financer l'endettement, libérant les Etats de la pression des marchés financiers ?

En réalité, la BCE le fait déjà depuis plusieurs années. Pas directement, car les règles européennes lui interdisent de prêter de l'argent aux Etats. Mais elle rachète des stocks de dettes d'Etat « d'occasion » aux prêteurs qui en détiennent. Conséquence : ces dettes restent désirables aux yeux des marchés, et les Etats comme la France peuvent continuer à s'endetter avec de faibles intérêts.

#### **Avec l'intervention de la BCE**

La BCE a déjà prévu de consacrer 1 110 milliards d'euros à ces tours de passe-passe en 2020 – un chiffre multiplié par cinq en raison de la crise du coronavirus. Pourquoi ne pas aller encore plus loin, en s'appuyant sur cette manne infinie d'argent « gratuit » pour financer les dettes existantes, mais aussi des investissements dans la santé, la protection sociale ou l'environnement ?

Jusqu'à présent, le principal frein à cette politique était le risque d'inflation : si trop d'euros entrent en circulation, la monnaie risque de perdre de sa valeur, les prix pourraient s'envoler et les placements des épargnants fondre comme neige au soleil. C'est ce qui s'était produit dans l'entre-deux-guerres en Allemagne. Mais un tel risque est limité dans la crise actuelle, puisque l'arrêt total de l'économie [est peu propice à l'inflation](#) – du moins à court terme.

La réticence des Européens à faire marcher la planche à billets pourrait-elle définitivement sauter ? Lors des dernières crises, les Européens ont passé outre un tas de principes de politique monétaire qu'ils prétendaient inamovibles. Donc pour l'avenir, rien n'est exclu.

**La tribune d'un économiste : « [Coronavirus : Comment financer l'explosion de la dépense publique ?](#) »**

## 5. Pourquoi ne pas tout simplement annuler la dette ?

Arguant du caractère inédit de la crise, plusieurs économistes ont émis l'idée d'annuler purement et simplement les dettes des Etats. Emmanuel Macron [a appelé à le faire pour l'Afrique](#), alors pourquoi pas en France ?

Le problème, c'est que ça ne serait pas indolore pour [les détenteurs de la dette française](#) :

- 20 % de la dette est détenue par la Banque de France en vertu : si l'Etat renonce à la rembourser, il devra quand même la rembourser, puisqu'il est l'unique actionnaire de la Banque de France.
- 25 % de la dette est détenue par les banques et les compagnies d'assurance françaises : si l'Etat renonce à les rembourser, elles risquent de faire faillite, avec des conséquences catastrophiques pour les épargnants et l'économie.

Le reste de la dette est détenu par des Etats, banques et investisseurs étrangers, dont on pourrait égoïstement moins se soucier. Le problème, c'est qu'une grande partie sont européens : en refusant de les rembourser, on pourrait plonger d'autres pays européens dans une crise qui rejaillirait sur la France. Sans compter qu'après s'être comporté de la sorte, il serait plus difficile de trouver de nouveaux créanciers pour nos emprunts futurs.

De nombreux économistes proposent plutôt de se tourner, encore une fois, vers la Banque centrale européenne : la BCE pourrait racheter un maximum de dettes des Etats européens avec sa planche à billets, puis en alléger le poids en assouplissant la durée et le taux des emprunts, ou en renonçant carrément à se faire rembourser – ce qui reviendrait à créer de la dette perpétuelle.

*« Il y a un consensus implicite dans ce sens, explique Eric Dor, économiste et enseignant à l'Iéseg. On sait que la BCE va devoir racheter beaucoup et pour longtemps des dettes de pays européens, mais on ne sait pas quand elle pourra les revendre... »* Ces dettes resteraient alors pour très longtemps sur les comptes de la BCE, jamais formellement annulées, mais abandonnées dans les faits. Ce qui éviterait *« de trop lourdes conséquences financières et politiques au sein de la zone euro »*, et de froisser *« certains pays qui refusent l'officialisation de la mutualisation de la dette, comme l'Allemagne »*.

Certains [proposent même d'aller plus loin en autorisant la BCE à verser directement de l'argent aux Etats](#) et aux citoyens sans s'encombrer des marchés comme intermédiaires, mettant en pratique ce que l'économiste Milton Friedman appelait l'« *hélicoptère monétaire* ». **Dans le contexte inédit de la crise liée au coronavirus, la seule certitude en matière économique est que l'heure est à inventer des solutions, sans souci des dogmes et des règles du passé.**

# Coronavirus : le modèle français à l'épreuve du déconfinement

## ÉDITORIAL

### Le Monde

Editorial. Alors que la date-clé du 11 mai approche, l'efficacité de l'Etat est questionnée dans sa double dimension protectrice et égalitaire.

Publié hier à 12h04 Temps de Lecture 2 min.

**Editorial du « Monde ».** On ne connaîtra qu'au début du mois de mai le détail du plan de déconfinement que doit présenter le premier ministre, Edouard Philippe. Pourtant, sans attendre, les interrogations fusent, dans un climat de grande inquiétude, non seulement parce qu'il faudra apprendre à vivre avec un virus qui peut tuer, mais aussi parce que le retour progressif à une vie moins contrainte met à l'épreuve le modèle français. A tort ou à raison, sans doute parce qu'il a, plus que d'autres, la passion de l'égalité, le peuple français aime se projeter comme un et indivisible, l'Etat étant le garant de cette unité. Or, tout ce qui a été annoncé jusqu'à présent heurte cette vision : à compter du 11 mai, date fixée par le président de la République, le pays va entrer dans le particularisme. Si tout se déroule comme prévu, le déconfinement sera lancé, mais tous ne seront pas logés à la même enseigne.

Certains pourront sortir plus facilement que d'autres, reprendre une activité plus vite que leurs voisins, et cette différenciation, motivée par un impératif sanitaire, est vécue comme une insupportable discrimination. A peine le président de la République avait-il annoncé que les personnes âgées, l'une des catégories les plus vulnérables au virus, devraient rester confinées plus longtemps qu'une bronca s'est élevée, au demeurant motivée par de solides arguments : pourquoi ne pas faire appel à la responsabilité individuelle plutôt que d'imposer une forme de relégation à ceux qui sentent utiles à la collectivité ? Et c'est cette sage solution qui a été finalement retenue, au grand soulagement des intéressés.

### L'Etat sous pression

Aujourd'hui, la rébellion se fait entendre du côté des hôtels, bars et restaurants, qui emploient 1 million de personnes et trépignent de devoir patienter plus longtemps que d'autres. Là encore, des pourparlers ont été engagés avec les pouvoirs publics. Mais c'est dans l'éducation nationale, considérée comme le symbole de l'égalité républicaine, que le casse-tête s'annonce le plus difficile à gérer. L'hypothèse centrale, présentée mardi 21 avril par le ministre de l'éducation nationale, repose sur un déconfinement étalé sur trois semaines qui se solderait par une double discrimination : toutes les classes ne rentreront pas au même moment et, à l'intérieur d'une même classe, tous les élèves ne pourront pas être physiquement présents. Cela entraîne, de facto, cette irritante question : sur quels critères s'opérera la discrimination, et comment faire en sorte que le tri ne lèse personne ?

L'Etat français est sous pression. Son efficacité est questionnée dans sa double dimension protectrice et égalitaire. Les collectivités locales le sentent, qui demandent depuis le début à démontrer leur propre efficacité, dans la fourniture de masques notamment. Le président de la République avait exclu, dans un premier temps, que le calendrier du déconfinement puisse différer selon les régions, mais, à présent que la différenciation est actée, plusieurs élus de droite et du MoDem demandent qu'on fasse davantage confiance au terrain. « *La situation n'est pas la même selon que vous vous trouvez dans une région très atteinte par cette épidémie ou dans une région qui a eu la chance d'être relativement à l'abri* », fait notamment valoir François Bayrou.

La tension entre jacobins et girondins n'est, certes, pas nouvelle, mais la crise sanitaire, par son enjeu vital, pourrait faire évoluer le rapport de force bien plus rapidement que d'autres événements.

# Coronavirus : « A l'hôpital, il faut sortir du débat mortifère public-privé »

## TRIBUNE

**Guy Collet** Directeur d'hôpital, **Gérard Vincent** Directeur d'hôpital

Le statut et les règles de gestion des établissements publics sont devenus incompatibles avec la souplesse nécessaire pour faire face aux enjeux d'une évolution permanente, estiment les directeurs d'hôpitaux Guy Collet et Gérard Vincent dans une tribune au « Monde ».

Publié hier à 06h30 Temps de Lecture 5 min.

**Tribune.** La crise sanitaire que traverse notre pays a fait éclater au grand jour celle de l'hôpital, secoué depuis plusieurs mois par les difficultés des services d'urgences et plus profondément par le malaise des professionnels de santé. Il ne s'agit pas aujourd'hui d'en chercher les causes ni les responsabilités. L'heure est à la cohésion nationale derrière un gouvernement de crise. Il appartiendra à la représentation nationale d'en débattre. Nul doute qu'à cette occasion, nombre d'irresponsables se délecteront de débats stériles qui ne feront qu'ajouter à la confusion.

Le président de la République a annoncé un plan massif de soutien aux hôpitaux et aux hospitaliers. Cela est juste, même si la prise de conscience est tardive. Mais rien ne serait pire que de se contenter de mesures salariales, sans se poser la question du rôle et de la place du service public dans le système de santé, de la définition de ses missions, de son organisation, de sa régulation comme de sa capacité à s'adapter en permanence.

**« Il serait bien naïf de croire que le système de santé échappera demain à toute régulation, notamment financière »**

Le pire serait que la crise soit le prétexte aux revendications idéologiques de toute nature qui, dans le secteur de la santé, s'expriment, le plus souvent, par un renforcement des règles statutaires exclusives, étatiques et centralisées. Le risque est réel que ces poncifs d'un autre âge trouvent audience parmi certains professionnels de santé du secteur public, qui réclament, par exemple, de manière irresponsable le retour du budget global et la fin de la tarification à l'activité à l'hôpital. Enfin, il serait bien naïf de croire que le système de santé échappera demain à toute régulation, notamment financière.

## **Contre les corporatismes**

Pour faire de la crise une opportunité, il convient à nos yeux de mettre en œuvre quelques idées simples qui demandent un peu de courage politique pour contre les corporatismes. La santé publique concerne l'ensemble des Français, qui ont tous droit à un accès à des soins gradués sur tout le territoire. Les missions du service public doivent être clairement définies et ne doivent plus relever d'un quelconque monopole. Il faut sortir du débat mortifère public-privé. Si l'Etat, avec le Parlement, doit décider des principes du service public et de son financement global, la mise en œuvre doit être décentralisée et confiée aux régions, qui seront responsables du pilotage et de la régulation de l'offre de soins et médico-sociale, y compris sur le plan économique en cas de déficit, et du développement d'une véritable politique de prévention.

Le service public de santé doit inclure tous les professionnels sur un territoire, qu'ils travaillent en institutions ou à titre libéral. C'est cette appartenance à un système de santé solidaire qui justifie le



financement public par l'Assurance-maladie dans un cadre contractuel qui fixera les missions de chacun. Le débat sur la liberté d'installation devient dès lors obsolète. Chacun doit exercer les missions qui lui sont assignées par le régulateur régional dans le cadre des contraintes fixées par l'Etat. Le financement des acteurs doit être mixte, forfaitaire pour la mission et à l'activité ou à l'acte pour rémunérer l'engagement des professionnels.

**« Les personnels motivés et engagés n'ont pas besoin d'être protégés par des statuts qui ne confortent que les médiocres »**

En ce qui concerne l'hôpital, il est clair aujourd'hui que son statut propre, les corporatismes protégés par les multiples statuts professionnels et les règles de gestion d'un établissement public administratif sont devenus incompatibles avec la souplesse, la réactivité et l'efficacité nécessaires pour faire face aux enjeux d'une évolution permanente. On confond service public et fonction publique, alors que les statuts ne devraient être que des outils, et non une fin en soi. Les personnels hospitaliers ne réalisent pas que leur statut protège ceux qui n'ont pas envie que le système fonctionne et qui contestent tout en permanence. Les personnels motivés et engagés, c'est-à-dire l'immense majorité d'entre eux, n'ont pas besoin d'être protégés par des statuts qui ne confortent que les médiocres en toute impunité.

## **Des règles simples, souples et responsabilisantes**

Le modèle des hôpitaux privés à but non lucratif apparaît aujourd'hui, même s'il n'est pas parfait, comme celui qui répond le mieux aux exigences d'efficacité et de qualité de vie au travail. La gouvernance y est simple et ne recherche pas en permanence un équilibre des pouvoirs propice à l'immobilisme et à l'indécision. Le directeur est nommé par le conseil d'administration et responsable devant lui. Les personnels, médecins compris, sont recrutés sur contrat. La convention collective définit la rémunération minimum et chaque établissement fixe le niveau des rémunérations supplémentaires en fonction des performances négociées et mesurées. C'est clair, simple et responsable. Il est d'ailleurs intéressant de constater que nombre de directeurs et praticiens hospitaliers publics se tournent vers ce type d'établissements, las des lourdeurs de l'hôpital public.

Il n'est par ailleurs pas impossible que la crise actuelle remette en cause le modèle des cliniques commerciales, qui pourraient être amenées, elles aussi, à évoluer vers un système de fondations. La fusion des fédérations hospitalières actuelles en une fédération du service public de santé, à l'instar de l'Allemagne, serait une proposition à forte valeur symbolique.

En conclusion, il est clair que la crise peut créer la possibilité d'une prise de conscience si un tel projet est porté par un consensus national au-delà des calculs politiques de circonstance. La loi « 3D » [*décentralisation, différenciation, déconcentration*] préparée par le Sénat en est l'occasion. Ajoutons que l'exemple des mesures d'urgence votées par le Parlement montre bien la nécessité de transgresser les règles administratives habituelles et de proposer un corpus de règles simples, souples et responsabilisantes, car il serait bien naïf de croire que quelques milliards injectés dans les hôpitaux suffiront à mettre fin au profond malaise actuel.

**Guy Collet** est directeur d'hôpital, conseiller général des établissements de santé. Il a été corapporteur du rapport Larcher sur l'avenir de l'hôpital en 2008, chargé de mission au cabinet de Roselyne Bachelot et conseiller en stratégie de la Fédération hospitalière de France ; **Gérard Vincent** est un ancien directeur d'hôpital et inspecteur général des affaires sociales. Il a été le président du Syndicat national des cadres hospitaliers, directeur des hôpitaux au ministère de la santé et délégué général de la Fédération hospitalière de France.

<https://www.economist.com/leaders/2020/04/23/after-the-disease-the-debt>

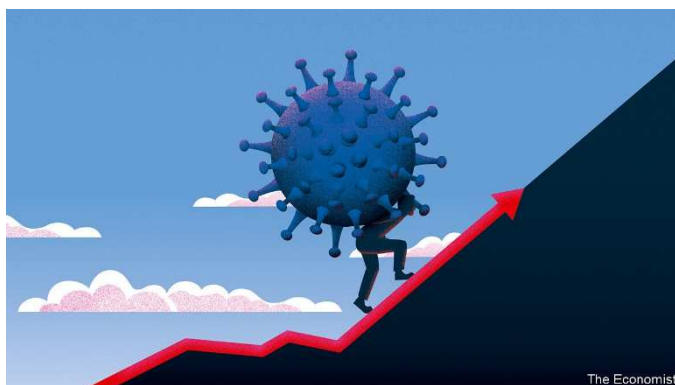
## Government finances

# After the disease, the debt

To cope with the expensive legacy of the pandemic, governments will have to find the right path between stimulus and restraint

[Leaders Apr 23rd 2020 edition](#)

Apr 23rd 2020



National leaders like to talk about the struggle against covid-19 as a war. Mostly this is a figure of speech, but in one respect they are right. Public borrowing in the rich world is set to soar to levels last seen amid the rubble and smoke of 1945. As the economy falls into ruins, governments are writing millions of cheques to households and firms in order to help them survive lockdowns. At the same time, with factories, shops and offices shut, tax revenues are collapsing. Long after the covid-19 wards have emptied, countries will be living with the consequences.

An astonishing deterioration in the public finances is unfolding (see article). America's government is set to run a deficit of 15% of gdp this year—a figure that will go up if more stimulus is needed. Across the rich world, the imf says gross government debt will rise by \$6trn, to \$66trn at the end of this year, or from 105% of gdp to 122%—a greater increase than was seen in any year during the global financial crisis. If the lockdowns last longer, the load will be greater. Managing such colossal debts will burden Western societies for decades to come.

Few subjects in economics attract more scaremongering than government borrowing. The national-debt clock ticking near Times Square in New York has warned of imminent fiscal Armageddon since 1989. In fact a country's public debt is not like a household's credit-card balance. When the national debt is owned by its citizens, a country in effect owes money to itself. Debt may be high, but what matters is the cost of servicing it and, as long as interest rates are low, this is still cheap. In 2019 America spent 1.8% of gdp on debt interest, less than it did 20 years ago. In 2019 Japan's gross public debt was already almost 240% of gdp, but there were few signs that it could not be sustained. In countries that print their own money, central banks can hold down interest rates by buying bonds, as they have in recent weeks on an unprecedented scale (the Federal Reserve has bought more Treasuries in five weeks than were issued, on net, in the year to March). Just now there is no risk of inflation, particularly since oil prices have collapsed. Most economists worry less that governments will borrow recklessly, than that they will be too timid because of an irrational fear of rising public debt. Inadequate fiscal support today risks pushing the economy into a spiral of decline.

Yet while spending freely now to avoid a deeper slump is the only sensible path, wild borrowing for years would eventually threaten trouble. America has strong defences against an outright debt crisis, because the dollar is the world's reserve currency and foreigners want to own its bonds. But other rich countries do not have that luxury. Italy's towering debt and membership of the euro zone condemn it to live with the perennial threat of a financial panic should the ecb stop buying its bonds.

The good news is that financial markets suggest rates will stay comfortably low for decades. But so much is still unknown about the virus and its effects that, now of all times, investors cannot see clearly very far into the future. Some economists worry, that once the virus abates, a price-and-interest-rate spiral could get under way as a burst of demand runs up against supply chains that have been wrecked by the pandemic.

Governments will thus have to walk a treacherous path between stimulus today and prudence tomorrow. Success is not guaranteed. After the second world war countries shrank their debts over the course of decades, but only by using a bossy combination of high taxes on capital, financial repression (forcing domestic investors to hold debt at artificially low interest rates) and inflation, which erodes the real value of debts over time. A baby boom and rapidly rising levels of education made it easier for economies to grow their way out of debt. Japan has not faced a bond-market crisis since the 1990s, but its debt-to-gdp ratio has continued to rise. After the financial crisis in 2007-09 some European countries opted for budget cuts in order to cut debts, with mixed results and a big political backlash.

The politics of deficit reduction will be toxic. The pandemic will increase calls for lavish spending, not belt-tightening, especially on medical services. Ageing populations mean that there will be surging demand for pension and health spending in the 2030s and 2040s. It will get more expensive to maintain public services, let alone improve them. Politicians who trim benefits for pensioners will be punished by legions of elderly voters. There will be less spare cash to fight future crises, such as climate change or even another pandemic.

Faced with this daunting reality, rich-world governments will make a big mistake if they succumb to premature and excessive worries about budgets. While they are in the throes of the pandemic, the withdrawal of emergency support would be self-defeating.

Modestly higher inflation would help, by boosting the economy's nominal growth rate. When this exceeds the interest rate, existing debts shrink relative to gdp over time. Unfortunately, central banks have recently undershot their inflation targets. Over the past ten years the cumulative shortfall in America and the euro zone has been about 5-6%. Central banks should pledge to make up the shortfall with catch-up inflation in the future. This would ease debt burdens without breaking past promises to hew to inflation targets.

And governments should prepare for the grim business of balancing budgets later in the decade. Done right, this would be fairer and more efficient than keeping rates low and letting inflation rip, which would transfer wealth in regressive and arbitrary ways, for example by reducing the debts of recklessly leveraged companies and homeowners. Better to raise taxes on land, inheritance, carbon emissions and, in America, consumption—and at least try to trim spending on the elderly.

## **National-debt service**

Perhaps interest rates really will stay low while growth rebounds and inflation rises just slightly, easing the burden of debt. More likely is that living with high debts will be a nerve-racking and gruelling slog. Making budgets add up looks as if it will be a defining challenge of the post-covid world—one that today's politicians have not yet even started to confront.

**Buttonwood**

# Why the euro is more durable than it looks

The commitments of a shared currency are not so easily shaken off

[Finance and economics](#) Apr 25th 2020 edition

Apr 25th 2020



In the weeks following the bankruptcy of Lehman Brothers in 2008, there was naturally concern about the security of deposits. Many judged cash was safer kept in hand than parked with a wobbly bank. Demand for banknotes surged. Discerning German hoarders were said to be stuffing their mattresses with euros with serial numbers prefixed by an “x”, indicating they were printed in Germany. Numbers starting with a “y” (Greece) or an “s” (Italy) were shunned.

This made little sense. A euro banknote is a euro banknote, wherever it is printed. But in troubled times people look to strong states for security. “Europe” doesn’t cut it. Tellingly, in the present crisis, sovereign prerogatives—to close borders; to backstop businesses; to spend freely—have been asserted, regardless of the European Union’s rules. This has left Europe looking weak. Whenever that happens, a bout of anxiety about the euro can’t be far off.

A widely held view is that a common currency cannot survive without a common budget. But the burden-sharing that would strengthen the euro always seems too big a step. Low-debt countries, notably Germany, do not fully trust high-debt ones, such as Italy, to play fair. Eurosceptics believe the lack of a fiscal centre will tear the currency zone apart. This downplays the pull of a monetary union. It has been sufficient in Europe to ensure that enough fiscal union follows—hesitantly, grudgingly, murkily—in its train. The euro is a lot more durable than it sometimes looks.

History says that political union is the essential glue of any currency union. This invariably entails a centralised system of taxation and public spending. It offers a way to deal with economic disruptions that have an uneven effect across the currency zone. A shared fiscal policy automatically directs support to where the economic hurt is greatest. The coronavirus is one such “asymmetric shock”. It hit Italy and Spain first, and hardest, within Europe. A country with its own money could in principle absorb such shocks through a weaker currency or with a monetary policy tailored to its needs. This is not possible in a currency union.

The picture becomes fuzzier in today’s setting. A bond is a government liability; but so is money. In a world of near-zero interest rates, cash and bonds are indistinct. As central banks print money to buy ever more bonds the lines between fiscal and monetary policy become increasingly blurred. This is true even in the euro zone, which has tried hard to keep the lines clear. Quantitative easing by the European Central Bank (ecb) is, in effect, mutualisation: a shared liability (cash) has been swapped for the sovereign bonds of

individual euro-zone countries. The ecb is a collective endeavour. An explicit fiscal union of some kind would of course be helpful. But some implicit burden-sharing already takes place.

None of this makes the euro zone a powerhouse. Its bourses are laden with the stocks of seemingly doomed industries, such as carmaking and banking. But the euro itself is not obviously doomed. Indeed it is not too fanciful to imagine a future in which it survives even if the eu loses its sway.

The commitments of a shared currency are not easily shaken off. The complexity of the financial superstructure built upon the euro makes break-up a terrifying prospect. And the ecb, the institution at the heart of the euro, has muscle. It can swiftly bring to bear powerful tools in a crisis. The eu, by contrast, is a rule-setter. The exigencies of the present crisis led to the suspension of many of its strictures: on the free movement of labour; on state aid to industry, and spending limits. But people have not stopped using the euro. Its reach is a lot harder to reverse.

The sight of politicians squabbling over who should bear the budgetary cost of coronavirus is not a great advertisement for Europe. But for once the euro zone is ahead of the game. Who bears the fiscal burden incurred by the recession is a question that all economies must answer eventually. Some combination of taxpayers, consumers and bondholders will have to foot the bill in the end.

In most places, this reckoning will take place within a country's borders. In the euro zone, by contrast, the burden-sharing would ideally be across borders. Some countries will lose; others will win. That is what makes the argument so bitter. For all the bickering, the euro zone has become good at lasting another day. It never quite does enough to resolve all its contradictions. But they have never quite proved fatal.

[https://www.lemonde.fr/planete/article/2020/04/24/nous-attendons-d-etre-contactes-par-l-ars-mais-il-ne-se-passe-rien-le-fiasco-des-tests-en-france\\_6037647\\_3244.html](https://www.lemonde.fr/planete/article/2020/04/24/nous-attendons-d-etre-contactes-par-l-ars-mais-il-ne-se-passe-rien-le-fiasco-des-tests-en-france_6037647_3244.html)

# Dépistage du coronavirus : les raisons du fiasco français sur les tests

Difficultés d'approvisionnement, atermoiements du gouvernement, corporatismes et blocages réglementaires ont fait perdre de précieuses semaines au pays.

Par [Stéphane Foucart](#) et [Stéphane Horel](#) Publié aujourd'hui à 11h57, mis à jour à 12h25

« *Testez, testez, testez !* » Aucun conseil de lutte contre le Covid-19 n'a été moins suivi, en France, que celui énoncé le 16 mars par Tedros Adhanom Ghebreyesus, le directeur général de l'Organisation mondiale de la santé (OMS). L'idée est pourtant simple. Dépister les personnes suspectées d'être porteuses du virus, même faiblement symptomatiques, permet de les isoler et de rompre la chaîne de transmission de la maladie.

Les chiffres sont cruels. Dans un état des lieux des politiques menées par ses Etats membres, [l'Organisation pour la coopération et le développement économique](#) (OCDE) signale qu'en date du 15 avril, le nombre de personnes dépistées en France était de 5,1 pour 1 000 habitants, derrière la Turquie (5,3 pour 1 000) et devant le Chili (4,8 pour 1 000). C'est près de trois fois moins que la moyenne des pays de l'OCDE, deux fois moins qu'aux Etats-Unis (9,3 pour 1 000), et loin derrière l'Allemagne (17 pour 1 000). Selon les autorités sanitaires, les chiffres français sous-estiment la réalité, en ne tenant compte que d'une part des actes réalisés sur le territoire national.

Signe d'une certaine confusion sur le sujet, le directeur général de la santé, Jérôme Salomon, assurait jeudi 23 avril, devant la mission parlementaire sur la pandémie de Covid-19, que 165 000 personnes étaient désormais dépistées chaque semaine en France, l'Allemagne se situant à un peu moins du double. Le lendemain, au micro de France Inter, le ministre de la santé, Olivier Véran, affirmait : « *On va être à environ 300 000 tests réalisés dans la semaine, ce qui veut dire qu'on est montés en puissance.* » Une « montée en puissance » qui vient après un important retard pris par la France, par rapport à d'autres pays.

Outre les difficultés d'approvisionnement en machines et en kits de détection sur un marché international tendu, les atermoiements du gouvernement sur le sujet, les corporatismes, la complexité de l'écheveau administratif et une série de blocages réglementaires ont fait perdre de précieuses semaines à la France dans la course au dépistage.

## Un mois d'inertie et de blocages

L'une des clés du retard tient à la sous-utilisation des laboratoires publics. Comme l'a révélé l'hebdomadaire *Le Point* le 3 avril, les laboratoires vétérinaires départementaux ont proposé, dès le 15 mars, leurs services d'analyse aux préfetures et aux agences régionales de santé (ARS). Leurs capacités sont considérables : l'Association française des directeurs et cadres des laboratoires vétérinaires publics d'analyses (Adilva) les évalue à environ 100 000 tests par semaine. Mais pendant plus de quinze jours, aucune réponse n'a été apportée par les autorités sanitaires à cette proposition.

Il a fallu attendre le 5 avril pour qu'un décret et un arrêté lèvent le verrou réglementaire : dans le contexte de la crise, les laboratoires vétérinaires et les laboratoires publics de recherche pourront être réquisitionnés par la préfeture pour rechercher le SARS-CoV-2, sous la supervision d'un laboratoire de biologie ou d'un centre hospitalier. « *Il a encore fallu attendre l'agrément, par l'Institut Pasteur, des kits de détection utilisés dans ce type de laboratoires,* explique Jean-Louis Hunault, président du Syndicat de l'industrie du médicament et réactif vétérinaires (SIMV). *Trois sociétés ont été agréées. La dernière l'a été le 21 avril.* »

**« On sent que les choses bougent, plusieurs conventions sont signées ou en cours de signature. Mais il y a vraiment eu du retard à l'allumage », Aurèle Valogne, présidente de l'Adilva**

*« La semaine dernière, seuls deux des quarante-neuf laboratoires vétérinaires départementaux avaient signé une convention avec un établissement de santé ou un laboratoire de biologie, pour tester des échantillons humains, dit Aurèle Valogne, présidente de l'Adilva. On sent maintenant que les choses sont en train de bouger et plusieurs conventions sont signées ou en cours de signature. Mais il y a vraiment eu du retard à l'allumage. »* Au 20 avril, dix-sept laboratoires vétérinaires avaient signé des conventions.

Les laboratoires publics de l'enseignement supérieur et de la recherche se heurtent, depuis près d'un mois, aux mêmes blocages, à la même inertie. Mi-mars, les patrons des cinq principaux organismes de recherche publics (CNRS, Inserm, Inrae, CEA et Inria) offrent, eux aussi, leurs services à l'effort national. Le 22 mars, dans un courrier adressé à leurs personnels, ils appellent à une évaluation des capacités de tests de toutes les unités de recherche. *« Nous avons identifié une cinquantaine de labos capables de conduire ce type d'analyses et nous estimons leur capacité cumulée à environ 100 000 tests par jour »,* précise-t-on au CNRS. Interrogé par *Le Monde*, le Cirad estime pour sa part sa capacité, pour son seul site de Montpellier, entre 1 000 et 2000 tests par jour.

Le 21 avril, selon nos informations, sur la cinquantaine de laboratoires de recherche publics identifiés, moins de cinq participaient effectivement à l'effort national de dépistage du Covid-19. *« Il y a deux à trois semaines, nous avons reçu une demande de fiche de synthèse de la part de la préfecture, pour que nous estimions notre capacité de tests, explique le responsable de l'un de ces laboratoires, qui a requis l'anonymat. Depuis, nous attendons d'être contactés par l'agence régionale de santé mais il ne se passe rien. »*

## Mal vécu par les chercheurs académiques

Certaines unités, toutefois, poursuivent des travaux de recherche sur de nouvelles méthodes de détection du virus. Mais de manière générale, les chercheurs académiques interrogés par *Le Monde* vivent mal la mise à l'arrêt de leurs laboratoires, et aussi l'inutilité de leurs machines et de leur savoir-faire, en pleine crise sanitaire. Au Cirad, la colère est rendue plus aiguë encore par les directives strictes adressées début avril aux chercheurs : elles leur intiment de ne pas s'exprimer dans les médias sur la gestion de la crise par le gouvernement.

**« De toute ma carrière, je n'ai jamais été confronté à une épreuve bureaucratique aussi complexe et stressante », Philippe Froguel, généticien**

*« Mon labo est l'un des seuls à avoir réussi à surmonter tous les obstacles administratifs pour se rendre utile dans cette crise, explique le généticien Philippe Froguel (CNRS), directeur de la plateforme de génomique Ligan, à Lille (Hauts-de-France). De toute ma carrière, je n'ai jamais été confronté à une épreuve bureaucratique aussi complexe et stressante. »* Le chercheur lillois s'est manifesté dès le 12 mars, dit-il, auprès du Centre hospitalo-universitaire (CHU) de Lille. *« Je me suis fait engueuler comme un gosse, raconte-t-il. On m'a clairement demandé de rester à ma place et de continuer à faire mes petites recherches. »*

Piqué au vif, le chercheur adresse à Matignon une note explicitant la nécessité de modifier la réglementation, pour permettre aux laboratoires publics, des services vétérinaires ou de l'enseignement supérieur et la recherche, de participer au dépistage. C'est cette note qui est à l'origine des décrets et arrêté du 5 avril ouvrant le dépistage du Covid-19 aux labos publics.

Au total, il faudra au généticien lillois plus d'un mois de démarches pour que la préfecture réquisitionne son laboratoire et qu'une convention soit signée avec un laboratoire privé de la région, Synlab :

*« J'agis un peu comme un sous-traitant pour Synlab, en analysant les échantillons qu'ils m'envoient. Et si j'ai fini par travailler avec le privé, c'est que la convention qu'a fini par me proposer le CHU de Lille était inacceptable : aucune clause pour prendre en charge les frais engagés par mon laboratoire, refus de fournir des masques nécessaires lors de la manipulation des échantillons, etc. »*

Le CHU de Lille n'était pas en mesure, jeudi 23 avril, de répondre à nos sollicitations.

Pour M. Froguel, le blocage tient, en partie, au fait que la réquisition des laboratoires publics est une prérogative préfectorale, alors que le pilotage du système de soin est celle des ARS. « *Or ce sont deux administrations qui ne se connaissent pas* », dit le chercheur. D'autres scientifiques contournent le contrôle de l'administration faute d'avoir pu signer de convention avec des hôpitaux ou des laboratoires. Avec son équipe de l'Institut du cerveau (ICM), Marie-Claude Potier, directrice de recherche au CNRS, a développé sa propre méthodologie d'échantillonnage et d'analyse : avec une capacité d'une centaine de tests par jour, l'objectif est surtout de conduire un dépistage citoyen, à petite échelle, qui commence à être mené sur les personnels de son institution. Ailleurs, ce sont des machines qui ont été transférées, depuis des labos de recherche académiques vers des centres hospitaliers.

## Remboursement tardif

Mais le temps perdu n'est pas seulement celui de la jachère prolongée des laboratoires publics. « *Le remboursement du test Covid-19 a été mis en place tardivement, le 8 mars, rappelle ainsi François Blanchecotte, président du Syndicat des biologistes. On a démarré avec retard et chez nos fournisseurs, on s'est retrouvé donc dans la file d'attente.* » Ce n'est pas tout. Dans certaines régions, les laboratoires de biologie n'ont pu conduire de tests pendant plusieurs semaines.

« *En mars, certaines ARS ont interdit à de nombreux laboratoires de biologie médicale privés, en capacité de faire les tests Covid, de les réaliser, confie Lionel Barrand, président du Syndicat des jeunes biologistes médicaux. Finalement, ça s'est réglé grâce à nos avocats mais dans certains territoires, nous avons parfois perdu un mois avec ces histoires. Or ce temps perdu a été crucial. En arrivant plus tard sur le marché, on a plus de mal à obtenir tous les consommables dont nous avons besoin.* » Les « consommables », c'est-à-dire les longs cotons-tiges (ou « écouvillons ») destinés aux prélèvements des échantillons dans le nasopharynx, les « kits » de détection nécessaires pour faire tourner les machines, etc.

### **« Le gouvernement se décide enfin à sortir d'une vision hospitalocentrée et à nous mettre en première ligne », le responsable d'un laboratoire d'analyses privé**

Pour faire face à ces difficultés d'approvisionnement, le gouvernement a rassemblé, mi-avril, tous les acteurs publics et privés au sein d'une « Cellule tests », dont la dernière réunion s'est tenue le 21 avril. Cette cellule rassemble les besoins des laboratoires médicaux en matériel et, c'est ensuite l'Etat qui passe les commandes ainsi groupées. « *Face à des acteurs qui pèsent très lourd sur les marchés, il est important que nous puissions bénéficier d'une telle force de frappe, détaille le responsable d'un laboratoire d'analyses biologiques privé. Le gouvernement se décide enfin à sortir d'une vision hospitalocentrée et à nous mettre en première ligne.* » Tous les professionnels interrogés se félicitent de l'initiative du gouvernement.

Les hôpitaux ne sont cependant pas en reste : depuis fin mars, une vingtaine de machines d'analyse ont été acquises par la France à la firme chinoise MGI et sont progressivement réparties en région, dans les principaux centres hospitaliers. Elles sont théoriquement capables de réaliser quelque 2 400 tests par jour. Cependant, selon nos informations, l'installation de ces robots est souvent délicate et nécessite une main-d'œuvre importante.

Une part des laboratoires d'analyse et du monde hospitalier disposent d'automates fonctionnant en système « fermé » : ils sont captifs des kits de détection commercialisés par les fabricants de machine, principalement Roche et Abbott, à la manière des cartouches d'encre de certaines imprimantes. A l'inverse, les laboratoires vétérinaires conduisent des analyses en masse - souvent pratiquées à l'échelle d'un troupeau ou d'une exploitation - sur des systèmes « ouverts », moins vulnérables aux effets de pénuries. Les enjeux sanitaires même les plus cruciaux sont aussi soumis à des choix économiques.



<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/tracing-app-die-groesste-peinlichkeit-der-coronakrise-16740392.html>

TRACING-APP:

## Die größte Peinlichkeit der Coronakrise

- EIN KOMMENTAR VON JASPER VON ALTENBOCKUM
- -AKTUALISIERT AM 24.04.2020-22:01



Ganz Deutschland leidet unter dem Virus. Was macht die Speerspitze des digitalen Zeitalters? Sie ergeht sich in Nerd-Gezänk und selbstverliebter Überwachungshysterie.

Die Geduld der Politik ist bemerkenswert, mit der sie die Entwicklung einer Tracing-App zur Ermittlung von Infektionsketten verfolgt. Während das Leben so gut wie stillsteht, reihenweise Grundrechte eingeschränkt werden und von einer Situation die Rede ist, die es seit 1945 nicht mehr gegeben habe, macht die Speerspitze des digitalen Zeitalters was? Sie ergeht sich im Nerd-Gezänk, das über den Tellerrand ihrer selbstverliebten Überwachungshysterie nicht hinausreicht. Die App entwickelt sich zur größten Peinlichkeit der Coronakrise.

Der „Chaos Computer Club“ hat sicher recht, wenn er in seinem Offenen Brief darauf hinweist, dass eine dezentrale Speicherung der Daten die Variante wäre, die mehr Sicherheit vor unbefugtem Zugriff böte. Worauf der Club nicht eingeht, sind die Wünsche der Epidemiologen an eine solche App – dezentral sind sie auf die Schnelle nicht zu verwirklichen.

Ebenso wenig gehen die Kritiker des europäischen App-Projekts darauf ein, dass datenschutzrechtliche Scheuklappen nicht dazu angetan sind, das Virus effektiv zu bekämpfen. Was wohl die Gesundheitsämter dazu sagten, wenn bei ihrer verzweifelten Suche nach Infektionsketten Datenschutz vor Infektionsschutz ginge?

Im Argument, die App werde aber nicht genutzt, wenn sie Datenschutz vernachlässige, steckt pure Angstmacherei. Denn die Stichworte „China“ und „Südkorea“ laufen ins Leere – es gibt europäische Staaten, die eine App entwickelt haben und keine Überwachungsstaaten sind. Das Bedürfnis, das Corona-Virus zu besiegen, ist zudem übergroß. Schon aus Selbstschutz würde die App als Geschenk des Himmels wahrgenommen.

Eine App böte die Möglichkeit, Lebensweisen wieder zuzulassen, die vorerst verantwortungslos sind. Auch deshalb überrascht es, dass weder die Verfechter von Lockerungen noch die Gegner einer „Öffnungsdiskussionsorgie“ die Möglichkeiten der App entdeckt zu haben scheinen. Nicht zuletzt die Kommunen sehnen die App herbei, um besser auf die „zweite Welle“ vorbereitet zu sein.

Wie hoch muss die Zahl der Infizierten erst sein, damit die App-Strategen endlich zur Vernunft kommen? Wenn es stimmt, dass nur mit Google und Apple eine taugliche App in Sicht ist – dann eben mit Google und Apple. Aber schnell sollte es gehen.

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/04/25/stopcovid-est-un-projet-desastreux-pilote-par-des-apprentis-sorciers\\_6037721\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/04/25/stopcovid-est-un-projet-desastreux-pilote-par-des-apprentis-sorciers_6037721_3232.html)

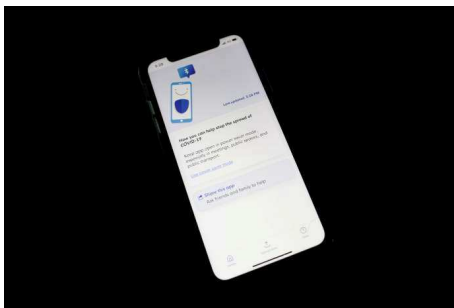
# « StopCovid est un projet désastreux piloté par des apprentis sorciers »

## TRIBUNE

**Antonio Casilli** Sociologue **Paul-Olivier Dehaye** Mathématicien  
**Jean-Baptiste Soufron** Avocat

Il faut renoncer à la mise en place d'un outil de surveillance enregistrant toutes nos interactions humaines et sur lequel pèse l'ombre d'intérêts privés et politiques, à l'instar du scandale Cambridge Analytica, plaide un collectif de trois spécialistes du numérique dans une tribune au « Monde ».

Publié aujourd'hui à 04h35, mis à jour à 07h01 Temps de Lecture 5 min.



A Singapour, le 25 mars, le tracking est en place. EDGAR SU / REUTERS

**Tribune.** Le mardi 28 avril, les parlementaires français seront amenés à voter sur [StopCovid](#), l'application mobile de traçage des individus imposée par l'exécutif. Nous souhaitons que, par leur vote, ils convainquent l'exécutif de renoncer à cette idée tant qu'il est encore temps. Non pas de l'améliorer, mais d'y renoncer tout court. En fait, même si toutes les garanties légales et techniques étaient mises en place (anonymisation des données, open source, technologies Bluetooth, consentement des utilisateurs, protocole décentralisé, etc.), StopCovid serait exposée au plus grand des dangers : celui de se transformer sous peu en « StopCovid Analytica », une nouvelle version du [scandale Cambridge Analytica](#) [siphonnage des données privées de dizaines de millions de comptes Facebook].

[L'application](#) StopCovid a été imaginée comme un outil pour permettre de sortir la population française de la situation de restriction des libertés publiques provoquée par le Covid-19. En réalité, cette « solution » technologique ne serait qu'une continuation du confinement par d'autres moyens. Si, avec ce dernier, nous avons fait l'expérience d'une assignation à résidence collective, les applications mobiles de surveillance risquent de banaliser le port du bracelet électronique.

## Tous les citoyens, malades ou non

C'est déjà le cas à Hongkong, qui impose un capteur au poignet des personnes en quarantaine, et c'est l'objet de tests et de propositions en Italie, en Corée du Sud et au Liechtenstein pour certaines catégories de citoyens à risque. StopCovid, elle, a vocation à être installée dans les smartphones, mais elle concerne tous les citoyens, malades ou non. Chaque jour, toutes les interactions humaines de chacun d'entre nous seraient

enregistrées par [un outil de surveillance étatique](#), sur lequel pèse l'ombre d'intérêts privés d'entreprises technologiques.

L'affaire Cambridge Analytica, révélée au grand jour en 2018, avait comme point de départ les travaux de chercheurs de l'université anglaise. Une application appelée « Thisisyourdigitallife », présentée comme un simple quiz psychologique, avait d'abord été proposée à des utilisateurs de la plate-forme de microtravail Amazon Mechanical Turk. Ensuite, ces derniers avaient été amenés à donner accès au profil Facebook de tous leurs contacts. C'était, en quelque sorte, du traçage numérique des contacts avant la lettre.

A aucun moment ces sujets n'avaient consenti à la réutilisation de leurs informations dans la campagne du Brexit, dans celle de Donald Trump, ou dans des élections en Inde et en Argentine. Cela est arrivé ensuite, lorsque les chercheurs ont voulu monétiser les données, initialement collectées dans un but théoriquement désintéressé, par le biais de l'entreprise Cambridge Analytica. En principe, cette démarche respectait les lois des différents pays et les règles de ces grandes plates-formes. Néanmoins, de puissants algorithmes ont été mis au service des intérêts personnels et de la soif de pouvoir d'hommes politiques sans scrupule.

### **Le projet StopCovid n'offre aucune garantie sur les finalités exactes de la collecte de ces données**

Les mêmes ingrédients sont réunis ici : des scientifiques « de bonne volonté », des géants de la « tech », des intérêts politiques. Dans le cas de StopCovid, c'est le consortium universitaire européen Pan-European Privacy Preserving Proximity Tracing ([PEPP-PT](#)), qui a vu le jour à la suite de la pandémie. Ces scientifiques se sont attelés à la tâche de concevoir dans l'urgence le capteur de contacts le plus puissant, dans le respect des lois. Cela s'articule avec les intérêts économiques d'acteurs privés, tels les grands groupes industriels nationaux, le secteur automobile et les banques en Italie, les télécoms et les professionnels de l'hébergement informatique en France. Mais surtout les GAFAs, les géants américains du numérique, se sont emparés du sujet.

Cette fois, ce ne sont pas Facebook et Amazon, mais Google et Apple, qui ont tout de suite proposé d'héberger les applications de suivi de contacts sur leurs plates-formes. La menace qui plane au-delà de tous ces acteurs vient des ambitions de certains milieux politiques européens d'afficher leur détermination dans la lutte contre le Covid19, en se targuant d'une solution technique à grande échelle, utilisant les données personnelles pour la « campagne du déconfinement ».

## **Une myopie sur les dimensions sociales des données**

Le projet StopCovid n'offre aucune garantie sur les finalités exactes de la collecte de ces données. L'exécutif français ne s'autorise pas à réfléchir à la phase qui suit la collecte, c'est-à-dire au traitement qui sera fait de ces informations sensibles. Quels algorithmes les analyseront ? Avec quelles autres données seront-elles croisées ? Son court-termisme s'accompagne d'une myopie sur les dimensions sociales des données.

Que se passerait-il si, comme plusieurs scientifiques de l'Inria, du CNRS et d'Informatics Europe s'époumonent à nous le dire, des entreprises ou des puissances étrangères décidaient de créer des « applications parasites » qui, comme Cambridge Analytica, croiseraient les données anonymisées de StopCovid avec d'autres bases de données nominatives ? Que se passerait-il, par exemple, si une plate-forme de livraison à domicile décidait (cela s'est passé récemment en Chine) de donner des informations en temps réel sur la santé de ses coursiers ? Comment pourrait-on empêcher un employeur ou un donneur d'ordres de profiter dans le futur des données sur l'état de santé et les habitudes sociales des travailleurs ?

L'affaire Cambridge Analytica nous a permis de comprendre que les jeux de pouvoir violents et partisans autour de la maîtrise de nos données personnelles ont des conséquences directes sur l'ensemble de la vie réelle. Il ne s'agit pas d'une lubie abstraite. Le cas de StopCovid est tout aussi marquant. En focalisant des ressources, l'attention du public et celle des parlementaires sur une solution technique probablement inefficace, le gouvernement nous détourne des urgences les plus criantes : la pénurie de masques, de tests et de médicaments, ou les inégalités d'exposition au risque d'infection.

# Une malheureuse diversion

Cette malheureuse diversion n'aurait pas lieu si le gouvernement n'imposait pas ses stratégies numériques, verticalement, n'étant plus guidé que par l'urgence de faire semblant d'agir. Face à ces enjeux, il faudrait au contraire impliquer activement et à parts égales les citoyens, les institutions, les organisations et les territoires pour repenser notre rapport à la technologie. Le modèle de gouvernance qui accompagnera StopCovid sera manifestement centré dans les mains d'une poignée d'acteurs étatiques et marchands. Une telle verticalité n'offre aucune garantie contre l'évolution rapide de l'application en un outil coercitif, imposé à tout le monde.

Ce dispositif entraînerait un recul fondamental en matière de libertés, à la fois symbolique et concret : tant sur la liberté de déplacement, notamment entre les pays qui refuseraient d'avoir des systèmes de traçage ou qui prendront ce prétexte pour renforcer leur forteresse, que sur la liberté de travailler, de se réunir ou sur la vie privée. Les pouvoirs publics, les entreprises et les chercheurs qui dans le courant des dernières semaines sont allés de l'avant avec cette proposition désastreuse, ressemblent à des apprentis sorciers qui manient des outils dont la puissance destructrice leur échappe. Et, comme dans le poème de Goethe, quand l'apprenti sorcier n'arrive plus à retenir les forces qu'il a invoquées, il finit par implorer une figure d'autorité, une puissance supérieure qui remette de l'ordre. Sauf que, comme le poète nous l'apprend, ce « maître habile » ne reprend ces outils « que pour les faire servir à ses desseins ».

24. April 2020, 18:57 Uhr

**Coronavirus:**

## "Als Wissenschaftler schafft man keine Fakten"



Christian Drosten gehört zu den profiliertesten Coronavirus-Experten. Seit 2017 leitet er die Virologie an der Charité.

(Foto: picture alliance/dpa)

**Mit der Corona-Krise wurde der Virologe Christian Drosten zu einem Popstar der Wissenschaft. Eine befremdliche Erfahrung für ihn.**

Interview von [Kathrin Zinkant](#)

Soeben hat [Christian Drosten](#) einen Sonderpreis für seine unermüdliche Kommunikation über das neue Coronavirus erhalten. Trotz vieler Interviews und Auftritte bleibt er seinen wissenschaftlichen Prinzipien treu.

**SZ: Herr Drosten, Sie haben die Öffentlichkeit schon in früheren Epidemien über virologische Zusammenhänge informiert. Was ist in der aktuellen Krise anders?**

Christian Drosten: Ich habe bald gemerkt, dass in dieser Krise viel Information verloren geht. Ich hatte über den Januar und Februar versucht, deutliche Warnungen auszusprechen - ohne Panik zu verbreiten. Aber aus den Interviews wurde viel herausgeschnitten. Mich hat das geärgert, ich habe da jeweils viel Zeit investiert. Irgendwann nahm das auch zeitlich überhand, ich habe jedes Interview sechsmal gegeben - und meine Frau war genervt, weil ich beim Frühstück immer wieder nach nebenan gehen musste, für Interviews. Auch da wurde verkürzt, der Kontext verändert.

**Manchmal machen Verkürzungen die Dinge auch klarer. Müssen Sie sich ein dickeres Fell zulegen?**

(Lacht) Ja, vielleicht ist es schon dicker geworden. Letzte Woche zum Beispiel gab es eine Pressekonferenz mit dem Präsidenten des Paul-Ehrlich-Instituts, Klaus Cichutek. Ich war vorher in einer Talkshow gefragt worden, wie es denn jetzt weitergehen wird in den kommenden Monaten, und da habe ich über Contact-Tracing per Mobilfunk gesprochen, weil ein Impfstoff in diesem Zeitraum - also im Sommer - Träumerei ist. Und dann wurde Cichutek auf der Pressekonferenz gefragt: Drosten sagt, Impfstoffe sind Träumereien. Was sagen Sie denn dazu? Natürlich hat er gesagt: "Das ist keine Träumerei, da wird dran gearbeitet, bald gehen die ersten Studien los." Das heißt trotzdem nicht, dass wir im Sommer einen Impfstoff haben werden. Aber am nächsten Tag schreibt keine geringere Zeitung als die FAZ: "Cichutek widerspricht Drosten". Ich habe mich dieses Mal nicht beschwert.

**Inzwischen kommunizieren Sie hauptsächlich über einen ungeschnittenen Podcast. Hat sich auch da etwas verändert?**

Am Anfang konnte ich aus dem Nähkästchen plaudern, da habe ich Grundwissen von mir gegeben. Das ist inzwischen nicht mehr so. Ich lese manchmal 40, 50 vorveröffentlichte Studien zur Vorbereitung. Es wird ja jetzt viel mehr argumentiert mit wissenschaftlichen Befunden. Zuletzt, was die Häufigkeit von Antikörpern in der Bevölkerung betrifft, die Hintergrundprävalenz. Da sind jetzt viele kleine Studien herausgekommen, zum Beispiel aus Santa Clara in Kalifornien, zu denen es in etwa hieß: "Ah ja, wir sind doch mindestens auf dem Weg zur Bevölkerungsimmunität." Da kann ich nicht sagen: Nee, das glaube ich nicht. Ich muss die Studien lesen und begründen, warum das nicht so ist.

**Die erste dieser kleinen Studien war die sogenannte Heinsberg-Studie, die mit ihren Zwischenergebnissen einige Verwirrung ausgelöst hat - auch bei Ihnen.**

Diese Geschichte ist für mich zweilagig. Das eine ist die Kommunikation, und das andere ist die Wissenschaft.

**Fangen wir mit der Kommunikation an.**

Es hatte vor Ostern diese Pressekonferenz gegeben, und plötzlich war die Botschaft draußen, dass 15 Prozent der Bevölkerung immun sind. Das wurde auch gleich generalisiert. Und es geschah in Anwesenheit von Herrn Laschet, war also schon vollkommen politisch. Aber es gab kein Manuskript mit Daten. Und auf einem Pressebriefing des Science Media Center am gleichen Tag habe ich dann gesagt: "Dazu kann man so gar nichts sagen, wir kennen den Hintergrund nicht." Man hatte ja nur eine Zahl genannt bekommen und musste die dann einfach mal glauben.

**"Da weiß ich nicht mehr, was ich noch denken soll. Das hat mit guter wissenschaftlicher Praxis nichts mehr zu tun."**

**Warum ist das Manuskript so wichtig?**

Aus Santa Clara zum Beispiel haben wir die Daten. Die können wir Wissenschaftler nehmen und uns darüber austauschen - ob das so stimmt mit der Sensitivität von diesem Antikörpertest, ob das wirklich gut ist, dass Freiwillige getestet wurden. Darüber kann man dann diskutieren und zu einem Konsens kommen in der Community. Im Moment heißt dieser Konsens aus den Studien, zu denen wir Manuskripte haben: Mit zwei zugekniffenen Augen bewegen wir uns hinsichtlich der Immunität vielleicht im niedrig einstelligen Prozentbereich der Bevölkerung.

**Die Heinsberg-Studie kommt zu einem anderen Ergebnis. Sie wurde zudem schon im Vorfeld als richtungsweisend für die Politik gehandelt, es war sogar eine Social-Media-Agentur des ehemaligen Bild-Chefredakteurs Kai Diekmann involviert.**

Ich finde das alles total unglücklich - und ich finde es noch schlimmer, wenn ich dann den Bericht im Wirtschaftsmagazin *Capital* darüber lese, dass diese PR-Firma Geld bei Industriepartnern eingesammelt hat, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Da geht es auch um ein internes Dokument, demzufolge Tweets und Aussagen des Studienleiters Hendrik Streeck in Talkshows schon wörtlich vorgefasst waren. Da weiß ich einfach nicht mehr, was ich noch denken soll. Das hat mit guter wissenschaftlicher Praxis nichts mehr zu tun. Und es zerstört viel von dem ursprünglichen Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft.

**Ist die Studie damit denn hinfällig?**

Die Wissenschaft an sich ist erst mal nicht zu kritisieren auf der momentanen Basis. Es gibt ja immer noch keine genauen Informationen. Deshalb kann man auch nicht über diese Zwischenergebnisse sprechen..

**Hat Hendrik Streeck Ihnen inzwischen Details über die Studie zukommen lassen?**

Wir haben telefoniert, und ich habe Auszüge der Daten bekommen - und die lassen erkennen, dass die Studie an sich seriös ist und gut werden könnte. Aber wenn einzelne Wissenschaftler im Hintergrund irgendwelche Daten gezeigt bekommen und dann sagen, okay, das geht vielleicht in die richtige Richtung, dann reicht das ja nicht dafür aus, um politische Entscheidungen zu treffen.

### **Hier hat es aber von vornherein ein politisches Kalkül gegeben.**

Hendrik Streeck sagt, er gehe da völlig ergebnisoffen ran. Aber wenn das stimmt mit dem internen Papier der PR-Agentur, dann war das überhaupt nicht ergebnisoffen. Sondern eine von vornherein geplante Botschaft, die man sich kaufen konnte.

### **Und für die man dann den passenden Ort wählte.**

Gangelt im Kreis Heinsberg ist ein Hochprävalenzgebiet. In der Pressekonferenz wurde immerhin einmal gesagt, dass das nicht repräsentativ ist. Aber vorher ist das so nicht kommuniziert worden. Da hieß es, das sei die Erstregion, hier könne man untersuchen, wie die Zukunft aussieht. Man hat auch gesagt, man wolle Fakten schaffen. Aber als Wissenschaftler schafft man keine Fakten, sondern will Fakten untersuchen oder identifizieren.

### **Sie halten sich selbst meist eher zurück mit Einschätzungen zur Politik. Die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim hat Sie dafür kritisiert. Sie sagt, Wissenschaftler müssten auch politische Entscheidungen wissenschaftlich einordnen.**

Ich gebe ihr Recht. Aber ich frage mich dann, wo jetzt eigentlich die Wirtschaftswissenschaftler sind. Da spricht ein Arbeitgeberpräsident, aber die wissenschaftlichen Experten aus der Wirtschaft sind nicht sichtbar. Ich lese von denen nicht einmal die verkürzten Botschaften in der Zeitung, wie es sie von "den Virologen" ja gibt.

### **Nun wird nicht nur von der Wirtschaft viel über Lockerungen diskutiert. Man bekommt den Eindruck, dass deshalb viele die Maßnahmen schon lockerer sehen.**

Es gibt sogar die Behauptung, die Kontaktsperren seien gar nicht nötig gewesen. Da wird dann darauf verwiesen, dass der R-Wert, die Reproduktionsrate, schon vor Beginn der Maßnahmen gesunken sei. Und daraus wird gefolgert, dass sich die Epidemie von selbst eingedämmt habe. Erstens glaube ich, dass der R-Wert durch die starke Änderung der Testzahlen im März verfälscht ist. Und Ranga Yogeshwar hat ein interessantes Video gemacht, mit Mobilitätsdaten von Apple. Die zeigen deutlich, dass die Informationen und Warnungen dazu geführt haben, dass die Menschen die Maßnahmen praktisch vorweggenommen haben. Ich erinnere mich gut daran, Mitte März waren die Straßen in Berlin praktisch schon leer.

### **Das spricht doch dafür, dass die Bevölkerung gut mitmacht.**

Dieser Erfolg wird jetzt aber missbraucht als Argument, dass man das alles doch hätte lassen können. Das wird dann noch zusammengerührt mit der angeblichen Abwesenheit einer Übersterblichkeit. So, als gäbe es das doch alles gar nicht. Das spielt gewissen politischen Kräften in die Hände, die sagen, man müsse der Wirtschaft eine Chance geben. Obwohl man der Wirtschaft vielleicht gerade die Chance nimmt, weil die Kontaktsperren womöglich umso härter wieder eingeführt werden müssen. Ich mache mir wirklich Sorgen, wenn ich Vertreter der Wirtschaft höre, die praktisch sagen, von dieser Lockerung weichen wir jetzt keinen Millimeter zurück. Als wäre das Verhandlungssache. Aber wenn überhaupt, dann verhandelt man da mit der Natur, nicht mit einem Virologen.

### **Verhandelt werden derzeit auch Gerüchte, etwa die Theorie, das Virus sei durch einen Unfall aus einem Labor in Wuhan in die Welt gekommen.**

Diese Fledermaus-Coronaviren, die dem neuen Erreger ähnlich sind, existieren nur in Hufeisennasenfledermäusen - und die hält man nicht einfach mal so im Labor. Man infiziert sich in einem

Labor auch nicht einfach mal aus Versehen mit so einem Virus. Und dann geht ein Fledermausvirus auch nicht einfach auf den Menschen über, da gibt es eine Anpassungsbarriere. Für mich klingt das, soweit ich es überhaupt sagen kann, äußerst unplausibel.

### **Steht denn überhaupt fest, dass der Erreger aus Fledermäusen stammt?**

Man kann eigentlich zum Ursprung nicht wirklich etwas sagen, solange man es nicht untersucht. Wenn das Virus aus Zwischenwirten kommt, die auf dem Markt in Wuhan gehandelt wurden, kann man auch nicht sagen: Die haben wir gekeult und können sie nicht mehr beforschen. Das stimmt ja nicht. Solche Viren kochen nicht auf einem Markt hoch, sondern dort, wo die Tiere gezüchtet oder gefangen werden. Schleichkatzen, Marderhunde, solche Tiere. Marderhunde sind eine Industrie in China, da gibt es Zuchtbetriebe, die diese Märkte beliefern. Dort könnte man mal hingehen und ein paar Tausend Tiere beproben. Ich verstehe nicht, warum es dazu noch keine Daten gibt. Da würde ich einfach gern einmal eine Studie sehen.



Lernen:

## Macht mich Bildung zum besseren Menschen?

Was für eine altmodische Frage! Doch gerade heute muss man sie stellen. Weil man nur durch Bildung lernt, mit den Schwachen zu fühlen und sich für die Welt zu begeistern.

Ein Essay von **Jan Roß**

15. Januar 2020, 16:46 Uhr Editiert am 21. Januar 2020, 18:04 Uhr DIE ZEIT Nr. 4/2020, 16. Januar 2020 [123 Kommentare](#)



"Kunst ist ein Weg, unseren Kontakt mit unseren Mitmenschen über die Grenzen unserer persönlichen Bekanntschaft hinaus auszuweiten." (George Eliot) © Ramon Haindl

### **Macht mich Bildung zum besseren Menschen? – Seite 1**

Während meiner Zeit als Korrespondent in Indien bin ich zahllosen Bettlern begegnet. Manchmal habe ich ihnen ein bisschen Geld gegeben, manchmal ärgerte ich mich über sie, weil ich sie zudringlich fand. Aber an den allermeisten bin ich vorbeigegangen. Das passiert natürlich auch in Deutschland, in jeder großstädtischen Fußgängerzone. Doch in einem Land wie Indien, wo die Armut trotz aller wirtschaftlichen Entwicklung immer noch allgegenwärtig ist, fällt einem die eigene Fähigkeit zur Achtlosigkeit, zur Wahrnehmungsverweigerung besonders drastisch auf. Man blickt von den Armen nicht einmal mehr weg, man sieht einfach durch sie hindurch.

Zufälligerweise las ich zur selben Zeit, in der ich mich in Indien einlebte, ein dickes, altes europäisches Buch, einen Klassiker: den Roman *Bleakhaus* des englischen Erzählers Charles Dickens aus dem Jahr 1853. Eine spannende Geschichte aus dem nebelverhangenen viktorianischen London. Halb Krimi, halb Sozialkritik, voller unvergesslicher Charaktere.

Eine der Romanfiguren ist der Straßenkehrer Jo, noch ein halbes Kind, so schwächling, verschüchtert und elend, dass er nicht einmal einen Nachnamen angeben kann, wenn er gefragt wird, und gewissermaßen nur aus zwei Buchstaben besteht. Das Verrückte ist nun: An diesem literarischen Bettelungen konnte ich, im Unterschied zu den lebenden Bettlern draußen in der Stadt, nicht vorbeisehen. Er ist aus der Geschichte nicht wegzudenken, Dickens hat ihn mit

dutzenderlei Fäden in die Handlung hineingenäht. Wer *Bleakhaus* liest, muss sich auch mit Jo befassen. Ich konnte den Band natürlich zuschlagen und weglegen, aber solange ich meinen Kopf in das Buch steckte, war Jo da. Ich musste seinen gestammelten, sprachlich unkorrekten Sätzen mit Geduld zuhören. Ich musste mitansehen, wie er von der Polizei als unerwünschter Obdachloser von Ort zu Ort gescheucht wird, wie er vor Gericht nicht als Zeuge erscheinen darf, wie er schließlich an den Pocken stirbt, die in den Londoner Slums ausgebrütet werden. Ich konnte das alles nicht ausblenden: Augen, die zum Lesen geöffnet sind, lassen sich für die Vorstellungskraft nicht schließen. Mein Lektüreerlebnis war gespenstisch, aber auch ein Wunder: Ein fiktiver Charakter aus einem mehr als 150 Jahre alten Buch war für mich wirklicher als die tatsächlichen Leute vor meiner Haustür. Oder, anders und optimistischer gesagt: Ein Kunstwerk, ein klassischer Roman – ein Bildungsgut –, zwang mich unerbittlicher, die Realität der Armut zur Kenntnis zu nehmen, als die Realität selbst es vermochte.



Autoren, die Welten eröffnen: Charles Dickens' "Bleakhaus" erschien 1852 und 1853 als Fortsetzungsroman. © Ary Scheffer/Adoc-Photos/bpk

Macht uns Bildung zu besseren Menschen? Was für eine ungewohnte Frage das ist – altmodisch, idealistisch, naiv, beinahe peinlich. Das ist nicht die Art, wie wir normalerweise über dieses Thema reden. Bildung steht offiziell hoch im Kurs, als Fundament der modernen Wissensgesellschaft; die Diskussion geht dann gleich in die Details: acht oder neun Jahre Gymnasium, mehr Digitalisierung oder mehr Latein. Aber ist das alles? An Bildung richten sich Erwartungen, Sehnsüchte, die durch keine Kultusbürokratie und kein Reformexpertentum zu befriedigen sind. Wenn sie mehr sein soll als Information oder Training, mehr als bloß Karrierevehikel oder Statusmerkmal, sondern eine Lebensbegleiterin, dann landet man irgendwann bei dieser Frage: Macht uns Bildung zu besseren Menschen?

Und die erste schnelle, selbstverständliche, fast aus dem Rückenmark schießende Antwort lautet: Nein. Wir alle kennen belesene, kunstsinnige und intellektuell brillante Wichtigtuer, Egoisten oder Zyniker. Boris Johnson ist ein hochgebildeter Mann – doch wird man zögern, ihn als moralisches Vorbild hinzustellen. Wir kennen den "Bildungsdünkel": ein klassenmäßiges bürgerliches Ausschlusskriterium, um "die da unten" und "die da draußen" von der besseren Gesellschaft

fernzuhalten. Der Anspruch auf Bildung ist oft von der Giftwolke der Arroganz umgeben, wenn nicht von angemäßigtem Herrenmenschentum. Umgekehrt gibt es eine Menge Leute, die den Namen "Shakespeare" zwar nicht einmal buchstabieren können – denen aber seelisch und charakterlich nicht das Mindeste fehlt. Ein gebildeter und ein guter Mensch zu sein, also Geistesbildung und Herzensbildung – die beiden Eigenschaften haben offenbar nur sehr bedingt miteinander zu tun.

Und dann die Geschichte: Das angebliche "Volk der Dichter und Denker", die Deutschen, hat trotz seiner viel gerühmten Bildungserreignisse in der Hitlerzeit die schlimmsten, völkermörderischen Massenverbrechen begangen. Die Europäer, die auf die abendländische Kultur so stolz waren, wurden gerade deswegen im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu ungenierten Imperialisten und Rassisten. Dank ihres vermeintlich höheren Entwicklungsstandes fühlten sie sich berechtigt, den Erdball zu erobern und die nichtweiße Menschheitsmehrheit zu unterwerfen, zu unterdrücken und zu töten. Die Hoffnung auf Bildung als historische Fortschrittsenergie, aber auch schlicht als Garantie menschlicher Anständigkeit und Zivilisiertheit, scheint durch die Erfahrung gründlich widerlegt.

Und trotzdem ist das nicht die ganze Wahrheit. Dass Bildung moralische Kraft besitzt, ist keine komplette Illusion oder ideologische Phrase. Nehmen wir das Beispiel des Imperialismus. Das späte 19. Jahrhundert hat nicht nur die Übersee-Gräueltaten der Europäer hervorgebracht: etwa im Kongo, wo der belgische König Leopold II. im Namen von Humanität und Christentum eine Art Privatkolonie betrieb, unter rücksichtsloser Ausbeutung der Naturschätze Elfenbein und Kautschuk und mit genozidaler Grausamkeit gegen die Einwohner. Sondern diese Zeit hat auch ein kleines Buch produziert, das den Kongo-Skandal darstellt und anprangert: die Erzählung *Herz der Finsternis* des polnisch-britischen Autors Joseph Conrad, die 1899 erschienen ist. Im Zentrum der Geschichte steht die unheimliche Figur des Handelsagenten Kurtz, der die höchsten Menschheitsideale mit einem zunehmend maßlosen Größenwahn verbindet und sich in der Dschungeleinsamkeit in ein entfesselt Ungeheuer, eine monströse Ausgeburt der europäischen Kolonialmentalität verwandelt.

Anders als irgendein politisches Pamphlet gegen den Imperialismus ist Conrads Novelle "Bildungsstoff" geworden: Schul- und Seminarlektüre, als Taschenbuch und in zahllosen Übersetzungen verbreitet in der ganzen lesenden Welt. Und nicht nur in der lesenden Welt: Der Regisseur Francis Ford Coppola hat *Herz der Finsternis* als Grundlage für *Apocalypse Now* (1979) genommen, seinen epochemachenden Film über den amerikanischen Krieg in Vietnam, der wie Conrads Erzählung von den verfließenden Grenzen zwischen Zivilisation und Barbarei handelt.

## **Bildung ist das Gegenprogramm zum Narzissmus**

Über die Zeiten und Medien hinweg, von der Bibliothek und dem Lesesessel über den Kinosaal bis zum Laptop, wird daher dank Joseph Conrads Klassikerstatus seine skeptische, selbstkritische

Botschaft verbreitet, dass "wir" keine besseren Menschen sind und "sie" keine verächtlichen Wilden. Ich habe erst in meiner Korrespondenzzeit in Indien wirklich verstanden, was Imperialismus bedeutet: wie tief die Verletzungen und Demütigungen der Kolonialherrschaft reichen und dass sie ein bis heute unerledigtes Trauma sind. Ich habe erlebt, dass ein banales Ereignis wie ein Hygieneskandal bei den Produkten eines globalen Nahrungsmittelkonzerns auf einmal eine unkontrollierbare Flut von antiwestlichen Erinnerungen und Emotionen auslösen konnte. Und was mir dann geholfen hat, die unheimliche Gegenwart der Kolonialvergangenheit zu begreifen, waren nicht nur die Gespräche mit meinen indischen Freunden. Sondern es war genauso das Wiederlesen von Conrads *Herz der Finsternis*. Auch ein vor fast hundert Jahren gestorbener Autor kann zum Freund werden, der einem die Augen öffnet.

In der Horizonterweiterung steckt also die Ethik der Bildung. Bildung tritt dem Vergessen entgegen und hält die Vergangenheit gegenwärtig. Sie konfrontiert uns mit dem Fremden und anderen, mit Ideen, auf die wir selbst nicht gekommen wären, und mit Weltbildern, die uns irritieren. Das gilt nicht nur für die Literatur – obwohl sie vielleicht eine gewisse Sonderrolle spielt, als kulturelle Erbin des Erzählens, jener Urform, in der die Menschheit ihre Neuigkeiten austauscht und weitergibt. Die verstiegenen Spekulationen der Philosophie und die entlegenen Kuriositäten der Geschichte bergen ebenso viel Verstörungspotenzial. Das Kino kann visuelle Literatur sein, siehe Coppolas Conrad-Bearbeitung, und die nächste Version von *Herz der Finsternis* ist dann vielleicht kein Hollywood-Film mehr, sondern eine Netflix-Serie oder ein Computerspiel. Bei der Frage, welche Medien bildungstauglich sind, soll man nicht kleinlich sein.

Entscheidend ist: Geisteswerke schicken uns auf intellektuelle Abenteuer und machen uns mit außerordentlichen Frauen und Männern bekannt (auch mit Monstern wie dem irrsinnig gewordenen Elfenbeinhändler Kurtz). Sie brechen den Käfig unserer Routine und Beschränktheit auf, sie erweitern unser Einfühlungsvermögen und unsere moralische Fantasie. Bildung ist das Gegenprogramm zu einer Mentalität, die satt und träge um sich selbst kreist. Zum geistigen und seelischen Daumenlutschertum. Zum Narzissmus.

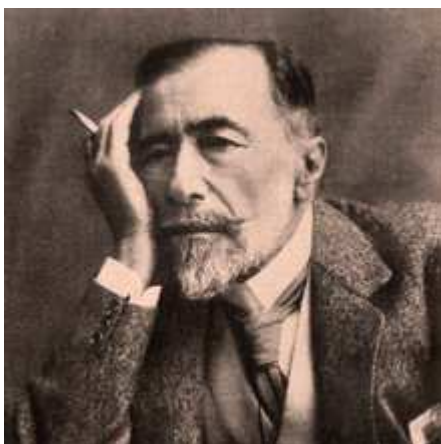


Kultur, meinte Mary Ann Evans alias George Eliot 1856, sei die "Ausdehnung unserer Sympathien". © United Archives/action press

Besonders klar erkannt und beschrieben hat das alles eine Zeitgenossin von Charles Dickens in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals, als das wohlhabende Bürgertum seinen Blick vom Elend der Land- und Fabrikarbeiter und überhaupt vom Schicksal der sozialen Randgruppen abwandte, hat die englische Schriftstellerin Mary Ann Evans genau im Stören dieser selbstgerechten Borniertheit die Funktion der Kultur erkannt. Evans wusste aus eigener Erfahrung über die Scheuklappen der Gesellschaft Bescheid: Ihr Zusammenleben mit einem verheirateten Mann, der sich nicht scheiden lassen konnte, verlangte von ihr den Mut zum Außenseiterdasein, und ihre Bücher veröffentlichte sie in einer patriarchalischen Zeit und einer männerdominierten Autorenszene lieber unter dem maskulinen Pseudonym "George Eliot", unter dem sie bis heute in den Literaturgeschichten steht.

1856 formulierte George Eliot in einem Zeitschriftenartikel den Gedanken, dass kulturelle Bildung "die Ausdehnung unserer Sympathien" bewirke, dass sie imstande sei, selbst ausgemachten Dumpfbacken oder Egoisten aus den besseren Kreisen klarzumachen, dass sie nicht allein auf der Welt existierten und andere Leute womöglich ernsthafte Probleme hätten. "Kunst", so Eliot, "ist die Sache, die dem Leben am nächsten kommt; sie ist ein Weg, die Erfahrung zu mehren und unseren Kontakt mit unseren Mitmenschen über die Grenzen unserer persönlichen Bekanntschaft hinaus auszuweiten." Es geht also gerade nicht um Eskapismus, nicht darum, sich mit exquisiten Kulturwaren, vorzugsweise Antiquitäten, in eine komfortable Nische zurückzuziehen und dem eigenen Feinsinn zu frönen. Wer seine Ruhe haben will, sollte sich von den Kunst- und Geisteswerken der Menschheit besser fernhalten. Dann ist er vor der Begegnung mit dem Betteljungen Jo sicher.

Gilt George Eliots Empathie-Lehre heute immer noch? Tja, es sieht so aus, als habe die heutige allumfassende Informiertheit am Problem der Vernagelung und Herzensträgheit nicht viel geändert. Zwar sind wir nicht mehr so im sozialen Status und in der Schichtzugehörigkeit gefangen wie frühere Generationen. Doch an die Stelle der Klassengesellschaft ist eine Blasengesellschaft getreten, ein Nebeneinander abgeschlossener Peergroups und Milieus, die sich bestens darauf verstehen, sich in ihren Lieblingsvorstellungen behaglich einzurichten und das Unerfreuliche draußen zu lassen.



Joseph Conrads Erzählung "Herz der Finsternis" erschien 1899; sie wurde 1979  
verfilmt. © Glasshouse Images/dpa Picture-Alliance

In der Welt der Bildung funktioniert dieser bequeme Rückzug auf das, was naheliegt und uns in den Kram passt, dagegen nicht. Nicht nur, weil sie uns unbehagliche Situationen zumutet. Das ganze Prinzip und System Bildung beruht, wenn man so will, auf der Relativierung unserer Vorlieben und unserer Selbstgenügsamkeit, es steht in entschiedenem Gegensatz zu der Vorstellung, dass wir das Maß aller Dinge seien. Dass Charles Dickens oder Joseph Conrad sich zu lesen lohnen, darauf sind wir nicht allein gekommen; man wusste es schon vor uns, und wir ließen es uns sagen: von unseren Eltern, Lehrerinnen oder Professoren, von einer Buchhändlerin, von einem Bekannten, dessen Geschmack wir vertrauen. Das ist das Wesen kultureller Tradition. Es geht dabei nicht um ein autoritäres Diktat: Man kann selbst herausfinden, dass viel gepriesene Werke nichts taugen oder dass sie einem nichts sagen. Jeder gebildete Mensch hat am Ende seinen eigenen, individuellen Katalog von prägenden Werken und Erfahrungen. Aber das Grundgesetz des Bildungsuniversums lautet, dass man nie der Erste und nie der Einzige ist, dass die Welt nicht bei null und nicht mit mir selbst anfängt, dass man etwas vorfindet, an dem man sich abarbeiten muss. Das hilft schon ein bisschen gegen die Selbstüberschätzung.

Diese Konfrontation mit dem Unverlangten, mit dem, was wir uns selbst nicht ausgesucht hätten, ist eines der wichtigsten Bildungserlebnisse. Für den Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts sind die Figuren der literarischen Klassiker oder vergangener Epochen weit weg. Man könne sich mit ihnen nicht identifizieren, heißt es, man finde sich in ihnen nicht wieder. Was verbindet uns schon mit einem Mädchen wie der Antigone des Tragödiendichters Sophokles, einer Sagengestalt aus der altgriechischen Sklavenhaltergesellschaft, im antiken Athen auf die Bühne gestellt vor zweieinhalb Jahrtausenden? Gegen das ausdrückliche Verbot des Herrschers bestattet Antigone ihren Bruder, einen Landesverräter, der im Kampf gegen die eigene Stadt gefallen ist. Aus Pietätsgründen, um einer religiösen Pflicht zu gehorchen, angeordnet von Göttern, an die keiner von uns glaubt, nimmt diese mythische Prinzessin die Todesstrafe in Kauf und lässt sich lebendig einmauern, obwohl der König, ihr eigener Onkel, ihr ihren Starrsinn mit sehr rationalen Argumenten auszureden versucht. Für solch eine Fanatikerin aus archaischer Vorzeit sollen wir uns interessieren?

## **"Bildungsrelevant" ist das, was uns infrage stellt**

Genau das ist der Punkt: sich in andere Zeiten, andere Köpfe und andere Seelen hineinzusetzen, auch wenn es schwerfällt oder wir für dieses andere keine spontane Sympathie empfinden. Dann entdeckt man in Antigone die protestierende Jugendliche, die sich der moralisch abgestumpften Routine der Eltern- und Erwachsenenwelt verweigert. Die Widerständlerin, die nur ihrem Gewissen folgt und sich der Macht nicht unterwerfen will. Die Fundamentalistin, für die das göttliche Gebot über dem staatlichen Recht steht.

Wer dagegen von vornherein immer und überall nur sich und seine Welt "wiederfinden" und sich mit allem "identifizieren" will, bleibt nicht bloß intellektuell beschränkt. Der schlimmste Feind – der wahre Gegenspieler – des gebildeten Menschen ist nicht der Barbar: Es ist der Spießer, der alles auf sich bezieht, alles schon zu wissen meint und selbstzufrieden in seinem Denken und Dasein ruht.

"Bildungsrelevant" ist daher nicht einfach das Interessante und Wichtige – sondern vor allem das, was uns infrage stellt. Sigmund Freud hat einmal von den Kränkungen gesprochen, die nicht nur die Psychoanalyse, sondern die großen wissenschaftlichen Erkenntnisse dem menschlichen Selbstwertgefühl zugefügt hätten: die Idee des Kopernikus, dass statt der Erde die Sonne im Zentrum des Planetensystems steht, und Darwins Evolutionslehre, die den Menschen gewissermaßen ins Tierreich zurückstößt. Das sind irritierende Einsichten – und genau darin besteht ihr Bildungswert. So hätten wir die Welt nicht gemacht, wenn man uns gefragt hätte. Hat man aber nicht, und Bildung ist der Prozess, in dem wir das begreifen. Bildung zieht uns den Schnuller der Egozentrik aus dem Mund.

Das Beste daran ist, dass diese Operation keineswegs immer quälend ist, sondern oft befreiend und beglückend. Denn sie ist mit Bewunderung verbunden.

Bewunderung hat heute eine schlechte Presse. Man denkt gern, dass sich im Staunen vor dem Besonderen Naivität oder eine Art geistiger Obrigkeitsglaube ausdrücken, ein Mangel an kritischer Distanz. Wer bewundert, scheint ein bisschen einfältig zu sein. Lernen wir nicht gerade durch Bildung, alles zu hinterfragen und anzuzweifeln, keine Autorität gelten zu lassen?

Doch das ist wieder nur eine Halbwahrheit. Gebildete Menschen scheuen sich keineswegs, das Herausragende anzuerkennen. Von Karl Marx gibt es eine interessante Aufzeichnung über antike Kunst und Literatur. Die ganze Schönheit und Poesie dieser Epoche konnte, schreibt Marx, nur mit einem mythologischen Weltbild und unzureichender Naturbeherrschung entstehen. Doch dann lautet seine Schlussfolgerung verblüffenderweise so: "Aber die Schwierigkeit liegt nicht darin, zu verstehen, dass griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, dass sie für uns noch Kunstgenuss gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten."

Was ihn also wirklich frappierte, was er für das eigentlich Bemerkenswerte hielt, war gerade nicht die Abhängigkeit der antiken Meisterwerke von den sozialen Verhältnissen ihrer Zeit, es war vielmehr ihre Unabhängigkeit – nicht das Erklären, sondern das Unerklärliche. Der Materialist Marx, der scharfsichtige Entlarver von Klasseninteressen und historischen Bedingtheiten, wusste ganz genau, wo das Entlarven ein Ende hat und man besser einfach seinen Hut zieht.

Es ist eine verbreitete Vorstellung, dass Bewunderung etwas Demütigendes ist. Die Blickrichtung geht von unten nach oben, wie vom bescheidenen Fußgänger aufwärts zum Reiterstandbild, und das scheint sich mit menschlicher Würde schlecht zu vertragen. Welch ein Irrtum! Bewunderung

macht nicht klein. Ebenso wie Achtung oder Verehrung hat sie nichts mit Unterwürfigkeit zu tun und nichts mit Gehorsam; man schuldet sie niemandem und keiner Sache, sie wird freiwillig gegeben. Sie ist ein Ausdruck innerer Größe: davon, dass man gelten lässt und gönnen kann.

Es ist nicht bloß eine tolle Sache, sondern schlicht ein Wunder, dass in einer Zeit, in der Frauen fast keine Rechte hatten, ein Mann eine Figur wie Antigone schaffen konnte: ein Mädchen, das ganz allein und vollkommen unbeugsam ist. Sie steht da wie eine dichterische Freiheitsstatue, die vor Jahrtausenden gebaut wurde und von der bis heute kein Steinchen weggebrochen ist. Da hinaufzusehen ist nicht erniedrigend. Man wird eher stellvertretend, als Mensch, selbst ein bisschen stolz, dass unsere Gattung so etwas zustande gebracht hat.

*Jan Roß hat zu diesem Thema ein Buch geschrieben: "Bildung. Eine Anleitung" erscheint Ende Januar im Verlag Rowohlt Berlin (320 S., 22,- €).*



## A pandemic of power grabs

# Autocrats see opportunity in disaster

The world is distracted and the public need saving. It is a strongman's dream

[Leaders Apr 23rd 2020 edition](#)

Apr 23rd 2020



All the world's attention is on covid-19. Perhaps it was a coincidence that China chose this moment to tighten its control around disputed reefs in the South China Sea, arrest the most prominent democrats in Hong Kong and tear a hole in Hong Kong's Basic Law (see article). But perhaps not. Rulers everywhere have realised that now is the perfect time to do outrageous things, safe in the knowledge that the rest of the world will barely notice. Many are taking advantage of the pandemic to grab more power for themselves (see article).

China's actions in Hong Kong are especially troubling. Since Britain handed the territory back to China in 1997, Hong Kong has been governed under the formula of "one country, two systems". By and large, its people enjoy the benefits of free speech, free assembly and the rule of law. Foreign firms have always felt safe there, which is why Hong Kong is such an important financial hub. But China's ruling Communist Party has long yearned to crush Hong Kong's culture of protest. Article 22 of the Basic Law (a kind of mini-constitution) bans Chinese government offices from interfering in Hong Kong's internal affairs. That was always understood to include its Liaison Office in Hong Kong. But on April 17th the office, China's main representative body in the territory, said it was not bound by Article 22. This suggests that it plans to step up its campaign to curtail Hong Kong's freedoms.

Xi Jinping's incremental power grab in Hong Kong is one of many. All around the world, autocrats and would-be autocrats spy an unprecedented opportunity. Covid-19 is an emergency like no other. Governments need extra tools to cope with it. No fewer than 84 have enacted emergency laws vesting extra powers in the executive. In some cases these powers are necessary to fight the pandemic and will be relinquished when it is over. But in many cases they are not, and won't be. The places most at risk are those where democracy's roots are shallow and institutional checks are weak.

Take Hungary, where the prime minister, Viktor Orban, has been eroding checks and balances for a decade. Under a new coronavirus law, he can now rule by decree. He has become, in effect, a dictator, and will remain so until parliament revokes his new powers. Since it is controlled by his party, that may not be for a while. Hungary is a member of the European Union, a club of rich democracies, yet it is acting like Togo or Serbia, whose leaders have just assumed similar powers on the same pretext.

Everywhere people are scared. Many wish to be led to safety. Wannabe strongmen are grabbing coercive tools they have always craved—in order, they say, to protect public health. Large gatherings can be sources

of infection; even the most liberal governments are restricting them. Autocrats are delighted to have such a respectable excuse for banning mass protests, which over the past year have rocked India, Russia and whole swathes of Africa and Latin America. The pandemic gives a reason to postpone elections, as in Bolivia, or to press ahead with a vote while the opposition cannot campaign, as in Guinea. Lockdown rules can be selectively enforced. Azerbaijan's president openly threatens to use them to "isolate" the opposition. Relief cash can be selectively distributed. In Togo you need a voter id, which opposition supporters who boycotted a recent election tend to lack. Minorities can be scapegoated. India's ruling party is firing up Hindu support by portraying Muslims as covid-19 vectors.

Fighting the virus requires finding out who is infected, tracing their contacts and quarantining them. That means more invasions of privacy than people would accept in normal times. Democracies with proper safeguards, like South Korea or Norway, will probably not abuse this power much. Regimes like China's and Russia's are eagerly deploying high-tech kit to snoop on practically everyone, and they are not alone. Cambodia's new emergency law places no limits on such surveillance.

False information about the disease can be dangerous. Many regimes are using this truism as an excuse to ban "fake news", by which they often mean honest criticism. Peddlers of "falsehood" in Zimbabwe now face 20 years in prison. The head of a covid-19 committee under Khalifa Haftar, a Libyan warlord, says: "We consider anyone who criticises to be a traitor." Jordan, Oman, Yemen and the United Arab Emirates have banned print newspapers, claiming that they might transmit the virus.

Judging by what has already been reported, power grabbers on every continent are exploiting covid-19 to entrench themselves. But with journalists and human-rights activists unable to venture out, nobody knows whether the unreported abuses are worse. How many dissidents have been jailed for "violating quarantine rules"? Of the vast sums being mobilised to tackle the pandemic, how much has been stolen by strongmen and their flunkies? A recent World Bank study found that big inflows of aid to poor countries coincided with big outflows to offshore havens with secretive shell companies and banks—and that was before autocrats started grabbing covid-related emergency powers. Better checks are needed.

"Right now it is health over liberty," says Thailand's autocratic prime minister, Prayuth Chan-ocha. Yet many of the liberty-constricting actions taken by regimes like his are bad for public health. Censorship blocks the flow of information, frustrating an evidence-based response to the virus. It also lets corruption thrive. Partisan enforcement of social distancing destroys the trust in government needed if people are to follow the rules.

## **Cruel, but inept**

Where does this lead? Covid-19 will make people poorer, sicker and angrier. The coronavirus is impervious to propaganda and the secret police. Even as some leaders exploit the pandemic, their inability to deal with popular suffering will act against the myth that they and their regimes are impregnable. In countries where families are hungry, where baton-happy police enforce lockdowns and where cronies' pickings from the abuse of office dwindle along with the economy, that may eventually cause some regimes to lose control. For the time being, though, the traffic is in the other direction. Unscrupulous autocrats are exploiting the pandemic to do what they always do: grab power at the expense of the people they govern.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/corona-regeln-warum-stoppt-die-polizei-spaziergaenger-16740427.html?premium>

CORONA-REGELN:

## Warum lauert die Polizei Spaziergängern auf?

- VON OLIVER LEPSIUS
- -AKTUALISIERT AM 25.04.2020-09:04



Beschädigte Grundrechte: Ohne eine Bilanz der unnötigen Freiheitsverluste kann es keine Rückkehr zur Normalität geben, analysiert der Jurist Oliver Lepsius in seinem Gastbeitrag.

Knapp fünf Wochen nach dem Shutdown hat die Phase der Lockerungen begonnen. Was bedeutet das für die **Grundrechte** in Zeiten der Pandemie? Zeit für einen Blick zurück und nach vorn. Zunächst wird jetzt die Perspektive auf die Suche nach milderem Mitteln umgestellt. Die Beweislast kehrt sich um, weg von Maximalmaßnahmen, die auf Ungewissheit und sich ins Unermessliche verlängernde naturwissenschaftliche Kausalketten reagieren, hin zu einem Denken, bei dem Zweck-Mittel-Relationen auf der Basis normativer Zurechnungen handlungsleitend werden. Wir nähern uns wieder einem grundrechtlich gewollten Zustand.

Grundrechte stehen nicht unter einem Demoskopievorbehalt nach dem Motto, als politische Gemeinschaft könnten wir uns doch mehrheitlich einig sein, auf die Ausübung unserer Freiheitsrechte auch einmal kollektiv zu verzichten. Grundrechte sind zunächst immer Rechte der Minderheit. Als Prüfprogramm und Maßstab von Eingriffen verpflichten sie aber auch zu maßvollem, abwägendem Entscheiden. Dafür ist es notwendig, das Ziel, dem Grundrechtseingriffe dienen, zu bestimmen und die Mittel zu prüfen. Man darf keinen Tunnelblick bei der Zielverfolgung haben, sondern muss die Vielzahl der Belange im Blick behalten. Die Grundrechte sind folglich nicht nur Rechte. Sie formulieren eine rechtlich sanktionierbare politische Kultur der Willensbildung und Entscheidungsbegründung. Grundrechte verlangen, bei der hoheitlichen Willensbildung berücksichtigt zu werden, und sie beschränken die Eingriffe auf das Verhältnismäßige.

### Ein unwägbares Risiko

Von dieser grundrechtlich angetriebenen politischen Kultur war in den letzten Wochen wenig zu sehen. So orientierten sich die Ausnahmen von Betriebsuntersagungen an einer „Systemrelevanz“, einem verfassungswidrigen Kriterium, weil die Grundrechte keine Hierarchisierung der Freiheitsbereiche zulassen. Das verfolgte Ziel blieb überdies unbestimmt: Wochenlang erklärten Entscheidungsträger, es gehe um Leben und Tod, jeder Tote sei zu viel. Es entstand ein Klima der Angst, in dem der Einzelne nicht mehr in der Lage war, die Wirkung seines Verhaltens auf den Pandemieverlauf vernünftig einzuschätzen. Wirkungszusammenhänge zwischen Mittel (Ausgangsverbot) und Ziel (kapazitätsgerechte Steuerung des Pandemieverlaufs) waren nicht diskutierbar.

Die **Bundesregierung** bezog sich einseitig auf virologisch-medizinisches Zahlenwerk und kritisierte die Wahrnehmung föderativer Vollzugsspielräume. Hier wurden erhebliche systemische Fehler begangen, die sich auch grundrechtlich ausdrücken lassen. Wenn nämlich ein Risiko mangels Erfahrung unwägbare und in seinen Wirkungen komplex ist, muss man Erfahrungswissen durch Einbeziehung von Akteuren gewinnen,

die über unterschiedliche Lebensbereiche Bescheid wissen. Stattdessen meinten die Exekutiven in Bund und Ländern, Handlungsfähigkeit durch „Corona-Kabinette“ oder „Taskforces“ demonstrieren zu müssen, thematisch extrem verengte Stäbe, in denen sich eine virologische Handlungslogik durchsetzte, während andere Effekte schon deswegen unter den Tisch fielen, weil diejenigen, die institutionell für die Wahrung dieser Freiheitsbereiche verantwortlich sind, gar nicht beteiligt wurden (anders beim interdisziplinären Expertenrat in Nordrhein-Westfalen). Wer Gesundheitsministerien ermächtigt, darf sich nicht wundern, wenn Kultur auf der Strecke bleibt.

Zu spät kam zur Sprache, welche Schäden der nach diesem Verfahren gewählte Kurs auslöst für Arbeitsleben und Wirtschaft, für Kultur, Religion, Bildung. Schließlich erkannte man die Schäden, die durch das Schließen der Krankenhäuser, das Verschieben von OPs, das Verbot der begleitenden nichtmedizinischen Therapien für die Gesundheit selbst entstanden. Und es wurde klar, dass die ökonomisch Schwachen durch die Maßnahmen besonders belastet wurden, der **Shutdown** also auch eminent soziale Effekte hat.

Freizeit, Hobby und Spaß, all das, was das Grundgesetz freie Entfaltung der Persönlichkeit nennt, hat keine grundrechtliche Lobby. Die mit dem Pluralismus der Freiheitsrechte einhergehende Risikokompetenz einer aufgeklärten Gesellschaft fand nur langsam wieder Gehör. So verhallte der am 3. April publizierte, vieles vorwegnehmende Stufenplan der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, während zehn Tage später die Stellungnahme der Leopoldina weite Aufmerksamkeit fand. Erst die Berufung auf die Grundrechte nahm auch der breiten Bevölkerung das eingeredete schlechte Gewissen, Freiheitsgebrauch sei lebensgefährlich und unsolidarisch. Vollzugsexzesse machten deutlich, dass zwischen den Maßnahmen und dem Ziel, eine Überforderung der Intensivstationen zu vermeiden, oft kein Zusammenhang bestand. Dieser Eindruck kulminierte im Tweet zum Parkbanksitzverbot, mit dem sich die Münchner Polizei bundesweit der Lächerlichkeit aussetzte, obwohl sie die bayerische Verordnung nur wörtlich nahm. Das Gute daran: Die Gesellschaft holte sich das Mitspracherecht an der Pandemiepolitik über die Grundrechte zurück. Das Schlechte daran: Die Regierungen wollten sie zunächst daran hindern.

## Regierungen machen keine Gesetze

Bei Grundrechtseingriffen sind zwei Dimensionen zu unterscheiden: Die Ermächtigungsnorm regelt den Eingriff generell-abstrakt. Die Schwere des Eingriffs hängt jedoch vom konkreten Vollzug im Einzelfall ab. Die Dimensionen werden normalerweise zwei unterschiedlichen Gewalten zugewiesen: Für generell-abstrakte Eingriffe ist die Legislative zuständig, weil man ihren pluralistisch zusammengesetzten Gremien die Abwägung der Freiheitskonkurrenzen zutraut. Für individuell-konkrete Eingriffe ist die Verwaltung zuständig. Sie muss den Besonderheiten des Einzelfalls Rechnung tragen, typischerweise durch Ermessensausübung. Beide Dimensionen werden getrennt auf die Verhältnismäßigkeit überprüft, so dass die Kompetenztrennung zu einem Mehr an Rechtsschutz führt.

Für Grundrechtseingriffe typischerweise unzuständig sind die Regierungen. Sie machen keine Gesetze und erlassen mit wenigen Ausnahmen auch keine Verwaltungsakte. In der Pandemie wurde das grundrechtliche Institutionenarrangement in doppelter Weise modifiziert, weil Ministerpräsidenten Deutungshoheiten über Normtexte beanspruchten (wie der bayerische Ministerpräsident, der das Parkbanksitzen für „selbstverständlich erlaubt“ erklärte) und weil die Paragraphen 28 und 32 des Infektionsschutzgesetzes so weitgehende Grundrechtseingriffe nicht abdecken. Sie genügen dafür nicht den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsanforderungen (Inhalt, Zweck und Ausmaß müssen im Gesetz geregelt sein). Praktisch entstand aus der Not des Augenblicks ein autonomes Ordnungsrecht der Regierungen. Durch Verordnungen wurde das Gesetz nicht mehr vollzogen, sondern ersetzt.

Wie sehr die gewaltenspezifische Differenzierung des Grundrechtsschutzes aufgehoben wurde, zeigt ein weiterer Umstand: Die Verwaltungsbehörden kamen der grundrechtlichen Notwendigkeit, Ausnahmen zuzulassen und Sachverhalte zu differenzieren, nicht nach. So wurden Versammlungen, deren Anmelder das Einhalten hygienischer Gebote zusagten, grundsätzlich abgelehnt. Die Wahrnehmung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit wurde praktisch an den verwaltungsgerichtlichen Eilrechtsschutz delegiert, der die größten Missverhältnisse korrigierte. Das ignoriert die Grundrechtsbindung der vollziehenden Gewalt.

Das Verhalten der Vollzugsbehörden mit ihrem (ministeriell angeordneten?) Ermessensausfall hinterlässt über das Versammlungsverbot hinaus einen ganz bitteren Nachgeschmack. Es wurde ohne Sinn und Verstand exekutiert, regelrecht mit einer Lust, Macht zu demonstrieren. Die sächsische Polizei beantragte einen Strafbefehl gegen ein Paar, das beim Wandern 50 Kilometer entfernt vom Wohnort angetroffen wurde. In Mecklenburg-Vorpommern bekam Monika Maron eine „Ausreiseverfügung“ aus ihrem Landhaus, das sie zum Schreiben nutzt. Im Landkreis Wittmund wurde ein Student aus dem Haus seiner Eltern verwiesen, weil er den Erstwohnsitz am Studienort hat. In Oberbayern durfte man zwar im See schwimmen, traf dann aber auf Ordnungskräfte, die am Ufer darauf warteten, die Zeit zum Umziehen zu stoppen. Diese zehntausendfachen im Einzelfall unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffe kann man nicht als Ausdruck von Disziplin oder Solidarität schönreden. In der exekutiven Selbstermächtigung im Großen und Kleinen zeigen sich verstörende habituelle Freiheitsverluste. Wer hätte gedacht, wie schnell das Deutschland aus der „Deutschstunde“ von [Siegfried Lenz](#) wiederbelebt werden kann!

## Wie versammelt man sich jetzt?

Aber blicken wir voraus. Jetzt kommt die Zeit des Umstellens vom präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt auf Verhaltensgebote, die auf Vertrauen und Vernunft gründen, wie auch auf der Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft, situativ verantwortbare Lösungen zu finden. Plötzlich sind auch die Zahlen da, die Zweck-Mittel-Diskussionen ermöglichen. Das Robert-Koch-Institut veröffentlichte Reproduktionszahlen, die bereits zum Zeitpunkt des Shutdown einen Wert unter 1 zeigen. Von den inzwischen vorhandenen rund 28.000 Intensivbetten werden etwa zehn Prozent von Covid-19-Patienten genutzt. Die Sterblichkeit dürfte unter 0,5 Prozent der Infizierten liegen, wobei die Zahl der Infizierten tendenziell unterschätzt wird, weil achtzig Prozent symptomfrei bleiben. Kurzum, ob der Shutdown überhaupt erforderlich war oder ob nicht viel größere Effekte den bekannten Verhaltensgeboten geschuldet sind, Distanz halten, Hände waschen, Maske tragen, ist eine ernste Frage, zumal wenn man sich Südkorea ansieht. Selbst wenn wir für eine Übergangszeit eine Überschusstoleranz für die generell-abstrakten Maßnahmen zubilligen (für die geschilderten individuell-konkreten dürfen wir das nicht), ist eines klar: Der Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum reduziert sich mit jedem Tag, teilweise besteht er schon nicht mehr. Grundrechtseingriffe müssen sich täglich konkreter am Maßstab der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit rechtfertigen, als es für eine Übergangszeit des Nichtwissens tolerabel gewesen sein mag.

Das heißt aber auch: Ein komplettes Versammlungsverbot ist jetzt nicht mehr zu rechtfertigen. Stattdessen müssen die Behörden mit den Veranstaltern Lösungen suchen; das versammlungsrechtliche Kooperationsgebot erhält eine seuchenrechtliche Gestalt. Bestehende Ausgangsbeschränkungen sind jetzt verfassungswidrig, weil sich ein milderer Mittel, das Kontaktverbot, als gleich geeignet erwiesen hat.

Sachsen und Berlin, die Ausgangsverbote hatten, haben mit dieser Woche auf Kontaktverbot umgestellt. Bayern, Sachsen-Anhalt und das Saarland halten am Ausgangsverbot fest, das überdies weiterhin rosstäuscherisch verniedlicht wird und im Saarland „Einschränkung des Aufenthalts im öffentlichen Raum“, in Sachsen-Anhalt „vorübergehende Kontaktbeschränkung im öffentlichen Raum“ und in Bayern „Allgemeine Ausgangsbeschränkungen“ genannt wird. Die bayerische Lockerung dieser Woche besteht darin, dass man sich nun auch mit einer nicht im Haushalt lebenden Person im öffentlichen Raum bewegen darf (was etwa in NRW immer schon ging). Die Ausgangsverbote im Saarland und in Bayern mögen angesichts der deutlich schlechteren Infektionszahlen politisch erklärlich gewesen sein. Von jetzt an aber ist die in Bayern, im Saarland und in Sachsen-Anhalt geltende Regelung, die dem Bürger nach wie vor einen triftigen Grund abverlangt, um die Wohnung zu verlassen und ihn dabei der Normdeutung der Polizei ausliefert, nach den landläufigen grundrechtlichen Maßstäben nicht mehr erforderlich, unverhältnismäßig und daher verfassungswidrig.

Die Deutungshoheiten müssen von den Regierungen wieder auf plural zusammengesetzte Gremien übergehen, in denen die gesellschaftliche Vielfalt Stimme hat. Wir brauchen eine breite Diskussion, wie wir uns unter welchen Bedingungen vernünftig verhalten sollen. Mit dieser Diskussion ist zügig zu beginnen, weil die Einschränkungen noch Monate andauern werden und laufend angepasst werden müssen. Zuvörderst brauchen wir eine Differenzierungskultur, weil die Bedingungen situativ sehr unterschiedlich sein werden. In den vergangenen Tagen war schon bemerkenswert, welche Argumente die Zahl 800 Quadratmeter

Ladenfläche auslöst. Es kann letztlich aber nicht um eine quantifizierende Gleichmacherei gehen, sondern um Verhaltensgebote, die dem Sinn und Zweck der Pandemiesteuerung dienen – und das kann im Konkreten sehr unterschiedlich ausfallen. Auch Kirchen werden plötzlich mit Baumärkten verglichen. Entscheidend wäre jedoch, wie sich liturgische Bedürfnisse mit Abstandsregeln vereinbaren lassen, und dazu haben die Kirchen selbst Ostern geschwiegen. Welche Autorität in spirituell-ethischer Dimension kann man noch erheben, wenn man die religiösen Grundbedürfnisse aufgibt, während sich sonst etwa die katholische Kirche vor Gericht für das Recht verkämpft, geschiedenen Chefärzten zu kündigen, weil dies zum Kern des religiösen Selbstverständnisses zählen soll?

Man kann den Menschen schon zutrauen, hier situativ aus eigener Initiative mehr zu tun. Betriebs- und Personalräte helfen, die Situation am Arbeitsplatz einzuschätzen. Auch die Kapazitätsbelastung von Räumen kann letztlich nur durch die Menschen vor Ort beachtet werden. Dazu müssen freilich Situationen vermieden werden, in denen Einzelne ihr individuelles Verhalten nicht mehr einschätzen und anpassen können (Verhalten in der Masse).

Deshalb werden wir lernen müssen, Differenzierungen zu akzeptieren. Tennisplätze sind anders einzuschätzen als Fußballplätze. Wenn ältere Kinder wieder in die Schule dürfen, warum dann nicht auch ins Schwimmbad? Hier zu vernünftig differenzierenden Schritten zu gelangen ist zwar nicht leicht, in einer Partizipationskultur mit dem Erfahrungswissen aus unterschiedlichen Lebensbereichen jedoch leichter. Auch hier hilft die Einsicht, dass Grundrechte nicht nur generell-abstrakt gelten, sondern vor allem individuell-konkret wirken.

**Oliver Lepsius** lehrt Öffentliches Recht und Verfassungstheorie an der Universität Münster.  
Quelle: F.A.Z.

<https://www.lefigaro.fr/flash-actu/la-police-du-calvados-rappelee-a-l-ordre-apres-des-consignes-invitant-a-la-retenu-pendant-le-ramadan-20200424>

## La police du Calvados rappelée à l'ordre après des consignes invitant à la retenue pendant le Ramadan

«La police nationale intervient en tout point du territoire pour assurer la sécurité des personnes et des biens quelles que soient les circonstances», a rappelé le patron de la police nationale.

Par Le Figaro avec AFP Publié hier à 21:33, mis à jour il y a 2 heures

Le patron de la police nationale a demandé des «*explications*» et assuré que les policiers intervenaient «*en tout point du territoire*» après la diffusion d'une note vendredi 25 avril, invitant les policiers du Calvados à ne pas «*intervenir dans les quartiers à forte concentration de population suivant le ramadan*».

«*Le directeur général de la police nationale (DGPN) a été informé de la diffusion d'un telex de la direction départementale de la sécurité publique du Calvados donnant des instructions restreignant les conditions d'intervention et de patrouille de la police nationale pendant la période du ramadan*», a affirmé la Police nationale dans un message transmis à l'AFP. «*La police nationale intervient en tout point du territoire pour assurer la sécurité des personnes et des biens quelles que soient les circonstances. Le DGPN a demandé qu'un rapport d'explications lui soit transmis dès ce soir*», a-t-on ajouté de même source.

Selon la note envoyée par le chef d'état-major de la direction départementale de la sécurité publique (DDSP) du Calvados aux chefs de service du département, et dont l'AFP a eu connaissance, «*il n'y a pas lieu d'intervenir dans les quartiers à forte concentration de population suivant le ramadan, pour relever un tapage, contrôler un regroupement de personnes rassemblées après le coucher du soleil pour s'alimenter*». Ces restrictions ne concernent pas les «*atteintes aux personnes ou atteintes graves aux biens*», selon le patron de la police du Calvados. «*Le directeur demande à tous les personnels de la DDSP de faire preuve de discernement en la matière, afin d'éviter qu'un manquement aux règles de confinement ne dégénère et provoque un trouble supérieur de violences urbaines*», est-il ajouté dans le telex.

«*Il s'agit d'une initiative locale incompréhensible, sur laquelle le directeur général de la police nationale a demandé un rapport*», a commenté l'entourage de Christophe Castaner. «*Les consignes nationales sont claires et ont été rappelées à plusieurs reprises ces derniers jours tant par le ministre de l'Intérieur que par le secrétaire d'Etat: le contrôle par les forces de l'ordre du bon respect du confinement doit être assuré partout et à chaque instant sur tout le territoire*», a complété la source. Ces instructions départementales viennent contredire les affirmations de l'exécutif, qui a répété qu'il n'y avait pas de consignes d'allègement des contrôles du confinement quels que soient les quartiers. «*Il n'y a jamais eu de consignes d'allègement des contrôles sur n'importe quel territoire de la République y compris dans les quartiers. (...) Nous intervenons dans tous les territoires*», avait ainsi affirmé le secrétaire d'Etat à l'Intérieur Laurent Nuñez vendredi matin sur Europe 1.